

Jahre 1980 wären das nur mehr 32.000 Beschäftigte und 95.000 Pensionisten, die sich hier gegenüberstünden. Und diese Zahlen, meine Damen und Herren, zeigen doch mit aller Deutlichkeit, wie notwendig es ist, auch im Interesse der Sicherung der Leistungsfähigkeit für die Versicherungsanstalt diesen Zusammenschluß vorzunehmen. Die Folgen der so schlechten Risikostuktur kommen ja auch zum Ausdruck in den Verwaltungskosten und Sie sind es ja, die immer sagen, man muß sparen. Während bei den Landwirtschaftskrankenkassen 9,4 % der Einnahmen ausgegeben werden für die Verwaltung, sind es bei den Gebietskrankenkassen nur 3,5 %. Aber es ist auch eine politische Feststellung, glaube ich, hier am Platze, meine Damen und Herren: Die Funktionäre der ÖVP sind sich selbst im klaren darüber, daß das auf die Dauer nicht zu halten ist und daß es keine sachlichen Begründungen dagegen gibt. Die einzige Begründung kann eben sein, daß man einige Posten als Direktoren oder als Obmänner dann verliert. Aber es ist auch eine Frage der bündischen Organisation der ÖVP, die hier zum Tragen kommt. (Abg. Ing. Stoisser: „Es ist interessant, daß die Betriebskrankenkassen nicht aufgelöst werden!“) Darauf komme ich noch zu sprechen. Ich danke für den Zwischenruf, dann erspare ich mir das. Die Sozialisten streben eine einheitliche Versicherung für sämtliche unselbständig Erwerbstätige und eine Versicherung für die selbständig Erwerbstätigen an, weil eben die Probleme zwischen der einen und der anderen Gruppe sehr verschieden sind und es ist selbstverständlich, daß, wenn man eine Versicherung sämtlicher unselbständig Erwerbstätiger anstrebt, daß dann auch die Betriebskrankenkassen und andere Krankenkassen in einen einheitlichen Verband aufgenommen werden müssen. (Abg. Ing. Stoisser: „Warum hat man das jetzt nicht gemacht?“) Aber das ist ein Stufenplan. Hätten wir das auf einmal gemacht, hätten wir von Ihnen wieder den Vorwurf bekommen, es wird alles überhüdt, es geht alles zu schnell und zu wenig überlegt. Und warum hat man zuerst die Landwirtschaftskrankenkasse genommen? Aus den von mir aufgezeigten Gründen; während die Betriebskrankenkassen gute Riskengemeinschaften sind, während die Verwaltungskosten bei den Betriebskrankenkassen von den Betrieben bezahlt werden, müssen die Abgänge von den Steuerzahlern bezahlt werden. (Abg. Ing. Stoisser: „Für uns wäre es gut, aber für euch wäre es schlecht, darum geht es!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Es tut mir leid, aus Ihren Zwischenrufen kann ich nur entnehmen, daß Sie mit dem, was ich sage, nicht einverstanden sind. Aber was Sie genau sagen, kann ich nicht verstehen, weil Sie alle zusammenschreien. (Abg. Ing. Stoisser: „Die parteipolitische Absicht ist zu durchsichtig!“ — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Roter parteipolitischer Machtmißbrauch ist das, was da geschieht!“ — Abg. Dr. Piaty: „Wie war das bei der Bergarbeiterversicherung?“) Mit einem Satz kann ich Ihnen das sagen: Während die Landwirtschaftskrankenkassen 1,9 Millionen Schilling in den Ausgleichsfonds einbezahlt haben, haben sie 34,5 Millionen Schilling aus diesem Ausgleichsfonds erhalten. Das ist kein Vorwurf, daß dort schlecht verwaltet worden wäre,

sondern weil die Riskengemeinschaft schlecht ist. (Abg. Dr. Piaty: „Und wie ist das bei der Bergarbeiterversicherung?“ — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Da muß doch eine Rentabilitätsrechnung da sein! Das ist der doppelte Boden, wie immer bei euch!“) Bei der Verwaltung, natürlich haben wir da eine Rentabilitätsrechnung, das ist doch selbstverständlich. Die Land- und Forstwirtschaft, die Unfallversicherung hatte 1971 trotz eines Bundeszuschusses von 63,9 Millionen Schilling einen Abgang von 15,5 Millionen Schilling. (Abg. Jamnegg: „Die Bergarbeiterversicherung!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Aber das zahlen Sie auch bei der Landwirtschaftskrankenkasse, die zahlen ja auch nicht mehr. Ich möchte das Kapitel damit abschließen, indem ich sage, daß die Zusammenlegung aus rein sachlichen, finanziellen Gründen erfolgt und daß Sie die Beibehaltung dieses Zustandes aus rein parteipolitischen Gründen wünschen und haben möchten. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wie ist das mit der Bergarbeiterversicherung?“)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Nigl. Ich erteile es ihm. Nach ihm der Abgeordnete Gross.

**Abg. Nigl:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es war nicht vorgesehen und ich habe auch nicht die Absicht gehabt, das Wort zu nehmen, aber ich wurde provoziert, doch eine Erklärung abzugeben. Die Darlegungen des Abgeordneten Loidl zum Thema Organisationsveränderungen durch die 29. Novelle zum ASVG müssen naturgemäß durch die Kürze der Ausführungen dürftig ausfallen. Dürftig deswegen, weil dazu sehr viel zu sagen wäre, zumal ja die 29. Novelle immerhin ein Wälzer von ansehnlichem Gewicht ist und allein der Hauptverband der Sozialversicherungsträger zu diesem Entwurf Änderungsvorschläge in 80 Seiten bekanntgegeben hat. Ich darf aber dazu folgendes sagen: Die Versicherten in der Land- und Forstwirtschaft und die gesetzlichen Interessenvertretungen, also die Landarbeiterkammern mit dem Landarbeiterkammertag an der Spitze, haben die Zeit der Stellungnahme zur 29. Novelle zum ASVG genützt und haben in der folgenden Zeit versucht, durch Verhandlungen und Aussprachen nicht nur den Herrn Sozialminister, sondern auch andere seiner Fraktionskollegen in Regierung und Parlament und außerhalb desselben davon zu überzeugen, daß dieser Schritt nicht gerechtfertigt ist, nämlich die Auflassung der Landwirtschaftskrankenkassen und die Eingliederung in die Gebietskrankenkassen einerseits und die Zerteilung der Land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt, die Unfall- und Pensionsversicherungsträger für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft drei verschiedenen anderen Sozialversicherungsträgern zuzuordnen. Für die letztgenannte Anstalt gilt und das sind offizielle Zahlen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, daß diese Anstalt die billigste Verwaltung aller Sozialversicherungsanstalten, soweit sie dem ASVG unterliegen, ausweist. Die Land- und forstwirtschaftliche Sozialversiche-

rungsanstalt ist der zweitgrößte Versicherungsträger nach dem ASVG in Österreich. Es ist nach der 29. Novelle nur beabsichtigt, die von ÖVP-Mehrheiten, nämlich die Landwirtschaftskrankenkasse und die Land- und forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt, geführten Sozialversicherungseinrichtungen aufzulassen und zu zerschlagen. Es ist aber nicht beabsichtigt, die Versicherungsanstalt des Österreichischen Bergbaues, es ist nicht beabsichtigt, die Versicherungsanstalt der Österreichischen Eisenbahn und es ist auch nicht beabsichtigt, die von sozialistischen Mehrheiten verwalteten zehn Betriebskrankenkassen in Österreich, von denen sich 6 in der Steiermark befinden, aufzulassen. (Abg. Loidl: „Vom Stufenplan wurde nur die 1. Stufe gemacht!“) Die Absichten, die aus dieser Novelle hervorkommen, können nicht als eine sachliche Notwendigkeit, sondern nur als ein ausgesprochener politischer Schritt gewertet und betrachtet werden und dagegen haben sich die Versicherten in sehr beachtlichen Aktionen zur Wehr gesetzt. Es haben etwa 5200 Forstarbeiter, Landarbeiter und Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft kürzlich in einer Demonstration in Wien gegen diese 29. Novelle Partei ergriffen. Es haben 55.500 Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft in Österreich in einer Unterschriftenaktion ihren Unmut gegen diese Novelle zum Ausdruck gebracht. Es sind diese Unterschriften dem Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky übergeben worden. Hier bitte ich mir eine Gegenüberstellung zu gestatten. Während — und das richtet sich nicht gegen die Ärzte — die Bundesregierung durch die Demonstration von etwa 6000 bis 7000 Ärzten in Wien in Fragen ihrer Forderungen zur 29. Novelle zum ASVG. in die Knie gegangen ist, offensichtlich auf Grund der doch etwas anders gelagerten sozialen Stellung dieses Berufsstandes, akzeptiert und anerkennt man die 55.500 Unterschriften und all die sachlichen Argumente nicht, was offensichtlich nur damit gewertet werden kann, daß das nicht nur eine Mißachtung, sondern eine Ignoranz der derzeitigen Bundesregierung gegenüber den Arbeitern und Angestellten dieses Berufsstandes darstellt. Das als kurze Darlegung dieses Problems. (Beifall bei der ÖVP.)

**Dritter Präsident Feldgrill:** Ich erteile dem Abgeordneten Groß das Wort. Nach ihm spricht Abgeordneter Ritzinger.

**Abg. Gross:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Zur Gruppe 5 gehört auch der Abschnitt 56, Jugendförderung. Zu diesem Kapitel hat hier schon der Abgeordnete Marczik gesprochen. Bevor ich dazu grundsätzlich einiges sagen möchte, möchte ich doch auf die Ausführungen eingehen, die der Abgeordnete Piaty hier getan hat und er hat mich in einem konkreten Fall zitiert. Er hat gesagt, mit der Pragmatisierung der Bediensteten in den Landeskrankenanstalten allein ist es nicht getan. Ich habe mich diesmal speziell mit der Pragmatisierung der Bediensteten beschäftigt, aber man kann in meiner letzten Landtagsrede vor zwei Jahren nachlesen, daß ich dort sehr wohl auch andere Dinge

gefordert habe, und zwar Kindergärten, Krabbelstuben, die alle dazu beitragen sollen, daß wir dieses Krankenpflegepersonal bekommen. Herr Abgeordneter Piaty, Sie haben in diesem Zusammenhang etwas gesagt. Wenn Sie den politischen Referenten für dieses Ressort persönlich apostrophieren, wird es Aufgabe des Referenten sein, darauf zu antworten. Aber Ihre Fraktion hat sich im Verlauf der Landtagsdebatte sehr empfindlich gezeigt bei allen Personalfragen, die hier aufs Tapet gekommen sind. Darum möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, ich weiß nicht, ob Sie es so gemeint haben, ich nehme es nicht an, Sie haben hier erklärt und ich habe es mir mitgeschrieben, die Abteilung 12 ist nicht in der Lage und nicht fähig, diese Pläne vorzulegen. Ich muß offen sagen, als Gewerkschafter und Sozialist verwahre ich mich gegen eine solche pauschale Verdächtigung unserer Beamten in der Abteilung 12. Das kann man nicht tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie Kommissionen, Herr Abgeordneter Piaty, dann davon noch ableiten, daß Sie Bedarfsziffern hernehmen und sagen, mehr als eine Milliarde geben wir für die Krankenanstalten aus, wir haben Anspruch, hier eine Kommission zu bekommen, dann darf ich Ihnen sagen, der Personalaufwand im Land Steiermark beträgt 32 Prozent und wir Sozialisten verlangen, daß hier eine Personalkommission geschaffen wird. Das wäre das gleiche, was Sie auf der anderen Seite tun, wenn Sie nur von Budgetzahlen diese Dinge ableiten. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Jamnegg: „Das kann man nicht vergleichen!“ — Landesrat Bammer: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nie das gleiche!“) Kollegin Jamnegg, das kann man, wenn man es von Budgetzahlen ableitet und mit anderen Fragen verbindet. Auch wurden Bedenken in Personalfragen angemeldet. Auch wir können das tun.

Der Kollege Marczik — und ich glaube, mit diesem Kapitel in ruhigere Bahnen zu kommen — hat etwas gesagt, was ich ein wenig korrigieren muß, obwohl ich es als noch im Jugendbeirat sitzender Vertreter des Verbandes nicht sehr gerne tue. Er hat erklärt, die Jugendförderung im Land Steiermark ist Jahr für Jahr erhöht worden, das wäre sehr erfreulich. Aber es entspricht leider nicht den Tatsachen. Im Jahre 1971 hat die Gruppe der Jugendförderung 5.514.000 Schilling erhalten. Im Budget 1972 trotz einer Ausweitung von rund 7 bis 8 Prozent des Budgetrahmens ist diese Post als eine der wenigen Förderungsposten auf 5.130.000 Schilling zurückgefallen. Sie wird erst für das kommende Budget im Jahre 1973 wiederum mit einem sehr hohen Aufwand, mit 6,5 Millionen Schilling, dotiert. Wir freuen uns alle darüber, daß es möglich gewesen ist, hier eine so starke Erhöhung vorzunehmen, die nicht direkt der Tätigkeit des Referates in seiner amtlichen Eigenschaft zugute kommt, sondern zum Großteil der Arbeit der Jugendverbände, wo das Hauptgewicht unserer Tätigkeit liegen soll. Vielleicht gibt es in unserem Rahmen noch einige Menschen, die nicht von der Notwendigkeit dieser außerschulischen Jugendarbeit überzeugt sind und sich dabei auf Staaten in Westeuropa berufen, wo es Jugendverbände in dieser Form gar nicht gibt.

Es gibt auch Stimmen, die sagen, rentiert sich eigentlich der Aufwand? Wir wissen doch, daß wir in den Jugendorganisationen nur höchstens 10 bis 12 Prozent der Jugend erfassen, während der andere Teil abseits steht. Ich möchte grundsätzlich feststellen, daß jeder Teil der jungen Menschen, der sich heute in einer Jugendorganisation befindet und dort tätig ist, zu dem in der Demokratie wertvollsten Teil der jungen Menschen gehört. Und ich glaube, wir sollten alles tun, um diese Jugendorganisationen in unserem Raume zu fördern. Vieles, was diese jungen Menschen tun, wird heute auch von der Öffentlichkeit — und das sollten wir hier klar erkennen — mit Argwohn, Zurückhaltung und fast möchte ich sagen, mit einer gewissen Angstlichkeit verfolgt. Man will nicht verstehen, daß die Industriegesellschaft das Verhalten der Jugend wesentlich beeinflusst und eine Generation geformt hat, die sich dem Rhythmus der Technik angepaßt hat und sogar etwas von der Selbstsicherheit einer Maschine besitzt. Man nimmt heute zur Kenntnis, daß sich die Welt in einem gigantischen Entwicklungsprozeß befindet, aber man empfindet es als bedenklich, daß die junge Generation etwas anders geworden ist. Dabei ist sie nicht annähernd so ideallos, wie es dargestellt wird. Vielleicht, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, müßten wir uns doch noch ein wenig mehr um diese junge Generation kümmern und versuchen, schädliche Einflüsse von ihr fernzuhalten. So tolerant unsere Politik gegenüber den geistigen Strömungen der Zeit sein soll, so ablehnend soll sie gegenüber jenen Dingen sein, die unsere Jugend negativ beeinflussen. Bei aller Wahrung der Freiheit sollen wir auch den Mut haben, jenen, denen der Profit alles heiligt, Einhalt zu gebieten, wo durch Film und Fernsehen Menschen verrohen und insbesondere auf die Jugend ein verderblicher Einfluß ausgeübt wird.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich konkret — es gehört ja zum Kapitel des Herrn Landesrates Jungwirth — anregen, ob man die Filmernziehung in den Schulen, die sich schön langsam totzulaufen beginnt, nicht doch vielleicht durch eine stärkere Fernseherziehung verändern sollte. Daß es in Österreich nicht einmal gelungen ist, die ohnedies nicht allzu wirksame Selbstkontrolle des Films durchzuführen, die in einigen anderen Ländern besteht, ist ein Zeichen, wie sich die Macht des Geldes über berechnete Forderungen der Jugendverbände und auch gewisser Interessengruppen hinwegsetzt. Daß es trotzdem möglich war, in weiten Bereichen die Jugend für die Gemeinschaft zu gewinnen, ist sicherlich mit ein Verdienst der Arbeit unserer Jugendorganisationen. Wir erleben es auch in der Praxis unserer Jugendarbeit in der Steiermark immer wieder, daß es trotz vorhandener, oft harter Gegensätze immer eine gemeinsame Basis gibt, in der man den aufrechten, überzeugten weltanschaulichen Gegner achtet. Was könnte sich eine Demokratie eigentlich besseres wünschen, als eine solche Gesinnung.

Eines möchte ich noch sagen: Übertragen wir in unseren Organisationen den jungen Menschen so früh als möglich Verantwortung. Nur dadurch können sie das Wissen und die Erfahrung sammeln,

um in Zukunft bestehen zu können. Reden wir nicht von der Mitverantwortung der Jugend, die wir so sehr alle wünschen, geben wir ihr auch die Möglichkeit dazu. Der Hamburger Soziologe Helmetschelsky, der das Schlagwort von der skeptischen Generation geprägt hat, ist in seiner Meinung über das Verhalten der Jugend in der heutigen Zeit wiederholt widerlegt worden. Aber ich glaube, er hat in einem noch immer recht, wenn er feststellt: Diese junge Generation ist in ihrem Bewußtsein kritischer, skeptischer, mißtrauischer, glaubens- oder wenigstens illusionsloser als alle Jugendgenerationen vorher. Sie ist ohne Pathos und sie ist tolerant. Diese geistige Ernüchterung macht frei für eine für die Jugend ungewöhnliche Lebendigkeit. Diese Generation ist im privaten und sozialen Verhalten anders, wirklichkeitsnaher, zugriffsbereiter und erfolgssicherer als je eine Jugend zuvor. Und ich glaube, das sollten wir berücksichtigen, was immer wir mit unserer Jugend und für diese Jugend tun. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Ritzinger das Wort. Der nächste Redner ist sodann der Herr Abgeordnete Brandl.

**Abg. Ritzinger:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Landesrat Bammer ist in der sozialistischen Fraktion des Landtages und in der Sozialistischen Partei unseres Landes so etwas wie ein Sportpapst. (Landesrat Dr. Klauser: „Er ist aber verheiratet!“) Ich muß sagen, ich teile seine Ausführungen in weiten Passagen, muß aber gleichzeitig feststellen, daß ich einige Passagen seiner Rede zum Abschnitt 54 „Körperliche Ertüchtigung“ selbstverständlich nicht teilen kann. Ich werde etwas später, Herr Landesrat, wenn Sie gestatten, zur Resolution, die ich mitunterfertigt habe, Stellung nehmen, die ja Ihre Fraktion nicht mitunterschieden hat. (Landesrat Bammer: „Habe ich schon gesagt!“) Bevor ich aber zu den Ausführungen des Herrn Landesrates Bammer Stellung beziehe, möchte ich feststellen, daß die Ansätze für die körperliche Ertüchtigung und für den Sport unseres Landes auch für das Jahr 1973 wieder eine wesentliche Erhöhung erfahren haben, und zwar auf zirka 18,636.000 Schilling, das sind um 5 Millionen mehr. Ich glaube, dazu muß man noch bemerken, daß man nicht nur den Abschnitt körperliche Ertüchtigung betrachten darf, wenn man die Gesamtdotierung des steirischen Sportes seitens des Landes her untersuchen will, sondern selbstverständlich integriert im Zusammenhang mit der Förderung des Fremdenverkehrs. Diese Zahlen beweisen, daß unsere Landesregierung und das Land Steiermark nicht nur in finanzieller Hinsicht eine sehr positive Einstellung zum steirischen Sport haben, sondern auch in ideeller Hinsicht. Ich möchte aber heute meine Wortmeldung nicht dazu verwenden, um so wie Herr Landesrat Bammer etwas rückblickend zu sein, sondern mir scheint es, daß wir im steirischen Sport auch etwas vorausblickend sein sollen. Es ist nämlich nicht alles so, wie wir glauben und nicht alles so in Ordnung, wie wir annehmen. Als Beispiel dazu: Meine Damen und Herren, bei den steirischen Vereinen ist eine Summe von tüchtigen und braven Funktionären und Ideali-

sten vorhanden, die diese Tätigkeit in den Vereinen ehrenamtlich neben ihren Hauptberufen ausüben. Und es zeigt sich immer mehr und mehr, daß diese ehrenamtlichen Träger immer weniger werden und daß es immer schwieriger ist, das Vereinsleben aufrecht zu erhalten. Wenn diese Entwicklung weitergeht, wird dort und da dieser oder jener heute noch wichtige Verein im Sportgeschehen aufhören zu bestehen. Seitens des Sportreferenten der Steiermärkischen Landesregierung, des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Wegart, wurde ja bereits erkannt, daß hier eine Entwicklung eingeleitet ist, die, auf lange Sicht gesehen, für die Vereine Schwierigkeiten bringen wird. Wir haben schon vor einigen Jahren einen Ansatz geschaffen, nämlich daß Trainer für die steirischen Sportvereine seitens des Landes bezahlt werden. Es ist auch diesmal wieder so, daß diese Post von zirka 300.000 Schilling auf 450.000 Schilling aufgestockt wurde. Aber was ich sagen will, ist folgendes: daß wir damit nicht das Auslangen finden werden. Ich glaube, es wird in den nächsten Jahren sogar so weit kommen, daß wir nicht nur Trainer zu bezahlen haben, also die Vereine und die Dachverbände finanziell unterstützen müssen, sondern daß man zu Sportmanagern kommen wird, hauptberuflich, zu Organisationsfachleuten und Verwaltungsfachleuten für den Sport. Darüber hinaus, glaube ich, wäre es erforderlich, auch im Sportbereich und im Vereinsleben bleibt die Zeit nicht stehen, auch hier zu modernen Formen zu finden, und zwar daran zu denken, eine Führungsakademie für den steirischen Sport zu schaffen. In dieser Führungsakademie sollten in bestimmten Seminaren und in periodischen Kursen geeignete Funktionäre, Manager, Verwaltungs- und Organisationsexperten, Fachleute, Techniker herangebildet werden, und zwar nach den neuesten und modernsten Erkenntnissen. (Abg. Prensberger: „Aber nicht im Schloß Eggenberg!“)

Es muß nicht unbedingt im Schloß sein. Ich werde Ihnen sagen, wo wir sie unterbringen können. Ich hätte noch einige Beispiele. Es muß nicht unbedingt die Landeshauptstadt sein. Wir haben in der Steiermark sehr schöne Bezirkestädte und noch größere Zentren. Wenn das beispielsweise in Knittelfeld wäre, werden Sie nichts dagegen haben. Ich habe aber auch nichts dagegen, wenn es in Murau ist. Ich glaube, eines muß man dazu sagen. Auch am Sektor unserer Sportlehrerausbildung ist nicht alles in Ordnung. Dringend erforderlich wäre es, daß der Bund ein eigenes Bundesgesetz für die Sportlehrerausbildung und deren soziale Stellung beschließt. Wir haben das noch nicht in Österreich. Sie müssen selbst zugeben, daß das eine äußerst dringende Notwendigkeit wäre. Heute werden diese Sportlehrer nur in Wien ausgebildet und wie man hört, soll jetzt daran gedacht werden, von den Bundesstellen aus im südlichen Teilbereich Österreichs eine zweite solche Ausbildungsstätte zu schaffen. Es wird das zumindest kolportiert, wenn es anders sein sollte, es gibt sicher in diesem Hause Damen und Herren, die einen direkten Draht zum Unterrichtsministerium haben, dann wäre ich glücklich. Ich könnte mir vorstellen, daß für den südlichen Raum Österreichs in erster Linie Graz und zwar mit der Bundesanstalt für Leibeserziehung in Lie-

benau förmlich prädestiniert wäre. (Allgemeiner Beifall.)

Es sind dort bereits eine Summe von Grundvoraussetzungen vorhanden. Es bedürfte einiger Investitionen und wir hätten sowohl für die Steiermark als auch für die Sportlehrer einiges Neues und Zielführendes geschaffen.

Es wird niemanden in diesem Kreis geben, der nicht mit mir einer Meinung ist, daß sich das Lehrwartwesen in der Steiermark sehr gut bewährt hat. Auch hier vollzieht sich ein Wandel. Wir kennen in erster Linie den sogenannten Typ des Schullehrwartes. Aber hat sich nicht schon einiges hier in dieser Richtung verändert? Der Herr Landesrat Bammer hat heute gesprochen von der Fitness-Aktion. Ich glaube, es wäre notwendig, einen neuen Typ des Lehrwartes, nämlich den Fitness-Lehrwart, zu schaffen. Wenn wir unsere gesamte steirische Sportsituation und die Nachwuchsfrage und das Ausschöpfen unserer Talentreserven etwas genauer betrachten, so müssen wir eigentlich feststellen, daß aus unseren hohen Schulen, im Verhältnis zur Zahl der Studierenden, wenig Sportgrößen hervorgehen. Wir haben zirka 16.000 Studierende an den steirischen Hochschulen. Ich weiß, warum relativ wenig Sporttalente von dort kommen, weil die Grundvoraussetzungen, nämlich die Sportanlagen, an den steirischen Hochschulen einfach nicht gegeben sind. Wir haben, wenn wir den Landesvoranschlag für 1973 anschauen, nur 100.000 Schilling hierfür vorgesehen. Damit werden die steirischen Hochschulen nicht das Auslangen finden. Ich bin der Meinung, daß es zu wenig ist. Allerdings muß man dazu sagen, Sorge tragen müßte hierfür das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Wenn von seiten des Bundes zu wenig Geld vorhanden ist, gehe ich so weit, die steirische Landesregierung aufzufordern, unter Umständen die Sportstätten an den steirischen Hochschulen vorzufinanzieren. Ich bin der Meinung, daß das ein richtiger Weg wäre. Glauben Sie mir das. Herr Landesrat Dr. Klausner, ich kann mir vorstellen, daß Sie sicher einen Weg finden werden. Vorfinanzieren heißt nicht, daß Sie das allein bezahlen müssen. Unter Vorfinanzieren verstehe ich, daß Sie mit Zinseszinsen von Ihrer Parteikollegin Ministerin Firnberg das Geld dann wieder zurückbekommen. So wäre es gedacht.

Darüber hinaus wäre es notwendig, wir haben von der Fitness-Aktion gehört, daß wir in der Bevölkerung eine Bewegung entfachen, eine noch stärkere als diese Fitness-Aktion. Ich könnte mir vorstellen, daß man eine steirische Sportstiftung schafft, an der sich die Kammern, die Gemeinden und alle Institutionen des Landes beteiligen. Vielleicht sollte man sogar das Jahr 1974 als Jahr des steirischen Sportes proklamieren. Man sollte noch eine stärkere Bewegung entfachen und eventuell mit einer gesamtsteirischen großen Veranstaltung abschließen.

Aber was mir wesentlich erscheint und damit bin ich bei der Resolution, die der Landesrat Bammer gemeint hat. Jede steirische Gemeinde sollte im Jahre 1974, je nachdem, ob sie größere oder kleinere finanzielle Möglichkeiten hat, eine Sportstätte schaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Landesrat Bammer, als wir diese Resolution verfaßt haben, haben wir nicht gesprochen von Sportanlagen, sondern von Sportstätten. Ich sage Ihnen gleich, was wir damit meinen. Es steht hier der Ausbau von Sportstätten. (Zwischenruf des Landesrates Bammer.) Herr Landesrat Bammer, je nach den finanziellen Möglichkeiten.

Wir wollen, daß zumindest jede Gemeinde im Land Steiermark einen Sportplatz besitzt und daß jede Volksschule einen Turnsaal besitzt. Wenn diese Minimalforderung erfüllt ist, sind wir schon eine wesentliche Etappe weiter. (Landesrat Bammer: „Ich erinnere mich noch an die Zeit, wo die Fundamente von Turnsälen mit dem Caterpillar weggeschoben worden sind!“) Ich weiß davon nichts, aber Sie können dazu ganz kurz Stellung beziehen.

Ich hätte zu dieser Frage noch eine Summe von Anregungen. Die Österreichische Volkspartei hat alle diese Fragen niedergelegt in ihrem Steiermarkmodell. Herr Landesrat Bammer, ich lade Sie ein, dieses Steiermarkmodell genauestens durchzulesen. (Landesrat Bammer: „Habe ich schon!“) Sie würden nämlich nicht mehr zurückgreifen müssen bis nach Sapporo oder München, sondern unsere Aufgabe muß es sein, in die Zukunft zu blicken.

Jetzt ganz kurz zu Ihnen und Ihren Ausführungen und zu den Passagen, die mir weniger gefallen haben. Sie haben gesagt, daß Beiträge fehlgeleitet wurden und zwar beim Schanzenbau und daß es in der Steiermark mehr Sprungschanzen gibt, als Springer. (Landesrat Bammer: „Ist es so? Fragen Sie den Schiverband!“) Ich sage nein. Ich möchte grundsätzlich feststellen:

Erstens haben wir in der Steiermark, gerade was den Schisport betrifft, in den letzten Jahren gegenüber den westlichen Bundesländern nicht nur bei den Sportlern, sondern auch bei den Sportstätten aufgeholt und nachgeholt. Das soll hier festgehalten werden. Das war eine wunderbare Leistung dieses Landes und des Sportreferenten dieses Landes. Wenn wir schon von den Sprungschanzen sprechen: Letzten Endes ist die Situation in unserem Land so, daß jede dieser Anlagen gemeinsam mit dem Steirischen Schiverband abgesprochen wird und dieser spricht sich wieder mit dem OSV ab.

Außerdem, ich weiß nicht, ob Sie das wissen, aber als Präsident der LSO, als einer der Präsidenten der LSO, müßten Sie ja wissen, daß es seit neuem auch das sogenannte Schikuratorium gibt. (Landesrat Bammer: „Seit neuem, weil wir es gefordert haben!“) Bitte, durchaus, aber ich sage Ihnen noch einmal, das beispielsweise ja nicht nur das Land — ich könnte Ihnen jetzt an Hand eines Beispiels, das möchte ich jetzt noch ganz kurz heranziehen — nachweisen, daß Ihre Behauptungen nicht richtig sind. Ich werde Ihnen auch sagen, wo dann der Fehler liegt. Es ist ein Fehler drinnen, aber nicht bei der Förderung. Schauen Sie, wir haben in Murau eine große 100-m-Schanze gebaut. Diese Schanze hält sich an und für sich im Vorbild an die Olympiaanlagen von Seefeld in Tirol. Die Seefeld Anlage hat zirka zwischen 15 und 20 Millionen Schilling im Jahre 1964 gekostet. Wir haben einige Jahre danach die Murauer Anlagen mit 1,2 Millionen Schilling gebaut. Wie war das

möglich? Es war erstens möglich durch die Eigenleistung und durch den Idealismus der Funktionäre, es war zweitens möglich durch die Unterstützung der Gemeinde, es war drittens möglich durch die Beiträge des Landes und viertens durch die Beiträge des Bundes. Wir haben fast alljährlich auf dieser Schanze eine Großveranstaltung, aber jetzt sage ich Ihnen, wo unsere steirischen Schwierigkeiten liegen. Das wissen Sie genausogut wie ich. Im österreichischen Schisport ist es nämlich so, daß bei Salzburg und Steiermark die Grenze aufhört. Ob das alpin oder nordisch ist. Und letzten Endes ist es dann so, daß bei der Vergabe der Veranstaltungen es Schwierigkeiten gibt.

Beispielsweise die Bischofshofener Schanze, die beim Vierschanzenspringen eingebaut ist, ist viel schlechter als die Murauer Schanze, bleibt aber letzten Endes immer wieder im Bewerb. Wenn wir alle zusammenhalten, müßten wir auch das noch überwinden können. (Landesrat Bammer: „Sie haben gesagt, wenn Murau gefördert wird, kommen die nordischen Schimeisterschaften nach Murau!“)

Darf ich Ihnen jetzt etwas sagen: Wie war es denn bei den nordischen Schimeisterschaften? Vom OSV her ist die Absage gekommen. Der OSV hat die Meisterschaften zuerst nach Villach vergeben, das liegt auch ein bißchen westlicher, und weil Villach sie dann nicht angenommen hat, wäre dann Murau drangekommen. Die Schwierigkeiten liegen also in erster Linie beim OSV. (Landesrat Bammer: „Aber Sie haben das versprochen!“)

Herr Landesrat, von einer Fehlleitung der Beiträge kann nicht die Rede sein. Wir können uns freuen, gerade im Schisport, ob das nordisch oder alpin ist, wesentlich aufgeholt zu haben.

Und nun, meine Damen und Herren, glaube ich, müssen wir noch etwas tun: Wir müssen den steirischen Sportlern für ihre Leistungen und Erfolge, die sie im Jahre 1972 erzielt haben, den aufrichtigen Dank aussprechen. Wir können stolz sein auf unsere steirischen Sportler. (Beifall.)

Ich glaube, sagen zu können, gemeinsam mit Ihnen, daß wir den Sportlern für 1973 viel Erfolg wünschen. (Beifall.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Brandl das Wort.

**Abg. Brandl:** Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich zuerst ganz kurz zurückblende auf die Rede von Herrn Präsidenten Dr. Piaty und daran eine persönliche Feststellung knüpfe: Ich gehöre diesem Landtag durch fast 20 Jahre als Mitglied an und ich weiß, daß sehr viele harte und kritische Bemerkungen im Laufe einer solchen Debatte gemacht werden, Kritik ist letzten Endes ein Wesenselement unserer Auseinandersetzungen. Ich glaube jedoch, daß diese Kritik dort ihre Grenzen hat, wo sie in irgendeiner Form beginnt, zersetzend zu wirken, wo ein Abgeordneter sich hier an dieses Rednerpult begibt und pauschal feststellt, daß eine gesamte Rechtsabteilung — in diesem Fall die Rechtsabteilung 12 — unfähig ist, die Probleme ihres Ressorts zu verwalten und ich glaube, daß diese Kritik dann problematisch wird, wenn in diesem Zusammenhang

der zuständige politische Referent mit Noten bedacht wird, wo gerade Sie, Herr Primarius, wissen müssen, daß auch der Referent für das Gesundheitswesen seine Entscheidungen nicht allein trifft, sondern daß er sehr wohl angewiesen ist auf die Experten, die ihm in den verschiedensten Fragen beraten. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wer sind diese Experten?“) Und ich darf Ihnen sagen, Herr Präsident, ich würde es für mich nie herausnehmen, daß ich beispielsweise in den Fragen der Land- und Forstwirtschaft, wo wir mit dem zuständigen Referenten Landesrat Dr. Krainer nicht einer Meinung sein müssen, oder in den Fragen des Fremdenverkehrs, wo wir mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter nicht einer Meinung sein müssen, pauschal feststellen würde, daß seine Abteilung und er selbst nichts wert ist. Das würde ich nie tun, weil ich doch noch einen gewissen Anstand und einen gewissen Respekt vor den Leistungen dieser Menschen habe. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Piaty: „Was hat Untätigkeit mit Anstand zu tun?“) Und nun zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Landtagsabgeordneten Nigl. Ich weiß, er war heute nur in der Lage, ganz kurz und sachlich die Dinge von seiner Warte her festzustellen und darzulegen. Die Probleme der Organisationsänderung nach der Novelle zum ASVG sind in unseren Gremien so vielfältig diskutiert worden, daß wir hier nur mehr wiederholen können. Ich möchte auch ganz eindeutig sagen, daß die Haltung der ÖVP sehr zwiespältig und sehr doppelzünftig ist. Auf der einen Seite verlangen Sie eine Verwaltungsreform — siehe Gesundheitswesen und dergleichen —, verlangen Wunder, die gemacht werden sollten, und auf der anderen Seite wehren Sie sich dagegen, wenn Sozialisten bereit sind, in den Bereichen, wo sie glauben, eine Verbesserung herbeiführen zu können, diese Verbesserung auch konsequent zu machen. Darum geht es letzten Endes. (Beifall bei der SPÖ. — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Diese Frage muß in dem Gremium entschieden werden, wo sie hingehört und dieses Gremium ist der Nationalrat, meine Damen und Herren. Darüber kommen Sie nicht hinweg. Und ich erinnere mich sehr wohl an manchen Ausspruch des verstorbenen Herrn Landeshauptmannes Krainer, der gesagt hat, wenn es nicht mehr möglich ist, weiter zu verhandeln, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, dann muß eine Entscheidung gefällt werden und diese Entscheidung wird von der Mehrheit gefällt werden und wir werden diese Entscheidung auch verantworten, meine Damen und Herren. Das darf ich Ihnen auch sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Betrachtung dieser ganzen Materie lassen wir Sozialisten uns eindeutig von den Interessen der Versicherten lenken (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Von der Parteipolitik!“) und von nichts anderem und das ist entscheidend (Beifall bei der SPÖ.) Und nun zu dem Thema, zu dem ich eigentlich Grundsätzliches zu sagen habe. (Abg. Dr. Dorfer: „Das war nicht sachlich, das war reine Demagogie!“) Wenn man in den Beratungen zu den Krankenanstalten unseres Landes viele kritische Bemerkungen über Einzelfragen anstellen kann, die in

der Größenordnung dieser Betriebe immer vorhanden sein werden, so können wir doch mit Genugtuung feststellen, daß in der Vorsorge um die Kranken oder Verletzten im Land Steiermark Vorbildliches geleistet wird. Wenn in den Anstalten insgesamt über 6500 Beamte und Vertragsbedienstete ihre verantwortungsvolle Aufgabe erfüllen, wenn rund 10.000 Krankenbetten zur Verfügung stehen, wenn die Auslastung bei den Planbetten bei 94 Prozent im Durchschnitt beträgt und wenn zur Bewältigung dieser Aufgaben im ordentlichen Haushalt 1973 ein Betrag von rund 1,4 Milliarden Schilling zur Verfügung steht, so kennzeichnen diese wenigen Zahlen bereits die Größenordnung dieser Einrichtungen. Darüber hinaus steht voraussichtlich noch ein Investitionsaufwand von rund 135 Millionen Schilling zur Verfügung, der zusammen mit den Sachausgaben im ordentlichen Haushalt auch die enorme wirtschaftliche Bedeutung unserer Heil- und Pflegeanstalten unterstreicht.

Vielleicht darf ich hier ganz kurz die wichtigen Bauvorhaben aufzählen, an die das Land Steiermark im Jahre 1973 herangeht, entweder in der Fertigstellung oder im Neubau:

Universitätsklinik im Landeskrankenhaus Graz mit einem Aufwand von 25 Millionen Schilling, weiterer Ausbau des Landeskrankenhauses Leoben mit dem großen Betrag von 50 Millionen Schilling, Landes-Sonderkrankenhaus mit 3 Millionen Schilling, Ausbau Stolzalpe 4 Millionen Schilling, Landeskrankenhaus Graz, Alte Chirurgie, mit 12,8 Millionen Schilling. (Abg. Koiner: „Und was ist mit dem Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung?“) Nichts dagegen einzuwenden, wenn es ordentlich eingeteilt wird. Nichts dagegen einzuwenden.

Die Zahnklinik im Landeskrankenhaus Graz mit 5 Millionen Schilling, Landeskrankenhaus Mürzschlag 2 Millionen Schilling und Landeskrankenhaus Graz Strahlenbunker, 3 Millionen Schilling. (Abg. Ing. Stoisser: „Alles ohne Spitalsplan!“) Aber Herr Kollege, wir haben doch seit mehr als 25 Jahren die weitere Entwicklung und den ständigen Ausbau unserer Landeskrankenanstalten vollzogen, immer nach dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit, das ist doch völlig klar. (Abg. Pölzl: „Ohne Plan, ohne Plan!“)

Ich darf die Gelegenheit hier im Hohen Haus benützen, Ihnen mitzuteilen, das liegt mir selbstverständlich nahe, daß das Landeskrankenhaus Mariazell in der letzten Zeit sehr gut und schön ausgebaut worden ist, soweit dies in einem solchen Gebäude möglich ist, vor allem deshalb, weil es im Jahre 1972 die Hundertjahrfeier gehabt hat. Ein sehr erfreuliches Ereignis und es ist vom Land auch eine sehr schöne Feier mit den entsprechenden Anerkennungen der dort Bediensteten gemacht worden. Ich hätte in diesem Zusammenhang an Herrn Landesrat Prof. Jungwirth eine Bitte. Vor dem Landeskrankenhaus Mariazell steht eine Kapelle. Ich glaube, sie steht unter Denkmalschutz. Es wurde der Wunsch geäußert, daß, nachdem das Landeskrankenhaus so schön hergerichtet worden ist, auch diese Kapelle ausgebaut werden soll. Die Kirche in Mariazell bemüht sich, aber sie sucht um Unterstützung beim Land. Ich hätte

gebeten, wenn es möglich wäre, uns schweben bei 30.000 Schilling vor. Dann könnten wir es vor dem Krankenhaus sehr schön richten. (Landesrat Prof. Jungwirth: „Ist schon im Budget verankert!“) Sehr gut! Ausgezeichnet! Danke schön!

Der Gesamtabgang der Krankenanstalten beträgt rund 500 Millionen Schilling. Natürlich eine sehr enorme Belastung des Landes, die der Preis dafür ist, wenn wir den medizinischen Fortschritt in den Landeskrankenhäusern fortsetzen wollen. Es ist das der Preis in der Größenordnung, den wir nicht so ohne weiteres ändern können. Es ist eine Rechnung sehr interessant, die in diesem Zusammenhang aufgestellt worden ist und zwar wie nun der einzelne Steirer nach der Volkszählung 1971 vom Abgang der Landeskrankenanstalten belastet worden ist. Die Experten haben ausgerechnet, daß jede Person in der Steiermark 1,18 Schilling pro Tag zum Defizit der Landeskrankenanstalten dazuzahlen müßte. Die große und grundsätzlich Schwierigkeit liegt natürlich darin, Frau Abgeordnete Jamnegg, daß es sinnlos ist, über die Frage der Rentabilität der Krankenanstalten zu diskutieren. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Nein, das ist nicht das Problem!“) Sie bringen das immer wieder. (Abg. Jamnegg: „Wir reden immer an uns vorbei! Für die Zukunft müssen wir doch die Finanzierung sicherstellen! Wir machen uns halt echte Sorgen!“)

Es ist für die Österreichische Volkspartei gemein schwer. Sie muß nach irgendwelchen Argumenten suchen. Die wirklichen Argumente kann man nicht so ohne weiteres sagen und jetzt versucht man das auf die wirtschaftliche Basis zu stellen, um von dorthin nachzuweisen zu versuchen, wie schlecht die Sozialisten bei den Landeskrankenanstalten ihre Aufgabe erfüllen. Das geht hier ungefähr in diese Richtung. (Abg. Jamnegg: „Reorganisieren muß man!“ — Abg. Prof. Eichtinger: „Und die Millionen so einsetzen, daß sie dem Patienten am besten zugute kommen!“)

Der Grundsatz muß unbestritten bleiben, daß zur Rettung eines Menschen, wo alles medizinisch Notwendige zu tun ist, man keine Kostenrechnung anstellen kann. Das kann man nicht. (Beifall. — Abg. Pözl: „Das bekritteln wir auch nicht!“) Die rasante technische Entwicklung ist das zweite Problem. Die Straßen werden immer breiter, die Autos immer schneller und die Zahl der Verkehrsverletzten steigt. Die immer hektischer werdende Arbeit fordert auch ihre Opfer. Krankheiten, die es früher in diesem Ausmaß, Herz, Kreislauf und dergleichen, überhaupt nicht gegeben hat, sind heute zu Volkskrankheiten geworden, die natürlich auch in der Behandlung und in der Heilung enorme Kosten verursachen. Das wissen wir ganz genau. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Da sind wir einer Meinung!“) Wunderbar, wenn wir einer Meinung sind. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist ja eine Selbstverständlichkeit! Es geht darum, daß das Geld richtig eingesetzt wird!“) So selbstverständlich ist das nicht. Nein. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Deshalb muß ein Spitalsplan gemacht werden!“) Kollege Eichtinger, diese Grundsätze muß man auch immer wieder sagen. Das geht nicht anders. (Abg. Jamnegg: „Sie wissen genau, was wir meinen!“ — Abg. Pözl: „Das darf er ja nicht

zugeben, sonst kriegt er Schwierigkeiten mit seiner Partei!“) Es gibt noch viele andere Krankheiten. Die Fälle der Nervenerkrankungen nehmen zu, negative Erscheinungen unseres bescheidenen Wohlstandes, wie Alkohol und Drogenmißbrauch. All diese Dinge hängen zusammen mit der Gesamtbelastung, die es hier gibt.

Andererseits, Herr Dr. Piaty, das wissen Sie auch sehr genau, der technische Fortschritt bringt uns ständig Änderungen, Verbesserungen, die ganz einfach erfüllt werden müssen, wenn das richtig ist, was immer gesagt wird, daß dann, wenn ein sehr modernes Gerät in einem Landeskrankenhaus angeschafft wird, es gar nicht lange dauert, daß der zuständige Primar in einem anderen Krankenhaus ein neues und moderneres Gerät sieht und natürlich dieses haben will und daß dann eine nur kurze Ausnützung der Geräte besteht und diese dann im Keller stehen. (Abg. Pözl: „Wenigstens ausgepackt müssen die Geräte werden und nicht gleich in den Keller gestellt werden! Gegen diesen Mißbrauch wenden wir uns!“)

Da müßte doch der Abgeordnete und Präsident der Ärztekammer, der doch einen wesentlichen Einfluß haben muß auf die Primarien der Landeskrankenanstalten, auch einmal auf die Dinge einwirken im Interesse des Landes. Das müßte doch möglich sein.

Schauen Sie, meine Damen und Herren, bei dieser Entwicklung ist es naheliegend, stärker zu konzentrieren und vor allem zu spezialisieren. Es kann ganz einfach nicht jedes Krankenhaus in unserem Land mit allen Fachabteilungen und den dazugehörigen Geräten ausgestattet sein. Das wäre weder personell noch finanziell zu verkraften. Die Bildung von Schwerpunktkrankenhäusern scheint der bessere Weg in dem Bemühen um neue Organisationsformen zu sein. Aber dies alles braucht ja letzten Endes Zeit, es erfordert Vergleichsstudien und ein solcher Weg, Frau Kollegin, der muß schon sehr vorsichtig und sehr behutsam gegangen werden, das verlangen Sie auch in vielen anderen Bereichen. (Abg. Jamnegg: „Ein bisserl schneller müßte es halt sein!“ — Landesrat Bammer: „Nicht so hudeh!“)

Darf ich jetzt noch eine Detailfrage anschneiden: Der Bezirk Bruck wartet auf ein neues Krankenhaus. Die äußerst schwierige und langwierige Prozedur der Grundbeschaffung liegt ja bekanntlich hinter uns. (Abg. Pözl: „Ist auch die ÖVP schuld!“) Die Menschen in diesem Industrieballungszentrum und dem dazugehörigen Hinterland — es sind bei 70.000 an der Zahl — erwarten jetzt von der Steiermärkischen Landesregierung, daß die zweite Phase, das ist die Phase der Planung, etwas schneller vor sich geht, in einem schnelleren Tempo, weil sie ohnehin wissen, daß dann der dritte Abschnitt — der Bauabschnitt — wieder etwas länger dauern wird. In unserem Gesundheitswesen hat Leben Vorrang, beim Bau von neuen Krankenhäusern, Herr Landeshauptmannstellvertreter, würde ich sagen, muß unbedingt Bruck Vorrang haben. (Abg. Pözl: „Es gehört schon ein Brandl her, damit man einmal sieht, was geschieht!“)

Ganz zum Schluß darf ich sagen, weil das hat immer eine Rolle in den Diskussionen gespielt, daß

wir als Sozialisten uns immer um die soziale Sicherheit der Menschen in unserem Lande bemüht haben. (Zwischenruf von der ÖVP: „Wir auch!“) Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie das sagen. Daß es nicht immer leicht war, mit den Vertretern der Österreichischen Volkspartei bei der Lösung dieses Problems zu Rande zu kommen, muß ich auch sagen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das war immer leicht!“) Es war nicht immer leicht, wir haben Ihnen sehr vieles sehr mühsam abringen müssen und Sie haben dann bei verschiedenen Vorschlägen, bei verschiedenen Lösungsmöglichkeiten sehr düstere und sehr negative Prognosen gestellt. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Nein, wir haben manchmal bessere Vorschläge gegeben!“) Die Zwischenzeit und die Entwicklung haben aber eindeutig bewiesen, daß unser Weg der richtige ist, daß wir verpflichtet sind, daß wir alle unsere Berufsgruppen und Bevölkerungsschichten einzu beziehen haben (Abg. Schrammel: „Bei den landwirtschaftlichen Fachschulen im Grenzland zum Beispiel!“) in das große Problem und in das große Gebäude der sozialen Sicherheit. Dafür werden wir uns weiter einsetzen und wir sind froh, wenn Sie uns wenigstens bescheiden dabei unterstützen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Fuchs gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:** Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist, vor allem, wenn man über eine kräftige Stimme verfügt, leicht, von hier aus alles mögliche zu behaupten, die zu meinen, dort hinüberzuschauen und sich sozusagen aufzutanken und dann unter dem Applaus der eigenen Genossen fortzugehen und damit seiner Partei einen großen Dienst erwiesen zu haben. Das ist durchaus in Ordnung.

Ich möchte aber zu einem anderen Thema hier ganz kurz etwas sagen, weil heute das Wort Anstand und damit auch der Gegensatz, die Unanständigkeit, doch zu sehr strapaziert wurden. Ich sage das bewußt, bevor der Herr Landeshauptmannstellvertreter beginnt, weil ich glaube, daß wir hier im eigenen Interesse etwas vorsichtiger sein sollten mit den Ausdrücken. (Abg. Zinkanell: „Mit den Behauptungen auch!“) Es entschlüpft jedem beim Reden manchmal etwas, wir haben das heute bemerkt und machen darüber kein Wasser und wir wollen die Dinge auch nicht beim Namen nennen, den man geben könnte. Wenn aber hier gesagt wird, daß es unanständig sei oder gegen den guten Anstand verstößt, wenn ein Abgeordneter — ob gerecht oder ungerecht — eine sehr harte, man könnte fast sagen hundertprozentige Kritik an einer Abteilung übt (Abg. Zinkanell: „Das müssen Sie in diese Richtung sagen!“ — Zeigt auf die ÖVP-Bänke.) und an dem politischen Referenten, so muß ich ihm sagen, was war denn das was Dr. Strenitz von hier aus gestern getan hat, und ist das dann unanständig, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter am Parteitag getan hat, wo er sagt, die konservative Mehrheit dieses Landes sei aus bewußter Ablehnung jeder planen-

den Vorausschau mit keinerlei Existenzproblemen des Landes fertig geworden. Ich würde also, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr vorsichtig mit solchen Dingen umgehen, denn man kann sich dann leicht ins eigene Fleisch schneiden. Und wenn ein Landesregierungsmitglied, das 12 Jahre in der Regierung ist, eine Regierung, der es selbst angehört hat, so beurteilt und die Mehrheit so qualifiziert, und wenn das nicht auch dem Anstand widerspricht, weiß ich nicht — ich bin nicht dafür, daß wir so empfindlich sind und daß wir gleich schreien „Unanständig!“, wenn einer sagt, das ist nicht in Ordnung. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Tun Sie das Persönliche von den Dingen trennen! Ich habe niemanden persönlich qualifiziert und zensuriert! Tun Sie das trennen!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben genug Argumente. Sie werden zu einem gewaltigen Gegen-schlag jetzt ausholen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sie können doch auch nicht anders!“) Es hat der Dr. Strenitz und es hat jetzt der Kollege Brandl gesagt, das ist unanständig, wenn der so redet. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Aber Herr Kollege Fuchs, wir sind doch im Landtag und nicht in einer Tanzschule!“) Genau deshalb sage ich es. Sie haben mir das Stichwort geliefert.

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich der Herr Landesrat Prof. Jungwirth zu Worte gemeldet.

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe ganz kurz auf drei Redestellen ein, in denen ich direkt oder indirekt befragt worden bin, und zwar handelt es sich erstens um die Vorbeugeaktion gegen Zahnkaries, zweitens um die Präventivmedizin und drittens um die Jugendförderung.

In einigen Worten zur Kariesprophylaxe: So wie in allen Bundesländern wird auch in der Steiermark über die Fachabteilung für das Gesundheitswesen die Fluoraktion an den Schulen gefördert. Fluorierungen von Trinkwasser gibt es bekanntlich im Ausland, und zwar im Westen und Osten, ich sage ausdrücklich auch im Osten, weil man hier wirtschaftliche Interessen nicht unterstellen kann. Dieses Problem besteht aber bei uns nicht, es ist auch nicht daran gedacht, das Trinkwasser mit Fluor zu versetzen. Was aber jetzt die Tablettenfrage betrifft, stehen wir immer wieder vor dem Problem, was sagt die Wissenschaft, wie ist der letzte Stand der Wissenschaft. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir laufend Auskünfte einholen. Es wurde in regelmäßigen Zeitabständen damit befaßt der Landessanitätsrat für Steiermark, auch das Gesundheitsministerium und der Oberste Sanitätsrat. Wir haben gerade in diesem Jahr wiederum Wien befragt, weil wir uns ja selber diese Frage stellen. Der Oberste Sanitätsrat wird sich vielleicht personell gewandelt haben gegenüber vor 10 Jahren, das weiß ich nicht, er hat jedenfalls das letzte Mal vor noch nicht einem Monat, zirka am 11. oder 12. November, dieses Problem behandelt und ist zur Auffassung gelangt, allen Bundesländern zu empfehlen, mit der Aktion fortzufahren.

Allerdings werden immer zwei Einschränkungen gemacht. Das muß ich dazufügen. Erstens genügt diese Prophylaxe nicht, wenn nicht die Ernährung stimmt und wenn nicht die Zahnpflege und Zahnreinigung in Ordnung sind. Auf der anderen Seite ist die Aktion bedenklich, wenn Luft oder Wasser in der betreffenden Gegend einen zu hohen Fluorgehalt haben. Daher werden auch hier in der Steiermark immer wieder Untersuchungen angestellt. Die letzte Untersuchung, die über die Fluorhaltigkeit der Luft vom Landeshygieniker Dr. Möse angestellt worden ist, hat in den Untersuchungsgebieten keine toxischen Ergebnisse gebracht. Was das Wasser betrifft, haben wir eine Untersuchung auf den Tisch bekommen mit drei Trinkwasserstellen, Brunnen, Quellen, Wasserleitungen. Hier werden, wenn die Untersuchungen ein gewisses Limit übersteigen, sofort Anordnungen getroffen. Das hat stattgefunden in der Gegend von Straden oder im Raum St. Katharein an der Laming, wo das Wasser schon so fluorhaltig ist, daß es nicht mehr medizinisch vertretbar ist, solche Tabletten zu verabreichen. Ich möchte sagen, daß wir den Kontakt regelmäßig zur Wissenschaft halten, daß regelmäßig Überwachungen stattfinden, weil wir selber interessiert sind, die Leute gesund zu erhalten.

Zur Frage der Präventivmedizin, die der Herr Abgeordnete Loidl angeschnitten hat, möchte ich kurz folgendes mitteilen. Es handelt sich bei dieser erstmals in der Steiermark geförderten Aktion um Programme und Organisationsmodelle, die zum Teil schon anderswo sich bewährt haben. Es wird nicht laienhaft begonnen, sondern es wurden Modelle studiert, die anderswo schon funktionieren, zum Beispiel in Vorarlberg. Es sind vorgesehen Schwangerenuntersuchungen und Säuglingsuntersuchungen und zwar je drei Untersuchungen nach diesem Vorarlberger Programm in einer etwas verbesserten modifizierten Art. Zudem ist vorgesehen eine allgemeine Vorbeugungsuntersuchung. Das Programm enthält im wesentlichen Frauenkrebs und Stoffwechseluntersuchungen für Erwachsene. Das hier angewendete Programm ist im wesentlichen das gleiche wie im Gesundheitsministerium. Die Ergebnisse sollen auf Computerkarten vermerkt werden, so daß jeder Untersuchte ein Gesundheitsblatt mitbekommt, das sein Gesundheitsblatt für das ganze Leben werden kann. Es ist keine Frage, daß wir in dieser Sache erst am Anfang stehen, daß hier eine breite Plattform gefunden werden muß zwischen dem fördernden Land, der Gesellschaft für vorbeugende Medizin, die in Gründung begriffen ist, natürlich auch mit dem Gesundheitsministerium und nicht zuletzt mit den Sozialversicherungen.

Schließlich wurde ich noch kurz angesprochen vom Herrn Abgeordneten Groß bezüglich der Jugendförderung in der Gruppe 5. Ich teile die ganz besondere Sorge, die auch aus seinen Worten gesprochen hat um die Jugend, die in ihrer Freizeit Einflüssen ausgeliefert ist, mit denen sie nicht fertig werden kann. Ich glaube auch, daß es dringend notwendig ist, daß wir ein positives Gegenangebot zur Auswahl anbieten. Ich möchte nur einen kleinen Irrtum aufklären. Es sieht laut Budget so aus, als ob der Ansatz 1972 gegenüber 1971

nicht gestiegen wäre. Das ist eine optische Täuschung, möchte ich sagen, die auf drei Gründe zurückgeht, die man leicht kontrollieren kann an den Erfolgsziffern und an den Budgets von 1971 und 1972. Es hat im Jahre 1971 drei ganz besondere Projekte gegeben, die nur einmal vorkamen und die dann wieder aus dem Budget herausgenommen wurden. Es hat sich damals gehandelt um den Druck des Jungbürgerbuches und hat dadurch eine Kostensteigerung bei den Jungbürgerfeiern verursacht. Dann haben wir zusammen mit einer jugoslawischen Gemeinde das Ferienheim Vrsar bei Poreč gebaut, da war eine Rate drinnen, die auch das Budget 1971 aufblähte. Im Jahre 1971 hat das Bundesjugendsingen in Graz stattgefunden. Das kostet mehr als die Jugendsingen 1972 oder 1973, bei welchen die Steirer irgendwoanders hinfahren, weil die Organisation natürlich größere Kosten ausmacht. So ist es zu verstehen, daß die Ansätze 1971 höher als 1972 aussehen, aber in der Wirksamkeit ist auch hier eine Steigerung gegeben.

Es wurde die Anregung ausgesprochen, für die Medienerziehung, sprich Film- und Fernseherziehung, etwas zu tun. Wir wissen, daß das hauptsächlich eine Aufgabe der Schule ist. In der außerschulischen Jugendarbeit liegt hier sicherlich einiges an Möglichkeiten drinnen, aber nicht das Hauptgewicht.

Wir versuchen, auch hier eine Serviceleistung zu vollbringen. Das ist insofern möglich, als die Landesbildstelle mit den Bezirksbildstellen sehr stark kooperiert und mit dem Landesjugendreferat. Der Leiter der Landesbildstelle ist ja der ehemalige Filmreferent des Jugendreferates. Wir haben auch im heurigen Budget Mittel eingesetzt, die ein Instrumentarium finanzieren sollen, die sogenannten Film- und Fernsehkoffer, mit denen man diese Film- und Fernseherziehung an den Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit einsetzen kann. Es erklärt sich damit eine gewisse Budgetpost bei der Landesbildstelle, wo es heißt „Audiovisuelle Mittel“. Wir versuchen im Rahmen der Möglichkeiten des Jugendbudgets auch mitzuwirken, die Steiermark medienreif zu machen.

Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart das Wort.

**Landeshauptmannstellvertreter Wegart:** Meine Damen und Herren!

In aller Kürze ein paar Bemerkungen zum Sport. In meiner Hand befindet sich ein schönes Buch. Die Farbe tut nichts zur Sache. Dieses Buch ist der Sportstättenbauleitplan des Landes Steiermark — eine Erhebung sämtlicher steinischer Gemeinden über den derzeitigen Istzustand und naturgemäß eine Darstellung der Dinge, die gemacht werden sollen. Es ist das eine einzig dastehende Arbeit, an der lange gewerkt wurde, an der wir eine Reihe von Experten auch miteingeladen haben und von der ich sagen kann, eine solche Arbeit hat es bisher im Bundesland Steiermark noch nicht gegeben. Wir haben in diesem Sportstättenbauleitplan drinnen das, was wir praktisch an Anlagen schon zur Verfügung haben und das ist nicht wenig. Ich darf

sagen, daß die 600 Sportvereine, die in den drei Dachverbänden ASKO, ASVO und UNION vereinigt sind, Erstaunliches zustande gebracht haben, aber auch im Zusammenwirken mit den Gemeinden, mit den Vereinen, mit der privaten Initiative, mit Hilfe des Landes, aber auch mit Hilfe des Bundes, mit Hilfe der Kammern. Ich möchte sagen, es ist eine konzertierte Aktion, wie sie vorbildlicher nicht sein könnte.

Wenn in diesem Zusammenhang vom Kollegen Bammer, vielleicht gar nicht zu Unrecht, Klage geführt wurde, es sind vielleicht da und dort ein paar Fehler geschehen oder man hat hier etwas zuviel des Guten getan oder da etwas zuwenig, dann darf ich Ihnen folgendes sagen. Wir haben zum Beispiel in den letzten Jahren ein Schwimmbäderbauprogramm aus dem Boden gestampft. Es gibt kein Bundesland, ich glaube, ich kann das sagen, ohne unbescheiden zu sein, das eine so enorme Leistung zustande gebracht hat. Hier lautet die Formel, wenn es regnet, haben wir zuviel Schwimmbäder. Das ist gar keine Frage. Wenn es schön ist, haben wir zu wenig. Nach welchem Rezept soll man verfahren? Natürlich nach dem nach der Spitze. Wir orientieren uns danach, was wir effektiv brauchen. Wir brauchen mehr Schwimmbäder. Da gibt es ein schönes Sprüchlein, das, glaube ich, auf dem Eingang zum seinerzeitigen Dianabad in Wien gestanden ist: „Bäder bauen hilft Spitäler sparen.“ Das gehört gerade hier zu dieser Gruppe vorbildlich dazu. Es ist müßig zu sagen, daß der Sport eine gemeinschaftsbildende Funktion erfüllt, daß er in unserem Land eine Funktion erfüllt, die wir höher veranschlagen sollten, als es vielleicht da und dort geschehen ist und die wir nicht in die Niederungen einer tagespolitischen Auseinandersetzung hineinnehmen sollten. Um was geht es? Ich sage das kurz und bündig. Wer im heurigen Jahr die Olympiade in München verfolgt hat und ich habe das sehr gründlich getan, dem konnte doch nicht entgangen sein, daß die Oststaaten oder, wenn Sie wollen, die Staaten mit einer bestimmten Diktatur, Sportler produziert haben, man kann sagen, wie aus der Retorte. Da ist alles hineingepumpt worden, daß man sich sagen muß, wie könnte etwa die Deutsche Demokratische Republik mit 17 Millionen Einwohnern einfach an zweiter oder dritter Stelle im Medaillengang stehen und die deutsche Bundesrepublik mit mehr als 55 Millionen Einwohnern irgendwo unter ferner liefen. Man kann aber der deutschen Bundesrepublik sicher nicht den Vorwurf machen, sie hätte für den Sport nichts übrig. Hier glaube ich, unterscheiden wir uns einmal dem Grunde und dem Wesen nach. Ich bin der Meinung, die erste Aufgabe, die wir im Sport zu sehen haben, ist der Breitensport. Wir wollen möglichst viele Menschen dazu bringen, daß sie sich sportlich betätigen, daß sie etwas tun für ihre sportliche Betätigung und dazu wollen wir ihnen diese Anlagen zur Verfügung stellen, die ja in reicher Zahl gebaut werden und die durch den Sportstättenleitplan noch in weiterer Folge gebaut werden. Das wollte ich in diesem Zusammenhang sagen, und dort, wo der Spitzensport sich ermöglicht, wo man sieht, es gibt Talente, zum Beispiel ein Name, der heute

bereits genannt wurde, wie etwa Zeilbauer, hier müßten wir auch gemeinsame Anstrengungen an den Tag legen, um auch einen solchen Spitzensportler stärker in den Mittelpunkt zu stellen, wie wir das im Schisport und auch in anderen Sportarten feststellen können. Das ist in aller Kürze etwa die Frage, die sich daraus ergibt und die ich in wenigen Minuten hier kurz skizzieren wollte.

Aber, meine Damen und Herren, darf ich jetzt über den Anlaß hinaus noch ein Wort sagen: Herr Abgeordneter Dr. Strenitz, Sie haben in einer Zwischenbemerkung zum Ausdruck gebracht, der Landtag ist keine Tanzschule. Ich pflichte Ihnen absolut bei, aber ich möchte Ihnen auch sagen, er ist keine Arena für den politischen Freistil. (Beifall bei der ÖVP.) Es ist an die Adresse jedes Abgeordneten gerichtet, der der Meinung ist, der Landtag könnte dazu benützt werden. Ich möchte Ihnen jetzt auch ein sehr ernstes Wort sagen. Der Herr Kollege Sebastian und ich sind zufällig die Ältesten in diesem Hohen Hause seit dem Jahre 1949. Wie wir damals eingezogen sind als junge Heimkehrer, haben wir uns sogar von beiden Bänken heraus das Duwort angeboten, weil wir uns damals eines gesagt haben: Wir gehören einer Generation an, die knapp nach dem Ersten Weltkrieg bzw. im Ersten Weltkrieg geboren ist, wir gehören einer Generation an, die die Erste Republik und ihre verheerenden Folgen so deutlich schon am eigenen Leibe gespürt hat und wir gehören einer Generation an, die den Zweiten Weltkrieg erlebt hat und das Glück hatte, heimzukommen. Und wir haben uns gesagt, die Fehler, die unsere Väter gemacht haben, die wollen wir nicht wiederholen. Und wir haben damals gesagt, wir wollen gemeinsam miteinander dieses Land aufbauen. Das war damals unser Wollen. Und wenn wir die Zeit von 1949 mit heute vergleichen, meine Damen und Herren, an die Adresse jedes einzelnen, dem es um unser Land ernst ist, wir haben gemeinsam einmalige Leistungen erzielt, wir können stolz sein auf das, was wir in diesem Lande zustande gebracht haben. Schaut ein bißchen in der Welt herum, dann werdet ihr daraufkommen, warum ich das sage. Und deshalb bin ich der Meinung, und das ist jetzt ein kollegiales Wort an den Kollegen Sebastian: Als ich deine — ich sage bewußt deine — Formulierungen am Landesparteitag gelesen habe, habe ich mir gesagt, ich habe Verständnis dafür, daß die Sozialistische Partei sagt, sie strebt nach der Mehrheit. Warum nicht? Das ist ein legitimes Recht. Aber ich habe kein Verständnis dafür, wenn uns dabei in einer Form Dinge unterstellt werden, die nicht zutreffen. Denn wir haben alle, wie wir hier sitzen, auch wir auf der Regierungsbank, unsere menschliche Unzulänglichkeit, wir haben Fehler gemacht, wir haben geirrt und ich billige jedem hier zu, daß er auch sein Bestes will, denn das, was wir hier sind, das ist der Teil, aber der Teil ist nichts, wenn wir nicht miteinander das Ganze wollen. Und aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, möchte ich ein sehr kollegiales Wort sagen: Sie können nach der Mehrheit streben, aber dann doch nicht so, daß Sie uns Ignoranz unterstellen, daß Sie uns unterstellen, wir hätten Versäumnisse gehabt. Wenn wir

etwas versäumt haben, dann haben wir es gemeinsam versäumt, denn niemand war gehindert, zu sagen in der Regierung und im Landtag, wir wollen das. Und dann würde ich auch bitten, wenn wir diese Auseinandersetzung anstreben, die wird uns ja nicht erspart bleiben: Fangen wir mit dem Wahlkampf nicht 1972 an, sondern es wird noch Zeit genug sein. Was die draußen im Lande von uns erwarten, ist nicht, daß wir über uns herfallen, sondern sie erwarten sachliche Arbeit zum Wohle des Landes, sie erwarten originelle Vorschläge, sie erwarten den Einsatz und sie erwarten die Leistung. Und machen wir uns nicht gegenseitig madig, denn am Ende würden die die Zeche zahlen, für die wir wirken. Wir wollen das nicht, und, lieber Kollege Sebastian, damals, als wir 1949 hier eingezogen sind, haben wir gute Vorsätze gehabt. Ich glaube, wir sollten sie nicht vergessen angesichts einer Situation, die eine neue Herausforderung darstellt. (Beifall.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. Ich erteile ihm das Wort.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:** Meine Damen und Herren! Gesundheitspolitik rückt in zunehmendem Maße in den Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, und das ist gut so. Vor einigen Jahren noch wurden wir als die Gesundheitsapostel bezeichnet und vieles, was wir damals gesagt haben, ist damals nicht ernst genommen worden oder wurden diese Fragen vom Tisch gewischt oder als aufgebauscht betrachtet. Heute ist die Frage der Gesundheitspolitik eines jener Probleme, die im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen und wo es darum geht, jene Mittel aufzubringen und jene Vorsorgen zu treffen, um das Versäumte aufzuholen oder das, was auf uns zukommt, zu bewältigen. Es ist heute nicht mehr nur eine Frage des Arztes und der Krankenanstalten, wenn man über Gesundheitspolitik spricht, sondern heute ist es der umfassendere Begriff, wenn Sie wollen, einbezogen die ganze Frage des Umweltschutzes, Versäumnisse vom Anbeginn der Industrialisierung, die einfach in der nächsten Zeit gar nicht bewältigt werden könnten, selbst bei aller Anstrengung, die wir zu machen bereit wären. Die nächste Stufe im Gesundheitswesen ist die Präventivmedizin. Ich habe bereits 1970 — im vorigen Jahr ist diese Diskussion unterblieben — auch auf die Frage der Präventivmedizin hingewiesen und es ist heute schon davon gesprochen worden, mit Freude vermerkt worden, daß über die Initiativen des Kollegen Jungwirth in Befolgung des „Modells Steiermark“ 11 Millionen Schilling im Budget für Präventivmedizin und Auswertung dieser Untersuchungsergebnisse vorgesehen sind. Leidenschaftlos, meine Damen und Herren, auch mein Freund Wegart, ich werde auf deine Rede noch antworten, kann ich nur fragen, warum erst jetzt. Die Frage des Gesundheitswesens, soweit mittelbare Bundesverwaltung, ist im Referat des Herrn Prof. Jungwirth oder seines Vorgängers seit 1961. Warum erst jetzt? Will man schon von den Versäumnissen, Herr Kollege Piaty, reden, die

da gemacht wurden, heute wird groß applaudiert über diese Initiative, wir haben schon immer davon gesprochen — die Realisierung lag aber nicht in meinem Referat. Aber ich erkenne die Umstände an, ich mache gar keinen Hehl daraus, es geht ja nicht alles, und sie wissen, daß ich schon vor Jahren auf die sachliche Zersplitterung in den Kompetenzen des Gesundheitswesens hingewiesen habe, wenn Sie der Meinung sind — ich werde über die Rechtsabteilung 12 noch reden — daß die Kultur- und Schulabteilung die richtige Abteilung dafür ist. Der Referent ist Ihnen überlassen. Aber ich sage noch einmal, ich stelle leidenschaftslos fest, es kann sich jeder seinen Reim darauf machen, warum erst jetzt, wir hätten es schon viel länger notwendig gehabt, es wäre schon lang notwendig gewesen. Aber jetzt, weil eben a) das Gesundheitswesen im Mittelpunkt steht, b) weil vom Bund her etwas unternommen wird, c) weil die Krankenkassen anfangen, jetzt kommt man darauf, aha, da muß man etwas tun. Ich habe Ihnen gesagt, Herr Präsident der Ärztekammer, daß ich nur wünsche, daß es zu einer sinnvollen Koordinierung kommt zwischen den einzelnen Trägern, zwischen den einzelnen Bezahler und daß es zu einem sinnvollen Einsatz dieser Mittel kommt. Und wir werden darauf sehr genau aufpassen und ich sage auch, in erster Linie geht es darum, daß der praktische Arzt am Lande, dann der Facharzt und die Ambulatorien richtig eingesetzt werden: Dazu bedarf es einer Änderung des Krankenanstaltengesetzes. Zuletzt, um mit teuren Apparaten die endgültige Untersuchung machen zu können, wird es doch wieder zur Konsultation der Klinik oder des Krankenhauses kommen, weil dieser große Kreis der umfassenden Medizin natürlich einen zentralen Punkt braucht, meine Damen und Herren, und dieser zentrale Punkt sind unsere Krankenanstalten. Der kranke Mensch, der leidende Mensch, der verunfallte Mensch wird je nach Temperament von der öffentlichen Hand ein solches Krankenhaus, ein gut eingerichtetes, gut ausgebildete Ärzte und Schwestern als selbstverständlich entweder erbitten, fordern oder erschreien, aber er wünscht und das tut er mit Recht, daß die öffentliche Hand dafür sorgt, daß die Einrichtungen, die heute die medizinische Wissenschaft und die Technik zur Verfügung stellen im höchstmöglichen Ausmaß nicht in jedem Fall und in jedem Krankenhaus, aber doch für den Steirer, für den wir verantwortlich zeichnen, vorhanden sind. Wenn hier so viel Kritik geübt wird. Wo kann man nicht Kritik üben? Wo sind nicht gewisse Dinge vorgekommen? Aber es ist so, man soll das Kind nicht mit dem Bad ausgießen. Schon wenn ich den Appell des Kollegen Wegart höre, fällt mir das ganz besonders ein. Es ist nicht uninteressant, daß bei einer Reihe von Problemen, die wir gelöst haben, seien sie in der Verwaltung, seien sie in der Küche in dem Großkrankenhaus, sei es der Bau der Kinderklinik und die 1. Chirurgie, aus Europa Menschen zu uns pilgern, diese Einrichtungen besuchen, beeindruckt von uns gehen, voll des Lobes und der Anerkennung. Was aber der steirische Landtag oder ein Teil dieses Landtages aus politischen Gründen nicht tut. Entscheidend ist für mich, daß diese modernsten Einrichtungen vorhanden sind und den

Menschen in unserem Land zur Verfügung stehen. (Beifall bei der SPO.) Man hat mich einen Hochstapler bezeichnet, weil wir einen Hubschrauberlandeplatz gemacht haben und heute schon sehen Sie, wie segensreich sich dieser auswirkt und was er noch bringen wird, weil in der modernen Behandlungsmethode es auf die Minute ankommt, um die der Patient früher auf den Operationstisch kommt. Sie wissen, daß man mit dem Rettungswagen in den verstopften Straßen nicht weiterkommt, der Hubschrauber aber die Leute auf den Hubschrauberlandeplatz und damit zur Operation bringt. Für die nachfolgende Wiedereingliederung in die Gesellschaft und für die Rehabilitierung sind diese Minuten lebensentscheidend und damit auch für die gesamte Wirtschaft von Bedeutung. Wir werden auch in kurzer Zeit die Augenklinik eröffnen können, die mit großem Aufwand umgebaut wurde. Sie ist auch modernst ausgestattet, wenn Sie denken, daß in der Zeit als sie gebaut wurde, es kaum operative Eingriffe am Auge gab und daß heute über 3000 solcher operativer Eingriffe gemacht werden und daß es dort keinen anständigen Operationsaal gegeben hat. Es geht auch der Umbau der Alten Chirurgie weiter, soweit es den klinischen Teil betrifft, die zusätzlich noch einen ganz modernen Knochenoperationssaal erhält. Es geht um den Ausbau der landschaftlichen Abteilung, damit endlich die Urologie, die durch die höhere Lebenserwartung der Menschen auch immer mehr Bedeutung erlangt, entsprechend untergebracht wird und daß auch die Zahnklinik untergebracht werden kann. Ich sage auch wissentlich etwas: Es ist halt doch etwas komisch, wenn anlässlich von Eröffnungen von der höchsten Spitze des Landes her Lob und Anerkennung gezollt wird und gesagt wird, wir haben gestaltend als Mehrheit hierauf Einfluß genommen und dann setzt man sich hieher und sagt, das ist alles nichts. Dies ist doch interessant und verdient hier festgehalten zu werden: Wenn wir in der Regierung um das Geld ringen für diese Anstalten, dann werden unsere Forderungen als zu hoch bezeichnet und ich muß mir von jedem einzelnen der Regierungsmitglieder sagen lassen, was bei ihnen im außerordentlichen Haushalt drinnen ist — 5 Millionen Schilling, 30 Millionen Schilling, 24 Millionen Schilling ist zuviel und Sie stellen sich her und sagen, die Zimmer sind zu klein für die Bediensteten. Auch bei den Wohnungen wären 110 und 120 m<sup>2</sup> besser und wir können sie nicht bauen, weil wir einen so großen Nachholbedarf haben und keinem Menschen fällt es ein, irgend jemandem daraus einen Vorwurf zu machen. Ich habe im Finanz-Ausschuß gesagt, daß in diesen 12½ Jahren, die ich da sitze, immerhin 1500 Wohnungen für Schwestern, Angestellte und Ärzte in den Krankenhäusern gebaut wurden. (Beifall bei der SPO.) Daß es noch schöner wäre, wenn sie 24 m<sup>2</sup> groß und einen Balkon hätten, das weiß ich auch, dazu brauche ich nicht Sie, Herr Abgeordneter Piaty, als Fachmann. Das weiß heute jeder Mensch. Auch das Problem ist uns bekannt, daß wenn die Schwestern schwanger werden, sie ein Kinderbett in ihr Zimmer hineinstellen wollen. Aber bedenken Sie: Das Krankenhaus Graz stand 50 Jahre, ehe überhaupt ein Personalwohnhaus gebaut wurde.

Wir haben mittlerweile in der Billrothstraße zwei gebaut und das dritte wird in Angriff genommen. Übersehen Sie dabei nicht, daß natürlich es nicht nur darum geht, das Krankenhaus zu bauen oder auszubauen oder umzugestalten, neue Maschinen oder Geräte zu adaptieren, sondern auch um die Zubringereinrichtungen, die Wirtschaftseinrichtungen. Überlegen Sie, daß allein die Modernisierung der Küche im Krankenhaus Graz 33 Millionen Schilling gekostet hat. Die Rationalisierung war notwendig, weil man nicht mehr die Leute bekam und weil man den Zeitaufwand nicht mehr vertreten kann, um das Krankenhaus richtig versorgen zu können. Die Rationalisierung der Wäscherei bei vollem Betrieb und 11 Tonnen Wäsche am Tag ist eine wesentliche Leistung und nur eine von vielen, die gemacht wurden. Es ist für uns erfreulich, daß wir heuer drei Personalwohnhäuser übergeben konnten und eine der schönsten Einrichtungen, die die Menschen der Landesregierung und dem Landtag sicherlich danken werden, wenn schon nicht dem Referenten. Daß wir auf der Stolzalpe vor wenigen Wochen die Physiko-, Hydro- und Elektrotherapiestation für Querschnittsgelähmte in Betrieb genommen haben, daß der Rohbau für das Bad und die Turnhalle fertig ist. Bei den vielen Straßenunfällen war es ein Leidensweg, einen Querschnittsgelähmten in Tobelbad unterzubringen, wenn es nicht ein Arbeitsunfall war. Es gibt nur eine Einrichtung, das ist Tobelbad. Die waren willens, uns die Leute aufzunehmen, aber sie haben ja nur die Arbeitsunfälle zu versorgen. Wir haben nun endlich auf der Stolzalpe für Querschnittsgelähmte eine ganz spezielle Einrichtung vor wenigen Wochen in Betrieb genommen. (Allgemeiner Beifall.) Ich sage, weil es hier um den Neubau geht und weil Dr. Piaty gemeint hat, das ist das Lieblingskrankenhaus Leoben. Wir haben die Gleichfeier in Leoben vorgenommen für dieses Schwerpunktkrankenhaus. Doktor Piaty hat hier erklärt, „Wer da vorbeifährt, der schaut den roten Rauch an und der Referent ist ein Leobner.“ Die Herren, die in der Regierung sitzen, wissen, daß ich im Jahre 1963 gesagt habe, damit niemand aufstehen und sagen kann, ich habe Leoben bevorzugt, man soll das Deutsche Krankenhausinstitut befragen. Die Regierung hat das Gutachten in die Hände bekommen. Warum haben wir Leoben gemacht? Heute kann man es sagen, wo alles im Bau ist; weil im Jahre 1960 von der Sanitätsdirektion ein Schreiben auf dem Tisch lag, daß jede Verantwortung allein wegen der Hausinfektion auf der Kinderabteilung abgelehnt wird. So sind die Dinge, meine Damen und Herren, und das war auch der Grund, warum die Regierung diesen Neubau beschlossen hat. Und wenn Sie sagen, warum dorthin, wo es raucht, es wäre doch viel schöner gewesen, woanders hin — wenn einmal so viel Geld investiert ist in ein Krankenhaus, dann kann man es nicht abtragen, denn das wären dann Fehlinvestitionen. In der Endausbaustufe, das ist durchdacht, bis 1985, wenn auch der Behandlungstrakt fertig ist, wird man vorne das ganze alte Krankenhaus wegreißen können und kommt dadurch von Straße und Bahn weg. Soviel, meine Damen und Herren, zu dem, daß auch etwas geleistet wird in diesem Ressort von den damit befaßten Beamten.

Und nun zur ewigen Auseinandersetzung, ja der Zuschuß, die Schere, die Prozente, es ist ja grausam, was da Geld aufgeht und die Schere geht auseinander. Na, jetzt haben Sie nimmer die Möglichkeit zu sagen, der Referent, der verschenkt das Geld, der schenkt der Gebietskrankenkasse was, denn jetzt hat das Schiedsgericht die Tarife festgesetzt und damit ist also diese Frage gelöst. Wir haben 207 Schilling verlangt, das Schiedsgericht hat gesagt 192 Schilling, jetzt können Sie darüber nicht mehr reden, jetzt reden Sie halt von anderen Dingen. Aber Sie sagen, daß die Aufbringung auseinandergeht und daß das beim Land immer mehr kosten würde als die anderen Dinge. Der ordentliche Haushalt ist in seinem Gesamtaufwand von 1964 bis 1971 um 133,42 % gestiegen. Der Aufwand der Pflegeanstalten ist um 126 % gestiegen, der Personalaufwand um 140 % und der Sachaufwand um 106 %. Das heißt also, daß die Schere nicht auseinandergeht, sondern daß für den Sachaufwand immer weniger vorhanden ist. Und seien Sie bitte bereit, den Voranschlag so anzusehen, daß Sie 892 Millionen abziehen von den 1,4 Milliarden Schilling und der Rest verbleibt für den Sachaufwand, alles andere ist für das Personal und was ich auf dem Personalsektor für einen Einfluß habe, das wissen Sie ja. Der Herr Abgeordnete Brandl hat darauf hingewiesen, daß die Steirer pro Monat für das höchste Gut, für die Gesundheit, 29 Schilling ausgeben, das sind im Jahr rund 354 Schilling für die Krankenhäuser und pro Tag 97 Groschen. Und nun sagen Sie, Sie sind mit uns einig, daß man nicht darüber reden darf, was das Menschenleben kostet, aber sparen müssen Sie, rationalisieren müssen Sie die Verwaltung (Abg. Pözl: „Keine Schlamperei wollen wir haben! Überflüssiges soll eingespart werden!“) und hier, meine Damen und Herren, nachdem ich ja für Sie kein Fachmann bin und der Herr Abgeordnete Piaty es als Fachmann versteht und es wissen muß, kann ich nichts anderes tun, als die unbestechlichen Zahlen hier Ihnen bekanntzugeben und ich kann da nur wiederholen, was ich schon mehrmals gesagt habe. 1. Die Verantwortung zwischen Arzt und Patient kann von niemandem anderen getragen und abgenommen werden, die ist ausschließlich zwischen Arzt und Patienten. Da gibt es keine Stelle dazwischen, keine Überbehörde, keinen Überarzt, nichts. Und ich unterstelle jetzt dem Herrn Abgeordneten und Primarius Doktor Piaty, daß er in seiner Verantwortung als Arzt draußen und in seiner Verantwortung als Abgeordneter in seinem Krankenhaus schaut, daß keine Schlamperei und keine Mißwirtschaft eintritt. Unter Voraussetzung all dieser Dinge habe ich mir herauschreiben lassen drei gleichgelagerte Krankenhäuser, und zwar Feldbach, Fürstenfeld und Hartberg. Es ist so, daß die Haushaltspost 521 „Ärztliche Geräte und Einrichtungen“ in Fürstenfeld ansteigt von 1969 33,47 Schilling am Tag auf 1970 auf 42,76 Schilling und 1971 auf 51,03 Schilling. Im Krankenhaus Feldbach sind es 27 Schilling, 28 Schilling und 34 Schilling. Ich habe hier die Überschreitungen, die über den Voranschlag hinausgehen. Im Krankenhaus Feldbach im Jahre 1969 gab es eine Überschreitung von 250.000 Schilling, im Krankenhaus Fürstenfeld 1,150.000 und im Kran-

kenhaus Hartberg 377.000 Schilling. (Abg. Brandl: „Und dann jammern Sie!“ — Landesrat Bammer: „Das ist der Schlendrian!“) Meine Damen und Herren, im Krankenhaus Feldbach 1970 200.000 Schilling, in Fürstenfeld 1,398.000 Schilling und in Hartberg 525.000 Schilling. Schauen Sie, meine Damen und Herren, ich sage noch einmal, ich setze voraus, daß der Abgeordnete Piaty als Primarius und als Arzt in seiner vollen Verantwortung gehandelt hat. Aber wenn Sie bestätigen, daß es da keine andere Möglichkeit gibt, dann verlangen Sie nicht von jemandem etwas, was nicht möglich ist. Darum geht es und um nichts anderes. (Beifall bei der SPO.) Und nun, meine Damen und Herren, zur Frage des Bundesbeitrages: (Abg. Jamnegg: „Wir haben uns doch x-mal im Kontrollausschuß über die Koordination unterhalten!“ — Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Es ist eine Majestätsbeleidigung, wenn man etwas sagt!“) Ich komme schon noch dazu, haben Sie doch ein bisserl Geduld. Zur Frage des Bundesbeitrages: 1963, als wir das zweite Notopfer, Länder und Gemeinden, für den Bund erbringen mußten, haben wir schon einen höheren Bundesbeitrag gefordert und wir haben ihn jetzt erstmals unter einer sozialistischen Regierung erhalten. 250.000.000 Schilling sind zu wenig, aber es ist schon etwas nach 11 Jahren, wo wir darauf warten, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPO. — Abg. Jamnegg: „Also wieviel kriegen wir dann?“) Und wenn Sie den Bundesbeitrag meinen, Frau Abgeordnete, es waren heuer 17 Millionen, das ist ja etwas anderes, das ist ja das, was mit dem Bund ausgehandelt wird, die Zuschüsse zum Bau der Kliniken. Das ist auf den einzelnen Bau abgestimmt. Das ist im Vertrag ausgehandelt. Und nun noch ein Wort zur Frage des Zehnjahresprogramms und -planes. (Abg. Jamnegg: „Ich habe das im Budget nicht gefunden, Herr Landeshauptmannstellvertreter!“) Ich habe Ihnen alles vorgelegt, Sie haben es daheim in der Schublade: Der Ausbauplan für die Krankenhäuser, nach dem sich die Regierung gehalten hat, das wird beschlossen. Den Anschluß daran werden wir mit der neuen Kommission — und da komme ich schon zu dem — ja warum — es macht mir Spaß (Abg. Pözl: „Spaß würde es machen, noch länger zu warten!“), bis 31. Dezember zu warten. Schauen Sie, jetzt sage ich Ihnen folgendes dazu: Wir haben das Gutachten, das uns für Mai zugesagt war, im Oktober erhalten. Das sind Bände. Alle Untersuchungen, die ich habe machen lassen, hat immer die Regierung und der Landtag als Vorlage bekommen. Ich wünschte, es wäre umgekehrt auch so. Und nun wird an einem Exzerpt für die Regierung und für den Landtag gearbeitet. Sie bekommen das vorgelegt, die Kommission werden wir beschließen, und ich hoffe, wir können im Februar schon das erste Mal zusammensitzen. Ich sage Ihnen nur eines, liebe gnädige Frau! Die Kommission und wer immer es sein wird, wird nichts anderes tun können, als am Begonnenen weiterzuarbeiten, weil es einfach keine Alternative gibt. Die Zahnklinik, Bau der Pathologie, der radiologische Bunkerbau, weil das Strahlenschutzgesetz es vorschreibt, das Krankenhaus Bruck — das ist weit über eine Milliarde und damit ist alles andere gebunden. (Beifall bei der SPO. — Abg. Pözl: „Weil die Weichen von Ihnen schon falsch gestellt

wurden!") Nun haben Sie mich ganz konkret gefragt, Frau Abgeordnete, warum Ambulanzgebühren. Ich weiß nicht, ob Sie im Finanz-Ausschuß waren. Ich habe dort gesagt, wir haben seinerzeit die Ambulanzgebühren erhöht, wir liegen über den anderen Ländern. Der Rechnungshof sagt: „Warum beteiligt ihr die Ärzte an den Ambulanzgebühren? Wenn ihr die Ärzte nicht beteiligt, seid ihr noch immer über den anderen. Aber ich bin froh, wenn wir bei den anderen Dingen vorankommen. Hinsichtlich der Geräte im Keller. Kommen Sie mit. Erliegen Sie nicht solchen Schlagworten. (Abg. Jamnegg: „Das ist mehr als ein Schlagwort!“) Schauen Sie, Frau Abgeordnete, dann frage ich Sie eines: Warum bezahlt die Regierung leitende Chefärzte im Krankenhaus und Direktoren, wenn die zulassen, daß das Gerät da unten steht? Das ist doch nicht Sache des Referenten. (Beifall bei der SPÖ. — Zweiter Präsident Ileschitz: „Der politische Referent ist doch kein Hausmeister, der die Kisten aufmacht! Das ist doch eine Zumutung! — Zahlreiche weitere unverständliche Zwischenrufe.) Sie haben schon lange einen Antrag gestellt — Geriatrie. Es wird das Krankenanstaltengesetz geändert. Das ist eine Frage des Raumes. Wir haben eine interne Klinik, da liegen geriatrische Fälle. Im Allgemeinen Krankenhaus, wo bis zu 30 % geriatrische Fälle liegen, ist das Bett ja nicht teurer, als wenn ich eine eigene Abteilung mache. Es spielen da eine Reihe anderer psychologischer Fragen hinein. (Abg. Jamnegg: „Allein schon die Pflegearbeit ist verschieden!“) Sie haben einen Antrag eingebracht, zu dem ich folgendes sagen möchte, weil Sie ihn begründet haben und zwar wegen der Schwestern. Der zuständige Fachmann — ich nehme an, daß Sie ihn kennen — Herr Hofrat Mittelbach, der Leiter des Krankenhauses war, Leiter der Krankenpflegeschule und jetzt Landessanitätsdirektor ist, ist mit der Abteilung 1 und 12 zusammengesessen und hat gesagt, was können wir tun mit den Krankenpflegeschulen? Er spricht sich dagegen aus, sie hinauszuverlegen, weil man das Ausbildungspersonal nicht hat, das man braucht. Es besteht die Möglichkeit, daß man in Blöcken hinausgeht, aber die Führung zentraler Schulen ist besser. Das ist das, was ich Ihnen darauf sagen kann. Ich stütze mich auf den Fachmann Hofrat Dr. Mittelbach. Nun zu dem, was der Abgeordnete Dr. Piaty gesagt hat. Herr Abgeordneter Piaty, ich stelle an die Spitze eine Feststellung folgenden Inhalts: Ich freue mich über die hohe Meinung, die Sie von mir haben und über die Loyalität, die Sie von mir voraussetzen. Ich bin nicht unloyal. Ich werde es nicht sagen, was Sie mir vorhin gesagt haben. Aber ich erwarte von Ihnen künftig auch etwas mehr Loyalität. Jetzt komme ich auf Ihren Zwischenruf, Herr Abgeordneter Fuchs, „mehr Anstand“. Denn daß ich nichts sage, das ist Anstand und Loyalität. Mehr sage ich nicht dazu. (Beifall bei der SPÖ.) (Abg. Schrammel: „Darf ein Abgeordneter nicht reden?“) Schauen Sie, Herr Kollege Piaty, wenn Sie sagen mit der Röntgenuntersuchung... (Abg. Dr. Piaty: „Sagen Sie, was ich gesagt habe!“) Sie wollen es. Bitte schön! Wir sind hier beisammengestanden. Ich sage noch einmal, ich möchte nicht unloyal sein. Der Abgeordnete Piaty hat gesagt: „Jetzt werde ich meine Show

abziehen. Es ist ganz klar, Sie sind die Galionsfigur. Sie sind ein charmanter Bursch, Sie sind am gefährlichsten für uns. Ich werde auf den Parteiohmann losgehen.“ Ich sage, das war nie üblich in diesem Haus, denn hier geht es um den Landeshauptmannstellvertreter. Dann haben Sie gesagt: „Das ist egal, Sie sind der Mann, der für uns gefährlich ist, es gibt keine Alternative. Sie haben genau erkannt am Parteitag, das ist Ihre Chance, weil Sie so charmant sind und daher werde ich Sie angehen.“ (Beifall bei der SPÖ.) Ich hätte es mir wahrlich erspart, aber das zu sagen und am Ende mir eine solche Qualifikation zu geben, halte ich doch nicht für vereinbar. Nun zu den fachlichen Fragen. Ich wäre loyal gewesen, aber so geht das eben nicht. Sie sagen Röntgenuntersuchung. Sie wissen ganz genau, wenn jemand bei einem Arzt röntgenisiert worden ist und er kommt auf die Klinik, dann können Sie es mit nichts erzwingen, daß dieses Röntgenbild anerkannt wird, sondern der behandelnde Arzt sagt, er macht selbst seine Röntgenaufnahmen, auf die kann er sich verlassen. Da können Sie tun, was Sie wollen. Warum stellen Sie die Dinge so dar? Wir wissen, daß das Geld kostet, daß die Menschen doppelt mit Strahlen versehen werden, aber Sie stellen es dar, obwohl Sie wissen, daß es anders ist. Wenn Sie sagen, ich werde mit den Problemen nicht fertig. Das werde ich am Schluß beantworten. Spitalsplan habe ich bereits gesagt; auch das Gutachten. Wenn Sie glauben, wir können mit Kommissionen regieren! Wir werden für alle diese Gruppen solche Anträge stellen. Für die Straßen ist das von höchstem Interesse. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das war ein einstimmiger Beschluß des Landtages!“) Die kommt ja, ich habe Ihnen ja gesagt, die kommt. Wir werden mit Kommissionen regieren. Über das habe ich schon gesprochen. (Abg. Jamnegg: „Die Regierung wird dadurch nicht ersetzt!“ — Landesrat Bammer: „Die Frau Abgeordnete Jamnegg sagt das ja nur, weil Sie drinnen sein will!“) Personräume habe ich Ihnen wiederholt gesagt. Die 1. Chirurgie wird umgebaut, in den 2. Stock kommen Sozialräume. Die Frage EDV-Anlage. Auch hier habe ich Ihnen gesagt und habe Sie aufgefordert, Herr Abgeordneter, den Grund zu sagen. Sie haben gesagt: „Das werden schon Sie sagen.“ Wir sind fertig mit unseren Programmen, aber das Rechenzentrum kann es nicht machen. Es hat die Leute nicht, es kann es nicht speichern. Warum sagen Sie das nicht? Sie wollen einfach die Galionsfigur treffen und sagen, der ist es eben und das ist das, was mich empört. Jede Kritik nehme ich hin, wenn sie berechtigt ist. Aber nicht solche Dinge. (Landesrat Bammer: „Ein bisserl bleibt halt hängen!“) Wie oft haben wir über das Zentrallabor gesprochen, wie oft haben wir über die Aufnahmestation gesprochen. Der Sanitätsrat hat sich damit befaßt und gesagt, es geht nicht, das Zentrallabor mit 11 Kliniken ist nicht möglich, weil eben 11 Kliniken ihr Labor brauchen, weil sie Lehre und Forschung zu betreiben haben. Aber Sie sagen es wieder hier, und das ist dann etwas, was unverständlich wird und ich sage, daß es eben nicht ernst gemeint ist. Anstaltsordnung: Es ist ja nicht so, daß keine Anstaltsordnung besteht, sondern wir haben im Spitalserhalterverband

seinerzeit einen Beschluß gefaßt, weil schon seit 1965 ein neues Krankenanstaltengesetz verheißen ist. Damals wurde gesagt, man solle keine Anstaltsordnung machen, sondern warten, bis das Gesetz kommt. Nun kommt das Gesetz und wenn diese Novelle da ist, wird man die Anstaltsordnung hinausgeben. Es ist aber nicht so, daß es keine Anstaltsordnung gibt, sondern auf Grund des letzten Gesetzes sind einige Dinge geändert worden. Herzfonds: Warum machen Sie das, Herr Abgeordneter Piaty, warum sagen Sie solche Dinge, sagen Sie es nur aus Opportunitätsgründen oder geht Ihnen Ihr Temperament durch, wenn Sie sagen, das ist eine Schweinerei, die Geräte stehen und Sie dürfen nicht anschließen, weil Sie keine Erlaubnis von der Rechtsabteilung 12 haben? Zum Herzfonds haben alle Österreicher dazubezahlt, es sind 57 Millionen Schilling zusammengekommen. Alle Anstaltsreferenten und Spitalerhalter haben sich aufgehalten, weil der Professor Keindl — so gut die Aktion an sich war — weder den Rechtsträger noch die zuständige Fachabteilung angeschrieben hat, sondern nach seinem Gutdünken verschiedenen Spitalern geschrieben hat, daß sie einen Apparat bekommen. Wir wußten es überhaupt nicht, hätten also gar nichts bewilligen können. Als wir daraufkamen, haben wir sofort gefragt, wer hat etwas bekommen. Und das ist es, was von Herrn Professor Keindl nicht verständlich ist. Anschließen, das wissen Sie genau, und sagen Sie es auch den Leuten, können Sie sofort. Sie brauchen Leute dazu. (Abg. Dr. Piaty: „Die haben wir!“) Ja bitte, ich bin nicht zuständig. Dann sagen Sie das. Aber weil wir dann erhoben haben, wer solche Geräte bekommen hat, behaupten Sie solche Dinge. Es sind die Rechtsabteilung 1, die Fachabteilung für das Gesundheitswesen, die Rechtsabteilung 12 beisammengesessen und haben beraten, wo können Herzstationen gemacht werden, wie und in welchen Etappen werden sie gemacht und das hat die Regierung beschlossen. Warum sagen Sie, wenn Sie keine Show machen wollen, solche Dinge, wie „anstecken darf ich den Apparat nicht“. Sagen Sie, warum es so ist. (Abg. Ritzinger: „Darf er ihn nun anstecken oder nicht?“) Ich hoffe, ich habe mich deutlich genug ausgedrückt.

Und nun möchte ich folgendes sagen: Ich war zwar nicht hier, aber ich muß mit aller Entschiedenheit zurückweisen, daß eine ganze Abteilung, und zwar die Rechtsabteilung 12, mit ihren Beamten beschuldigt wird. Gehen Sie auf mich los, wenn Sie wollen, aber lassen Sie die Beamten aus dem Spiel, denn die bemühen sich, das Beste zu geben und zu tun, meine Damen und Herren.

Herr Abgeordneter Piaty, Ihre Qualifikation und Zensur, die Sie hier ausgestellt haben, qualifiziert Sie selbst, hier brauche ich nicht zu antworten, es erspart sich dies. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Also Kritik ist nicht gestattet!“)

Und nun darf ich noch zum Kollegen Wegart ein paar Worte sagen: Ich unterstreiche alles, was du gesagt hast — ich sage jetzt auch bewußt „du“ —, bis zu dem, wo du gesagt hast, aber das kann man nicht, die Versäumnisse aufzeigen, und wir haben doch alles gemeinsam gemacht. Ich könnte jetzt nur kurz fragen: das, was im Gesundheits-

wesen geschehen ist, nicht? Ich lasse das im Raum stehen. Da wird applaudiert, wenn gesagt wird, das ist eine Schlaperei, da geschieht nichts, das Geld wird verwirtschaftet. Da haben wir nicht alles gemeinsam gemacht? Ihr seid die Mehrheit, ich kann nichts durchbringen in der Regierung. Wenn also solche Maximen Gültigkeit haben, meine Damen und Herren, dann haben solche Maximen für alle gleich zu gelten und Sie können nicht applaudieren, wenn auf die sozialistischen Referenten losgegangen wird. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Herr Landeshauptmannstellvertreter, was ist denn, wenn Ihre Kollegen auf unsere Regierungsmitglieder losgehen, da dürfen Sie dann auch nicht applaudieren!“) Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wenn ich vom Straßenproblem spreche — ich könnte Ihnen jetzt die Rede des verstorbenen Landeshauptmannes Krainer am Parteitag vorlesen, wo er bitter selbst geklagt hat, daß er in Wien wenig Verständnis findet und gemeinsam in der Koalitionsregierung und in der Alleinregierung das Geld nicht bekommen hat. (Abg. Ritzinger: „Da haben Sie ja auch kein großes Glück heute!“)

Ich sage noch einmal, machen Sie die Dinge nicht so persönlich, wie das bewußt zum Ausdruck gekommen ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Das dürfen nur die Sozialisten, Herr Landeshauptmannstellvertreter!“) Ich sehe es ein, wenn Sie sagen, na, das ist halt ein Ansturm, den die Sozialisten machen; aber finden Sie sich damit ab, daß wir nicht sagen, bitte, die ÖVP ist zu stark, sondern: wir erheben unseren Anspruch auf die Mehrheit in diesem Lande. Wir werden darum ringen, nehmen Sie das zur Kenntnis, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Und wenn Sie sagen, wir sollen keinen langen Wahlkampf führen, wir werden ihn nicht führen. Aber es ist schon viel früher angefangen worden und wenn Sie sagen, Sie dürfen ein „Modell Steiermark“ auflegen, Sie dürfen plakatieren, wenn wir das aber mit den Leitlinien tun, dann ist der Wahlkampf eröffnet (Abg. Ritzinger: „Wegen der Leitlinien war das nicht!“) —, ja, meine Damen und Herren, nehmen Sie zur Kenntnis, so geht das nicht, das nehmen wir nicht hin. Wir werden uns da immer wieder auseinandersetzen, ich verspreche aber den Kollegen Peltzmann und Wegart eines und in dem unterscheiden wir uns, daß wir es sachlich machen (Landesrat Peltzmann: „Da sind wir anderer Ansicht!“), daß wir die ÖVP angreifen, daß wir aber niemanden persönlich verunglimpfen! Und hier treffe ich mich wieder mit Wegart und Peltzmann — es ist alles schon erledigt. (Landesrat Peltzmann: „Mich wundert, daß Sie jetzt, nach 27 Jahren, die Mehrheit wollen!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Erlaubt ist nur, was den Sozialisten gefällt!“) Führen wir einen Wahlkampf, wo wir uns nachher wieder in die Augen schauen können. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie haben gesagt, der Abgeordnete Pölzl wird von Ihnen nicht ernst genommen! Einer von Ihnen hat gesagt, der Abgeordnete Dr. Piaty gehört zum Psychiater! Ist das sachlich?“)

Meine Damen und Herren, zum Schluß möchte ich — wie ich das jedes Jahr mache — den vielen, vielen Menschen, die in den Anstalten

tätig sind für die Anstalten und die Menschen, die diese Anstalten aufgesucht haben, den gebührenden Dank des Landes und meinen Dank als zuständiger Referent abstatten. Es geht eine Vielzahl derer, die durch Jahrzehnte hindurch in diesen Anstalten gearbeitet haben, in den wohlverdienten Ruhestand. Wo immer sie gearbeitet haben, ob als Heizer, als Techniker, als Schwester, als Arzt, jeder einzelne hat in seiner Position zum Gelingen dieser großen sozialen Einrichtungen beigetragen. Ich wünsche denen, die in den wohlverdienten Ruhestand gehen, daß sie diesen auch genießen mögen, gesund bleiben und noch einige glückliche Jahre erleben können. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte nur drei davon herausgreifen, meine Damen und Herren. Der Chef der Kinderklinik, Herr Professor Dr. Ernst Lorenz, ist seit 1947 Chef der Kinderklinik gewesen. Mit ihm gemeinsam wurden die Pläne für diese moderne Kinderklinik, wie sie jetzt dasteht, entwickelt. Er hat weit über 135 wissenschaftliche Arbeiten geschrieben, wurde mit dem Verdienstkreuz für Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet. Seine fachliche Qualifikation, aber auch sein menschliches Einfühlungsvermögen haben weit über die engere Heimat hinaus Ruf erlangt. Letztlich hat von seinem Ruf unsere Anstalt profitiert.

Der nächste Herr, dem ich danken möchte für seine Tätigkeit im Rahmen des Landes, für die Menschen, die diese Anstalten aufgesucht haben, ist Herr Primarius Gerl aus Eisenerz. Er ist 1959, nachdem das Land dieses Krankenhaus von der Bergarbeiterversicherung übernommen hat, in den Dienststand des Landes gekommen. Er hat unter schwierigen Bedingungen in diesem Krankenhaus gearbeitet. Es waren in dieser eingliedrigen Anstalt nicht immer genug Ärzte und oft hat er allein die Menschen dieses Gebietes zu versorgen gehabt. Auch ihm sei vor diesem Haus der gebührende Dank abgestattet.

Zuletzt darf ich dem scheidenden Primarius Stingl aus Leoben danken. Er hat die Frauenabteilung in Leoben seit 1947 geleitet. Er hat sie übernommen, als sie noch in Baracken untergebracht war. Auch er hat unter schwersten Bedingungen das Beste dort oben gemacht für die erkrankten Frauen. Auch ihm danke ich herzlich für seine Arbeit im Dienste des Landes. Ich wünsche allen einen wohlverdienten Ruhestand. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Dr. Piaty hat sich nach der Geschäftsordnung zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort hiezu für fünf Minuten.

**Abg. Dr. Piaty:** Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte in aller Offenheit das sagen, was ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter gesagt habe, da ich keinen Grund sehe, das nicht offen auszusprechen. Er hat einiges davon gebracht. Leider nicht alles. Ich habe zu ihm etwa sinngemäß gesagt: Wir werden wieder die Klängen kreuzen. Mein Vorbild sind die Rechtsanwälte, die im Verhandlungssaal beinhart miteinander argumentieren und nachher ins Kaffeehaus gehen, da man den

Menschen von der Sache trennen muß und das auch in der Politik. Ich habe hinzugefügt, Sie sind die Galionsfigur Ihrer Partei und Ihr Image werden wir anschlagen, wo wir können. (Abg. Gratsch: „Mit unlaunteren Mitteln, das tun Sie!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Gratsch: „Es gibt auch politische Gentlemen, aber dazu gehören Sie nicht!“) Ich sehe keine Veranlassung, mich dessen schämen zu müssen, denn wir sind politische Kämpfer und wir sind politische Konkurrenten und wir haben zu kämpfen. (Abg. Gratsch: „Die Programme liegen auf, die Wähler werden entscheiden!“) Ich bin kein Traumatisierter, der am Bürgerkriegstrauma leidet, sondern ich glaube, daß wir dem Wähler klare Alternativen geben müssen und das kann man nur in der politischen Auseinandersetzung.

Sind Sie nicht so empfindlich. Denken Sie, wie Sie gegen den Bundeskanzler Klaus agitiert haben, gegen den Sie auch sehr persönlich waren.

Weiters EDV. Ich nehme nur zu dem Stellung, was mir unterschoben wird. Ich übe nicht Kritik, daß die EDV noch nicht fertig ist, sondern an der Tatsache, daß Sie das elektronische Zeitalter feierlich verkünden in den Zeitungen, daß Sie etwas eröffnen, was heute noch nicht funktioniert. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sie müssen sagen, warum die Anlage nicht funktioniert!“) Was würden Sie einem Minister sagen, der eine Brücke einweihet, die noch nicht fertig gebaut ist? (Beifall bei der ÖVP. — Landesrat Bammer: „In der Steiermark sind Autobahnen eröffnet worden, die heute noch nicht fertig sind!“) Auch das gehört zur Politik, daß man die Scheinpolitik bekämpft.

2. Zentrallabor: Zu Ihrer Behauptung, daß angeblich der Landessanitätsrat sich damit befaßt hat — ich sitze seit 8 Jahren drinnen und mir ist es nicht erinnerlich, daß sich dieser je damit befaßt hat. Wohl aber hat die Deutsche Gesellschaft für Labormedizin — zu lesen im „Ärztlichen Labor“, Heft Nr. 1, Mai — ganz genau festgelegt, daß ein Zentrallabor unumgänglich überall notwendig ist.

3. Herzüberwachung. Ich lade alle Abgeordneten ein, das Krankenhaus Fürstenfeld zu besuchen. Sie werden sehen, daß der Elektriker bereits angezeichnet hat, wo gestemmt werden soll, um die Leitungen zu legen. Auf die Frage an den Verwalter, mir rechtzeitig zu sagen, wann dieses Zimmer geräumt werden soll von Patienten, weil wir überfüllt sind, hat er mir gesagt: Das werden wir nicht können, es ist noch keine Genehmigung der Abteilung 12 gegeben. Glauben Sie, daß es richtig ist, daß Juristen die Genehmigung über den Einbau medizinischer Apparate erteilen?

4. Fürstenfeld. Es wird immer wieder auf das Krankenhaus Fürstenfeld verwiesen. (Landesrat Bammer: „Was haben Sie eingespart?“) Auch dahin lade ich Sie ein. Die drei oststeirischen Krankenhäuser stehen in den Einnahmen an der Spitze der zweigliedrigen Anstalten und bei den Ausgaben leider erst an 4., 5. und 6. Stelle. Ich will das sagen, damit Sie sehen, daß die oststeirischen Anstalten seit Jahren systematisch vernachlässigt werden, weil sie nicht die politische Sympathie des Referenten finden.

Abschließend: Sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich bedauere sehr, daß Sie sich zwar in das Detail geflüchtet und polemisiert haben. Ich bedauere aber noch mehr, daß Sie nicht einen einzigen meiner konstruktiven Vorschläge aufgegriffen haben. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist es!“ — Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Es hat sich noch der Abgeordnete Doktor Götz zu Wort gemeldet.

**Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz:** Meine Damen und Herren! Es ist durchaus unüblich, nach den Referenten sich zu Wort zu melden. Aber ich stelle fest, daß einiges unüblich geworden ist. Ich sehe keinen Grund, nicht von einer Geschäftsordnung Gebrauch zu machen, die nun einmal gilt. Gestatten Sie mir einige Sätze, wenn Sie wollen, als Unbeteiligter. (Abg. Ritzinger: „In der Politik kann man nicht unbeteiligt sein!“) Deswegen habe ich mich ja zu Wort gemeldet, Herr Abgeordneter Ritzinger.

Aber als Unbeteiligter in der Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Dr. Piaty und Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. Ich gehöre nicht seit dem Jahre 1949 dem Landtag an, seit wesentlich kürzerer Zeit. Ich habe volles Verständnis und ich glaube auch, es in Anspruch zu nehmen, für meine Fraktion sowohl gegen eine bestehende Mehrheit aufzutreten als eine andere Mehrheit nicht hinaufkommen sehen zu wollen. Aber wofür ich kein Verständnis habe — und das sage ich ganz offen und deutlich — ist, daß in der politischen Sachauseinandersetzung und ich glaube, daß auch genug Damen und Herren in diesem Haus sind, die wissen, daß ich auch diese Auseinandersetzung mit Referenten nicht gescheut habe — es waren recht stürmische Szenen in diesem Landtag —, aber niemals kann ich mich dafür erwärmen, daß das unter der privaten Gürtellinie erfolgt und das ist hier jetzt mehrmals geschehen. Was ich bedauere, denn ich bin davon überzeugt, daß eine Mehrheit weder errungen, allenfalls verloren werden kann dadurch, wenn man hergeht und nun den Referenten — bei Anerkennung all ihrer Verantwortung, die sie natürlich haben, das bestreitet niemand —, aber, wenn man dem Referenten nun zumutet, die Aufgabe der unterstellten D-Beamten und der des Schemas I/3 selbst zu machen, dann möchte ich sagen, daß es niemanden hier auf dieser Regierungsbank gibt, dem nicht eine ganze Reihe von Versäumnissen oder Verantwortungen auf die Schulter gelastet werden könnten, die ihnen nicht zukommen, weil es nicht möglich ist, in einem Ressort für jede einzelne Maßnahme verantwortlich zu sein. Kurz gesagt, ich habe für diese Form — und gestatten Sie mir, daß ist das vielleicht härteste Wort —, aber für diese Form von Haxelbeißerei nichts übrig. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl. Ich erteile ihm das Wort.

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie die Mehrheit

im Lande in Anspruch nehmen wollen, so ist das Ihr legales Recht und ich glaube sicher nicht im Jahre 1975 das erstmal. Das wäre doch wirklich unheimlich, wenn wir sagen würden, von 1945 weg hätten Sie das erstmal den Wahlkampf geführt, um die Mehrheit zu erringen. Aber eines möchte ich hier ganz klar sagen, beginnen wir doch nicht im Dezember 1972 um die Mehrheit in diesem Lande zu ringen und zwar ganz offensichtlich zu ringen. Natürlich wird die tägliche Arbeit aller Abgeordneten in ihrer Gesellschaftsform, die Sie zum Ausdruck bringen, darauf ausgerichtet sein, daß wir als ÖVP wieder bestehen können, oder daß Sie unter Umständen die Mehrheit erringen können. Das ist doch ganz selbstverständlich, aber beginnen wir den persönlichen Wahlkampf nicht heute, hier und in dieser Stunde. Und wenn der Abgeordnete Dr. Götz als Schiedsrichter aufgetreten ist und gesagt hat, unter der Gürtellinie keinen Stoß, so ersuche ich Sie wirklich alle, solche Stöße unter der Gürtellinie zu vermeiden. Ich erinnere mich sehr gut daran, daß es nicht nur um verpackte Geräte im Landeskrankenhaus gegangen ist, sondern daß ich als Agrarreferent vor Jahren verantwortlich gemacht wurde, wenn wo eine Mähmaschine in einem Landwirtschaftsbetrieb kaputt geworden ist. Wenn wirklich so etwas geschieht, dann bin ich ganz sicher, daß der politische Referent nicht alles wissen kann, was dort vorgeht. Aber dann soll das, meine sehr verehrten Damen und Herren, für alle gelten, für alle in diesem Hause (Beifall.) und wir sollen es uns vornehmen in dieser Stunde. Und ein Zweites, meine sehr verehrten Damen und Herren, sei auch gesagt, nicht zur Richtigstellung, sondern zur Klarstellung. Wenn ein Hubschrauberlandeplatz bei der I. Chirurgie in Graz errichtet wurde, so war es ein einstimmiger Beschluß der Regierung, immerhin mit einer ÖVP-Mehrheit. Und ich kenne keinen einzigen Vorschlag für die Landeskrankenhäuser, der nicht einstimmig beschlossen wurde im Interesse und für die Menschen dieses Landes. Ich sage es ganz klipp und klar, wenn hier oft kritisiert wird und zwar in einer konstruktiven Kritik, dann geht es ja nicht um die Beschlüsse, die in der Landesregierung gefaßt werden, sondern es geht um die Organisationsformen, die vorhanden sind und wo der eine eine andere Meinung hat wie der andere. Man soll wenigstens so weit sein, die einzelnen Organisationsformen zu überprüfen, ob sie noch zeitgemäß und noch richtig sind. (Beifall bei der ÖVP.) Ich bekenne mich dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich kritisiert werde, daß ich in der nächsten Stunde meine zuständigen Beamten beauftrage, zu überprüfen, ob das noch richtig oder nicht mehr richtig ist. Und wir alle wissen ja um die Notwendigkeit der Gesundheitsmaßnahmen und sind uns voll und ganz unserer Verantwortung bewußt. Und wenn hier fast hervorgekommen wäre, als würden die Beamten der Rechtsabteilung 12 diskriminiert, so möchte ich das namens meines ganzen Klubs hier doch zurückweisen. Sie wissen, daß es durch die Bank hervorragende, ausgezeichnete Beamte sind, mit dem Hofrat Dr. Schaffer an der Spitze. Es wurde auch nicht gemeint, daß die Rechtsabteilung 12 jene

Abteilung ist mit ihren Beamten, die schlecht ist, sondern, noch einmal sei es gesagt, es ist die Organisationsform, die man zu überdenken hat. (Abg. Brandl: „Nein, die Rechtsabteilung 12 wurde gesagt!“) Nein, das wurde nicht gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren, und hier können wir nachlesen im Protokoll, das hier aufgenommen wird, das wurde nicht gesagt, sondern es wurde gesagt, man sollte doch überdenken, ob eine Rechtsabteilung gewisse Organisationsaufgaben durchführen kann, oder ob es nicht besser wäre, daß es andere machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte das wirklich klar- und richtigstellen, weil es ja doch keinen Abgeordneten in diesem Hause gibt, der meint, daß wir nicht durchwegs eine ausgezeichnete Verwaltung haben. (Beifall.)

Und noch eines möchte ich auch ganz klipp und klar gesagt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, da bestätige ich jeden, der hier redet, lassen Sie doch die persönlichen Auseinandersetzungen, die dienen den Krankenhäusern nicht und nicht jenen Menschen, die sie in Anspruch nehmen wollen. (Beifall.)

**Präsident:** Zur Gruppe 5 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

**Abg. Pichler:** Ich habe kein Schlußwort zu halten, ich wiederhole meinen Antrag und bitte um Abstimmung.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört, ich bitte um ein Händezucken, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.) Die Gruppe 5 ist angenommen. Ich unterbreche die Sitzung zwecks Lüftung für fünf Minuten.

Unterbrechung der Sitzung: 18.15 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 18.20 Uhr.

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 6: Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Heribert Pözl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pözl:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Gruppe 6 beinhaltet das Wohnungswesen, den Straßenbau, die Kanalbauten, Wasserleitung, Flußregulierung, Wildbachverbauung, den Gewässerschutz und die Abfallbeseitigung. Die Einnahmen aus der Gruppe 6 sind 917,665.000 Schilling und die Gesamtausgaben 1.882,469.000 Schilling. Allein für das Wohnungswesen sind in der Gruppe 6 1.116,000.000 Schilling enthalten, für den Straßenbau 497,000.000 Schilling. Der Finanzausschuß hat sich sehr eingehend mit dieser Gruppe befaßt und ich stelle in seinem Namen den Antrag, dieser Gruppe die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Ich erteile Herrn Präsidenten Feldgrill das Wort.

**Dritter Präsident Feldgrill:** Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie aus den Voranschlagsziffern entnehmen können, stehen der Steiermark im Jahre 1973 mehr als eine Milliarde Schilling Wohnbaumittel zur Verfügung. So imponierend diese Zahl auch sein mag, soll sie das bisher Geleistete doch nicht ganz vergessen lassen. Gestatten Sie mir, daß ich hiezu einige Zahlen nenne.

Seit 1945 wurden im Land Steiermark mit Wohnbauförderungsmitteln 112.855 Wohneinheiten errichtet und hierfür Direktdarlehen in der Höhe von 9 Milliarden Schilling und zusätzlich Annuitäten- bzw. Zinsenzuschüsse für Hypothekendarlehen im Ausmaß von 3,6 Milliarden Schilling aufgewendet. Wenn diese geförderten Wohnungen nur von je drei Personen bezogen wurden, so entspricht dies der Einwohnerzahl der Landeshauptstadt Graz zuzüglich des Gerichtsbezirkes Graz-Umgebung. Aus diesem Anlaß gestatte ich mir, allen Steuerzahlern dieses Landes zu danken, die uns diese großartigen Leistungen auf dem Gebiet der Wohnbauförderung ermöglicht haben.

Trotz dieser beachtlichen Leistungen auf dem Wohnbausektor besteht nach wie vor in unserem Land eine starke Nachfrage nach modernen und den heutigen Erfordernissen entsprechenden Wohnungen. Vor allem die Ballungszentren — und ich denke an die Landeshauptstadt Graz und an die steirischen Industrieorte — haben einen relativ hohen quantitativen Wohnungsfehlbestand. Aber auch die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Wohnungen ist groß. Hier bietet das Wohnungsverbesserungsgesetz die Möglichkeit, den Wohnungsalbestand den heutigen Wohnbedürfnissen anzupassen. Unsere vordringlichste Aufgabe und unser Bestreben soll es daher sein, der Nachfrage nach modernen Wohnungen durch Einsatz aller verfügbaren Mittel Rechnung zu tragen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß diesem Umstand schon jetzt besonderes Augenmerk zugewendet wird, weil neben einem Demonstrativbauvorhaben in Graz auch der vom Bundesministerium für Bauten und Technik in Leoben ausgeschriebene Architektenwettbewerb „Wohnen morgen“ begonnen wurde. Damit ist die Steiermark das erste Bundesland, das den in allen Bundesländern ausgeschriebenen Wettbewerb bereits in die Tat umgesetzt hat.

Trotz aller Anstrengungen und der für den Wohnbau vorgesehenen beachtlichen Mittel ist es wahrscheinlich, daß nicht mehr, sondern weniger Wohnungen gebaut werden können, da uns, wie Sie alle wissen, die ständig ansteigenden Baupreise ernste Sorgen bereiten. Ob die vom Bund ins Fenster gestellte „Baubremse“ preisdämpfend wirken würde, sei dahingestellt. Sicherlich würde dadurch die Zahl der unbedingt erforderlichen Neubauwohnungen weiter verringert werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber noch ein weiteres Problem aufzeigen:

Die Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 sieht vor, daß die bisherige Sockelförderung von 60 % der angemessenen Gesamtbaukosten auf 45 % herabgesetzt wird. Weitere 45 % müssen auf dem Kapitalmarkt aufgebracht werden. In der Steier-

mark erfordert dies einen Betrag von etwa 800 Millionen Schilling, das sind um etwa 300 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1972.

Nun hat der Herr Bundesminister für Finanzen die Krediterteilungsreserve radikal gekürzt, so daß wir der Meinung sind, daß die erhöhten erforderlichen Kapitalmarktmittel sehr schwer aufzubringen sein werden, wenn diese Gelder nicht aus den Beschränkungen herausgenommen werden.

Eine unerwünschte Belastung der Mieter bzw. der Wohnungseigentümer entsteht ab 1. Jänner 1973 durch die Einführung der Mehrwertsteuer. Dies deshalb, weil bisher sowohl die Mieten als auch die Rückzahlungsverpflichtungen der Wohnungseigentümer von der Umsatzsteuer befreit waren, ab 1. Jänner 1973 aber mit 8% Mehrwertsteuer zusätzlich belastet werden.

Durch die Herabsetzung des bisherigen Prozentsatzes von 60 auf 45% tritt eine Verwässerung des Gedankens der Subjektförderung ein. Wenn uns auch die Herabsetzung der Sockelförderung von 60% auf 45% nicht begeistert hat, so möchte ich doch vor allem und dies im Interesse der Eigentumswohnungswerber die Beseitigung der in der Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz vorgesehenen Diskriminierung des Wohnungseigentums auf Grund des konsequenten Einspruchs der Österreichischen Volkspartei mit besonderer Freude feststellen. Keine besondere Freude aber bereitet uns die Gewährung des Annuitätenzuschusses deshalb, weil diese Zuschüsse

1. die Förderungsmittel auf lange Sicht binden und

2. weil sie nivellierend wirken und dadurch dem ursprünglichen Gedanken der sozialen Wirkung der Subjektförderung nicht mehr in dem seinerzeitigen beabsichtigten Ausmaß gerecht werden.

Gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang wieder einige Zahlen zu nennen. Wohnbeihilfen wurden seit 1970 an 1305 Förderungswerber ausbezahlt und hierfür ein Betrag von 3,6 Millionen Schilling aufgewendet, wobei in Extremfällen für die Wohnbauförderung monatlich bis zu 1200 Schilling ausbezahlt werden. Auch an Eigenmitteldarlehen — eine weitere subjektfördernde Maßnahme des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 — wurden bisher rund 43 Millionen Schilling ausbezahlt. Neben den bisher aufgezeigten Leistungen des Landes nach der Wohnbauförderung 1968 soll nicht übersehen werden, daß für 1973 weitere bedeutende Förderungsmaßnahmen aus reinen Landesmitteln vorgesehen sind. Ich verweise hier im besonderen auf die ausschließlich für die Förderung des Eigenheimbaues vorgesehenen Zinszuschüsse von 4 bis 6%, die für das Jahr 1973 bereits mit einem Aufwand von 62 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Auch für 1%ige Direktdarlehen aus dem Landesfonds sind erhebliche Mittel vorgesehen. Mit diesen vorgesehenen Mitteln können im kommenden Jahr wiederum ca. 3500 Eigenheime gefördert werden. Um auch im Eigenheimbau die steigenden Baupreise erträglicher zu machen, hat die steiermärkische Landesregierung beschlossen, die bisher vorgesehenen Förderungssätze anzuheben und zwar die Grundförderung von 80.000 Schilling auf 100.000

Schilling und die bisher vorgesehene weitere Förderung von 20.000 Schilling pro Kind auf 30.000 Schilling pro Kind zu erhöhen. Jungfamilien unter 30 Jahren werden, sofern sie noch kinderlos sind, vorweg zwei Kinder zugerechnet. Die Förderung für eine Jungfamilie beträgt daher auf jeden Fall ab nun mindestens 160.000 Schilling für ein Eigenheim. Das Landesbudget hat für die Förderung der Wohnbauten für Industriebetriebe sowohl 1972 als auch 1973 beachtliche Mittel zur Verfügung gestellt. Über Initiative des Herrn Landeshauptmannes Dr. Niederl wurde für 1973 erstmals ein Sonderwohnbauprogramm für das Gebiet Aichfeld-Murboden vorgesehen. Ich darf dies besonders erwähnen, weil hinsichtlich des Gebietes Aichfeld-Murboden die vom Bund in Aussicht genommenen Förderungen noch immer auf sich warten lassen, während das Land Steiermark aus eigener Kraft hier bereits zur Tat geschritten ist.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Steiermark unter allen österreichischen Bundesländern hinsichtlich ihres Gesamtbudgets in der Aufwendung für das Wohnungswesen an zweiter Stelle rangiert und zwar mit 18,3% des ordentlichen Budgets und 10% des außerordentlichen Budgets, gefolgt von Niederösterreich und Vorarlberg mit je 17,9%, geringfügig höher und zwar mit 18,8%, ist nur Oberösterreich, Wien jedoch liegt mit 9,8% seines Budgetansatzes weit abgeschlagen. Das über Initiative der Österreichischen Volkspartei im Jahre 1969 beschlossene Wohnungs-Verbesserungsgesetz erfreut sich eines immer steigenden Interesses. Es wurden bis zum heutigen Tage 3750 Anträge positiv erledigt. Dieses Gesetz ist derzeit nur bis Ende 1973 befristet. Die Befristung des Wohnungs-Verbesserungsgesetzes mit 31. Dezember 1973 stellt die aufrechte Förderung der im kommenden Jahr noch zu erwartenden Anträge mit den vorhandenen Mitteln in Frage, so daß eine Verlängerung dieses Gesetzes über den 31. Dezember hinaus unbedingt erforderlich ist. Auf die Auswirkung der Förderung nach diesem Gesetz soll deshalb besonders hingewiesen werden, weil es dazu beiträgt, Altbauwohnungen den heutigen modernen Ansprüchen einer zeitgerechten Wohnung anzupassen und sie somit vor dem Verfall zu bewahren. Dies gilt auch für die auf Eigeninitiative des Landes bereits seit 1958 bestehende Althausanierungsaktion.

Abschließend möchte ich der Erwartung Ausdruck verleihen, daß es auch im Jahre 1973 durch gemeinsame Bemühungen aller gelingen möge, unserer steirischen Bevölkerung moderne, zukunftsorientierte, aber auch erschwingliche Wohnungen zur Verfügung zu stellen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Gerhard Heidinger.

**Abg. Gerhard Heidinger:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte vorerst entschuldigen zu wollen, daß ich jetzt weder zum Wohnbau noch zu den Bundes- oder Landesstraßen rede, sondern mich mit dem Thema Planung beschäftigen möchte. Dieses Kapitel ist eigentlich im Haushaltsplan sowohl dem Abschnitt Wohnbau-

förderung als auch dem Abschnitt Bundes- und Landesstraßen vorangesetzt. Darf ich zu Beginn meiner Ausführungen etwas zum Stil der Landtagsdebatte sagen und einen Vorschlag wiederholen, den ich schon einige Male hier im Hohen Haus oder zumindest im Finanz-Ausschuß erwähnt habe und über den wir im kleinen Kreis gesprochen haben und der sicherlich zur Versachlichung der Debatte beitragen müßte. Formell oder zumindest nach der Landesverfassung übt der Hohe Landtag das Budgetrecht aus. Zumindest formell üben wir dieses Recht noch aus, aber der Ablauf der Debatte zeigt das Gegenteil. Wir, die Abgeordneten, reden zu den einzelnen Kapiteln, dann steht der Referent auf und sagt uns Abgeordneten, ob wir das Richtige oder das Falsche gesagt haben. Eigentlich wäre es ja richtiger, daß der Referent zuerst seine Wünsche darlegt und anschließend an diese Rede wir Abgeordnete dazu Stellung nehmen und sagen, ob uns das gefällt oder nicht gefällt und ob wir abschließend bereit sind, ihm diese vielen Millionen in seinem Sinne zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, dann würden wir in der Spezialdebatte, die Generaldebatte will ich ausnehmen, eigentlich nur zu Landesproblemen Stellung nehmen und es würde vieles an Unerfreulichem meiner Meinung nach ausbleiben. Vielleicht könnte man diesem Vorschlag doch einmal früher oder später nähertreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gruppe 6 ist die umfassendste Gruppe unseres Haushaltsvoranschlags. Sie beinhaltet Ansätze von mehr als 1,8 Milliarden Schilling und wenn wir noch jene Gelder, die von den Haushalten der Gemeinden und jene, die von privater Seite dazukommen, hinzurechnen, wird sich dieser Betrag sicherlich um einige Hunderte Millionen in unserem Lande erhöhen. Eine so riesengroße Summe, die der Bauwirtschaft, dem Bauwesen und der Bevölkerung zur Verfügung steht, setzt selbstverständlich eine überlegte Planung notwendigerweise voraus. Ich möchte sagen, daß die Planung die tragende Säule dieser Haushaltsgruppe ist und nur dann wird es einen optimalen Einsatz dieser Mittel geben, wenn eine vorausschauende Planung dem Einsatz dieser Mittel vorangeht. Es ist erfreulich, feststellen zu dürfen, daß sich nunmehr alle Landtagsparteien zur Planung bekennen. Lange Zeit war es ein verpöntes Wort, ob es nun die „Formel“, das „Modell“, ob es nun die „Leitlinien für die Steiermark“ sind, sind alle drei Planungskonzepte der Parteien, die aussagen, wie wir uns künftig die Entwicklung im Lande vorstellen oder wie sich die Parteien vorstellen, das Land künftig zu verwalten und führen zu wollen. Ich bin auch der Meinung, daß es richtiger wäre, wenn diesem Haushaltsvoranschlag Planungskonzepte beigelegt wären, denn die Erläuterungen, das wollen wir ganz offen aussprechen, ohne irgendeinen Schuldigen finden zu wollen, vielleicht bessert man sich früher oder später doch zu Gunsten der Abgeordneten, die Erläuterungen sind unzureichend, um den Abgeordneten wirklich über die künftigen Bauvorhaben in diesem Lande zu informieren.

Ich würde vorschlagen, daß, wie etwa vor kurzem vom Bund her ein Dringlichkeitskatalog der Bun-

desstraßen veröffentlicht wurde, daß auch im Hinblick auf Landesstraßen einem solchen Dringlichkeitskatalog Rechnung getragen wird und dieser veröffentlicht wird. Im Rechenschaftsbericht der Steiermärkischen Landesregierung aus dem Jahre 1970 wird dieses Landesstraßenbaukonzept erwähnt. Wir haben einen Antrag eingebracht, daß uns dieses Landesstraßenbaukonzept bis zum Dezember dieses Jahres vorgelegt wird. Nun, dieses ist uns nicht vorgelegt worden. Ich darf dieses Landesstraßenbaukonzept urgieren, ohne daß ich jetzt gleich dem Herrn Referenten Mißachtung dieses Hohen Hauses, Selbstherrlichkeit, Ignoranz, Freunderlwirtschaft und dergleichen vorwerfen möchte. (Beifall bei der SPO). Ich habe diese Ausdrücke mitgeschrieben, sie sind nicht von mir. Ich werfe sie ihm nicht vor, sondern ich ersuche ihn. Es ist interessant, wir bitten hier, ich finde, das ist nicht notwendig, denn der Referent mußte uns Abgeordnete bitten, daß wir ihm etwas genehmigen. (Beifall.)

Das wäre der richtige verfassungskonforme Vorgang. Ich glaube, wir sollten uns — und das soll nicht als Hetze gegen die Regierung betrachtet werden — als Abgeordnete des öfteren unserer Rechte besinnen.

Letzten Endes, meine Damen und Herren, die Regierung übt auch Macht aus, nicht im negativen Sinn, und Macht gehört, wo immer und aus welcher Partei immer die Herren der Regierung kommen, Macht gehört kontrolliert. (Zwischenruf: „Wer kontrolliert den Bürgermeister von Neudau?“) Das ist keineswegs ein Mißtrauen.

Darf ich zu meinem liebsten Kind kurz hinschwenken. (Zwischenruf des Landesrates Dr. Krainer.) Nein, Herr Landesrat, reizen Sie mich nicht. Ich habe vor, die Südautobahn nicht zu erwähnen, weil es nichts mehr nützt. Was hin ist, ist hin. Darf ich mich dem Raumordnungsgesetz zuwenden, das wir demnächst, wie ich hoffe, im Landtag verabschieden werden. Es ist vorhin das Wort Historie gefallen. Darf ich nur ganz kurz den historischen Leidensweg des Raumordnungsgesetzes, das ja noch Flächennutzungs- und Bebauungsplangesetz heißt, aufzeigen. Man könnte vier Phasen feststellen. Die erste, daß wir von der sozialistischen Fraktion sagen mußten, daß ein solches Gesetz überhaupt notwendig ist. Dann wurde ein nicht verwendbares Gesetz 1964 beschlossen. Dann kam die Phase des Überzeugens, daß dieses Gesetz schlecht ist und dann kam die Phase der Vertröstungen, in der es hieß, es kommt eine Regierungsvorlage. Nun sind wir in der Phase des Abtastens. Wir haben einen Initiativantrag vorliegen, dieser wurde vor einem halben Jahr von OVP-Abgeordneten eingebracht. Nun müßte die Phase des Handelns folgen und der Initiativantrag dem zuständigen Ausschuß zur Behandlung zugewiesen werden. Ich entnehme dem OVP-„Modell“ für die Steiermark, daß bei Vorliegen von Raumordnungskonzepten die Baukosten bis zu 30 Prozent vermindert werden könnten. Diese positiven Auswirkungen konnten im Westdeutschland festgestellt werden. Im Zusammenhang mit den örtlichen Raumordnungsplänen darf ich die Frage der Gemeindeautonomie, wie sie auch vom Kollegen Wimmeler erwähnt wurde, in Erinnerung rufen. Die Frage, ob der derzeitige

Instanzenzug, der Bürgermeister ist Baubehörde erster Instanz und der Gemeinderat Baubehörde zweiter Instanz und das Baugeschehen zu sehr im örtlichen Bereich abgewickelt wird, darf man nicht einseitig von örtlichen Auswüchsen her beurteilen.

Ich glaube, man sollte Auswüchse, die es überall und zu jeder Zeit gibt und gegeben hat, nicht zum Anlaß nehmen, die Gemeindeautonomie in Frage zu stellen. Aber es wäre den Bürgermeistern und den Baubehörden leichter, die Bauordnung zu handhaben und es käme zu wesentlich weniger Kollisionen in den Gemeinden, wenn örtliche Raumordnungskonzepte bereits vorhanden wären, denn dann wäre nicht jede einzelne Bauverhandlung eine Streitverhandlung, wo die Fluchtlinien und dergleichen mehr immer wieder neu festgelegt werden müssen. Tasten wir nicht die Gemeindeautonomie an, versuchen wir aber, den Baubehörden erster und zweiter Instanz mit Raumordnungskonzepten beizustehen. Dies wäre die vornehmste Aufgabe dieses Hohen Hauses, nicht raumordnerische Deklarationen abzugeben, Raumordnung ist Umweltschutz oder Raumordnung ist Wirtschaftsförderung und dergleichen mehr. Sicherlich stimmt das alles. Lassen wir die Wissenschaftler darüber Bücher und Abhandlungen schreiben, wir sollten daraus unsere legitimen Schlüsse ziehen. Dies wäre die Aufgabe dieses Hohen Hauses.

Nun abschließend. Bitte verzeihen Sie mir, wenn ich die Lafnitzregulierung — eine Projektierungsfrage — hier hineinwerfen muß. Es ist, wie ich gehört habe, eine Wasserwirtschaftsstudie im Ausarbeitungsstadium. Anlässlich einer Tagung in Hartberg wurde auch ein Termin, der Dezember, genannt. Ich nehme zur Kenntnis, daß dies bis Weihnachten nicht möglich ist. Ich hoffe doch, daß der Herr Landesrat Dr. Krainer als zuständiger Referent alles daransetzt, daß diese Lafnitzregulierung in jenem Abschnitt, der die Leute in ihrer wirtschaftlichen Existenz echt bedroht, im Raum zwischen Bierbaum bis nach Lafnitz, endlich in Angriff genommen wird. Ich weiß, daß das nicht von heute auf morgen gehen kann.

Und nun eine sehr ernste Bitte. Die Schäden, die alljährlich entstehen, werden durch die Entschädigungen, die ausgezahlt werden, bei Gott nicht gedeckt. Ich halte es für notwendig zu sagen, Parteipolitik mit Hochwassergeschädigten zu machen, halte ich nicht für zielführend. Ich werde keine Namen nennen, ich werde dem Herrn Landesrat diesen Brief geben und ihn bitten, seinem Fraktionskollegen zu sagen, Parteiwerbung zu unterlassen. Meiner Meinung nach ist es unrichtig und irreführend, daß ein Hochwassergeschädigter nur nach Befürwortung eines Abgeordneten eine Hochwasserentschädigung bekommen kann. Ich bitte Sie, mir die Unterlagen zu retournieren. (Überreicht den Brief an Landesrat Krainer.) Ich danke für das Zuhören. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus! Es ist, glaube ich, kein Geheimnis, daß eine etwas härtere Gangart hier im Landtag eingekehrt ist. Das ge-

hört offensichtlich auch zu der am Parteitag der SPÖ aufgestellten Strategie und das ist auch ein durchaus legitimes Recht, die Mehrheit zu beanspruchen, aber hier wird man uns auch das Recht nicht absprechen können, wenn es um den nächsten Punkt geht, diesen Mehrheitsanspruch zu untermauern, durch angebliche Versäumnisse, die in diesem Lande geschehen seien. Und wenn man ein ganz wenig genauer hinsieht und die Punkte, die im Finanz-Ausschuß, aber auch hier im Haus angeschnitten worden sind, ein wenig analysiert, so wird es einem sehr bald klar, in welche Richtung diese Vorwürfe gehen. Sie gehen also in zwei Richtungen. Es wird klugerweise nicht allzu deutlich ausgesprochen, weil man auch hier im Land die Erfahrung gemacht hat, daß es nicht gut ist, wenn man den politischen Gegner direkt angreift. Die eine Richtung zielt zweifellos auf die oberste Spitze des Landes, die zweite Richtung aber geht in die Vergangenheit, nämlich in jene Richtung, die den für den Straßenbau Verantwortlichen treffen soll, wobei man den Verstorbenen nicht nennt, aber den Lebenden meint. Sie haben mich, glaube ich, deutlich genug verstanden. Wir haben das registriert, wir werden uns auf diese Strategie einrichten müssen. In diese Strategie, nämlich uns alle möglichen Versäumnisse vorzuwerfen, zählt offensichtlich auch das Bemühen, der Volkspartei große Versäumnisse in Richtung Planung und hier insbesondere in Richtung Raumordnung in die Schuhe zu schieben. Ich glaube, daß diese Strategie am 28. Juni ein wenig durcheinandergeraten ist, wo die Österreichische Volkspartei hier einen Initiativantrag eingebracht hat, mit dem ein umfassendes Raumordnungsgesetz vorgelegt wurde, das die Gestaltung dieses Landes in den nächsten Jahren entscheidend beeinflussen soll. Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß das vielkritisierte Flächennutzungsplangesetz aus dem Jahre 1964, ich bin zwar damals noch nicht im Landtag gewesen, aber ich glaube, es stimmt, einstimmig beschlossen worden ist. Tatsache ist auch, meine Damen und Herren, daß das damalige Gesetz in der Form, wie es beschlossen worden ist, sich nicht bewährt hat, aber das war sicherlich noch nicht am Beginn des Jahres 1965 absehbar, sondern erst in dem Maß, als an die Konkretisierung gegangen worden ist.

Meine Damen und Herren, ich bin also wirklich unverdächtig in dem Haus, weil ich auch zu den früheren Kritikern dieses Gesetzes gezählt habe. Und vielleicht kann ich dadurch auch für mich in Anspruch nehmen, daß ich zu den ersten gehört habe, die auch versucht haben, positive Vorschläge zu unterbreiten. (Landesrat Bammer: „In der ÖVP!“) Ich kann Ihnen, Herr Landesrat, nur sagen, daß die Fraktion der Sozialisten sich bisher auf die Kritik beschränkt hat, und außer einem Antrag, der auch nur den § 10 des alten Gesetzes umfaßt hat, bisher nichts vorgelegt hat, daß aber die Österreichische Volkspartei immerhin, meine Damen und Herren, ein solches Gesetz hier im Landtag fix und fertig formuliert vorgelegt hat. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wo war die Regierung, Herr Kollege?“) Und ich wundere mich, daß man den Abgeordneten vorwirft, wenn sie sich Gedanken

über ein Gesetz machen. (Beifall bei der OVP. — Abg. Gerhard Heidinger: „Wer hat Ihnen einen Vorwurf gemacht? Warum diese Unterstellungen? Ich kann ja noch einmal an das Rednerpult kommen!“) Ich glaube, daß es eigentlich Abgeordnete auszeichnet, wenn sie sich auch um die Formulierung von Gesetzen Gedanken machen. Und meine Damen und Herren, wir werden uns mit diesem Raumordnungsgesetz in den nächsten Monaten sehr intensiv beschäftigen müssen. Ich darf Ihnen auch sagen, daß wir nicht so überheblich sind zu glauben, daß jeder Strichpunkt und jedes Wort in dem Gesetz unveränderbar und das Beste ist. Weil wir eben der Meinung sind, daß ein so entscheidendes Gesetz einer gründlichen Diskussion unterworfen werden muß, haben wir doch selbst als Antragsteller verlangt, daß es dem Anhörungsverfahren unterzogen wird und es ist inzwischen auch im Anhörungsverfahren gewesen.

Ich darf Ihnen auch sagen, und das glaube ich auch mit Recht sagen zu dürfen, daß es kaum ein Gesetz gibt, das so gründlich und so umfassend vorbereitet worden ist wie dieses Raumordnungsgesetz. Ich habe mich an sich zu dem Thema nicht melden wollen, weil ich der Meinung war, daß wir im Jänner oder Februar darüber beraten werden, aber der Verlauf der Budgetdebatte hat mich dazu veranlaßt, doch eine gewisse Richtigstellung vorzunehmen. (Beifall bei der OVP.)

**Zweiter Präsident Hieschitz:** Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Fellingner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Fellingner:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der sozialistische Landtagsklub hat in der 26. Sitzung dieser Periode im Steiermärkischen Landtag einen Antrag eingebracht, betreffend die Erstellung eines Sonderwohnbauprogramms in Leoben-Donawitz für 300 Ersatzwohnungen. Dieser Antrag hat folgende Begründung: Um das mittelfristige Investitionsprogramm in Leoben-Donawitz zügig durchführen zu können, ist die Alpine gezwungen, Wohnungen abzutragen und die betroffenen Mieter dadurch in andere Wohnungen zu bringen. Sie benötigt für diesen Wohnungersatz 300 Wohnungen. Dieser Antrag wurde eingebracht und ich darf heute noch zusätzlich erläutern, wie das Wohnungsproblem bei der Alpine selbst in Donawitz ist. Es gibt dort mehr als tausend Wohnungssuchende. Von den tausend Wohnungssuchenden haben 400, die verheiratet sind und getrennt leben, noch nie eine Wohnung besessen und ungefähr 450 oder 500 wohnungssuchende Familien sind in unzureichenden Wohnungen untergebracht, die abbruchreif sind und abgebrochen werden müssen. Zirka 150 davon sind kinderreiche Familien, die in Kleinstwohnungen wohnen und das Bedürfnis haben, in größere Wohnungen zu kommen. Das ist, glaube ich, aus den Ziffern zu ersehen, daß die Wohnungsmisere in Donawitz sehr groß ist und baldigst einer Abhilfe bedarf. Durch das Investitionsprogramm sind jetzt schon Bauten vorhanden und zwar ist die Sinteranlage im Bau und schon bald in Vollendung. Die Mieter können nicht in andere Wohnungen gebracht werden, weil ganz

einfach keine Ersatzwohnungen vorhanden sind. Ich möchte daher Sie, Herr Landeshauptmann, bitten, daß Sie unseren Antrag bald realisieren und vielleicht doch im Jahre 1973 die Alpine die 300 Ersatzwohnungen bekommt. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Sponer das Wort.

**Abg. Sponer:** Auf Grund von Strukturschwächen und aus einer Notsituation heraus haben sich vor einigen Jahren eine Gruppe von Gemeinden in der Obersteiermark zusammengeschlossen. Es waren das die Gemeinden Knittelfeld, Zeltweg, Fohnsdorf und Judenburg und gründeten den Raumordnungs- und Wirtschaftsförderungsverband Aichfeld-Murboden. Die vier Gemeinden haben die wirtschaftliche Gefährdung dieses Gebietes erkannt und sind zur Erkenntnis gekommen, daß nur eine das gesamte Gebiet einschließende Raumplanung der drohenden wirtschaftlichen Gefährdung dieses Gebietes Einhalt gebieten kann. Bis heute haben sich 17 Gemeinden diesem Raumordnungs- und Wirtschaftsförderungsverband angeschlossen. Mit Unterstützung des Bundes und des Landes konnte ein Raumordnungskonzept erstellt werden, welches von Bundeskanzler Dr. Kreisky zum Modellfall erklärt wurde. Schon seit der Gründung dieses Raumordnungs- und Wirtschaftsförderungsverbandes hat das Österreichische Institut für Raumplanung mitgewirkt. 1965 hat das Institut ein Memorandum ausgearbeitet, welches die Hauptprobleme des Raumes und die Notwendigkeit von Aktivitäten aufzeigte. 1969 wurden Vorberichte und Studien erarbeitet und übergeben. Seit 1970 arbeitet dieses Institut an der Raumplanung mit einem Kostenaufwand von 1,5 Millionen Schilling. Die Problematik der Region Aichfeld-Murboden ist es, daß es sich hier um ein altes Industriegebiet handelt, das heißt, daß die Gemeinden Fohnsdorf, Pöls, Knittelfeld, Zeltweg, Judenburg und ihre Bevölkerung von der Entwicklung der Großindustrie bzw. der Großbetriebe abhängig sind. Die einseitige Abhängigkeit macht sich nicht nur in der Beschäftigtenentwicklung, sondern auch im Steueraufkommen der Gemeinden sehr nachteilig bemerkbar.

Ich möchte hier noch erwähnen, daß in der Zeit von 1964 bis 1971 in den Betrieben Bergbau Fohnsdorf, Steirische Gußstahlwerke Judenburg, OBB-Hauptwerkstätte Knittelfeld, Austria-Email Knittelfeld und Pölser Zellulose 1249 Arbeitsplätze weniger wurden. Das bedeutet aber, daß eine Reihe von jungen Menschen, die in diesem Raum und diesem Gebiet leben, ab- und auswandern.

Noch eines dazu, meine Damen und Herren! Auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen ist zu erwarten, daß in dem einen oder anderen Betrieb in der Zukunft ebenfalls noch Arbeitsplätze verlorengehen werden. Soweit die Entwicklung über diesen Verband und über die Arbeiten.

Nun einige Worte über die Aktivitäten, die bisher in diesem Raum gesetzt wurden. Das Land Steiermark hat Förderungsmittel für Industrieneugründungen bereitgestellt und in diesen Raum hineingegeben. Aber auch die Bundesregierung hat

hier einige Initiativen gesetzt. Dem Herrn Präsidenten Feldgrill möchte ich sagen, warum bis heute noch keine einzige Wohnung nach dem Sonderwohnbauprogramm des Bundes, welches 750 Wohnungen zusätzlich innerhalb von fünf Jahren vorsieht, gebaut wurde. Es bleibt bei dieser Gelegenheit nicht aus, auch den Herrn Landeshauptmann zu zitieren. Ich ersuche, das nicht als persönlichen Angriff anzusehen, sondern er ist mit dieser Sache beschäftigt (Abg. Koiner: „Ein anständiger Mensch entschuldigt sich ja vorher!“) Nach dem, was man heute alles gehört hat, muß man vorsichtig sein. Die Realisierung des Sonderwohnbauprogramms des Bundes ist eng mit der Gründung einer Entwicklungsgesellschaft verbunden oder überhaupt damit im Zusammenhang zu sehen. Die Gründung der Entwicklungsgesellschaft wurde erstmalig bei der dritten Sitzung der Regionalenquete Aichfeld-Murboden am 23. September 1971 vom Herrn Bundeskanzler vorgeschlagen. Bei dieser Sitzung war auch Herr Landeshauptmann Krainer anwesend. Im Protokoll steht vermerkt, daß Herr Landeshauptmann Krainer grundsätzlich nichts gegen die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft einzuwenden hatte. Erst nach der vierten Sitzung am 8. März dieses Jahres erklärte Herr Landeshauptmann Dr. Niederl zuerst im Pressegespräch, dann in einer fernmündlichen Stellungnahme zum Bericht des Bundeskanzleramtes an die Stellvertreterkommission der Österreichischen Raumordnungskonferenz, daß er die Entwicklungsgesellschaft für funktionslos erachte. Eine verfassungsrechtliche Überprüfung des Fragenkomplexes Sonderwohnbauprogramm des Bundes hat ergeben, daß auf jeden Fall die Finanzierung des Programms nur über eine eigene Gesellschaft abgewickelt werden kann. Gründe dafür wurden dem Vertreter des Herrn Landeshauptmannes in Wien am 16. Juni dieses Jahres mitgeteilt. Bei dieser Besprechung wiederholte Herr Staatssekretär Dr. Veselsky das Ersuchen an das Land Steiermark, sich an der Entwicklungsgesellschaft zu beteiligen. Herr Landeshauptmann Dr. Niederl bekräftigte nochmals in einem Schreiben vom 21. Juni dieses Jahres an den Herrn Staatssekretär Veselsky, daß er eine Entwicklungsgesellschaft als funktionslos erachte. Um nun die Zuschüsse des Bundes für 1973 für dieses Sonderwohnbauprogramm sicherzustellen, wurde die Entwicklungsgesellschaft am 31. Juli 1972 gegründet, der Bund mit 90% Anteil und die 17 Gemeinden mit insgesamt 10% Anteil. Das Land Steiermark wurde neuerlich durch das Bundesministerium für Finanzen eingeladen, Anteile des Stammkapitals vom Bund zu erwerben. In einer neuerlichen Aussprache am 5. September 1972 zwischen Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl und Staatssekretär Veselsky wurden die verfassungsrechtlichen Gründe erörtert, worauf Herr Landeshauptmann Dr. Niederl eine neuerliche Überprüfung zusicherte. Jetzt kommt das vorletzte Schreiben. Mit Schreiben vom 27. September 1972 — es bestand reger Briefverkehr — teilte Herr Landeshauptmann Dr. Niederl dem Herrn Staatssekretär Veselsky mit, daß das Land Steiermark grundsätzlich bereit sei, der Entwicklungsgesellschaft beizutreten (Landeshaupt-

mann Dr. Niederl: „Für den Wohnungsbau!“), aber mit einem Anteil von 51%. Jetzt zitiere ich das letzte Schreiben. Herr Landeshauptmann Dr. Niederl erklärte mit Schreiben vom 23. November dieses Jahres die Bereitschaft zu konkreten Gesprächen mit dem Bund. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Ist ja wunderbar!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „150 Wohnungen sind schon bewilligt!“ — Landesrat Bammer: „Nur die Planung!“)

Die Vorbereitungen zur Durchführung des Sonderwohnbauprogramms des Bundes werden nun intensiv fortgeführt. Sicherlich ist es wunderbar, nur wenn wir bedenken, daß inzwischen ein Jahr vergangen ist und hier in diesem Hohen Haus nicht einmal, sondern auch bei Sitzungen im Frühjahr dieses Jahres erklärt wurde und kritisiert wurde, daß die Regierung wohl verspreche, aber bis heute noch keine Wohnung gebaut wurde. Hier habe ich die Gründe aufgezeigt, warum es nicht möglich war, bis heute auch nur eine einzige Wohnung zu bauen.

Eine zweite Sache, meine Damen und Herren, das ist die Projektierung der Schnellstraße E 36, ich sage es jetzt deshalb, weil es eben zum Regionalprogramm Aichfeld-Murboden gehört. Die Schnellstraße E 36, St. Michael—Judenburg, ist also generell im Mai dieses Jahres genehmigt worden. Im übrigen liegen die Planungen für dieses Projekt in der Kompetenz der Straßenplanungsstelle des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung und die Genehmigung wurde vom Ministerium für Bauten und Technik bereits erteilt.

Zum Schulbauprogramm, auch hier gibt es schon konkrete Abschlüsse, die Leasing-Verträge zur Finanzierung der Bundes-Handelsakademie in Judenburg, der Bundes-Handelsschule und der Bundes-Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen in Judenburg sowie der Bau der HTL in Zeltweg sind fertiggestellt. Das Bundesministerium für Finanzen hat seine Zustimmung erteilt und den Landesschulrat von Steiermark angewiesen, mit den Gemeinden die Vertragsabschlüsse vorzunehmen. Und nach Abschluß dieser werden die Architektenaufträge erteilt.

Nun noch ein Wort zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Betriebsgründungen in diesem Raum wurden durchgeführt in Fohnsdorf mit der Firma Siemens und den Gebrüdern Wehr und in Spielberg mit der Firma Bauknecht. Die Umschulungsmaßnahmen im Rahmen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes sind bereits angelaufen, die Vorarbeiten für den Bau eines Umschulungszentrums in Fohnsdorf stehen vor dem Abschluß.

Das, meine Damen und Herren, ein kurzer Überblick über Aichfeld-Murboden. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm der Abgeordnete Pichler.

**Abg. Hammerl:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Ich möchte im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung nur ganz kurz eine Frage des Umweltschutzes aufgreifen. Univ.-Prof. Dr. Möse hat in einem Vortrag vor dem sozialistischen Landtagsklub ausgeführt, daß die Frage der Reinhalt-

tung der Luft in etwa zehn Jahren in ein kritisches Stadium treten wird.

Ich darf erinnern an einen Antrag der sozialistischen Abgeordneten Sebastian und Genossen vom 12. Mai 1971, der in die Richtung gegangen ist, daß Maßnahmen beim Wohnbauförderungsgesetz und beim Wohnungs-Verbesserungsgesetz dahingehend ergriffen werden sollen, daß Bauvorhaben, die mit abgasarmen Heizungsanlagen, das sind Strom, Erdgas oder Fernheizung, ausgestattet sind, besonders gefördert werden sollen. Wie mir bekannt ist, hat Rheinland-Pfalz bereits zwingende gesetzliche Vorschriften, wonach öffentliche Bauten und mit öffentlichen Mitteln geförderte Bauten mit abgasarmen Heizungsanlagen ausgestattet werden müssen. Mir scheint dies als eine der besten und billigsten Umweltschutzmaßnahmen, die absolut nachahmenswert sind. Für das Ballungszentrum Graz ergibt sich nun ab 1973 die Situation, daß Graz mit Erdgas teileingespist wird und ab dem Jahre 1974 praktisch die Volleinspeisung durchgeführt werden wird. Und nun meine ich, daß hier zumindest für diesen Raum die Möglichkeit besteht, sehr rasch zu handeln, um unnötige und kostenaufwendige spätere Sanierungsmaßnahmen und eine weitere Verschlechterung des Luftzustandes zu verhindern. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Pichler das Wort. Nach ihm ist zu Wort gemeldet der Abgeordnete Dr. Götz.

**Abg. Pichler:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Einige Gedanken, anknüpfend an das Wohnbauwesen, an Präsident Feldgrill. Wir stehen nunmehr vor dem Datum 1. Jänner 1973, wo die Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 in Kraft tritt und nunmehr ab diesem Datum die nächsten Wohnbauvorhaben nach diesem Gesetz finanziert werden.

Ich darf schon vorweg feststellen und mich den Ausführungen des Präsidenten Feldgrill anschließen. Das Land Steiermark hat auf dem Sektor Wohnbauförderung selbst nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, oder das auslaufende Wohnhauswiederaufbaugesetz auf Grund getroffener Vereinbarungen wahrlich große Leistungen erbracht. Ohne Unterschied, in welchem Gebiet der Steiermark es geschehen ist, es ist uns weitestgehend gelungen, das Barackenelend zu beseitigen, es ist uns weitestgehend gelungen, auch auf dem Wohnungssektor im allgemeinen einen echten Fortschritt zu erzielen, es konnten schönere und bessere Wohnungen gebaut werden, und was ganz wesentlich ist, ein sinnvolles Zusammenwirken aller gutwilligen Kräfte hat dazu geführt, daß auch das Wohnungselend wesentlich geringer geworden ist. Und das ist ja letzten Endes das Ziel unser aller und ist scheinbar ein Produkt der letzten Jahre auf Grund des guten Zusammenwirkens der beiden Referenten in dieser Frage, nämlich des Herrn Landeshauptmannes und des Herrn Landesrates Bammer. Es wurden sicherlich nicht überall alle Wünsche sofort erfüllt und es war nicht überall möglich, den Wünschen der Genossenschaften und der Gemeinden Rechnung zu tragen. Aber es ist letzten

Endes doch das Notwendigste getan worden und wir können heute behaupten, wir sind schon ein kleines Stückelr darüber hinausgekommen. Neu kommt natürlich dazu — und damit müssen wir auch noch fertig werden —, daß, wie der Herr Abgeordnete Fellingner schon gesprochen hat, auf die Ballungszentren Rücksicht genommen werden muß. Aber auch das wird nur dann bewältigt werden können, wenn Funktionäre und die Verwaltung, im konkreten die Rechtsabteilung 14 mit ihrem gesamten Personal, hier konstruktiv und positiv zusammenwirken und die Akten so rasch als möglich hinausbringen und auch gleichzeitig der Landtag und die Hohe Regierung rechtzeitig für die Finanzierung sorgt. Wenn der Herr Präsident Feldgrill die Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 ein wenig kritisiert hat, so darf man doch dazu die Bemerkung machen, das ist eine Geschmacksache und eine Auffassungsache. In bezug auf die Aufteilung des Finanzierungsschlüssels, nämlich 45 zu 45 plus 10 % Eigenmittel, ich gebe Ihnen in einem Punkt bis zu einem gewissen Grad recht, wenn es sich um Eigentumswohnungen handelt. Handelt es sich aber um normale Mietwohnungen, meine Damen und Herren, dann ist für den Mieter selbst dadurch absolut keine Verschlechterung eingetreten, denn eine Mietenbeihilfe kann grundsätzlich nur im Zusammenhalt mit jenen Darlehen, die einen Zinszuschuß erhalten bzw. Hypothekendarlehen als solchen geleistet werden. Es wird also für den Mieter in diesem Zusammenhalt sicher keine Verschlechterung, sondern wohl eine wesentliche Verbesserung eintreten. Aber es gibt sicherlich auch bei jedem Gesetz noch immer Wünsche, wir hatten ja auch eine Reihe von Wünschen selbst vom Wohnhauswiederaufbaugesetz über das Wohnbauförderungsgesetz 1954 bis herein nach 1968 und so wie auch wir vom Wohnbauförderungsgesetz 1968 eine Reihe von Wünschen angemeldet haben, haben Sie natürlich, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, genau so wie wir alle im Anhörverfahren pflichtgemäß und ordnungsgemäß Wünsche angemeldet und getrachtet, sie durchzuführen und in das Gesetz hineinzubringen, was uns nun alle befriedigt. Es wird, ich bin absolut überzeugt davon, hoffentlich nicht die letzte Novelle sein.

Meine Damen und Herren, ich darf in diesem Zusammenhang auch noch ein Wort zum Wohnungsverbesserungsgesetz sagen. Ich bitte die Landesregierung, dafür zu sorgen und mit ihren Beitrag zu leisten, daß das Wohnungsverbesserungsgesetz nicht mit 30. September 1973 ausläuft. Wir brauchen die Verlängerung. (Abg. Dr. Helmut Heiding: „Das freut uns!“) Ich glaube, wir können jetzt mit Fug und Recht feststellen, daß, meine Damen und Herren, eine Reihe von Menschen erst jetzt mit diesem Gesetz richtig konfrontiert worden sind und dieses Gesetz erst jetzt verstehen anzuwenden und zu handhaben und damit in die Lage kommen und den Willen äußern, Wohnungsverbände, aber auch ganze Wohnbauten der Sanierung zuzuführen. Wenngleich natürlich auch bei diesem Gesetz eine Reihe von Wünschen anzubringen ist. Es ist nicht das erste Mal, daß man darüber spricht. Die Wünsche sind von allen Seiten, insbesondere

der beiden großen Parteien, auch schon bei der Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 herangetragen worden. Wir haben ein schönes Stück damit erzielt, aber uns fehlt noch ein beachtlicher Teil — Wohnungsverbände auseinander- bzw. sammenzulegen, ein Bad einzubauen und Wasser zu installieren, die Kanalisation zu machen, die Heizung zu installieren. Es fehlt uns der weitere Schritt. Ich weiß schon, daß man sagt, gehen Sie nach § 7 Mietengesetz vor, machen Sie die Außenfassade mit dem Instandhaltungszins. Das ist zwar recht schön im Gesetz nachzulesen und es ist auch in den Erläuterungen zu lesen. Es fehlt uns an der Möglichkeit, echt dort, wo sanierungswürdige Bauten vorhanden sind, diese Mieten dann auf die Bewohner mit den niedrigsten Einkommen umzulegen. Wenn wir wenigstens auf halbem Wege hier noch einen Fortschritt erzielen würden, könnten wir damit einen großen Profit erreichen. Ich sage konkret. Es geht darum, beim Wohnungsverbesserungsgesetz eine weitere Verbesserung zu erreichen, aber vor allen Dingen, dieses Gesetz über den 30. Dezember 1973 hinaus zu verlängern.

Herr Präsident Feldgrill, ich habe sehr aufmerksam zugehört, als Sie über das Gebiet Aichfeld-Murboden sprachen. Gestatten Sie mir eine ganz kleine Korrektur — ich zweifle nicht an Ihrem Optimismus, ich habe ihn auch — nämlich, daß ich meine, daß wir bei der derzeitigen Situation über den Planungsauftrag für 150 Wohnungen durch die Ennstaler Genossenschaft und durch die Rottenmanner sehr bald hinauskommen und dadurch in die Lage versetzt werden, dort Wohnungen zu bauen.

Vielleicht zu dem Problem Programm Aichfeld-Murboden-Entwicklungsgesellschaft überhaupt einige Worte. Es gibt in der politischen Auseinandersetzung viele Möglichkeiten zu diskutieren, aber auf eines müssen wir alle sehr bedacht sein, nämlich nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten, und vor allen Dingen — gerade Sie als Regierungschef der Steiermärkischen Landesregierung — den Vaterschaftsstreit über das Wollen in Aichfeld-Murboden recht bald zu beenden. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Den haben wir ja gewonnen!“ — Beifall bei der ÖVP.) Ich bin zwar nicht ganz genau informiert, ob dieser Vaterschaftsstreit unentschieden beendet worden ist. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Bisher sind wir noch im Vorteil bei diesem Vaterschaftsprozeß!“) Entscheidend und wichtig ist für mich, daß er zugunsten dieses Gebietes ausgefallen ist, nämlich, Herr Landeshauptmann, daß wir auf der anderen Seite nicht die Bereitschaft des Bundes in irgendeiner Art und Weise verschmähen und damit etwas verzögern, sondern, so wie die Bundesregierung die Bereitschaft zeigt ihren Beitrag zu leisten, auch das nunmehr zu tun, was Sie im Innern wollen und tun werden. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Aus meinem vollen Herzen!“) Sie haben innerlich auch einige Überwindungen gehabt. Ich weiß das ja.

Ich denke an einen wunderbaren Tag in Knittelfeld, wo ich so uneingeladen in eine Vertrauensmännerkonferenz Ihrer Partei hineingeschnitten bin. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Als unser Ver-

trauensmann!“) Ich habe das nicht gewußt und habe damals Ihre Ausführungen aufmerksam verfolgt und habe einiges über dieses Gebiet gehört. Es war offenerherzig und wir hatten Gelegenheit, über dieses Kapitel zu sprechen. Ich sage das deshalb, weil darüber sehr viel geredet, geschrieben wird, aber letzten Endes das echt gelten soll, was echt ausgesprochen wird und auf welcher Seite nun tatsächlich ein echter Wille vorhanden ist für eine konstruktive Leistung. Ich bin daher der Meinung, daß es ... Bitte! (Dritter Präsident Feldgrill: „Darf ich nur fragen, ist etwas, was ich gesagt habe, nicht richtig?“) Ich habe es nur insoweit ergänzt, daß sie erst im Planungszustand gestanden sind. Ich hätte gerne noch mehr angeschnitten. (Dritter Präsident Feldgrill: „Aber wir sind solidarisch!“)

Herr Landeshauptmann, ich würde bitten, daß wir die gemeinsamen Bestrebungen in Aichfeld-Murboden fortsetzen und darüber keine großen Auseinandersetzungen führen. Ich bin sehr erfreut, daß doch laut Pressemeldungen die einzelnen Gespräche zwischen Land und Bund in verhältnismäßig ruhige Wellen getreten sind. (Unverständlicher Zwischenruf.) Sowohl als auch, damit die Fairneß hier gegeben ist.

Zum Schluß noch eine Bemerkung und ein sehr ernstes Wort und ich bitte den Herrn Präsidenten mir zu gestatten, es hier noch tun zu können und zwar zu den Katastrophenereignissen im Bezirk Knittelfeld. Wir hatten von einem Abgeordneten hier schon Gelegenheit, die traurige Bilanz zu hören, wie viele Todesopfer wir in diesem Jahr zu beklagen hatten. Hiezu zählt auch der Bezirk Knittelfeld. Es waren dort im Frühjahr in den Monaten April und Mai die härtesten Ereignisse, die die Menschen in den Behausungen und Grundstücken schwerstens betroffen haben. Todesopfer waren zu beklagen, Gebäude wurden zerstört, die schönsten Grundflächen sind verloren gegangen. Teilweise sind nur mehr die Schotterfelder übrig geblieben. Was fehlt, ist, einen Teil dieser Flächen wieder mit Humus zu besetzen, aber man bringt ganz einfach im ganzen Gebiet den erforderlichen Humus nicht auf. Wir reden gar nicht von Gebäudeschäden, sondern von diesen Flächen, weil man nicht weiß, wie man sie urbar machen soll.

Die anderen Katastrophen sind zum Teil noch viel ärger. Was ich hier aussprechen möchte als Abgeordneter aus diesem Gebiet ist, allen Stellen des Landes, des Bezirkes und allen umliegenden Gemeinden, aber auch der gesamten Bevölkerung den allerhöchsten Dank, die höchste Anerkennung auszusprechen, daß sie so rasch eingesprungen sind und Hilfe gebracht haben. (Allgemeiner Beifall.)

Wenn auch so viel, meine Damen und Herren, oft über das Bundesheer in qualifizierter und unqualifizierter Art gesprochen wird und dies machen oft Leute, die am wenigsten damit in Berührung sind. Der Dank, der diesem Bundesheer zukommt, der soll ihm ehrlich zukommen. Es hat in diesem Gebiet Grandioses geleistet. (Allgemeiner Beifall.) Das soll man auch in die richtige Kategorie buchen, wenn man irgendwo Lob und Kritik zugleich in dieser Sache übt. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Vollkommen richtig!“)

Wir haben noch Menschen und Leuten zu danken, nämlich unserer Rettung und unserer Feuerwehr, die pausenlos im Einsatz gewesen sind und dort Grandioses geleistet haben. Auch ihnen gebührt derselbe Dank. Damit muß man auch gleichzeitig miteinschließen den Wunsch, die Bitte, die Notwendigkeit und das, Herr Landesrat Dr. Krainer, richte ich an Ihre Adresse, zu trachten, daß in diesem Gebiet so rasch als möglich jene Gerinne reguliert werden, die morgen wieder zu den größten Katastrophen führen können. Wenngleich sachlicherweise gesagt werden muß, es wurden viele Millionen für ein Gerinne aufgewendet, das wunderbar ausgebaut und zwar nach 50jährigen Erfahrungswerten für die Fassung der Wassermenge, das aber letzten Endes zu früh ausgesetzt worden ist und allein durch wenige Baumstämme fast das gesamte regulierte Flußbett wieder demoliert wurde und alle Eigenheime, die man in Sicherheit glaubte, dort entweder weggerissen oder arg beschädigt wurden. Ich bitte daher, und das sage ich vollen Ernstes, ich weiß schon, daß man damit auch sehr ins Fettnäpfchen treten kann, zu trachten, die Gerinne — nicht nur alle zu beginnen, damit einmal irgendwo etwas geschieht und der gute Wille gezeigt ist, dieses Geld kann nämlich sehr leicht verpulvert sein —, nämlich eines nach dem anderen sicherlich nach Maßgabe der Geldmittel, aber doch vollständig auszubauen, damit nicht in kürzester Zeit jene Millionen wieder verloren sind, die unter größtem Einsatz und oft unter größten Schwierigkeit dort hineingepulvert wurden.

Das, meine Damen und Herren, wollte ich ohne jede Polemik, sondern rein sachlich zu diesen Fragenkomplexen sagen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Vor Abgeordneten Dr. Götz spricht nunmehr Abgeordneter Dr. Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Helmut Heidinger:** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Kollege Pichler hat mit Recht auf die Resolution hingewiesen, die von Ihrer Fraktion eingebracht wurde und der wir gerne beigetreten sind bezüglich des Wohnungsverbesserungsgesetzes. Ich möchte nur, um der Wahrheit die Ehre zu geben bzw. um verloren gegangene Erinnerungen aufzufrischen, wir beide standen ja als durchaus friedliche Kontrahenten vor ungefähr einem Jahr oder eineinhalb Jahren am Rednerpult, wie ein Bericht über die Anträge unserer Fraktion zur Verbesserung des Wohnungsverbesserungsgesetzes im Zuge der Novellierung vorgelegen hat und wir mußten leider feststellen, daß von unseren Anregungen eigentlich nur eine einzige Novellierung aufgenommen worden ist, nämlich die Anregung, daß auch Mieter antragsberechtigt sind. Ich habe jetzt der Rede des Kollegen Pichler mit Freude entnommen, daß er ebenfalls mit mir der Meinung ist, daß das Gesetz nicht nur verlängert werden sollte, wie in der Resolution zu lesen, sondern daß auch gewisse materielle Verbesserungen, die wir schon damals in diesem Antrag angeregt haben, durchgeführt werden. Ich hoffe, daß es uns gemein-

sam gelingt, das auch zu erreichen. (Allgemeiner Beifall.)

**Dritter Präsident Feldgrill:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. DDr. Götz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So sehr es erfreulich ist, wenn man die Erfolgsbilanz der Wohnbauförderung im Bereich der Steiermark, im Bereich der Landeshauptstadt liest oder sieht, so sehr muß einem Sorge bereiten die Tatsache, daß die Baukosten progressiv, abgesehen von einer sehr hohen Teuerungsrate, noch über die hinausgehend steigen. Und die Frage ist, ob also dieses progressive Steigen der Baukosten eine unabdingbare Notwendigkeit darstellt, oder wo eigentlich die Ursachen dafür zu suchen sind und wo daher auch die Ansätze zu finden wären, um ein derartiges Wachstum der Baupreise, damit der Baukosten, damit der Mietbelastungen hintanzuhalten. Nun, drei Gründe sind sicher und sofort nachweisbar, ein vierter spielt am Rande eine Rolle. Der eine Grund ist, daß nach Auffassung der freiheitlichen Abgeordneten die Gebietskörperschaften schlechthin, darunter auch das Land, aber ebenso die übrigen Gebietskörperschaften bisher nur eine mangelnde Bereitschaft haben erkennen lassen, das ihre dazu beizutun, damit die Baufirmen sich einer bestimmten Spezialisierung unterziehen. Ich habe zu diesem Problem vor Jahren mehrmals Stellung genommen und ich möchte heute nochmals wiederholen: Es ist verständlich, daß dann, wenn im Bereich der Bauwirtschaft im zunehmenden Maße der Maschineneinsatz und zwar der Spezialmaschineneinsatz, der Einsatz moderner und noch modernerer Maschinen das Baugeschehen bestimmt, daß in der Folge davon zwangsläufig eine Spezialisierung der Firmen erfolgen müßte, aber das Gegenteil ist ja im Grunde genommen der Fall, wenn man zurückdenkt an die Zeiten der zwanziger oder dreißiger Jahre, wo eine Baufirma im Grunde genommen sich etablieren konnte mit einer Mischmaschine, etlichen Schaffeln und Schubkarren, damals hat es ausgesprochene Hochbau- und Tiefbauunternehmen gegeben, heute, meine Damen und Herren, macht jeder alles. Und nicht etwa deshalb, weil er selbst, oder weil die Firma nun ein maßloses Interesse hat, in alle Baubereiche einzudringen, sondern deshalb, weil sie im wesentlichen durch das nicht differenzierende System des öffentlichen Vergabevorganges dazu ermuntert wird. Und darum, meine Damen und Herren, glaube ich, daß die Vergaberichtlinien, daß die Praxis, die nicht in Akten ihren Niederschlag findet, sondern die auch in persönlichen Gesprächen, in Beratungen, in der Frage, ja welches Bauvolumen steht denn zur Diskussion, das ist ja nicht so ein großes Geheimnis, die Firmen wissen es ohnehin, daß man also hier zu einer Form eines vernünftigen partnerschaftlichen Gespräches kommt, damit an diesem Bauvolumen sowohl im Hochbau- wie im Tiefbaubereich sich Firmen orientieren können und nicht jene zusätzliche erhebliche Kostenquote dazukommt, die durch Geräteankauf oder Gerätemiete, die durch die wach-

sende Generalregie dieser Firmen dann letztlich auf dem Wohnbausektor einen Niederschlag findet. Das ist das eine, Spezialisierung fördern, fördern von der öffentlichen Hand.

Das zweite, meine Damen und Herren, ist ein wesentlich schwierigeres Kapitel, das ist das der steigenden Grundpreise, oder, man könnte es auch als den Teufelskreis bezeichnen, der sich so offeriert, dort, wo die Versorgungsleitungen, wo die Aufschließungsstraßen vorhanden sind, dort, wo gewidmete Baugründe bestehen und zwar natürlich in Gebieten, wo das Bauen interessant ist, das ist ja selbstverständlich, dort steigen die Grundpreise ins Unermeßliche und sie werden in einem sehr flotten Lizitationsprozeß weiter und zwar weit über der normalen Teuerungsrate in die Höhe getrieben. Dort, wo die Aufschließungen nicht gegeben sind, dort, wo wir keine gewidmeten Gründe haben, im wesentlichen sind das die Stadtrandgebiete, dort sind die Baupreise auf erträglichem Niveau, dort werden daher von einem Teil der Genossenschaften und in Wirklichkeit sind ja im Bauwesen, soweit es sich um Quantitäten von Wohnungen handelt, nur Genossenschaften tätig, dort kauft also der eine Teil der Genossenschaften und der andere versucht den teuren Grundpreis durch die bis an die Grenze gehende Ausnützung des Grundstückes in Richtung Höhe des Bauwerks wieder hereinzubringen. Beides Entwicklungen, die mit den architektonischen Überlegungen, oder mit den funktionellen Gestaltungsüberlegungen einer Stadt überhaupt nichts zu tun haben, sondern die nur diktiert werden vom wirtschaftlichen Geschehen, vom Grundpreis her. Nebenbei bemerkt kennen Sie alle die Folgewirkungen, die dann für die Gemeinden entstehen, wenn nun tatsächlich nicht aufgeschlossene Gebiete für Bauzwecke letzten Endes ja doch gewidmet werden und wenn dann sehr sehr unausgenützte Leitungen, Versorgungsmöglichkeiten für diese Stadtrandsiedlungen geschaffen werden müssen. Ich glaube daher, daß man auf dem Gebiet der Grundpreise, auf dem Gebiet des Grundstückshandels in Ballungszentren zu einer vernünftigen Regelung kommen muß, die nicht darin bestehen kann, ich möchte das sicherheitshalber sagen, um nicht also dann von anderen interpretiert zu werden, daß man den Grundstückseigentümern die Grundstücke für Wohnbauzwecke abnimmt. Aber, meine Damen und Herren, die sehr wohl darin liegen kann und müßte, die Grundstücksspekulation, die im wesentlichen auf dem Rücken kommender Mieter oder Wohnungseigentümer erfolgt, denn die zahlen die Zeche, nicht die Genossenschaft, die das Grundstück erwirbt, die sind ja nur treuhändige vorübergehende Verwalter, daß die Grundstücksspekulation verhindert oder doch zumindest entscheidend eingedämmt wird.

Die dritte Komponente ist jene der Verwendung von bestimmten Normelementen. Ich sage ja damit nichts Neues. Wenn Sie daran denken, welche heftigen Reaktionen es gibt, wenn man einmal die Überlegung ausspricht, daß beispielsweise neben den Heizkörpern auch Türen und Fenster in bestimmten variablen Grundelementen und daher doppelten und dreifachen Größen verwendet werden, wie heftige Proteste man nicht nur von den in Frage

kommenden Firmen hört — es gibt Ausnahmen, die ich kenne (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Die Architekten sind das!“) —, sondern von den Architekten, daß jedes einzelne Fenster ein bleibendes Denkmal ihrer Schaffensfreude sein muß. Ich habe nichts dagegen. Ich verstehe den Ehrgeiz. Ich bitte aber nicht einen Ehrgeiz, der so unendlich kostspielig ist und in der Form nicht so gravierend ist, wie sich das vielleicht manche vorstellen. Ich habe mir erlaubt, vor nunmehr sieben Jahren bei einem Österreichischen Städtetag die Anregung zu geben, diese Normelemente und zwar größere Normelemente im Schulbauwesen — entschuldigen Sie, es sind schon neun Jahre her; es war nach dem Schulgesetzwerk 1962 der darauffolgende Städtetag — zu verwenden und nun in drei oder vier Prototypen von Schulen mangelnden Schulraum um gut 20 % bis 25 % billiger erstellen zu können. Das ist nicht möglich, wenn sich neben — und ich bitte das nicht als persönlichen Angriff aufzufassen — dem zuständigen Bürgermeister auch noch der planende Architekt ein bleibendes Denkmal setzen will. Dann wird eben um diese 20 bis 25 % teurer gebaut. Ich rede nicht das Wort einer uniformierten Schulbauweise.

Wenn man sich ein bißchen im italienischen Raum den Wohnhausbau anschaut und sieht, mit welchen geringen Aufwendungen hier künstlerisch interessante, architektonisch interessante Fassadenvarianten beim selben technischen System erzeugt werden, dann müßte man sich die Frage stellen, ob das bei uns nicht möglich wäre. Denn im Grunde genommen — und das ist eine harte aber zutreffende Kritik — sind wir trotz aller Individualität im Bau mit unserem Wohnhausbau architektonisch im europäischen Raum recht weit hinten, beileibe nicht weit vorne. Fragen Sie führende österreichische Architekten, die das, was sie wirklich bauen wollen, nicht in Österreich, sondern woanders bauen müssen. Das kommt aus dem Grund, weil wir in der gesamten Wohnbauförderung die Architektenleistungen weit unter dem Tarif angesetzt haben, die andererseits der Architekt verlangen muß, will er nicht mit seiner eigenen Standesvertretung, nämlich mit der Kammer, in eine entsprechende Auseinandersetzung kommen.

Dritte Frage ist die Normung, die Systemisierung vor allem in jenen Bauelementen, die heute schon vom Baunebengewerbe meist zu einer erheblichen Verringerung der Bauzeit führen, weil die Lieferfristen mit lauter Individualanfertigungen nicht eingehalten werden können.

Das Letzte, wo ich gesagt habe, daß es schwerer nachweisbar ist, das ist, daß wir nicht vergessen dürfen, daß das Baugewerbe eigentlich das einzige ist, das ein innerösterreichisches Monopol ist in der Konkurrenzsituation. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Stimmt nicht mehr ganz!“) Es stimmt nicht mehr ganz, aber es stimmt auf dem Wohnbausektor. Stimmt nicht im Industriebau. Im Wohnbau im Grunde genommen zeigen Sie mir im Bereich der Steiermark ... Bitte! (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Die italienischen Fliesenfirmen in Graz!“) Baunebengewerbe. Ich habe gesagt Baugewerbe, das heißt, die Baufirmen sind im Grunde genommen verschont, mit Ausnahme von großen Industriebauten von einer zumindest

europäischen Konkurrenzsituation. Auch das führt dazu. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Da wird der Loidl sehr böse werden, wenn Sie weiterreden!“) Ich rede aber nicht deshalb, daß der Herr Ing. Fuchs nicht böse ist und der Herr Abgeordnete Loidl böse oder umgekehrt, sondern ich rede deshalb, weil ich glaube, daß diese Fragen stimmen und daß sie nachweisbar sind. Ich möchte noch etwas sagen, das ist die Folge dieser Entwicklung.

Betrachten Sie, und das ist ein Klage lied, das ich Ihnen in keinem Jahr ersparen kann, das Klage lied einer Wohnungsnotsituation, die in dieser Landeshauptstadt trotz aller Bautätigkeit, trotz rund 2000 bis 2400 Wohnungsneubauten im Jahr, nach wie vor besteht. Sie besteht deshalb, weil dieser Kreis der fast unverändert zwischen 1500 und 3000 Familien in Graz liegt, weil dieser Kreis bei der Wohnbauförderung und den Bauten der Wohnbauförderung trotz § 15 Mietbeihilfengesetz nicht zum Zuge kommt oder sich nicht bereittfinden kann, zum Zuge zu kommen. Die jetzt zur Vergabe gelangenden Wohnungen in der Stadt Graz, alle durch Genossenschaften gebaut, schwanken um jene Dinge wie Grundpreis usw. von 1500 Schilling bis 1800 Schilling für die ca. 55 bis 60 m<sup>2</sup> große Zweizimmerwohnung als monatliche Belastung. Sagen Sie dann bitte einem Vorsprechenden, einer Familie, haben Sie dann noch den Mut zu sagen, es handelt sich um einen sozialen Wohnbau. Ich habe ihn nicht. Ich muß sagen, wir werden versuchen, daß wir einen Tauschpartner finden und müssen alle jene Mittel anwenden, die zuletzt dazu führen, daß zwar auch diese Familien schrittweise wohnversorgt werden, aber nicht in Neubauwohnungen, sondern in Altbauwohnungen.

Sehen Sie, wenn ich nun durchblättere und ich komme nochmals auf die verschiedenen Wohnbauprogramme „Modell“, „Formel“, „Leitlinien“, und überall wird dieser subjektive, zum Teil ist es auch noch ein objektiver Wohnungsfehlbestand, aufgezeigt, dann möchte ich die dringende Bitte richten, dieses Sonderwohnbauprogramm nicht im Zuge der Wohnbauförderung zu machen. Ich habe Verständnis dafür, daß man die Baukonjunktur nicht anheizen soll, indem man sagt justament, dann wenn der Engpaß ist, dann wird hier ein Sonderwohnbauprogramm aufgezeigt. Aber meine herzliche Bitte ist, dieses Sonderwohnbauprogramm nicht im Zuge der Wohnbauförderung zu machen, sondern als Sozialwohnbauprogramm. Ich darf sagen, warum ich diese Bitte ausspreche. Es ist leicht etwas zu verlangen, was soundsoviel Geld kostet. Ich bitte zu überlegen. Wenn diese Wohnungen für sozial Bedürftige gebaut werden, nur dann hat ein solches soziales Wohnbauprogramm einen Sinn. Denn wenn das Land Geld aufwendet für jene, die sagen, wir können uns selber wohnversorgen, für die brauchen wir es nicht, sondern für die sozial Bedürftigen und die kommen in die Wohnungen nicht hinein. Es sei denn, das Land erklärt sich bereit, in noch weitergehender Auslegung der Mietbeihilfen eine Mietübernahme in großzügiger Form durchzuführen, dann ist es doch gescheiter, entsprechende Baukostenanteile bei diesem Bau, Grundbeistellung als einmalige Ausgabe oder während der Bauzeit zu übernehmen und damit endlich einen bestimmten

Anteil von sozialen Wohnungen im Hinblick auf den Mietzins zu schaffen, die sonst nicht geschaffen werden können. Und Sie, meine Damen und Herren, wissen alle, daß es wunderschön klingt und ich habe gar nichts dagegen, liegt auch in den Vorstellungen vor, ja familiengerechte Wohnungen, Wohnungen für Jungfamilien entsprechend der Kinderzahl, aber das scheitert ja nicht daran, daß man solche Wohnungen nicht bauen will oder nicht bauen kann, sondern das scheitert daran, daß niemand oder ein sehr großer Teil derer, für die sie eigentlich gebaut wären, diese Wohnungen nicht beziehen können, weil sie sie nicht bezahlen können, weil ihnen eben eine Dreizimmerwohnung zu teuer ist, und eine Fläche von 100 oder 120 m<sup>2</sup> Wohnraum ist doch letztlich für eine Familie, die einige Kinder hat, wirklich nicht zuviel, aber das scheitert, wenn dann zweieinhalbtausend Schilling monatlich auf dem Zinszettel oben stehen. Und darum kommt es ja nicht zu den familiengerechten Wohnungen in jenem Ausmaß, in dem es wünschenswert wäre. Und ich will jetzt da keine Namen nennen und keine Geschichten erzählen, aber ich darf Ihnen sagen, es dauert oder hat in einem konkreten Fall einer elfköpfigen Familie in Graz zwei Jahre gedauert bei bestem Bemühen, um eine Unterbringungsmöglichkeit zu finden, weil wir immer versucht haben, der Familie einzureden, eine Dreizimmerwohnung ist einfach unmöglich, da könnt ihr nicht hinein, sie muß größer sein, und sie uns immer gesagt haben, mehr als zwei Zimmer wollen wir nicht. Und in dieser Diskrepanz haben wir also zwei Jahre gesucht, wir sind jetzt Gott sei Dank zu einer anderen befriedigenden Lösung gekommen, aber so schauen die Probleme leider Gottes in der Praxis aus, daher meine dringende Bitte im Hinblick auf das im Raum stehende und zur Diskussion stehende Sonderwohnbauprogramm. Und noch etwas, meine Damen und Herren, es ist sicher jetzt noch nicht besonders aktuell, es ist deshalb nicht aktuell, weil die Kreditlaufzeiten auch der schon lang zurückliegenden Wohnbauten noch lange nicht abgelaufen sind. Aber sicher werden wir uns und wird sich in dem Fall der Bundesgesetzgeber mit der Frage zu beschäftigen haben, wie denn nun das ist bei jenen Wohnungen, die zwar aus Förderungsmitteln der Wohnbauförderung errichtet wurden, aber als Mietwohnungen weitergegeben wurden. Ich glaube, daß es deshalb kein Problem ist, weil ein Weg zum Gericht — das ist meine private Auffassung — im konkreten Fall dazu führen würde, daß aus einer solchen Mietwohnung eine Eigentumswohnung wird, und zwar mit richterlichem Urteil dann, wenn der Mieter nachweisen kann, daß ihn sämtliche finanziellen Aufwendungen und die Genossenschaft keine finanziellen Aufwendungen, oder in der Relation keine, getroffen haben. Trotzdem gibt es diese Parallelität von Eigentums- und Mietwohnungen bei annähernd gleicher monatlicher Belastung heute noch.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch ein Hinweis im Hinblick auf das Wohnungsverbesserungs- oder auf das Wohnbauförderungsgesetz. Ich glaube, wir sollten nicht übersehen, daß die Probleme des Umweltschutzes schon in irgendeinem Ausmaß dann in den Griff, zumindest im Wohn-

bau in den Griff bekommen werden können, wenn die notwendigen Aufwendungen dafür auch etwa am Quadratmeterwohnpreis gedeckt erscheinen. Daß es technisch heute absolut möglich ist, einen entsprechenden Wärmeschutz, eine Trittschalldämmung usw. herzustellen, darüber gibt es keinen Zweifel. Daß es trotzdem nicht geschieht und z. B. der WC-Gang im 6. Stock den Bewohner im Parterre aufzuwecken in der Lage ist, und beim Bad ist es umgekehrt oder jedenfalls auch gleichlaufend, weil eben keine Schallschutzdämmung da ist, ist uns bekannt. Das ist letztlich auch wieder eine Folge der Ersparungsmaßnahmen und ich glaube, es sollte ausdrücklich in Novellierungen, die sicher kommen bei der Wohnbauförderung... (Abg. Jamnegg: „In der Bauordnung kann man das ja klar fixieren!“) ja, Frau Abgeordnete, das ist schon richtig, nur darf ich sagen, die allgemeinen Formulierungen in der Bauordnung, die ähneln den allgemeinen Lärmschutzformulierungen in der Gewerbeordnung (Abg. Jamnegg: „Wir haben die Onormen genau angeführt!“), ja, ich bin aber der Meinung, daß man also hier genau zu Meßwerten, ich habe ja schon in der Generaldebatte gesagt, zum Qualitätssiegel, also zum Mindestqualitätssiegel im Wohnbau kommen muß, denn ich sage Ihnen auch, es ist kein Spaß, sondern es ist leider Gottes so, daß Familien, die wir vor 8 Jahren in Graz an Straßenzügen wohnversorgt haben in Wohnhauswiederaufbauten, die jetzt einen ziemlichen Verkehrsfluß haben, die damals glücklich waren aus einem Kellerloch dorthin zu kommen, daß sie heute genauso wiederkommen und sagen, bittschön geben Sie uns eine andere Wohnung, wir halten das nicht mehr aus. Wenn Sie in der Triesterstraße, wenn Sie am Schönaugürtel wohnen, dort ist einfach ein Wohnen unter dem geringen Schallschutz, unter der geringen Möglichkeit, noch lüften zu können, ausgeschlossen. Und ich glaube, wir müssen einfach darauf in unserer künftigen Entwicklung, ich meine, wir können ja Dinge, die schon stehen, in der Form nicht mehr so verändern, aber zumindest bei den künftigen Entwicklungen darauf Bedacht nehmen, daß wir nicht von vornherein Wohnraum dort schaffen, wo im Grunde genommen ein zumutbares Wohnen nicht mehr möglich ist.

Als Letztes, meine Damen und Herren, zwei Hinweise. Ein Hinweis im Zusammenhang mit den von meinem Vorredner angeschnittenen Katastrophenschäden im heurigen Jahr, ich möchte hier im besonderen auch neben der Obersteiermark die oststeirischen Bezirke erwähnen, ich würde dringend bitten, nachdem ja ein Antrag vorliegt, ein Katastrophenschutzgesetz zu erlassen, diesen Antrag weiterzubehandeln, wobei mir klar ist, daß also jetzt die gesetzliche Regelung für die Schäden des heurigen Jahres und für die Entschädigungen natürlich zu spät kommt, aber um zumindest in Zukunft hier auch klare Normen sichergestellt zu haben. Und das zweite, Sie entschuldigen, wenn ich das so zusammenziehe und mir dadurch eine zweite Wortmeldung zum zweiten Teil der Gruppe 6 ersparen möchte und Ihnen auch, meine Damen und Herren, wenn ich noch darauf Bezug nehme, daß das Problem, weil wir schon vom Umweltschutz gesprochen haben, der Abfallbeseitigung ein immer drängenderes wird.

Die freiheitlichen Abgeordneten haben einen Resolutionsantrag eingebracht, der so erledigt wurde, daß ja alles schon geplant sei und daß diese Vorschläge zu spät kämen. Es soll mich sehr freuen, ich darf nur feststellen, vor einem Jahr war davon noch nicht die Rede. Vor einem Jahr war nur davon die Rede, daß es bestimmte Absichten an bestimmten Punkten der Steiermark gibt, Müllverbrennungsanlagen zu errichten. Und ich möchte im besonderen darauf hinweisen, vielleicht gibt es das, ich weiß es nicht, wenn Sie es, meine Damen und Herren, wissen, werden Sie sehr froh darüber sein, aber ich weiß also nicht, daß es eine quantitative Prognose des Abfalles, des Mülls und der Entwicklung in den kommenden, sagen wir 10 oder 15 Jahren in der Steiermark gibt. Ich weiß nicht, ob es eine Standortfestlegung und eine Systemfestlegung für Müllverbrennung bzw. Kompostierung oder eine Erfassung der noch offenen oder ins Auge gefaßten Deponien gibt, wenn ja, wäre ich sehr dankbar, wenn ich eine solche Studie auch in die Hand bekommen könnte. Es wäre mir viel wohler, deshalb viel wohler, weil ich schon vor drei Jahren in einem anderen Bundesland ein fix und fertiges Konzept über die Abfallbeseitigung gesehen habe und weil ich umgekehrt in einigen Auslandsbereichen erleben durfte, erinnern Sie sich bitte nur an den Streik in Rom der Müllabfuhr, was es bedeutet, Müll auch nur einen Tag in einer größeren Stadt nicht abführen zu können, geschweige denn eine Woche, oder nicht mehr zu wissen, wohin man und wie man diesen Müll beseitigen kann. Ich weiß beispielshalber, daß die Stadt Graz schon 20 km weit zu einer Deponie aus wasserrechtlichen Gründen ihre Müllabfuhr wegschicken mußte. Ich weiß, daß der Deponieraum, wie er heute überblickbar ist, für einen Bereich von vielleicht 4 Jahren ausreicht und daß dann die Frage der Kompostierung, Müllverbrennung eine ganz entscheidende wird, eben weil die Lagerungsmöglichkeiten nicht mehr ausreichen.

Abschließend nochmals zurück auf den Wohnungsbau und zurück zu meiner dringlichen Bitte, bei einem der Sache nach unbestrittenen Sonderwohnbauprogramm nicht zu vergessen, dieses Sonderwohnbauprogramm auch nach dem tatsächlichen Fehlbestand im Bereich der Steiermark zu streuen, dann bin ich sicher, daß mit diesem Sonderwohnbauprogramm das Land Steiermark seiner Landeshauptstadt in der Wohnbaufrage jene Unterstützung und Hilfe gewährt, die diese Stadt, im besonderen die betroffenen Familien, dringend in Form eines echten sozialen Wohnbaues brauchen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl das Wort.

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn ich nun nach Beendigung der Wechselrede zur Wohnbauförderung etwas sage, so möchte ich zu einigen Fragen Stellung nehmen, die in der Debatte aufgetaucht sind. Eigentlich war es nicht schlecht vom Herrn Abgeordneten Heidinger der Sozialistischen Partei anzuregen, daß der zuständige

Referent vorher sein Referat hält und nachher die Diskussion eröffnet wird. Nur muß uns eines klar sein, daß dann die Budgetdebatte nicht in 3 Tagen, sondern in 7 oder 8 Tagen beendet ist, dann würde man erst zur Diskussion angeregt und man spürt ja nach der Schlußrede des politischen Referenten wie es brandelt und brodelte (Landesrat Bammer: „Brandelt und nigelt!“), wie der eine meint, daß er noch etwas zu sagen oder noch eine Äußerung abzugeben hätte. Daher glaube ich, daß es gut wäre, sich darüber klar zu werden, ob man diese Methode anwendet und ob sie zweckentsprechend ist. Es wurde im Rahmen dieser Diskussion auch über das künftige Raumordnungsgesetz diskutiert und ich kann Ihnen sagen, daß auf Beamtenebene die Verhandlungen abgeschlossen sind, daß der Initiativantrag eingebracht wurde und daß derzeit dieser Initiativantrag nach einem eingehenden Anhörungsverfahren, das sicher viele Diskussionen verursacht hat, bei den Ministerien in Wien zur Begutachtung liegt. Wenn er von dort zurückkommt, wird er in den Ausschüssen und dann im Landtag behandelt. Eines möchte ich dazu feststellen. Wenn gesagt wurde, daß vorher keine Ordnung gewesen wäre, dann ist das nicht ganz richtig. Einmal ist es die Bauordnung. Schon die alte Bauordnung, nicht jene, die der Landtag vor einigen Jahren beschlossen hat, hat ganz genau ein Widmungsverfahren verlangt. Sie hat ganz genau verlangt, daß in einer kommissionellen Verhandlung festzustellen ist, ob ein Gebäude dort gebaut werden kann oder nicht. Ich könnte Ihnen aus meiner Praxis viele Beispiele erzählen, wo eben dem nicht entsprochen worden ist, ganz gleich, welcher politischen Couleur jene Baubehörde angehört hat. Das zweite ist das Gesetz über die Flächennutzungs- und Bebauungspläne aus dem Jahre 1964. Wenn man meint, daß dieses Gesetz eine Phase des Überzeugens gewesen ist, daß man überzeugt war, daß man so eines braucht und dann ein besseres machen muß, dann kann ich Ihnen nur mitteilen, daß es niemand gegeben hat, der dieses Gesetz vollzogen hat von 1964 bis heute. Ich habe anlässlich verschiedener Diskussionen immer wieder gesagt, es möge doch einmal eine Gemeinde dieses Gesetz vollziehen. Wenn hier ein Gesetzesbeschluß gefaßt, dieser aber nie vollzogen wird, dann kann niemand sagen, ob es gut oder schlecht ist. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „In Bruck haben sie es gemacht! Dann wurde eine Tankstelle errichtet, dann sind sie zum Verfassungsgerichtshof gegangen und der hat das aufgehoben!“) Der Brucker Beschluß ist aufgehoben worden, aber nicht das Gesetz. Da hätte man die Möglichkeit gehabt. Daher glaube ich schon, daß eine Ordnung möglich gewesen wäre. Nun fragen wir uns hier im Hohen Haus, wird das neue Raumordnungsgesetz der Stein des Weisen sein? Werden wir dann die Möglichkeit haben, die Größenordnung in diesem Land wirksam herzustellen. Ich kann Ihnen gleich vorweg sagen, es wurde Großartiges geleistet. Es sind sicher sehr einschneidende Maßnahmen da. Aber es wird letzten Endes immer der gute Wille dazugehören, daß man ein solches Gesetz auch tatsächlich vollzieht. Wenn der Hessenplan herangezogen wurde. Ich hatte die Gelegenheit, vor einigen Jahren in Hessen

zu sein. Es ist dort vielfach auch beim Plan geblieben. Es ist manches dort geändert worden, aber vielfach ist es auch beim Plan geblieben und man könnte sagen, daß es nicht so geordnet ist, wie es möglich gewesen wäre. Wenn man einen Raum ordnet, dann soll es so geschehen, wie es notwendig ist, daß wir zusammenleben können in diesem Land. Dieses Zusammenleben soll auch gesichert werden durch das neue Raumordnungsgesetz. Sicher ist es notwendig, daß Grund und Boden in Ordnung kommen. Hier hat der Herr Abgeordnete Dr. Götz in seiner Generaldebatte gesagt, daß die Gemeinschaftseinrichtungen den Vorrang vor den privaten Einrichtungen haben sollen. Das ist sicher eine sehr ernste Frage, die wir noch zu prüfen haben werden; gerade in der Vollziehung. Es wird auch Meinungsverschiedenheiten geben darüber. Ich möchte sagen, beim Auseinandergehen der Meinungen, daß ein erhöhtes Eigentum, der größte Egoismus für sich Eigentum zu haben, sicher nicht vertretbar ist. Aber es ist auch nicht vertretbar, daß man nur das Gemeinschaftseigentum im Auge hat, daß man meint, nur die Gemeinschaft kann Eigentum besitzen im großen Ausmaß und der einzelne kann es nicht mehr besitzen. (Allgemeiner Beifall.) Es muß uns daher, meine Damen und Herren, gelingen, daß wir dafür eintreten, daß der Einzelmensch in seiner Freiheit und Privatsphäre geschützt wird und daß zugleich das Gemeinwohl, wenn ich es so ausdrücken darf, auf jenes Ausmaß beschränkt bleibt, das wir für das Zusammenleben der Menschen brauchen, das für das Zusammenleben der Menschen notwendig ist. Das ist wesentlich und wichtig. Denn dort, wo Gemeinwohl überspannt wird, wo man die Grenze nicht erkennt zwischen Eigenwohl und Gemeinwohl, wo man den Bogen überspannt zum Gemeinwohl hin, dort gibt es auch Menschen, die zugrunde gehen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Ich habe aber auch von Gemeinschaftseinrichtungen gesprochen, Schulen, Spitäler usw.“) Die Gemeinschaftseinrichtungen umfassen auch das, was unter Gemeinwohl gemeint ist. Zu den Ausführungen des Abgeordneten Heindinger, dieser Raumordnungsgesetzesentwurf müsse Passagen haben, daß dem Bürgermeister wirklich geholfen und er nicht in einen Entscheidungsnotstand gebracht wird: Was uns heute oft berührt ist, daß ein Bürgermeister im Rahmen des eigenen Wirkungsbereiches, den wir alle schätzen, ab und zu deshalb in einen Entscheidungsnotstand kommt, weil das oft weit darüber hinaus geht, was in einer Gemeinde zu erfüllen wäre. Herr Abgeordneter Dr. Götz, ich bin auch Ihrer Meinung, daß im Rahmen der Architektur noch vieles zu geschehen hat. Wir haben bereits beschlossen, daß größere Bauvorhaben selbstverständlich nur durch einen Architekten geplant werden sollen und wir haben vor, daß in Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister, mit den Gemeinnützigen Bauvereinigungen und dem Land Steiermark nicht nur über die Wohnbauförderung gesprochen wird, sondern über alle Einrichtungen, die mit einem Wohnbau zusammengehören.

Bezüglich der Konkurrenz möchte ich sagen, daß die öffentliche Ausschreibung bei der Wohnbauförderung genauso gilt wie bei anderen Vorhaben;

wenn Förderungsmittel in Anspruch genommen werden, dann gelten die Richtlinien des Landes und sie müssen auch beachtet werden.

Die Wohnungsnotsituation ist sicher vorhanden. Wir kennen sie auch und es ist wirklich oft erschütternd, wenn man an einem Freitagvormittag Parteienverkehr hat und man sieht die einzelnen, die kommen und wirklich eine Wohnung suchen. Die monatliche Belastung ist es genauso wie die Anzahlung und man könnte sich fragen, „ja, wie ist denn hier Abhilfe zu erreichen? Wo sollen wir ansetzen, um wirklich abzuhefen?“ Einerseits bei der Anzahlung, weil die 10%, die nach dem Wohnbauförderungsgesetz noch übrig bleiben zwar nicht leicht zu erreichen sind, aber bedeutend schwieriger ist es, eben jene Kosten aufzubringen, die nicht gefördert werden, das ist der Anteil an der Grundbeschaffung und an der Aufschließung. Wir sind gerne bereit mitzuwirken, um hier Ordnung zu schaffen. Bezüglich der monatlichen Belastung haben wir uns bereit erklärt, für jene Familien, die sich das wirklich nicht leisten können, echte Sozialbauten zu errichten. Für 1973 haben wir für Graz ein solches Bauwerk auch tatsächlich schon vorgesehen. (Allgemeiner Beifall.) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo aber Wohnungen geschaffen werden, das hängt nicht allein mit der Wohnbauförderung zusammen, sondern das ist — und ich muß es sehr klar sagen, Sie verzeihen mir das — Sache der Baubehörde. Ich habe hier in diesem Hause nicht einmal, sondern bereits mehrmals gesagt, wenn der Akt in die Rechtsabteilung 14 kommt und dort behandelt wird, ist die Baubewilligung längst da. Sie ist ja eine Voraussetzung für das Ansuchen und der Standort des Baues ist längst festgelegt. Ich nehme auch nicht an, Herr Abgeordneter, daß die Adresse an meine Person gerichtet wurde, sondern daß hier eben festgestellt wurde, daß es da und dort noch Mängel gibt.

Wir müssen aber auch immer mehr erkennen, daß die Wohnbauförderung nicht allein gesehen werden kann. Zum guten Wohnen gehört nicht nur die Qualität der Wohnung, die sich Gott sei Dank von Jahr zu Jahr verbessert, und zwar deshalb, weil wir strenge Richtlinien in der Landesregierung beschlossen haben und die Qualität verlangen — und zwar wird eine Mindestqualität vorausgesetzt. Es hängt auch von den Folgeeinrichtungen ab, die äußerst wichtig sind und daher wird mit den gemeinnützigen Bauvereinigungen immer wieder verhandelt werden müssen und daher wird ein enges Zusammenwirken mit den Gemeinden notwendig sein. Denn mit der Förderung von Wohnhäusern fallen für die Gemeinden eine ganze Reihe von Aufgaben an. Ich denke hier an die Verkehrserschließung, an die Energieversorgung, an die Wasserversorgung, an die Abwässer- und Müllbeseitigung, an den Bau von Kindergärten, Schulen und an vieles andere mehr. Und für die Gemeinden ist es oft nicht leicht, diese Aufgaben zu erfüllen. Daher hat das Land Steiermark seit Jahren im Rahmen der Verbesserung der Infrastruktur zusätzliche Leistungen erbracht. Und wenn ich nur einiges herausgreife, so ist das z. B. die Wasserversorgung und die Abwässerbeseitigung. Im Jahre 1967 wurde das Wasserbautenförderungsgesetz beschlossen, das

sich bis heute bewährt hat. Im Jahre 1958 wurde der Wasser-Wirtschafts-Fonds gegründet und das Land Steiermark hat zusätzliche Förderungsmittel bereitgestellt und hierfür bisher eine halbe Milliarde Schilling aufgewendet. Allein in den letzten Jahren wurden 347 Anlagen verschiedener Größe in der Steiermark gefördert und die derzeitige jährliche Verbauungsrate beläuft sich auf etwa 300 Millionen Schilling. Ich sage das deshalb, weil wir von Umweltschutz sprechen und weil wir sehr viel kritisieren, „ja, was geschieht denn im Rahmen des Umweltschutzes?“ Und ich möchte nur diese nackten Ziffern auf den Tisch legen, um zu zeigen, daß wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten, die uns vorgezeigt und vorgezeichnet sind, auch bemühen. Auch auf dem Müll-Sektor ist es so, daß eine generelle Müll-Studie bereits ausgearbeitet ist. Detailstudien sind für das Ausseerland, für Schladming, für Bruck, Leoben, Hartberg, für Feldbach und für Deutschlandsberg bereits vorhanden. Bisher wurden 4 Millionen Schilling aufgewendet, um diese Detailstudien zu verwirklichen. Zeltweg und Kapfenberg sind bereits in Betrieb. Das Land Steiermark hat 25% Förderungsmittel bereitgestellt.

Ein zweites ist die Verkehrserschließung. Große Leistungen waren notwendig. Es sind letzten Endes ohne Landes- und Bundesstraßen — ich meine nur jene im Bereiche der Gemeinden von der Landesstraße abwärts — 27.500 km öffentliche Straßen und 6500 km Geh- und Wanderwege gefördert worden. In den letzten 10 Jahren waren es nicht ganz 1,8 Milliarden Schilling. Auch das sollen wir anerkennen, wenn wir hier beisammen sind und über die Wohnbauförderung reden. Auf dem Sektor des Schulbaues waren es 1.228.000.000 Schilling, alles Leistungen, die durch den Wohnbau bedingt sind. Natürlich auch Kindergärten und vieles andere mehr. Und das kostet die Gemeinden oft sehr große Opfer. Das müssen wir feststellen und daher bin ich der Meinung, meine sehr verehrten Damen und Herren, und fassen es auch Sie nicht als Polemik oder Demagogie auf, daß der Finanzausgleich 1973 nicht jenen Idealvorstellungen entspricht, die der sozialistische Generalredner hier aufgezeigt hat. Denn der Fülle neuer Aufgaben, die an uns herankommen, insbesondere auf dem Gebiete der Verbesserung der Infrastruktur, der Dienst- und Versorgungsleistungen für unsere Bevölkerung, stehen keine gleichen ertragsreichen Einnahmen entgegen. Wenn man das Ansteigen der Preise berücksichtigt, wissen wir, daß die Steigerung aus dem Finanzausgleich im Jahre 1973 für die Gemeinden etwa 6,57% betragen wird. Und bedenken wir, daß die wesentlichen Einnahmen in der Zukunft ab 1. Jänner 1974 in der Biersteuer liegen, ja, Optimisten sagen, es werden für Österreich 760 Millionen Schilling durch die Gemeinden aufgebracht, Praktiker sagen uns, es werden 300 bis 400 Millionen Schilling sein und das ist eine Steuer, die der Bürgermeister selbst einzuheben hat, die er selbst einheben wird und ich ersuche Sie schon heute, bei der Budgetdebatte dann nicht die Schuld für eine eventuelle Preiserhöhung, verursacht durch eine solche Biersteuer, dem Gastwirt oder dem Kaufmann zu geben, sondern sie als echten Ausfluß einer Gemeindehoheit zu sehen.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ungelöst ist das Problem — und ich glaube, das ist wohl unser aller Meinung — der Wohnsitzgemeinden. Schauen Sie, die kommunalen Lasten haben jene Gemeinden zu tragen, wo die Menschen wohnen, aber die Einnahmen aus dem Ertrag der Arbeit bekommen die Wohnsitzgemeinden nicht. Ich nenne nur eine Gemeinde in der Steiermark, das ist Trofaiach, eine große Wohnsitzgemeinde, wo viele Menschen wohnen, ihr Haus dort haben, ihre Wohnung, die dort die Kinder in den Kindergarten und in die Schule schicken, wo die Gemeinde die Straßen bauen muß, für Wasserversorgung, Kanalisation und Energieversorgung sorgen muß, aber der Ertrag der Arbeit ist in der nächsten Gemeinde. Ein entsprechender Lastenausgleich wird daher einfach notwendig sein, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall. — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Den hat's ja vorher auch schon gegeben. Wir haben ihn schon einmal gehabt, aber der ist abgeschafft worden!“) Und der hätte eben wieder eingeführt werden müssen in einer Zeit, wo der Umweltschutz besonders in den Vordergrund rückt. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Koren hat das ad sacum genommen, und weg ist er!“) Aber eines müssen wir optimistisch sagen, daß die Wohnbauförderung im Budget 1973 doch wieder einen guten Ausdruck findet mit 1.117.000.000 Schilling. Wenn wir auch nicht den ganzen Betrag für neue Anträge verwenden können, so ist es so, daß wir 6250 neue Wohneinheiten, Geschoßbauten genauso wie Eigenheime fördern können. Die Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz sagt, daß das Direktdarlehen im Prozentsatz von 60 auf 45 % herabgesetzt wird und daß Annuitätzuschüsse gewährt werden, die hier von Debattenrednern ihre genaue Erklärung bereits gefunden haben. Ich erinnere Sie daran, daß vor einigen Jahren hier der Antrag gestellt wurde, den Förderungssatz hinunterzusetzen und bei den Verhandlungen, die im Jahre 1967 zwischen den politischen Parteien geführt wurden, ergab sich die Frage, bei welchem Prozentsatz begonnen werden soll. Wir haben über 30, 40, 50 und 60 % beraten, aber wir waren der Meinung, einmal mit 60 % zu beginnen. Ich glaube, daß gerade diese Novelle ganz in unserem Sinn erlassen wurde. Nun, zum Teil wird dieser Erfolg aufgesogen durch die Baupreise, die sich hinaufzitzieren, und zum anderen ist es so, daß gerade der Annuitätzuschuß die Gefahr der Nivellierung in sich birgt und die Subjektförderung, die mit der Wohnbauförderung am 1. Jänner 1968 eingeführt wurde, dadurch verwischt werden könnte. Im letzten Wohnbauförderungsbeirat konnten auch 3 Verordnungen geändert werden. Auch das ist für alle Abgeordneten wichtig, daß sie es wissen. In der Verordnung über die angemessenen Gesamtbaukosten wurde der Grenzwert von 5200 auf 5800 Schilling angehoben und auch, wie hier bereits erwähnt, ein Anreiz für den Umweltschutz, daß eine zweiprozentige Erhöhung dann erfolgt, wenn eine Elektro- oder Gasheizung oder die Fernwärme eingebaut wird. Auch die Eigenmitteldarlehen wurden in der Laufzeit von 10 auf 20 Jahre verlängert. In der Wohnbeihilfe sind wir dem Sozialen ein bißchen nähergerückt, wie es bei uns

in der Steiermark immer der Brauch ist. Und zwar wird für die Berechnung auch die Rückzahlung des Landesdarlehens herangezogen. Weiters wird für den Kreis der Ausgleichszulagenempfänger nur mehr ein Wohnungsaufwand von 5 % des Einkommens zumutbar sein und was darüber hinausgeht, wird als nicht rückzahlbare Wohnbeihilfe gewährt. Das sind Leistungen, über die wir uns gemeinsam besonders vor Weihnachten recht freuen sollen. (Allgemeiner Beifall.) Auf dem Gebiet des Eigenheimbaues haben wir eine Erhöhung wegen der gestiegenen Baukosten vorgenommen, und zwar die Grundförderung mit 100.000 Schilling, pro Kind je 30.000 Schilling, bis maximal 250.000 Schilling und für die Jungfamilie, wo der Haushaltungsvorstand das 30. Lebensjahr noch nicht erreicht hat, von vornherein 160.000 Schilling. Auch diese Anhebung der Sätze war notwendig infolge der Teuerung, die nach einer genauen Berechnung des Amtes im Durchschnitt etwa 10 % beträgt. Nun, meine Damen und Herren! Neben den bereits angeführten Verbesserungen durch Novellierung der Verordnungen, die ich angezeigt habe, haben wir vom Landtag aus den Antrag gestellt, die Grund- und Aufschließungskosten in die Förderung einzubeziehen und es wurde diesem Antrag in der Novelle vom Steiermärkischen Landtag teilweise Folge gegeben dadurch, daß ein Teil der Aufschließungskosten, die innerhalb der Bauparzelle sind, Berücksichtigung gefunden haben. Wir haben jene Maßnahmen gesetzt, um die wir gerungen und letzten Endes gekämpft haben.

Das Wohnungsverbesserungsgesetz hat sich sehr erfolgreich ausgewirkt. Bis zum heutigen Tag sind 3407 Altwohnungen gefördert worden und mit dem Wohnbauförderungsbeirat wurden alle Anträge des Jahres 1971 voll und ganz erledigt, und zwar ganz gleich, wer einer ist, was einer ist und wo einer ist. (Allgemeiner Beifall.) In das Budget 1973 ist zusätzlich ein Betrag für Althausanierung aufgenommen. Das begrüßen wir sehr, weil es zusammen mit der Wohnungsverbesserung zur Bewahrung eines guten Althausbestandes beiträgt. Aichfeld-Murboden wurde hier erwähnt und ist sicher ein wichtiger Akzent, der hier gesetzt worden ist. Bezüglich des Projektes Aichfeld-Murboden ist es so — und ich muß hier den seinerzeitigen Sitzungsantrag vornehmen —, daß die Steiermärkische Landesregierung am 13. April 1970 die Gründung des Raumordnungs- und Wirtschaftsförderungsverbandes Aichfeld-Murboden beschlossen hat. Die Maßnahmen und Initiativen, die damals vorgeschlagen wurden, waren die Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Infrastruktur, Maßnahmen zur Verbesserung der personellen Infrastruktur, Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft und sonstige Maßnahmen. Das war ein Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 13. April 1970. (Beifall bei der ÖVP.) Der Beschluß ist nicht von ungefähr gekommen, sondern deshalb, weil es sich um ein Gebiet gehandelt hat, das immer wieder zu Diskussionen deshalb Anlaß gegeben hat, weil dort Industriezweige vorhanden waren, bei denen Arbeitsplätze gefährdet waren. Als ich vor nicht ganz 8 Jahren da draußen gestanden bin, um hereingeholt und angelobt zu werden als Regierungsmitglied, ist hier eine turbulente Diskussion im Gange gewesen. Für mich als Neuling

war das erschreckend, das darf ich Ihnen auch gleich sagen. Ich habe geglaubt, die schreien wegen mir so. Ich habe mich sehr groß getäuscht, das war nicht der Fall. Es war damals die Kohlenkrise, die die Gemüter erhitzt hat. Damals wurde der Spruch des verstorbenen Landeshauptmannes Krainer geprägt, daß wir nicht dazu da sind zuzusperren, sondern eher aufzusperren und auch die Arbeitsplätze zu erhalten. (Beifall bei der OVP.) Das gleiche Bestreben besteht im Raum Aichfeld-Murboden. Während der 3. Enquete in Wien, bei der wir anwesend waren — der Erste Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, Landesrat Peltzmann, meine Wenigkeit und alle Bürgermeister des Raumes Aichfeld-Murboden, auch die sozialistischen Bürgermeister —, haben wir gehört, um was es geht und wie die Dinge liegen. Sicher ist es so, daß der Bund 2,2 Milliarden Schilling zur Verfügung stellt. Man könnte polemisch oder auch anders sagen, das sind seine Pflichtleistungen. Ich möchte nicht polemisieren. Ich möchte sagen, wenn das wirklich so ist, daß jene Bildungsstätten errichtet werden, die Schnellstraße errichtet wird, jene infrastrukturellen Einrichtungen vom Bund mit 2,2 Milliarden Schilling gemacht werden, dann werden wir uns freuen. Sollen wir etwas anderes sagen, ganz gleich welche Couleur gerade die Bundesregierung hat? Dann freuen wir uns doch darüber. (Allgemeiner Beifall.) Das Land Steiermark stellt 400 Millionen Schilling zur Verfügung. Wenn man den Rechenstift hernimmt und die beiden Budgets betrachtet, das Bundesbudget und das Landesbudget, und die 2,2 Milliarden Schilling mit den 400 Millionen Schilling vergleicht, dann muß ich Ihnen eines sagen, dann sind wir ganz groß draußen, dann sind wir weit über dem Bund mit dem, was wir da leisten müssen (allgemeiner Beifall.), mit den 400 Millionen Schilling. Es ist nichts anderes als die Errichtung einer Landesberufsschule, einer weiteren Hauptschule, die Errichtung eines Umschulungszentrums und die Wirtschaftsförderung. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Die Errichtung einer Landesberufsschule ist eine Pflichtleistung!“) Oh, nein. Eine Landesberufsschule könnten wir in Admont bauen oder sonstwo, aber nicht im Raum Aichfeld-Murboden. Das muß man dazu sagen. Ich könnte die Landesberufsschule in Admont, in Schladming, in Zeltweg oder sonstwo errichten. Ich möchte feststellen, diese Region liegt uns wie alle Regionen des Landes am Herzen. Es ist nicht die einzige, wo wir heute Probleme haben. Wir zwei sind zusammengesessen, um uns mit dem Problem des mittleren Ennstales z. B. zu beschäftigen. Aichfeld-Murboden liegt uns am Herzen, wir haben die Initiative gesetzt. Die Bürgermeister wissen es ganz genau. Ich habe es in Wien gesagt, meine Damen und Herren. Das wissen Sie ganz genau und das soll keine Hochmütigkeit, auch keine Arroganz sein. Aber eines soll zum Ausdruck kommen, daß uns die Sorge so viel gilt, daß wir dort viel Geld hineinpumpen müssen, um die Arbeitsplätze zu verbessern und zu erhalten; sei es die Firma Wehr, Siemens, Bauknecht, sei es die Gemeinde Fohnsdorf oder die Gemeinde Spielberg. Unser Geld hat kein Mascherl. Es geht nicht um die Gemeinde, es geht nicht um den Bürgermeister. Es geht um jene Menschen, die letzten Endes das

brauchen, was wir wollen, den Arbeitsplatz und die Verbesserung der Struktur in diesem Gebiet. (Allgemeiner Beifall.) Die 750 Wohneinheiten zusätzlich sind eine erfreuliche Tatsache, die wir gerne zur Kenntnis nehmen. Und jetzt kommt die Entwicklungsgesellschaft. Es wurden Briefe zitiert, die sicher geschrieben worden sind. Sie stimmen sogar, und zwar deshalb, weil ich, wie der Landeshauptmann Krainer, dort war und als die Frage der Entwicklungsgesellschaft gekommen ist — ich erinnere mich sehr genau an das Protokoll —, da wurde die Frage aufgeworfen, wie wäre es mit einer solchen Entwicklungsgesellschaft, und er hat damals angeboten, daß die Geschäftsstelle des Grundauffangfonds das machen sollte. Es wurde in Wien gesagt, das geht nicht aus verfassungsrechtlichen Gründen. Er hat gesagt, man kann darüber reden. In der Zwischenzeit haben wir festgestellt, daß eine Entwicklungsgesellschaft für die Entwicklung eines Gebietes nicht notwendig ist. Ohne weiteres sind wir vom Land aus in der Lage, kurz und schmerzlos die Grundaufschließung genauso wie auch Industrie Gründungen durchzuführen. Dazu haben wir die besten Maßnahmen. Der Bund hat bis heute nichts bezahlt, das muß man auch gleich dazusagen. (Zwischenrufe von der SPO.) Sagen Sie mir die Ziffern. Daher haben wir die Maßnahme gesetzt. Ich sage hier, daß die Agrartechnische Abteilung mit ihren Beamten Großartiges geleistet hat. Ich habe das bestätigt bekommen von Organen, die sicher nicht meiner politischen Partei angehören. (Beifall bei der OVP.) Es geht nun um die Wohnbauförderung. Hier war es nicht ganz klar. Ich habe immer geglaubt, es ist eine Wohnbauförderung. Nun wurde ich vor zwei Monaten aufgeklärt. Ich war bei Dr. Kreisky. (Landesrat Gruber: „Sehr gut!“) Warum? Da gehe ich ja auch hin. Warum nicht? Ich darf ja hingehen, wir haben ja eine Demokratie. Damals wurde ich aufgeklärt, daß es sich nicht um Wohnbauförderungsmittel, sondern um Zweckzuschüsse nach Artikel 17 der Bundesverfassung handelt. Solche Zweckzuschüsse könnten nicht der Gemeinde direkt gegeben werden, sondern nur über eine Entwicklungsgesellschaft. Daraufhin habe ich Verhandlungen geführt mit Herrn Staatssekretär Veselsky, sie werden nun fortgesetzt, daß wir für die Wohnbauförderung eine Entwicklungsgesellschaft gründen und ihr beitreten, wobei die Mehrheitsverhältnisse noch offen sind. Das ist selbstverständlich, daß wir mit dem Land Steiermark, wenn wir einen erheblichen Anteil dazugeben, nicht unten durch sind. Es wird gewogen werden. Aber dazu möchte ich einiges sagen. Ein sozialistischer Abgeordneter war bei meiner Vertrauensmännerkonferenz dabei, darum weiß er das alles schon. (Heiterkeit. — Zwischenruf von der SPO: „Er hat noch mehr gehört, als wir jetzt hören!“) Gibt es nicht. Aber es ist nicht so, daß um ein Jahr verzögert worden ist, denn die Landesregierung hat bereits vor längerer Zeit beschlossen (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Im Mai!“), daß die ersten 150 Wohneinheiten gebaut werden können: Der grundsätzliche Beschluß und der Auftrag an zwei Wohnbauvereinigungen, daß sie mit der Planung einvernehmlich vorzugehen haben — heißt es ganz genau. Ob diese Planung wirklich durch-

geführt wurde in diesem Sinn, vermag ich nicht genau festzustellen. Das zweite, was angezogen wurde, war die Alpine. Im Jahre 1973 sind es 271 Wohneinheiten, die für die Alpinebediensteten gefördert werden. 1972 und 1973 zusammen sind es 577 Wohneinheiten. Ich sage das deshalb, weil ich eine Zeitschrift — ich weiß nicht genau welche — in die Hand bekommen habe, wo ich förmlich verteuelt wurde, daß wir da nichts tun. Also, Herr Abgeordneter, ich glaube, daß damit ihre Anfrage voll und ganz beantwortet ist. 577 Wohneinheiten 1972 und 1973. Ob das Sonderprogramm ist oder nicht. (Beifall bei der ÖVP. — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Nein, das ist das Normale, es muß zusätzlich etwas gemacht werden!“) Das ist zusätzlich dabei. Es ist die Sinteranlage dabei, auf mehrere Jahre aufgeteilt. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich habe gleich gesagt, daß ist ein Irrtum, es ist noch nichts erfüllt!“) 1972 und 1973 577 Wohneinheiten.

Zum Schluß möchte ich nur eines sagen. Es ist ein Abriß über die Tätigkeit, über die Initiative der Wohnbauförderung und wir hoffen nur eines, daß wir in der Zukunft so weiterfahren können. Ich lade Sie ein, mit uns diesen Weg fortzusetzen für die Bevölkerung dieses schönen Landes Steiermark. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Wir kommen zum zweiten Teil der Spezialdebatte in der Gruppe 6 Bauwesen einschließlich Straßen- und Wasserbau.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Helmut Heidinger:** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Daß Verkehrsprobleme die besondere Beachtung der Öffentlichkeit finden, ist bei der Zunahme des Kraftfahrverkehrs verständlich. Es ist auch sehr deutlich geworden etwa bei der Generalrede und auch schon bei verschiedenen anderen Gelegenheiten, etwa bei der Wortmeldung des Kollegen Heidinger, der ziemlich offen von Planlosigkeit in der Verkehrspolitik der Steiermark gesprochen hat. Ich möchte mich damit gerne auseinandersetzen.

Ich glaube an den Anfang dieser Auseinandersetzung darf man eine Geldbetrachtung voranstellen. Eine Geldbetrachtung insofern, wie es in unserem Budget aussieht und wo die Mittel für den Straßenbau herkommen. Es ist Ihnen allen bekannt, daß beim Bund die Finanzierung ausschließlich aus der Bundesmineralölsteuer erfolgt. Ich erinnere mich noch sehr genau einer Budgetrede des verstorbenen Landeshauptmannstellvertreters Doktor Schachner-Blazizek, der mit Recht auf die Leistungen des Landes außerhalb der Eingänge von Mineralölsteuer und Kraftfahrzeugsteuer hingewiesen hat.

Wie schaut es heuer aus? Im Unterabschnitt 661 haben wir rund 500 Millionen Schilling für Straßenausbauten mit Brücken und Erhaltung und wir haben im außerordentlichen Haushalt 67 Millionen Schilling. Diese Zahlen trügen allerdings, denn wenn wir die Bindungsbeschlüsse auf den Straßenbau projizieren, heißt das, weil rund 400 Millionen Schilling für Neubauten vorgesehen sind, daß wir

zunächst 80 Millionen Schilling gesperrt haben, das heißt, daß nur 320 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Insgesamt aber im Budget stehen 564 Millionen Schilling und wenn Sie sich den Unterabschnitt 942 ansehen, so werden Steuern aus Kraftfahrzeugen, also unser Anteil an der Mineralölsteuer und unser Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer mit 345 Millionen Schilling präliminiert. Das heißt 219 Millionen Schilling werden vom Land aus dem allgemeinen Steuer- und Ertragsanteiltopf dazugegeben.

Und jetzt darf ich Sie an eine Zahl erinnern, die der Herr Landesfinanzreferent Dr. Klausner anlässlich der Budgeteinbegleitungsrede genannt hat, nämlich, daß der Abgang im Ordinarium, der durch Kassenkredite ausgeglichen erscheint, nur zu 350 Millionen Schilling rund auf den Ausfall an Umsatzsteuer und zu 202 Millionen Schilling übriger Abgang sei. Ich darf feststellen, daß zufällig diese Zahlen sich sehr genau decken, das heißt, würden wir alle Ausgaben für den Straßenbau aus zweckgebundenen Zahlungen der Kraftfahrer finanzieren können, so wie der Bund, dann wäre dieser rechnerische Abgang nicht vorhanden und die Bemerkung des Herrn Finanzreferenten wäre unnötig gewesen.

Mit dem Vorwurf der Planlosigkeit möchte ich mich nun auseinandersetzen. Ich weiß, der Kollege Loidl ist ein ausgezeichnete Experte und wir haben uns schon unterhalten können. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Planungen sehr lange dauern und immer länger dauern, weil die Schwierigkeiten bei der rechtlichen Realisierung der Planungen immer größer werden. Ich darf nur einige markante Jahreszahlen aus der Straßenplanung in Erinnerung rufen. Das Bundesstraßennetz ist das vorletzte Mal nach dem Staatsvertrag wesentlich erweitert worden. Das waren politische Gründe, die nachher für den Ausbau unseres steirischen Bundesstraßennetzes sehr nachteilig waren, weil die Aufteilung zum Teil nach der Straßenlänge erfolgte. Es ist damals die Russenbesatzungszone Wien—Niederösterreich—Burgenland besonders beteiligt worden. Es ist ein einvernehmlicher Beschluß des Parlaments gewesen, aber er hat zweifellos der Zuteilung an Bundesmitteln der Steiermark geschadet. Wir haben uns immer bemüht, voran Landeshauptmann Kraimer, zu einer Verbesserung dieses Zustandes zu kommen. Es ist unter der ÖVP-Alleinregierung zur funktionalen Neubewertung des Straßennetzes gekommen; 1968 ist der Auftrag ergangen, 1969 ist die Verkehrsprognose als Voraussetzung dafür erstellt und auch publiziert worden. Es ist 1968 das Autobahngesetz ergänzt worden und damals endlich die Pyhrnautobahn, die schon in der Reichsautobahnplanung aufschien, wieder in das Bundesautobahnnetz gekommen. Es ist schließlich das Bundesstraßengesetz 1971, nachdem es 1970 nicht mehr verabschiedet wurde, in der Vorlage der Bundesregierung beschlossen worden. Jetzt erst, sozusagen als nächster Schritt ist, wie wir in der Zeitung gelesen haben, die Dringlichkeitsreihe der Bundesstraßen und der Autobahnen vorgelegt worden und ich darf hier anmerken, daß unsere Beamten eifrig mitgearbeitet haben und daß wir mit dem Ergeb-

nis dieser Planung zufrieden sein können. Wir wollen nur hoffen, daß auch die Realisierung dieser Planungen so erfolgt, daß wir mit den Jahreszahlen, die da drinnen stehen, rechnen können.

Herr Kollege Dr. Strenitz, ganz konkret nun zu Ihnen; ich habe in einem Zwischenruf schon angedeutet, daß ich nicht weiß, wo Sie die Baulose herhaben, die nicht gebaut worden sind, weil die Pläne nicht vorlagen. Sie haben dabei auch das Baulos Zentralfriedhof—Puntigam genannt. Da bin ich sehr allergisch, weil ich zweimal im Landtag in dieser Hinsicht bereits eine Anfrage gestellt habe und beide Male die Antwort bekommen habe, das Geld ist da, die Planung der Stadtgemeinde Graz ist nicht fertig, daher kann nicht gebaut werden. Ich bin der Sache noch einmal nachgegangen und es lagen von 1966 bis 1969 drei Projekte des Magistrates Graz vor, die alle nicht realisiert werden konnten, weil es einmal mit der Straßenbahn nicht gegangen ist usw. Endlich, nach sehr langen Bemühungen ist es soweit, daß am 23. August 1972 das Bundesministerium für Bauten und Technik die Detailprojektierung des vierbahnigen Ausbaues genehmigt hat, wobei die Straßenbahn aufgelassen werden soll — das ist auch ein Beschluß der GVB — und der Individualverkehr vom öffentlichen Verkehr durch Fahrspuren vollkommen getrennt werden soll. 45 Millionen Schilling Baukosten sind dafür beantragt. Leider ist die ganze Sache in den Ausschreibungsstopp des Bautenministeriums gekommen und das kostet uns bei der Realisierung sicherlich einige Monate. Ich möchte nun nicht so weit gehen wie Sie, die Sie von Planlosigkeit sprechen, ich bin überzeugt, daß der Magistrat und die GVB gute Gründe gehabt haben, sondern ich will das nur als Beispiel anführen, daß eben die Planung im dichtverbauten Gebiet solche Schwierigkeiten macht, daß es jahrelang dauert, bis man zu einer Realisierung kommt. Da kommen dann noch Wasserrechtsbedenken dazu und alles mögliche. Und das wissen Sie sehr genau, aber Ihr Vortrag oder Ihr Angriff hier haben so gewirkt, als wäre allein der politische Referent dafür verantwortlich. Ich glaube, wir können weder den planenden Ingenieuren noch dem Landesbauamt, die sich wirklich bemühen, noch dem politischen Referenten die Schuld geben, und wenn Sie schließlich ins Budget hineinschauen, dann haben wir 104 Millionen allein für Planungen für Autobahnen und Bundesstraßen ausgegeben.

Was sind nun unsere Vorstellungen? Ich kann es sehr kurz machen. Wir haben im „Modell Steiermark“ die Grundlinien festgelegt, ich habe in Ihren „Leitlinien“ in etwa das gleiche lesen können, ich glaube, wir werden uns da sehr schnell verständigen. Die Frage ist nur, wo das Geld dazu herkommen soll? Wieder ein Beispiel: Wir hoffen, daß jetzt die Südautobahn nächstes Jahr zwischen Gleisdorf und Mooskirchen befahrbar sein wird. Aber wir könnten den Aufstieg auf die Pack rascher realisieren, wenn wir Tunnelbauten angehen könnten. Die Planungen dafür sind längst fertig. Aber es ist eben bisher aus geldlichen Gründen nicht möglich gewesen, auch zu bauen. Oder die Pyhrnautobahn, der Sie besonderen Vorrang eingeräumt sehen wollen. Ich bin sehr einverstanden. Mich per-

sönlich interessiert sie auch ganz besonders nach Süden hinunter. Aber leider, die Brücken, die von Weitendorf weiter nach Gralla gebaut werden sollten im nächsten Jahr, sind nicht hineingekommen, weil das Geld nicht reicht. Aber die Planung ist da, Herr Kollege! Oder bei den Schnellstraßen: Wir können mit Freude feststellen, daß im nächsten Jahr bereits zwei Baulose fertig werden und wir hoffen, daß wieder das nächste begonnen werden kann. Wir hoffen ebenso, daß die Umfahrung Judenburg gemacht wird. Vielleicht wird die Planungsfrage, die ja auch ein Streit zwischen zwei Bürgermeistern Ihrer Fraktion ist, Herr Dr. Strenitz, geklärt und dann sind wir endlich so weit, daß man ausschreiben kann und endlich bauen. Bei den Bundesstraßen sind wir dafür, daß dort, wo sie noch lange die Funktion von Fernstraßen haben werden, wie etwa im Palten-Liesing-Tal, die Flaschenhalse beseitigt werden. Wir sind auch sehr dafür, daß die Gürtel- und Einfahrtstraßen in Graz hergerichtet werden. Aber der Kalvariengürtel hängt wieder an den Verhandlungen des Magistrates Graz wegen der Auflassung des linksseitigen Mühlenganges. Denn es ist nicht egal, ob wir da eine Brücke bauen und ein Jahr später wird dann der Kanal aufgelassen. Ich möchte wissen, was uns die Öffentlichkeit da verwirft.

Schließlich müssen wichtige Straßenzüge fertiggebaut werden, wie der Seeberg, der Präbichl. Wir glauben, daß Einbindungen und Zubringer zur Autobahn besonders wichtig sind. Kriechspuren, wie sie etwa auf der B 17 am Perchauer Sattel ausgebaut wurden, Ortsumfahrungen, wie sie bei Frauental im Bau sind, und bei den Landesstraßen hoffen wir — und wir sind gerne der Resolution beigetreten, daß die funktionelle Bewertung der Landesstraßen abgeschlossen werden sollte — aber, meine Damen und Herren, zuerst muß das hochrangige Straßennetz gegliedert sein. Das liegt seit wenigen Tagen hier und darauf muß dann die Landesstraßenplanung abgestimmt werden und dann kann sie vorgelegt werden. Wir haben im „Modell Steiermark“ gefordert und wir hoffen — was schrittweise natürlich nur verwirklicht ist —, auch bei den Landesstraßen einen 6 m breiten Fahrbahnausbau und keine Lastbeschränkungen zu haben. Wir hoffen, daß auch Erholungsgebiete durch die Landesstraßen besonders aufgeschlossen werden können und schließlich noch ein Wort zur Übernahme von Gemeindestraßen. Bitte denken Sie daran — und wir haben ja hier in diesem Hohen Haus den Beschluß gefaßt —, 250 km Begleitstraßen zu Schnellstraßen werden nun Landesstraßen, die wir sukzessive übernehmen müssen, so daß etwa nur weitere 250 km übernommen werden und auch hier muß die funktionelle Bewertung des Landesstraßennetzes abgeschlossen werden.

Ich darf noch die Straßenprobleme der Region Südwest ganz kurz anziehen. Wir freuen uns, daß die L 170 über den Kehlsberg ausgebaut wird mit der Autobahn bis Weitendorf, die als Halbautobahn bis 1974 in Betrieb sein soll, mit der die Umfahrung Wildon über diese Landesstraße mit Einbindung bei Bachsdorf und nicht schienengleicher Bahnunterführung möglich sein wird. Sie sehen daraus, wie das Land eingreift, um eben eine Lan-

desstraße dort zu bauen, damit die Autobahn überhaupt sinnvoll ist, denn sonst stopft sich ja wieder alles in den Flaschenhals Wildon und die ganze Autobahnstrecke bis Weitendorf wäre entwertet. Wir freuen uns, daß die Bahnübersetzung in Wagna gebaut werden soll, wir stellen fest, daß die Soboth-Bundesstraße, eine wichtige Öffnung nach Westen, bald fertig wird und können festhalten, daß die L 181, Glashütten—Landesgrenze, ausgebaut wird. Es wird in Zukunft notwendig sein, hier noch einige Orientierungen auf das Autobahnnetz hin zu machen, wie etwa die L 141 von Leibnitz nach Stangersdorf auszubauen. Aber ich darf doch auch anmerken, daß mit dem Straßenbau allein die Verkehrsprobleme nicht erledigt sind. Wir sollten hier wirklich — und ich darf hier die Bitte an die Landesregierung richten, aktiv zu werden — zu einem Schnellbahnsystem kommen — es ist dies allerdings Sache des Bundes —, das indirekt zu einer Entlastung der Straße führen würde, wie etwa von Leoben nach Mürzzuschlag und von Bruck über Graz nach Leibnitz.

Ein besonderes Anliegen muß uns allen die Vermenschlichung des Straßenverkehrs sein. Bauliche Maßnahmen sind dazu notwendig und ich darf anmerken, daß der § 9 des Bundesstraßengesetzes, der für derartige Maßnahmen, wie Gehwege, Fußgängerunterführungen, allein oder weitestgehend die Gemeinden verantwortlich macht, vielleicht doch einer Überprüfung unterzogen werden muß, weil man im Aufwand feststellen kann, daß die Straßenausbauten durch Parallelstraßen einen besonderen Wert erhalten, wenn nämlich der örtliche, langsame Verkehr von den Bundesstraßen wekommt. Und schließlich darf ich anmerken, daß wohl auch die Disziplin der Verkehrsteilnehmer zur Vermenschlichung des Verkehrs beitragen kann und ich möchte hier bitten, daß nicht nur die Exekutive und die Androhung von Radargeräten einen Erfolg vielleicht erzielen, sondern die Selbstdisziplin aller. Wenn ich zum Schluß kommen darf, so möchte ich das mit einem Dank an alle, die sich im Straßenbau, in der Straßenerhaltung bemühen, unseren Beamten, vor allem dem Herrn Landesbaudirektor, der sich für die Fragen des Straßenbaues in der Steiermark besonders einsetzt, weit über seine beschworene Pflicht hinaus, den Firmen und den Bauarbeitern danken, und wir sind überzeugt, daß die Möglichkeiten des Landes in der Dotation der Budgetposten für den Straßenbau ausgenutzt sind und daher stimmen wir gerne diesen Voranschlagsansätzen zu. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Lind. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Lind:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Auf geht's! Auf geht's mit dem Straßenbau! Auf geht's mit der Südautobahn! Durch die dynamische wirtschaftliche Entwicklung in den letzten 20 Jahren hat natürlich der Verkehr auf den Straßen unheimlich zugenommen. Und im Raum Graz, im Zentralraum der Steiermark, wird die Situation langsam unerträglich. In der Mürz-Mur-Furche, auch hin-

aus in die Richtung Köflach, sowie in die Richtung Hartberg, als nach dem Süden. Und wenn nun in Kürze, vielleicht schon im nächsten Jahr — ich hoffe es — das Autobahnteilstück Graz—Mooskirchen für den Verkehr freigegeben wird, wird sicherlich eine bedeutende Entlastung eintreten. Dann macht sich aber eine andere Situation bemerkbar. Und zwar der Verkehr, der über den Semmering fließt, beginnt jetzt weitgehend über den Wechsel, über die Wechselbundesstraße nach deren Fertigstellung nach Graz zu fließen. Vor allen Dingen der Lastwagenverkehr ruft bereits eine große Behinderung auf der Strecke zwischen Gleisdorf und Hartberg hervor. Und die Verkehrszählungen im Jahre 1972 haben deutlich ergeben, daß eine enorme Steigerung eingetreten ist. Es wurden im Tagesdurchschnitt Einheiten von 6000 bis zu 9000 gezählt. Also 6000 bis 9000 Fahrzeuge fahren täglich die Strecke von Graz über den Wechsel und zurück. Diese Zählungen wurden in Hartberg vorgenommen. Nach der Feststellung des Herrn Professor Dorfwirt müßte eigentlich die Südautobahn durchgehend bis Wien schon 1978 fertiggestellt sein, wenn der Verkehr reibungslos abgewickelt werden soll. Es hat aber zur Zeit keinen Anschein, daß dies sein könnte. Man bemüht sich, um die Triester Bundesstraße zu entlasten, von Mooskirchen weiter fort in Richtung Pack die Südautobahn auszubauen. Sie soll bis zum Jahre 1978, wenn die erforderlichen Mittel weiterhin fließen, so weit fertiggestellt sein, daß sie zweispurig befahren werden kann. Brückenbauten sind bereits im Gange, wie Sie ja wissen. Aber im selben Zuge muß selbstverständlich auch — und nicht erst anschließend — daran gedacht werden, die Südautobahn von Gleisdorf nach Hartberg fortzusetzen. Es herrschen hier bereits unerträgliche Zustände. Die Verkehrstoten mahnen, ganz gleich, ob sie in der Stadt Hartberg oder wo sie sonst sind, und wir müssen uns daher alle bemühen und alle Kräfte aufrufen, die die Möglichkeit besitzen, hier einzuschreiten; auch das Bundesministerium, den Bautenminister, daß dieses Autobahnteilstück Gleisdorf—Hartberg sobald wie nur möglich gebaut wird. Es ist dringend notwendig, und ich muß das mit aller Deutlichkeit sagen, weil ich täglich feststellen muß, was sich hier abspielt. Es ist eine wichtige Lebensader, die die Landeshauptstädte Klagenfurt — Graz an Wien anschließt und umgekehrt. Eine Lebensader, die vom Süden bis zum Norden, bis zu den Alpen, reicht. Die Südautobahntrasse ist eine der am leichtesten befahrbaren Trassen überhaupt, wenn wir an die Autobahnen denken. Durch den Ausbau der Südautobahn wird selbstverständlich auch die Mur-Mürz-Furche entsprechend entlastet. Das ist von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit. Umgekehrt wird aber Österreich mit dieser Südautobahn an den ausländischen Verkehr angeschlossen. Sie ist ja keine Einbahn. Es kommen Ausländer herein, es fahren unsere Leute hinaus. Auch die Gastarbeiter bewegen sich zur Zeit schon hauptsächlich über die Südautobahn, über Hartberg nach Wien und bis nach Deutschland. Auch sie verursachen sehr häufig Unfälle, drum glaube ich, muß es unser innigstes Anliegen sein, dafür einzutreten, daß dieses Teilstück von Gleisdorf nach Hartberg so rasch wie möglich

ausgebaut wird, aber auch der Ausbau der Südautobahn von Hartberg bis nach Wien vorangetrieben wird. Und wenn ich hier von einer besonderen Verkehrsverbindung spreche, so möchte ich zum Ausdruck bringen, daß gerade das Wohlstandsgefälle in der Oststeiermark durch diese Verkehrserschließung beseitigt werden kann. Wir brauchen unbedingt neue Betriebe, um die Arbeitskräfte erfassen zu können, die auf Grund des Strukturwandels in der nächsten Zeit frei werden. Wir brauchen die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr unbedingt und hier wird sich ein besonderer Verkehrsstrom über die Südautobahn in den oststeirischen Raum begeben. Wir spüren ja auch bereits die Verkehrsbelastung auf Grund des Stubenbergsees, der ein besonderer Segen für den oststeirischen Raum ist. Und wenn wir an Sonntagen feststellen, wie viele Tausende von Fahrzeugen zusätzlich von Wien über Hartberg nach Stubenberg, aber auch von Graz über Gleisdorf nach Stubenberg fahren, so müssen wir diesem Teilstück den Vorrang geben, auch wenn die Wichtigkeit dieses Vorranges noch nicht überall anerkannt wird. Ich muß es deutlich sagen. Ich sehe ja täglich die Verkehrsziffern und muß täglich die Schwierigkeiten feststellen, speziell in Hartberg, Kaindorf usw., wie die Verkehrsteilnehmer sich gegenseitig behindern und immer wieder Unwille hervorgerufen wird. Ich darf also nochmals bitten im Interesse unserer Bevölkerung, im Interesse des Fremdenverkehrs, der Betriebsansiedlung und der gesamten Wirtschaft alles daranzusetzen, daß die Südautobahn von Gleisdorf über Hartberg nach Wien so bald wie möglich gebaut wird und daß dem Straßenbau ein besonderes Augenmerk geschenkt und gewidmet wird. Die Südautobahn dient der Verkehrserschließung nicht nur der Oststeiermark, sondern weit darüber hinaus selbstverständlich auch den Bezirksstädten Fürstenfeld, Feldbach, Weiz usw. Sie müssen auch davon profitieren, damit wieder neue Betriebsansiedlungen stattfinden können, die wir unbedingt brauchen. Nochmals meine Bitte an alle Verantwortlichen, alles dazu beizutragen, daß die Südautobahn Rang Nr. 1 bekommt und daß sie so bald wie möglich fertiggeplant, fertiggebaut und zu Ende geführt wird. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Abgeordneten Prensberger das Wort. Nächster Redner Dr. Eberdorfer.

**Abg. Prensberger:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Abbremsung der Zuwachsrate des Bauvolumens durch das Budget 1973 ist begrüßenswert. Wirtschaftlich ist es dagegen nicht zu verantworten, die österreichische Stahlindustrie mit der Bauindustrie in einen Topf zu werfen. Die Stahlbauindustrie hatte schon in der Vergangenheit mit Strukturproblemen zu kämpfen und es wäre nicht begrüßenswert, wenn man diese Situation noch verschlimmern würde. Zur Zeit haben wir im reinen Bauwesen eine erhebliche Konjunktur, jedoch auf der Seite des Stahlbauwesens wären noch Kapazitäten frei. Für die Verwendung des Hochstahlbaues und des Brückenbaues sprechen viele Gründe. Im Interesse unserer Volkswirtschaft — und es ist

bestimmt nicht zum Nachteil der Bauindustrie — wäre eine gesunde Berücksichtigung der Stahlindustrie bei Vergabe von Bauten wünschenswert. Hier können wir von den Italienern uns ein Beispiel nehmen. Die Italiener, die ja praktisch diejenigen sind, die den Spannbeton richtig vorangetrieben haben, haben in der Vergangenheit bei den Autobahnbrücken und bei den Übergängen über die Autobahn ihre junge stahlerzeugende und stahlverarbeitende Industrie wohl berücksichtigt. Diese Autobahnübergänge werden aus technischen Gründen aus Stahl gebaut, denn durch die rasche technische und wirtschaftliche Entwicklung werden Bauten oft nach wenigen Jahren für die Funktionserfüllung ungeeignet. Eine Beseitigung von Massivbauten ist mit einem enormen Kostenaufwand verbunden. Der Stahlbau bietet die Möglichkeit, Bauwerke rasch und kostengünstig, sozusagen mit dem Schweißbrenner zu beseitigen und den Baustoff als Schrott wieder zu verkaufen. Das ist bei Spannbeton und Beton nicht möglich. Beispiele sind die Flaktürme aus dem Zweiten Weltkrieg in Wien. Die stehen heute noch und sind fast nicht zu beseitigen. (Abg. Loidl: „Qualitätsarbeit!“) Die Steiermark ist das Bundesland des Erzvorkommens und der Stahlerzeugung. Ich bestreite nicht, daß es auch eine wichtige Frage der stahlerzeugenden Industrie ist, Baustahl zu erzeugen. Aber es ist für die Industrie auch wichtig, kompliziertere Träger und Bleche zu produzieren. Es werden in diesem Land die Brückentragwerke in letzter Zeit grundsätzlich in Betonbauweise ausgeschrieben. Nun gibt es in der Steiermark sehr potente Stahlbauunternehmen und es ist kein Geheimnis, daß diese Firmen aus der Steiermark 60 Brücken in Stahlkonstruktion nach Peru geliefert und eine sehr komplizierte Hängebrücke in Bagdad errichtet haben. Durch das Auslandsgeschäft wäre es unbedingt erforderlich, daß man in der Nähe der Lieferfirmen Stahlbauunternehmen besichtigen könnte. Die Ausschreibungsart benachteiligt den Stahlbau ganz erheblich. Dazu wäre folgendes zu sagen: Die Entwürfe für Brücken als auch für Hochbauten werden grundsätzlich in Betonbauweise ausgeschrieben. Für das Bauen in Stahlbauweise ergeben sich dadurch natürlich große Nachteile. Erstens: Der Stahlbau muß eigene Projekte entwerfen. Die Kosten dafür sind ganz erheblich. Sie müssen von dem betreffenden Unternehmen selbst getragen werden, das ergibt je nach der Größe des Projektes Kosten, die in die Millionen gehen. Durch den Amtsentwurf entstehen den Bauunternehmen dadurch keine Kosten. Zweitens: Durch das Anbieten einer Variante hat man meistens den Projektverfasser als Gegner. Und es bedarf eines großen Aufwandes, um die Anerkennung des Stahlbauprojektes überhaupt durchzusetzen. Daher liegen oft die Kosten eines Stahltragwerkes höher als beim Betonbauwerk. Wenn man die Projektierungskosten abziehen würde, wäre dieser Unterschied meistens nicht gegeben. Und darüber hinaus ergeben sich bei der Endabrechnung bei Betonbauten durchschnittlich höhere Kosten als beim Angebot. Beim Bauen in Stahl kommen nur selten Kostenüberschreitungen vor. Die Kostensteigerungen im Stahlbau sind relativ klein, da der Stahlpreis weniger steigt als das übrige Preisgefüge. Der Stahl-

hochbau ist eine Bauweise, die ja auf Grund industrieller Fertigung größere Unabhängigkeit von der Witterung hat, dadurch die Bauausführung bedeutend verkürzt oder mehr Zeit für die Ausstattung der Bauwerke bietet. Die Fertigung wird in den Werkstätten durchgeführt und es ist daher, wie gesagt, von der Wetterlage unabhängig. Dadurch kurze Arbeitszeit auf den Baustellen. Nur geringe Störung der Umgebung, ein ganz wichtiger Faktor für die Lärmeinwirkung! Stahlbauunternehmen sind meist Großunternehmen, die ganze schlüsselfertige Anlagen planen und auch durchführen. Zum Beispiel Schulbauten: Es wäre begrüßenswert, wenn man von dieser Möglichkeit mehr Gebrauch machen würde. Stahl ist vor allem bei der Serienfertigung sehr wirtschaftlich, sowohl im Brücken- als auch im Hochbau. Daher habe ich auch vorhin eine gewisse Typisierung der Überführungen auf den Autobahnen in Italien erwähnt. Es gäbe also auch die Möglichkeit, bei einer gewissen Serie eine Typisierung vorzunehmen. Damit wäre wieder eine Verbilligung gegeben, ebenso bei Schulbauten. Darin liegen also noch größere Möglichkeiten eines Preisnachlasses. Die Bestimmungen über den Brandschutz sind länderspezifisch, ja sogar städte- und kreisweise verschieden und sind daher im großen und ganzen eine Ermessenssache. Bedauerlicherweise sind sie auch wieder stahlfeindlich. Hinsichtlich des Brandschutzes sollte eine bundeseinheitliche Norm und Bauordnung erstellt werden. Als Grundlage für den Brandschutz der Stahlkonstruktion müßte die tatsächliche Brandbelastung genommen werden. Als Ausmaß für die Brandlast gilt die Menge des brennbaren Materials je Quadratmeter. Um ein Bild über die Entwicklung des Feuers bei Bauten in Stahlkonstruktion zu bekommen, hat man einen Versuch durchgeführt. Im Jahre 1964 wurde in einer englischen Feuerversuchsstation bei London ein komplettes Versuchsbzw. Wohngebäude in Stahlkonstruktion gebaut und dessen Räume zum Wohnen eingerichtet. In Anwesenheit von Fachleuten aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, England und Österreich wurde das Gebäude in Brand gesetzt und die Folgen beobachtet. Dabei zeigte es sich, daß der weit unter den gültigen Vorschriften liegende Brandschutz voll ausreichte, um die Tragfähigkeit der Stahlkonstruktion zu erhalten. Solche Versuche wurden auch in anderen Ländern durchgeführt und es wäre die Aufgabe der zuständigen Behörde, die Erkenntnisse daraus in einer Vorschrift bzw. Norm für Stahlbauten auszuarbeiten. Sollte eine Stahlkonstruktion Brandschäden erhalten, so kann man den Schaden leicht erkennen und schnell und wirtschaftlich beseitigen, was bei anderen Baustoffen nicht so ohne weiteres möglich ist. Es wurden zum Beispiel beim Flughafengebäude in Innsbruck die Stützen dieser Stahlkonstruktion unverkleidet ausgeführt, während man in Graz Parkgaragen in offener Stahlkonstruktion errichtet, jedoch eine feuerbeständige Ausführung vorschreiben will, d. h., die Stützen werden mit Beton umkleidet. Dies verteuert und macht die Stahlkonstruktion unskutabel. Solche Garagen werden in der Bundesrepublik, in der Schweiz und auch in England in Stahlkonstruktion ohne Brandschutz errichtet. Die Universität Bielefeld in der Bundesrepublik Deutsch-

land wurde ausschließlich in Stahlhochbau durchgeführt, wodurch die Möglichkeit einer Bauerweiterung wesentlich vereinfacht wurde. Eine Verringerung der Bautätigkeit in Stahl- und Stahlhochbau gefährdet meist nur Arbeitsplätze für Österreicher. Die österreichische Stahlindustrie beschäftigt weniger Fremdarbeiter als andere Teile der Bauwirtschaft. Wenn man darüber spricht, daß in Österreich derzeit über 200.000 Fremdarbeiter beschäftigt sind, dann bestimmt nicht in der stahlverarbeitenden Industrie, so daß die Gefahr einer Überfremdung des österreichischen Arbeitsmarktes bei der Erhöhung der Stahlhochbauweise nicht gegeben wäre. Beim Brückenbau würden durch die Stahlbauarbeiten die Bauunternehmen nur sehr wenig beeinträchtigt werden, da bei einem Brückenbauprojekt nur ein Drittel Stahlbaufirma ist und zwei Drittel bleiben noch immer Beton- und Erdarbeiten für die Bauunternehmen.

Ich darf abschließend folgendes sagen. Wenn in Zukunft die Amtsentwürfe Stahlkonstruktion und Spannbeton vorsehen — ich habe gehört, daß bei der Gleinalpautobahn beide Varianten vorgesehen sind —, so ist das sehr zu begrüßen und wenn die Bauordnung und die Brandschutzbestimmungen nicht mehr stahlfeindlich sind, so wird der Stahlbauindustrie im Baugeschehen mehr Konkurrenzfähigkeit eingeräumt. Dies wäre schon sehr zu begrüßen und äußerst erforderlich. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren:** Zum Worte gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Abschnitten 61 und 68 und im außerordentlichen Haushalt sind mit insgesamt 112,600.000 Schilling sehr wesentliche Beiträge und Darlehen enthalten für Maßnahmen des Umweltschutzes. Wir haben als Resolutionsantrag auch in der Gruppe 6 zu diesen Fragen Stellung genommen und hier zwei Punkte in den Vordergrund gestellt. Ich darf dazu ganz kurz einige Anmerkungen machen.

Die erste Forderung richtet sich an die Bundesregierung, für Zwecke des Umweltschutzes zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen. Im Finanzausgleich, der mit 1. Jänner des nächsten Jahres in Kraft tritt und sechs Jahre gelten wird, sind 7,800.000 Schilling eingesetzt. Wir glauben, wenn diese Summe für die nächsten sechs Jahre die gleiche bleibt, daß man damit nicht sehr weit kommt. Ich bedauere es, daß in den Parteienverhandlungen über diesen Resolutionsantrag nicht die ursprüngliche Formulierung, nämlich die Forderung nach einem Umweltschutzfonds, geblieben ist.

Als zweites haben wir als konkrete Umweltschutzmaßnahmen, die vom Land mit verhältnismäßig geringen finanziellen Aufwendungen und in kürzester Zeit eingerichtet werden könnten, vorgeschlagen den Aufbau des Luftwarnsystems zur ständigen Kontrolle der Luftgüte. Wir haben zwar noch kein Luftreinhaltengesetz (da eine solche Verabschiedung in der Kompetenz des Landtages sehr schwierig sein wird, weil etwa für die Industrieabluft verfassungsmäßig der Bund zuständig ist), aber trotzdem

würde ein solches Luftwarnsystem die Möglichkeit geben, die Bevölkerung rechtzeitig zu informieren über besonders schwierige und vielleicht gesundheitsgefährdende Situationen, und man könnte daraus die entsprechenden Maßnahmen ableiten.

Als drittes wird in diesem Resolutionsantrag vorgeschlagen, eine Informationszentrale für Umweltschutz beim Landeshygieniker einzurichten. Es ist so, daß schon jetzt der Landeshygieniker Professor Dr. Möse mit seinem Mitarbeiter Dr. Eder weitestgehend überfordert ist und es daher zweckmäßig und notwendig ist, wenn dort im verstärkten Maß die Möglichkeit gegeben ist, für Gemeinden, für Betriebe, für einzelne, kurz für alle Fragen des Umweltschutzes Auskunft zu erhalten.

Es wurde heute auch vom Herrn Abg. Dr. Götz die Frage der Prioritäten verschiedener Anträge hier angeschnitten. Ich möchte dazu nur folgendes sagen, ohne im geringsten die Absicht zu haben, aus dem sehr brennenden Kapitel irgendwelche politische Prioritäten abzuleiten. Man vergißt oft sehr rasch, daß Anträge eingebracht und erledigt wurden. So beispielsweise haben am 29. Juni 1971 die Kollegen Jamnegg, Hasiba, Nigl, Eichtinger einen Antrag auf Maßnahmen der Lärmbekämpfung eingebracht. Dieser wurde mit 22. Februar 1972 erledigt. Ein Antrag auf Erlassung einer gesetzlichen Regelung hinsichtlich des Verkehrs mit Motorschlitten wurde am 11. Februar 1972 von den Abgeordneten Buchberger, Schaller, Lackner, Feldgrill und meiner Wenigkeit eingebracht. Dieser wurde am 25. Oktober 1972 einer vorläufigen Erledigung zugeführt. Das heißt, es wurde festgestellt, daß ein solches Gesetz in Ausarbeitung ist und in absehbarer Zeit eingebracht wird.

Schließlich darf ich noch darauf hinweisen, daß am 7. November 1972 von meinen Kollegen und von mir ein Antrag auf Erlassung eines Landesumweltschutzgesetzes eingebracht wurde. Es fehlt also nicht an Anträgen. Von keiner Fraktion wurden hier Versäumnisse gemacht. Es fragt sich aber, und das ist das Problem, wie rasch es möglich sein wird, zu konkreten Maßnahmen zu kommen.

Abschließend möchte ich die Gelegenheit benutzen, um allen Beamten, Angestellten und Arbeitern des Landes, vor allem im Rahmen der Landesbaudirektion, den aufrichtigen Dank zu sagen, daß sie bisher und jahrzehntelang vorbildliche Arbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes geleistet haben. Ich glaube, daß wir es oft vergessen. Manche Dinge werden so dargestellt, als ob sie erst neu erfunden worden wären. Es ist nicht so, sondern die Landesverwaltung hat hier etwa auf dem Gebiet des Gewässerschutzes oder der Luftreinhaltung oder des Alarmdienstes ja schon seit Jahren und Jahrzehnten eine sehr wesentliche und vorbildliche Arbeit geleistet. Es würde bei uns sicher in Sachen der Umweltgefährdung viel schlechter stehen, hätte man nicht schon frühzeitig ohne viel Spektakel und vielleicht ohne Öffentlichkeitsarbeit, was sicher ein Fehler war, hier begonnen.

Ich möchte aber auch danken dem Landeshygieniker Professor Dr. Möse und seinen Mitarbeitern, die hervorragende Arbeit geleistet haben. Ich möchte besonders danken allen Jugendverbänden, die sich sehr bereitwillig zur Verfügung gestellt

haben für Maßnahmen des Umweltschutzes, wie beispielsweise die Messung der Luftgüte nach der Bleikerzenmethode, die in Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden durchgeführt werden konnte. Schließlich möchte ich noch feststellen, daß die Bevölkerung unterschiedslos ein großes Verständnis für die Probleme des Umweltschutzes hat, daß es aber die Aufgabe der gesetzgebenden und verwaltenden Instanzen ist, auch das zu tun, was dazu notwendig ist. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Laurich das Wort.

**Abg. Laurich:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Steiermark konnte wiederholt den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die höchste Monatsquote an Verkehrsunfällen und Verkehrstoten zu haben. Dabei leistet das Bundesstraßensegment von der Landesgrenze Mandling bis Spielfeld einen bedeutenden Beitrag. Sie wissen, daß gerade dieser Verkehrsweg, von Salzburg kommend, das wichtigste Einfallstor für den steirischen Fremdenverkehr ist und daß diese Straße, die Bundesstraße 112 und 113, besonders durch den Ausländerverkehr und den Lkw-Verkehr stark belastet ist und daß sie daher der wirtschaftlichen Bedeutung in keiner Weise mehr gerecht werden kann. Es ist Ihnen auch bekannt, daß nicht nur inländische, sondern auch ausländische Zeitungen dieses Stück der Bundesstraße als die Todesstraße bezeichnen.

Gestatten Sie, daß ich Ihnen einige Zahlen nenne. Und zwar die Ergebnisse der letzten Verkehrszählung, die im Auftrag des Bautenministeriums durchgeführt wurde. Es handelt sich hier um die Zahlen der Zählstelle 28 von Wald am Schoberpaß mit einer Tagesspitze von 10.678 Fahrzeugen nach einer Richtung und mit einer Stundenspitze von 981 Fahrzeugen. Bei der Zählstelle 26 in Rothleiten bei Frohnleiten wurde eine Tagesspitze von 13.498 in einer Richtung und eine Stundenspitze von 1510 Fahrzeugen gezählt. Eine andere Statistik des Bautenministeriums weist aus, daß die für 1980 errechnete Prognosebelastung, die 1968 erstellt wurde, schon im Jahre 1972 überschritten wurde.

Neben diesen Argumenten, die die starke Belastung dieser Straße aufgezeigt haben, möchte auch ich das besondere wirtschaftliche Interesse der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für den industriellen Zentralraum der Steiermark hervorheben. Daher trete ich für einen beschleunigten Ausbau der Pyhrnautobahn ein. Es wäre auch in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob nicht der Ausbau der Südautobahn zugunsten eines rascheren Ausbaues der Pyhrnautobahn zurückgestellt werden könnte (Abg. Lackner: „Da wäre ich auch dafür!“), daß also mit anderen Worten der Pyhrnautobahn von Sattledt bis St. Michael der Vorrang eingeräumt wird, und zwar deswegen, weil durch die Fertigstellung der Wechselbundesstraße eine zweite gute Verkehrsverbindung von Graz nach Wien besteht.

Ich habe die Begründung für den beschleunigten Ausbau der Pyhrnautobahn vorgebracht und möchte daher als Ziel der eingebrachten Resolution bekanntgeben, daß Finanzierungsmöglichkeiten ebenso gefunden werden, wie sie bei der Gleinalm-Autobahn-Gesellschaft möglich waren,

daß also neben dem Bund und neben dem Land Steiermark auch das Land Oberösterreich eingeladen wird und daß restliche Mittel auf dem Kapitalmarkt aufgebracht werden. Die Lösung mit der Gleinalmbahn hat sich sehr gut bewährt (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das liegt aber nicht auf der Parteilinie, was Sie jetzt sagen!“) und ich trete aber dafür ein, daß man wie bei der Gleinalmbahn vorrangig die Finanzierung sichert und daß dadurch der Ausbau des Tunnelstückes zwischen Selzthal und Windischgarsten ehemöglichst begonnen werden kann. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich Abgeordneter Prenner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prenner:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nichts sagen, was mein Vorredner erwähnt hat, z. B. die Phyrnautobahn, oder Lind die Südbahn, oder Bundesstraßen, Landesstraßen, jetzt Wasserbau.

Der Abschnitt 67 der Gruppe 6 sieht den Wasserbau vor. Das Frühjahr und der Sommer des zu Ende gehenden Jahres waren von einem außerordentlichen Niederschlagsreichtum gekennzeichnet, welcher in weiten Teilen der Steiermark eine Serie von Hochwasserereignissen mit schweren Schäden und ausgedehnten Überflutungen auslöste. Bereits im April wurden Teile der Obersteiermark, das Kainachtal, das Sulm- und Laßnitztal mit ihren Zubringern davon betroffen. Im Mai war die Oststeiermark Hochwasserschwerpunkt. Die Raab, die Feistritz, die Safen sowie die Lafnitz traten aus ihren Ufern und überschwemmten zahlreiche Ortsgebiete, Verkehrswege und landwirtschaftliche Grundstücke.

Auch in den Monaten Juni und Juli kam es zu katastrophalen Niederschlägen, wobei vor allem das Kainachgebiet und der Passailer Kessel betroffen wurden. In der Untersteiermark haben die Gramlandbäche, die Sulm und die Laßnitz, die Saggau und der Gamlitzbach und letzten Endes die Mur, welche ja als Vorfluter diese Wassermengen aufnehmen mußte, große Überschwemmungen und Überflutungen verursacht. Die Stadt Radkersburg z. B. ist in gewissen Gebieten bis zu einem Meter hoch überflutet gewesen. Nach jedem einzelnen Hochwasserereignis wurde vom politischen Referenten, unserem sehr geehrten Herrn Landesrat Dr. Krainer und den zuständigen Behördenvertretern Lokalausweise durchgeführt, wobei die sofortigen Maßnahmen festgelegt wurden. Bei den darauf erfolgenden Einsatzbesprechungen mit allen maßgebenden Dienststellen des Landes und den Gemeindevertretern sowie den Vertretern des österreichischen Bundesheeres wurde eine Koordinierung des Gesamteinsatzes getroffen, um einen wirkungsvolleren Einsatz der zur Verfügung stehenden Einsatztruppen und Gerätschaften zu erreichen. Die zuständige Fachabteilung III a der Landesbaudirektion sowie die Wasserbaureferate der Baubezirksleitungen konnten unmittelbar nach jedem Hochwasserereignis an den Fluß- und Bachläufen die notwendigen Sofortmaßnahmen einleiten, da das Land Steiermark die hierfür erforderlichen Mittel sofort freigegeben hat. Auf seiten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sind in den folgenden Monaten die Bundesmittel für die Hochwasserschadensbehebungen

zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt standen der Bundeswasserbauverwaltung in der Steiermark für die Behebung der Hochwasserschäden 39,7 Millionen Schilling zur Verfügung. Von diesem Betrag entfallen 14,3 Millionen Schilling für die Behebung der Schäden an den Bundesflüssen und 25,4 Millionen Schilling für die Behebung der Schäden an den sogenannten Interessentengewässern.

Die seit April 1972 laufenden Arbeiten an den Flüssen und Bächen sind teilweise abgeschlossen und in anderen Gebieten sind die entsprechenden Arbeiten noch im Gange. Es wird nicht möglich sein, im heurigen Jahr alle Hochwasserschäden zu beheben, da einerseits die erforderlichen Mittel, andererseits auch das dazu notwendige Personal und die Arbeitskräfte fehlen. Es wird daher notwendig sein, daß in den nächsten Jahren die Sanierungsmaßnahmen fortgesetzt werden. Durch die Hochwasserkatastrophen in der Steiermark wurde das Fachpersonal der Bundeswasserbauverwaltung außerordentlich in Anspruch genommen. Dabei gelang es trotz Personallücken, die laufenden Bauarbeiten des Flußbauprogramms 1972 ordnungsgemäß weiterzuführen. Es ist nicht möglich, alle Bauvorhaben hier namentlich zu nennen. Ich möchte nur einige maßgebende Bauvorhaben aus dieser Liste anführen. Die Kainachregulierung bei Mooskirchen im Zusammenhang mit dem Autobahnausbau, die Mürzregulierung in Kapfenberg zur Sicherung des Stadtgebietes, die bereits erwähnte Rittscheinregulierung im Raume Königsdorf—Hartl, die Flußbeträumung an der Enns sowie analoge Arbeiten an der Sulm, Laßnitz, Saggau, Schwarzau, am Gnasbach und Drauchenbach. Weiters die Regulierung des Fernbaches in Judenburg, das Lambaches in St. Lambrecht sowie des Katsch- und Schöderbaches. Darüber hinaus konnten an verschiedenen Gewässern Bauvorhaben zum Abschluß gebracht werden, insbesondere die Raabregulierung in der Grenzstrecke von Jennersdorf bis Fehring. Der Flußbauverwaltung standen im Jahre 1972 einschließlich der Beiträge für die Behebung des Hochwasserschadens ein Gesamtvolumen von 132,7 Millionen Schilling zur Verfügung. Hiezu hat der Bund 82,7 Millionen Schilling geleistet, das Land Steiermark 35,2 Millionen Schilling und die Interessenten 14,8 Millionen Schilling. Dieser Anstieg gegenüber dem Jahr 1971, in welchem 102 Millionen Schilling verbaut wurden, ist vor allem auf die Flüssigstellung zusätzlicher Bundes- und Landesmittel für die Behebung der vorerwähnten Hochwasserschäden zurückzuführen. Das Jahr 1972 hat uns allen vor Augen geführt, daß ein weiterer systematischer und planmäßiger Ausbau der Gewässerstrecken notwendig ist. Es ist nach meiner Ansicht verfehlt zu verlangen bzw. sich dafür einzusetzen, daß jeder Fluß einer Regulierung unterzogen werden muß. Es hat vor etlichen Jahren, und ich möchte ganz besonders zurückführen auf die Jahre 1956 und 1957, Unwetter gegeben und es wird sie in Zukunft geben. Es sollen vor allem die größeren Bäche beim Ausbau vorzogen werden.

Im speziellen möchte ich bezüglich der oststeirischen Gewässer vor allem in den Bezirken Hartberg und Fürstenfeld noch folgendes vorbringen. In den letzten Jahren sind in den beiden Bezirken zahlreiche Regulierungsarbeiten durchgeführt worden,

die sich, wie das heurige Katastrophenjahr gezeigt hat, bestens bewährt haben. Es ist dies die Saifenbachregulierung mit einem Bauaufwand von 12,7 Millionen Schilling und einer Länge von 4,2 km, wodurch die Marktgemeinde Pöllau endgültig vor Hochwasser gesichert ist. Diese Regulierung war auf Grund der schweren Hochwasserkatastrophe aus dem Jahre 1966 dringend erforderlich geworden. Auch am Unterlauf des Saifenbaches hat der Wasserverband Safen-Saifenbach in den letzten Jahren die Regulierung vor der Mündung in die Lafnitz über die Ortschaften Bierbaum, Blumau und Schwarzmanshofen, insgesamt 7,5 km, bis in den Bezirk Hartberg hinein mit einem Kostenaufwand von 14 Millionen Schilling durchgeführt und damit die vorerwähnten Ortsgebiete und große landwirtschaftliche Flächen hochwasserfrei gemacht. Diese Regulierungsarbeiten haben es auch ermöglicht, daß die noch dringend notwendig gewesenen Grundzusammenlegungsarbeiten durchgeführt und zum Vorteil der Bevölkerung abgeschlossen werden konnten.

Ein weiteres Bauvorhaben konnte im heurigen Jahr zu Ende geführt werden, und zwar die Regulierung der Rittschein von der Mündung in die Lafnitz bis aufwärts zu den Gemeinden Ubelbach und Söchau, mit einer Regulierungslänge von 10,5 km. Die älteren Kollegen dieses Hohen Hauses werden sich erinnern, wie unser sehr verehrter Landesrat Prirsch sich bemüht hat um die Regulierung dieses Flusses.

Darüber hinaus sind in diesen Bezirken insbesondere an der Feistritz in Maierhofen, am Saifenbach in Grafendorf, an der Lafnitz in Mönichwald und Riegersberg Regulierungsarbeiten ausgeführt worden, die sich für die dort wohnende Bevölkerung bestens bewährt haben. Die Hochwasser des heurigen Jahres haben gezeigt, daß es dringend notwendig wäre, an der Lafnitz — wie auch der Kollege Heidinger von der sozialistischen Fraktion, den es persönlich betrifft als Bürgermeister der Gemeinde Neudau, welche beinahe jährlich von der Lafnitz überschwemmt wird, erwähnt hat —, dann am Lungitzbach, die Gemeinde Lafnitz, an der oberen Rittschein und an der Feistritz im Raum von Fürstenfeld und Altenmarkt Regulierungsarbeiten zum Schutz dieser Gebiete in die Wege zu leiten. Für die Lafnitz hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft auf Grund einer in Hartberg stattgefundenen Besprechung bereits die Zustimmung gegeben, daß für das Flußgebiet von Bierbaum bis Lafnitz im Zusammenwirken mit der burgenländischen Wasserbauverwaltung eine schutzwasserwirtschaftliche Studie erstellt wird. Ich erwähne das besonders, weil bei den letzten Landtagswahlen im Burgenland sozialistische Abgeordnete bei ihren Wählerversammlungen immer wieder darauf hingewiesen haben, und ich glaube, auch bei der Einbegleitungsrede unseres Finanzreferenten Landesrat Klausner ist das herausgekommen, daß das Burgenland oder andere Bundesländer nicht so verschuldet sind wie wir. Bei diesen Veranstaltungen wurde von sozialistischen Abgeordneten gesagt, sie werden ihr Land schöner und moderner gestalten. (Abg. Brandl: „Bist du nicht dafür?“) Auch bei den Regulierungen werden sie einen Mer-

cedes hinstellen, wogegen die Steirer höchstens mit einem VW aufwarten können. Ich darf darauf hinweisen und es betrifft mich insofern, als ich an der Grenze zu diesem Bundesland lebe und mit diesen Menschen Kontakt habe, daß das ganze Bundesland nicht mehr Flüsse überhaupt hat als die zwei Bezirke Hartberg und Fürstenfeld. Sie können nichts dafür, aber da kann man groß reden.

Auch für den Oberlauf der Lafnitz wäre eine solche generelle Planung dringend notwendig, da es auch hier Teilschnitte gibt, die immer wieder von Katastrophenhochwässern heimgesucht werden.

Ein weiterer Bachlauf, der uns in der Oststeiermark besonders in den letzten Jahren schwer zu schaffen gemacht hat, ist der Lungitzbach. Hier haben sich die Gemeinden Rohr bei Hartberg, St. Johann in der Haide und Lafnitz bereits entschlossen, einen Wasserverband zu gründen, um gemeinsam den Lungitzbach einer Verbauung zuzuführen.

Es wäre unbedingt erforderlich, daß die Planungsarbeiten für diese Bachgebiete in die Wege geleitet werden. Ich möchte daher die Steiermärkische Landesregierung ersuchen, im kommenden Jahr die notwendigen Mittel für die Projektierungsarbeiten an der Lafnitz, am Lungitzbach und an der oberen Rittschein zur Verfügung zu stellen und darüber hinaus die im Raum Fürstenfeld—Altenmarkt begonnenen Projektierungsarbeiten an der Feistritz fortzuführen und zum Abschluß zu bringen. Weiters wäre es erforderlich, die Feistritzregulierung in Maierhofen und die Saifenbachregulierung in Blumau und Leitersdorf zum Abschluß zu bringen. Es ist daher notwendig, daß in den kommenden Jahren sowohl die Förderungsmittel des Bundes als auch die des Landes eine beträchtliche Erhöhung erfahren mögen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Preitler.

**Abg. Preitler:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Vor zwei Jahren habe ich auf die Notwendigkeit der Bahnunterführung an der Straße 216 im Raume des Bahnhofes Gratwein hingewiesen. Seit diesen zwei Jahren hat sich der Verkehr wesentlich vermehrt. Täglich stehen bis zu 50 Fahrzeuge, Autobusse, Rotkreuzfahrzeuge, Lkws, Pkws, am Bahnschranken von Gratwein. Es ist nicht nur die Landesstraße, die von Gratkorn nach Gratwein mündet, sondern diese Straße führt weiter nach Judendorf—Eisbach-Rein zu den beiden Krankenhäusern Hörgas und Enzenbach, zum Freilichtmuseum Stübing. Im Sommer hat man öfter sehen können, daß x Autobusse mit Schülern an dem Bahnschranken warten mußten. Es ist daher notwendig, daß so bald wie möglich — ich habe veranlaßt, daß im Jahre 1971 ein diesbezüglicher Antrag eingebracht wurde, und heuer, 1972, wurde dieser Antrag vom Landtag angenommen — über dieses Projekt Verhandlungen gepflogen werden und die Projektierung durchgeführt wird, damit ehe baldigst mit diesem Bau begonnen werden kann.

Eingang unserer Landtagssitzung wurde ein Antrag eingebracht über die Sanierung und den Ausbau der Landesstraße nach Semriach. Für diesen schlechten Bauzustand dieser Semriacher Landes-

straße ist zum Großteil auch der Rötzbach mit-schuldig. In normalen Zeiten ist dieses Wasserl ein ruhiges, liebes, nettes, reines, von Umweltschutz noch freies Gebirgsbacherl. Aber wenn im Raume des südlichen Gemeindegebietes Semriach, Schöckel und Rannach ein Gewitter niedergeht, wird dieser Bach zu einem reißenden Wildbach, der viel Unheil anrichtet in seinem Lauf. So überschwemmt dieser Bach x-mal die Gemeindestraße nach Semriach und bei Friesach tritt dieser Wildbach jährlich einmal und heuer gar dreimal aus seinen Ufern, überschwemmt das Gebiet, das Siedlungsgebiet von Friesach, die ganzen Fluren werden vermurt. Bis jetzt gibt es noch einige Hektar, die noch nicht re-kultiviert sind. Außerdem wird das ganze Sied-lungsgebiet von Friesach, Wörth und Eggenfeld über-schwemmt, in den Wohnhäusern steht meterhoch das Wasser. Nicht nur die Semriacher Straße wird vermurt, zerrissen und überschwemmt, auch die Bundesstraße in diesem Abschnitt ist durch diese Überschwemmung jedesmal gefährdet und wird auch jedesmal überschwemmt und vermurt.

Obendrein befindet sich im südlichen Raum von Friesach das Wassereinzugsgebiet der Landeshaupt-stadt Graz, Graz-Nord. Es ist daher notwendig, alle diese Mißstände abzuschaffen. Es ist bereits im Zuge der Wildbachverbauung schon sehr viel Geld auf-gewendet worden für Uferregulierung und Ufer-sanierung, aber leider bisher ohne Erfolg. Um dieses Katastrophengebiet einmal wirklich abzdämmen, wäre es notwendig, diesen Wildbach auf kürzestem Wege der Mur zuzuführen. Das wäre von Friesach über Wörth zur Mur. Das würde bedeuten, daß das Flußbett des Rötzbaches um ca. eineinhalb Kilometer verkürzt werden würde. Es wird in der nächsten Zeit diesbezüglich im Steiermärkischen Landtag ein Antrag eingebracht. Aber dieser Antrag wird noch vorher eingebracht, bevor in diesem Raum — es soll die Drehscheibe zwischen der Pyhrn-autobahn und der Schnellstraße Graz—Bruck werden — die Bauverhandlungen stattfinden. Wenn dieses Projekt in Angriff genommen wird, wird es notwen-dig sein, daß auch die Flußregulierung des Rötzb-aches bereits abgeschlossen und genehmigt wor-den ist, damit auch dieses Projekt in diesen Ver-handlungen seine Berücksichtigung findet.

Verehrte Damen und Herren! Das Straßengler Feld ist nördlich von unserer Landeshauptstadt das größte Siedlungszentrum. Die Gemeinden Gratkorn, Judendorf, Gratwein werden immer enger zusam-mengeschmolzen. Ein Fremder, der hinkommt, weiß nicht einmal, wo Judendorf anfängt oder wo Grat-wein aufhört. Gratkorn ist eigentlich nur durch die Mur von diesen beiden Gemeinden getrennt. In Gratkorn sowie auch in Judendorf, gerade eben im südlichen Teil dieser beiden Gemeinden, wird das Siedlungszentrum immer dichter. Und es ist der Wunsch — und der wird immer stärker — der Be-völkerung, daß dort eine Brücke gebaut wird. Es ist nicht zu verstehen, daß, wenn die Gratkornler nach Judendorf wollen, sie über Gratwein einen Umweg von über 7 km machen müssen oder umgekehrt, wenn die Judendorfer nach Gratkorn wollen, müs-sen sie auch diesen Umweg machen. Nun ist es der Wunsch der Bevölkerung beider Gemeinden, daß eine Brücke gebaut wird. Es ist auch der Wunsch

der Soldaten unserer Kaserne. Wenn jetzt einer einrückt in die Major-Hackher-Kaserne nach Grat-korn, muß er in Gratwein aussteigen und mit seinem Koffer 4 km marschieren, bis er zur Kaserne kommt. (Abg. Dr. Heidinger: „Das ist aber gut für die Sol-daten, da lernen sie wenigstens marschieren!“) Jetzt ist der Wunsch geäußert, und wie schon gesagt, die-ser Wunsch wird immer stärker, daß zwischen Grat-korn und Judendorf eine Brücke gebaut wird. Es hat einmal eine Fähre gegeben. Diese besteht seit Jah-ren nicht mehr. Diese Fähre wäre auch unzulänglich. Ich darf nur auf eines verweisen. Von Graz bis Gratwein, bis zur Gratweiner Brücke sind es rund 14 km. Dazwischen gibt es keine Möglichkeit, daß die Menschen hin- und herkommen. Nehmen wir ein Beispiel. Friesach und Stübing sind zwei kleine Orte. Auch die haben eine Verbindungsbrücke. Weiters Peggau-Deutschfeistritz, ebenfalls eine Brücke. Weiter hinauf Kirchdorf-Pernegg, hat auch eine Brücke. Deshalb haben auch die Menschen in diesem erwähnten Raum eine Berechtigung auf eine Brücke, weil es für sie ein Vorteil ist. Es würde auch der Bahnhof von Judendorf wesentlich näher an Gratkorn rücken und es ergäbe sich für viele ein wesentlicher Vorteil, speziell auch für die Arbeiter aus Judendorf, die bei der Firma Leykam arbeiten. Es wäre auch eine Entlastung für die Straße 216 über Gratwein, wo sich jetzt alles abspielt. Es wird, wie gesagt, demnächst, weil es ohnehin eine Zeitlang dauert, bis so etwas Wirklichkeit wird, ein Antrag eingebracht werden. Ich bitte, auch im Interesse die-ser Bevölkerungsgruppen, dann die Zustimmung zu geben. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Abg. Dipl.-Ing. Schal-ler das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus! Ich ver-spreche Ihnen, daß ich ganz kurz bin. Ich möchte nur die Aufmerksamkeit auf ein Gebiet in der Oststeier-mark lenken, daß mit großen Problemen zu kämp-fen hat. Das ist der Raum Birkfeld. Ich bitte den Herrn Landesrat Krainer, uns zu unterstützen. Es ist in den letzten Jahren im Straßenbau viel getan worden, aber es ist auch noch sehr viel zu tun. (All-gemeiner Beifall.)

**Präsident:** Es ist 22 Uhr. Wie vereinbart, unter-breche ich die Sitzung bis morgen 8.30 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 22 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 7. Dezember, 8.30 Uhr.

**Präsident:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile dem Herrn Abgeordneten Ritzinger das Wort.

**Abg. Ritzinger:** Hohes Haus! Meine sehr verehr-ten Damen und Herren! Der Herr Abg. Dr. Strenitz hat in der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß die Umfahrung Judenburg schon längst fertig wäre oder in Angriff genommen wäre, wenn die Planung für diese Straße seitens der Steiermärkischen Lan-desregierung und des Straßenreferenten des Lan-des zeitgerecht gemacht worden wäre. Ich muß dem

Herrn Abg. Dr. Strenitz sagen, daß er sehr weit weg ist von den Dingen (Abg. Pichler: „Das ist aber gleichgültig!“), weil sonst würde er wissen, daß, wenn sich die Bürgermeister von Judenburg und St. Peter, die seiner Fraktion angehören, einig gewesen wären über die Trassenführung, mit dem Bau hätte längst schon begonnen werden können.

Aber es geht weniger um diese Frage. Warum ich mich zu Wort gemeldet habe, findet die Begründung darin, daß im Bundesstraßengesetz 1971 die Schnellstraße, von der der Herr Dr. Strenitz gesprochen hat, praktisch wie eine Sackgasse in Thalheim bei Judenburg aufhört. Das ist mir unverständlich. Unverständlich deshalb, weil damit der Bezirk Murau und die daran angrenzenden wichtigen Verkehrslinien einfach ausgelassen werden. Wie Sie wissen, ist die Tauernautobahn bereits in Bau. Es ist abzusehen, wann diese Tauernautobahn fertig wird. Dann wird beispielsweise ein Teil des Fremdarbeiterstromes sich über diese Tauernautobahn hinunter durch das Murtal nach dem Süden bewegen. Es ist daher nicht sinnvoll, daß diese Schnellstraße auf einmal in Thalheim bei Judenburg aufhört, sondern es wäre sinnvoll, diese Schnellstraße als Anschlußstraße zur Tauernautobahn durch den Bezirk Murau zu führen. Es ist aber genauso sinnvoll, diese Straße auch über den Neumarkter Sattel Richtung Kärnten zu führen. Ich muß hier in aller Deutlichkeit feststellen, daß wir Abgeordnete des Bezirkes Murau diese Tatsache nicht hinnehmen können. Vor ca. 77 Jahren wurde die Murtalbahn gebaut, eine Schmalspurbahn. Wenn heute der Bezirk Murau zu jenen Bezirken gehört, die wirtschaftlich zurückgeblieben sind, so gehe ich sicher nicht fehl, wenn ich sage, daß ein Teil auch darauf zurückzuführen ist, weil wir von Haus aus etwas schlechtere Verkehrsverbindungen hatten. Wenn ich von der Murtalbahn spreche, hiezu nur ein Beispiel. Jedes Stückgut, das über die Bundesbahn kommt, muß am Umladebahnhof Unzmarkt umgeladen werden auf die Schmalspurbahn oder umgekehrt. Sie werden mir zugeben, daß nun, beinahe ein dreiviertel Jahrhundert später, wieder eine ähnliche Situation eintritt, daß man in der Steiermark beim Bezirk Murau aufhört. Zuständig dafür ist der Herr Bau- und Verkehrsminister, den der Herr Dr. Strenitz in seiner Generaldebatte herauszustreichen versuchte. (Abg. Fellingner: „Der ist sehr gut! Bravo!“ — Abg. Pichler: „Für die Steiermark ist er sehr gut!“) Herr Kollege Pichler, darf ich Ihnen etwas sagen. Bei der Generaldebatte hat mir nur noch eines gefehlt, daß der Dr. Strenitz gesagt hätte: „Wenn am Morgen die Sonne lacht, so hat es auch die SPO gemacht.“ (Abg. Buchberger: „Gibt es nachher Eis und Schnee, war schuld daran die ÖVP!“) Genau. (Landesrat Bammer: „Dann hätten wir den ganzen Kalender!“)

Ich darf noch einige Straßenwünsche ganz kurz anmerken, die meines Erachtens ebenfalls vorgezogen gehören. Erstens das Vorziehen der Glattjochstraße, sie ist ja im Bundesstraßengesetz 1971 vorgesehen. Darüber hinaus ist sehr dringend die Umfahrung von Neumarkt und die Entschärfung der Gefahrenstellen in der sogenannten Klamm bei Neumarkt hinauf zum Perchauerstadel und hinunter nach Dürnstein. Darüber hinaus wäre sehr dringend

der Ausbau der Bundesstraße von Pöls nach Hohen-tauern.

Bei den Landesstraßen haben wir selbstverständlich auch einige Wünsche anzumelden. Hier denke ich im besonderen an die Übernahme der Sölkpaßstraße und der Straße von Krakauhintermühlen zur Landesgrenze, weiters von Neumarkt nach Zeutschach und letzten Endes von Ranten-Rinegg zur Stolzalpe. Ich darf den Straßenreferenten der Steiermärkischen Landesregierung auffordern dafür zu sorgen und das ist mir das Hauptanliegen, daß die Schnellstraße, die jetzt nach der Planung in Thalheim bei Judenburg aufhört, weitergeführt wird bis zur Landesgrenze sowohl Richtung Salzburg als auch Richtung Kärnten. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Abgeordnete Hammerl, ich erteile es ihm.

**Abg. Hammerl:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Anfang dieses Jahres versucht, in einer eingehenden Darlegung die Problematik der Grazer Landesstraßen darzulegen. Um Ihnen, meine Damen und Herren, zu beweisen, daß nicht nur etwa Grazer Sozialisten die Zustände der Grazer Landesstraßen kritisieren, hatte ich mir erlaubt, auch die Ausführungen des ÖVP-Generalredners anlässlich der Budgetsitzung des Grazer Gemeinderates in dieser Frage zur Kenntnis zu bringen. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie heftig die Reaktionen waren. Und wie vor allem der Abg. Dipl.-Ing. Fuchs sich bemüht hat, den Ausdruck „Vernachlässigung der Landeshauptstadt“ in meiner Rede regelrecht umzufunktionieren. Der Herr Abg. Fuchs kann ja auch nicht wissen, wie oft sich eben wegen dieser Straßenverhältnisse der Unmut der Gemeindebürger gegen die Stadtverwaltung richtet, weil die Unterschiedlichkeiten zwischen Bundes-, Landes- oder Gemeindestraßen so einem Gemeindebürger ja nicht geläufig sind.

Meine Damen und Herren! Es ist nun fast ein Jahr seit dieser Zeit verstrichen und ich habe mich nun bemüht zu erfahren, ob sich seither eine Verbesserung des Landesstraßenzustandes in Graz ergeben hat, ob man Bereitschaft gezeigt hat, unter Beiziehung der zuständigen Stellen der Landeshauptstadt den Belangen des Fußgängerverkehrs oder der Schulwegsicherung auf Landesstraßen gebührende Beachtung zu schenken und schließlich, wieweit man inzwischen Bereitschaft bekundet hat, die Grazer Landesstraßen, die fast ausschließlich als übergeordnete Verkehrsträger dienen, den Verkehrserfordernissen entsprechend auszubauen.

Meine Damen und Herren! Mein Respekt vor den gestrigen ernststen Mahnungen von Regierungsseite und mein echter Wunsch, den gestrigen Wettersturz in das nunmehr heutige Hoch nicht wieder zu einem gefährlichen Wechselklima oder gar zu einem steirischen Reizklima werden zu lassen, veranlassen mich, die Ergebnisse meiner Nachfrage nun nicht negativ, sondern positiv zu beurteilen. (Zwischenruf: „Bravo!“) Nun, ich begehe also die Brücke, die Sie mir, Herr Landesrat Dr. Krainer, gebaut haben, nämlich die Brücke in der Mariatroster Straße. Ich bin froh, daß 1973 diese Mariatroster Brücke geplant werden soll und 1974 mit dem Ausbau dieser Brücke begonnen wird, weil damit eine echte Ver-

kehrsfalle in Graz beseitigt wird. Ich werde also, Herr Landesrat, nur fragen, ob außer dieser Brücke noch andere Vorhaben in Graz in nächster Zeit beabsichtigt sind und vor allem möchte ich Sie fragen, Herr Landesrat, ob Sie bereit sind, den unbedingt benötigten dritten Südgürtel in das Landesstraßennetz zu übernehmen. Ich würde als Grazer sehr froh sein, wenn Sie sich gerade zum letzten Punkt heute und hier positiv äußern würden.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend aber noch eines sagen: Ich habe gestern eine wertvolle Erfahrung gewinnen können, nämlich die, daß auch ein Arztekammerpräsident durchaus falsche Diagnosen stellen kann und man oft froh sein muß, daß die Therapie andere durchführen. Und die zweite Erfahrung, daß ein kräftiger und gesunder Patient falsche Diagnosen bestens und glänzend überstehen kann. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Ich möchte wünschen, daß die Kürze der bisherigen Beiträge beispielgebend für den ganzen Tag nachwirken möchte.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lackner das Wort.

**Abg. Lackner:** Hoher Landtag! Der Herr Kollege Ritzinger hat zu Beginn den Herrn Dr. Strenitz genannt, der leider noch nicht dagewesen ist und daher werde ich das jetzt nachholen. Bei der Generaldebatte hat er unter anderem allerhand Zündstoff betreffend die Straßen gebracht und vor allem Herrn Landesrat Dr. Krainer beschuldigt, daß er allerhand versäumt hätte. (Abg. Dr. Strenitz: „Ich habe gesagt, die ÖVP hat es versäumt!“) Ich bin der Meinung, Herr Dr. Strenitz, das ist ein Irrtum. Der Herr Dr. Krainer ist gar nicht in der Lage, etwas zu versäumen, er ist ja erst ein Jahr bei seinem Geschäft und ein anständiger, vernünftiger Straßenbauer, der muß planen und überlegen, damit was Gescheites wird draus, denn gemurkt wird eh um und um genug. Daher geht das gar nicht, daß er was versäumt hätte und in Wirklichkeit stimmt es gar nicht, denn im ganzen Lande rattern und knattern die Kompressoren und die Caterpillars und es wird fleißig gebaut. Wenn man aber trotzdem das Auslangen nicht findet, dann ist es deswegen, weil uns die Verkehrsprobleme durch die Technisierung einfach über den Kopf wachsen. Ich könnte jetzt auch etwas sagen, ich sag's aber nicht. Warum gibt es in der Stadt Graz keine Parkplätze? Nicht, weil Sie sich nicht gekümmert haben, daß man einen Parkplatz macht, sondern weil Ihnen der Verkehr über den Kopf gewachsen ist. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Weil wir die Altstadt erhalten!“ — Abg. Pözl: „Weil dann die Kompressoren rattern!“) Ja, das kann sein. Auf jeden Fall habe ich das Gefühl, Herr Dr. Strenitz, du hast da — vorgestern war das schon — in einem Wespennest gestierlt und da muß aufpassen, daß dich heut nicht noch ein paar stechen! Das ist gefährlich. Aber das nur nebenbei! (Landesrat Bammer: „Wenn die mit Maresi gefüttert sind, geht es!“)

Im Bezirk Liezen geistert zur Zeit das Problem der Ennstalschnellstraße und das ist deshalb ein echtes Problem, weil dort nämlich gerade jenes Gebiet ist, wo die Geburtsstätte von dem so erfolg-

reichen Fremdenverkehr ist, der unter Umständen zerschlagen oder zerstört werden könnte. Normalerweise braucht man ja Straßen, und der Kollege Lind hat gestern gefleht um eine Straße, damit der Fremdenverkehr lebt, und wir sagen wieder, wir brauchen's nicht, auch, damit der Fremdenverkehr lebt. So ist es halt einmal schon auf der Welt. Ein bißchen kompliziert. Ihr kennt ja alle das Ennstal. Das ist ein schmales, aber schönes Tal. Und in diesem schmalen Tal verläuft bereits eine Bundesstraße, zwischen ist die Enns, nachher ist noch eine Landesstraße und zwischendurch noch drei Verbundleitungen. Wenn man jetzt die Schnellstraße auch noch hineinbaut, dann haben wir einen gemischten Salat, aber mit dem Fremdenverkehrsland oder mit dem „Maresiland“ von mir aus ist es dann vorbei. Und daher ist es unser echtes Bestreben und unser echter Wunsch, und ich bitte den Herrn Landesbaudirektor jetzt mit seinen Mandern, daß da wirklich geprüft wird, ob man nicht die bereits bestehende Bundesstraße soweit als möglich ausbauen kann, mit einer Kriechspur, mit einer Überholspur, mit einer Verzögerungsspur und daß man trachtet, so schnell als möglich die Tauernautobahn und die Pyhrnautobahn zu bauen, denn dann ist auch der ganze Nahostverkehr, der uns jetzt ja wirklich zu schaffen macht, beseitigt und das Ennstal kann weiterhin „das“ Fremdenverkehrstal bleiben. Und die Landwirtschaft ist ja genauso betroffen. Nach vorsichtigen Schätzungen gehen 150 Hektar besten Baubodens verloren und im Ennstal gibt es ja bekanntlich nur qualifizierten Boden, Gott sei Dank und das bedeutet, daß wir um 200 Kühe weniger füttern können oder um 800.000 Liter Milch weniger haben im Jahr. Und auf diese können wir auch nicht verzichten. Also ist es doch besser, daß man sich vorher noch bemüht, einen Weg zu suchen, mit dem beiden Teilen gedient ist. Wesentlich und wichtig ist natürlich, daß Gröbming umfahren wird, das schreit ja schon lange und wird sicherlich möglich sein.

Und jetzt nur noch ein Problem: Im Raum Schladming ballt sich ja der Fremdenverkehr zusammen und da werden natürlich auch alle Gemeindestraßen bis zum Zusammenbrechen zerfahren. Und vor allem die Gäste benützen diese Straßen und die Gemeinden sind nicht in der Lage, diese zu erhalten. Es gibt z. B. eine Gemeindestraße, die sogenannte Rössingstraße, die die Gemeinde Haus mit der Gemeinde Ramsau verbindet, die heißt jetzt inzwischen Emmentaler Straße, Güteklasse 1, weil sie so viel große, schöne Löcher hat. Da hat sich heuer folgendes zugetragen und das möchte ich dem Hohen Landtag nicht vorenthalten: Da fährt ein Bundesbruder entlang der Straße und wie er um eine Kurve kommt, sieht er auf einmal einen Hut liegen. Gamsbart ist auch noch einer drauf gewesen. Er sagt sich, „endlich geht mir einmal mein Wunsch in Erfüllung“ — weil die sammeln alle Souvenirs —, er steigt aus und will den Hut aufheben, da sieht er erst, daß unter dem Hut der Wegmacher drinnensteht, der gerade damit beschäftigt war, ein Schlagloch auszubessern. Kann natürlich sein, daß ein bißchen übertrieben wird, aber diese Straße ist wirklich so. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das glaub' ich nicht!“ — Landesrat Bam-

mer: „Daß die Wegmacher im Dienst ihren Gamsbart oben haben, das glaub' ich nicht!“ Auf jeden Fall ist es notwendig, daß man wirklich die Gemeindestraßen, die so überlastet sind, so bald als möglich übernimmt — ich weiß, Herr Landesrat, daß viel zu tun ist —, damit die Bürgermeister von diesen Sorgen befreit werden. Und das wär's gewesen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Eichinger das Wort.

**Abg. Dr. Eichinger:** Ich darf von einer Erfahrung vom vorgestrigen Tag berichten. Da hat man so viele Zitate vernommen von dem SPÖ-Hauptredner und ist dann daraufgekommen, daß er falsch zitiert hat. Man muß auch hier sehr vorsichtig sein.

Nun möchte ich mich zum Sprecher des oberen Mürztales machen, und zwar für 4000 Personen aus dem Gebiet Neuberg, Mürzsteg, Kapellen und Altenberg. Die Abwanderung nimmt ein immer größeres Ausmaß an. Wenn man sich fragt warum, dann kommt man auf den einzigen Grund, das Gebiet ist nicht aufgeschlossen. Infolgedessen ist es für die Industrie uninteressant und ist es im Fremdenverkehr benachteiligt, weil man so schwer hinkommt. Deshalb mein dringendes Ersuchen, die Lahnsattelbundesstraße von Mürzzuschlag nach Mürzsteg auszubauen. Wenn man schon nicht eine Generalsanierung durchführen kann, dann bitte ich, die allerschlimmsten Strecken auszubauen. Die asphaltierte Breite ist ungefähr 5 m, das engt sich an manchen Stellen ein auf 4,4 m. Was glauben Sie, was das im Winter bedeutet, wenn sich zwei Lkw begegnen. Es beginnt die Schwierigkeit bereits bei kleineren Fahrzeugen. Ich möchte deshalb bitten, unter allen Umständen hier Abhilfe zu schaffen. Es gibt Zeiten, wo diese Straße einem Güterweg zweiter Klasse gleicht.

Das zweite Problem, das ich ansprechen möchte, sind die Umfahrungen von Mürzzuschlag und Kindberg. Allein in Kindberg sind im Jahr 1971 an einem Feiertag aus der Richtung Bruck—Mürzzuschlag insgesamt 9278 Fahrzeuge gefahren. Was das für die Bevölkerung des Ortes Kindberg und auch der Stadt Mürzzuschlag bedeutet, das können Sie sich ausrechnen. Der gesamte Durchschnitt im Jahr beträgt etwas über 8000 Fahrzeuge. Deshalb mein Wunsch an den Herrn Referenten, alles zu unternehmen und beim Bund vorstellig zu werden, daß die beiden Umfahrungen im Zusammenhang mit der Schnellstraße durch das Mürztal möglichst rasch gebaut werden. Ein weiterer Wunsch, das ist die Unterführung bei der Handelsakademie in Bruck an der Mur. Es sind täglich einige hundert Schüler schwer gefährdet. Je früher hier Abhilfe geschaffen werden kann, desto besser ist es. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schrammel das Wort.

**Abg. Schrammel:** Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Wir haben von vielen Rednern schon gehört, daß der Straßenbau eine arge finanzielle Belastung darstellt. Ich möchte bemerken,

daß besonders auch die Gemeinden durch den Wegebau sehr in finanzielle Notlagen geraten. Wenn zuerst für den Ausbau noch das Geld aufgebracht werden kann, fehlt es dann für die weitere Erhaltung in den meisten Fällen. Vielfach kann man die Feststellung machen, daß die Verbindungen von Ort zu Ort einen überörtlichen Charakter insofern annehmen, daß durch den Fremdenverkehr, durch die örtliche Verbauung diese Interessentenwege oder Gemeindegewege schon üblich als allgemeine Straßen verwendet werden. Wir müßten uns auch daher Sorgen machen, wie man diese Straßen in der Finanzierung weiter erhalten und weiter ausbauen könnte. Ich möchte ersuchen, daß die Landesregierung bei der Bundesregierung vorstellig wird, daß die Mineralölsteuer nicht nur für Bundes- und Landesstraßen verwendet wird, sondern in vermehrter Form auch für den Ausbau und für die Erhaltung von Gemeindestraßen und Interessentenwegen. Ein weiteres Problem, das schon einmal von einem Vorredner gestreift wurde, möchte ich herausstellen. Die Straßenverbindungen mit überörtlichem Charakter von Ort zu Ort sollen Schritt um Schritt in das Landesstraßennetz eingebaut werden. Zumindest daß man einen Übergang schafft in Form von bezirkseigenen Einrichtungen, vielleicht von Bezirksstraßen, vielleicht mit der gemeinsamen Finanzierung Gemeinde, Bezirk, Land und der Unterstützung des Bundes.

Ein lokales Problem möchte ich noch anführen. Wir haben schon von kompetenter Stelle erfahren können, daß die Einmündung der Fürstenfelder Landesstraße in die Wechselbundesstraße beim Krankenhaus der Stadt Hartberg kreuzungsfrei ausgebaut werden soll. Ich möchte nur bitten, daß dieser Ausbau nach Möglichkeit doch im nächsten Budgetjahr verwirklicht werden kann. Es haben sich unzählige Unfälle an dieser Kreuzung schon ereignet. Es wäre sicher sehr von Vorteil, wenn man hier ehebaldigst Abhilfe schaffen könnte. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Loidl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Loidl:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bei dieser Budgetdebatte ging es nicht nur lebhaft zu, sondern es war ein bißchen blutrünstig, wie der Landesrat Krainer davor gewarnt hat, man möge nicht ins offene Messer laufen, und der Karl sagt „Vielleicht wird gestochen“. Ich weiß schon, daß sehr bildlich gemeint ist. Ich bin sogar sicher, daß der Herr Landesrat nicht einmal ein Messer mit hat. Besitzen wird er sicher eines. Um so mehr freut es einen kleinen Abgeordneten, wenn er sagen kann, daß auch ein Landesrat einem Abgeordneten ein bißchen ins Messer gelaufen ist, und das möchte ich ihm jetzt sagen. Am 11. Februar hatten wir eine ziemlich ausgedehnte Debatte über den Straßenbau in der Steiermark. Damals habe ich gesagt: „Da aber mit Sicherheit anzunehmen ist, daß ab 1972 noch zusätzliche Mittel im ähnlichen Ausmaß als im Vorjahr kommen, wird die Traumgrenze von einer Milliarde Schilling in diesem Jahr erreicht oder sogar überschritten werden.“ Herr Landesrat hat natürlich das Schlußwort und hat darauf geant-

wortet: „Und nun überrascht uns der Abgeordnete Loidl mit der großartigen Mitteilung. Hoffentlich stimmen diese Zahlen auch, daß wir die Traummilliarde erreichen werden. Ich frage mich, woher er das weiß. Er hat offenkundig prophetische Gaben. Unsere Beamten wissen nichts davon und ich weiß auch nichts davon.“ Darauf sagt der Abgeordnete Hasiba in einem Zwischenruf: „Der Loidl ist bei der richtigen Verbindung.“ Ich möchte nur sagen, ich bin bei gar keiner Verbindung. Ich bin nur bei der richtigen Partei. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben in Wien den richtigen Minister, der für die Steiermark das Richtige getan hat. Damit ist die Sache zur Zufriedenheit aller erledigt und wir können unsere Messer wieder weglegen.

Nun erlauben Sie mir, zur Bauwirtschaft und zu diesem Kapitel etwas zu sagen. Ich habe mich absichtlich zuletzt zu Wort gemeldet, weil ich nicht nur die Ziffern des Voranschlages angeschaut habe, sondern auch hören wollte, wie viele Wünsche, Forderungen und Sorgen die Abgeordneten hier im Hinblick auf das Bauen haben. Im mußte meiner Freude Ausdruck geben, welche ungeheuren Impulse von dieser Verwirklichung dieser Wünsche ausgehen werden. Insbesondere bei der Vollziehung des Budgets, aber auch, wenn es möglich wäre, bei der Verwirklichung all dieser Bauwünsche. Ich möchte sagen, daß damit ein sehr wesentlicher Beitrag geleistet wird, einen Berufszweig, der immerhin rund 10 Prozent zum Bruttonationalprodukt beiträgt, weiterhin voll zu beschäftigen. Ich könnte auch sagen, daß die steirischen Bauarbeiter, wovon allerdings mehr als ein Viertel schon nicht mehr unsere, sondern eine andere Sprache sprechen, die bereit sind, diese dringend benötigten Bauwerke aller Art — ich will sie jetzt gar nicht aufzählen — zu errichten.

Aber, meine Damen und Herren, da gibt es das schwere Problem der Baupreise, das als Schatten, als dunkle Wolke über dem Ganzen liegt. Es ist nämlich Tatsache, seit sich die Bauwirtschaft 1969 aus einer Depression allmählich erholt und zur vollen Auslastung und zugegebenermaßen auch bis zur Überhitzung gesteigert hat, haben sich die Baupreise in der Relation zur allgemeinen Preisentwicklung stark erhöht. Und weil steigende Baupreise so viele Auswirkungen haben, so werden sie nicht nur von den Bauträgern kritisiert, sondern auch von der gesamten Öffentlichkeit, die in der Baupreiserhöhung eine der sogenannten „hausgemachten“ Inflationsursachen sieht. Ich hoffe, daß niemand diese Frage hernimmt, um einfach nur zu schreiben in einem Zwischenruf „Die rote Regierung ist daran schuld!“ Auf den Baustopp komme ich noch zu sprechen. Ich habe keineswegs die Absicht, hier jetzt diese Preissteigerungen zu rechtfertigen oder in Schutz zu nehmen. Im Gegenteil, meine Damen und Herren! Vielleicht erwarten Sie das nicht von mir, ich bin der Meinung, daß, um sie in tragbaren Grenzen zu halten, alles mögliche getan werden muß, nicht nur im Interesse der Bauträger, der Steuerzahler, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der gesamten Bauwirtschaft. Aber wenn man das wirklich tun will, dann muß man — und das hat Herr Vizebürgermeister DDr. Götz auch schon gesagt — sich die Mühe nehmen und die Ursachen erforschen,

was es im einzelnen für Gründe sind, welche Gewichtung diese Gründe haben, warum diese überdurchschnittliche Preissteigerung eben eine Tatsache ist. Denn nur wenn man das kennt — das ist auch schon gestern gesagt worden —, kann man Maßnahmen, die zielführend sind, ergreifen. Meine Damen und Herren, ich kann ja nicht verlangen, daß Sie jetzt die Protokolle der letzten Jahre nachlesen, aber ich habe damals, als die Baupreise durchaus keine Schlagzeilen gemacht haben, schon gesagt, daß wir insbesondere im Hochbau und im Wohnungsbau, gemessen an anderen Ländern, viel zu teuer, aber auch viel zu langsam bauen. Und ich habe damals schon Gründe angeführt, auf die wir noch kurz zurückkommen müssen. Denn wenn wir die Baupreise ernstlich erörtern, meine Damen und Herren, dann muß ich Ihnen noch einmal vor Augen führen, daß 80 Prozent der gesamten Bauproduktion von der öffentlichen Hand sozusagen aufgekauft wird. Und die Wirtschaftsfachleute werden mir das bestätigen, wenn ein Kunde 80 Prozent der gesamten Produktion eines Betriebes aufkauft und dies noch dazu dauernd tut, daß er dann sehr wohl einen maßgeblichen Einfluß auf die Preisgestaltung dieses Produktes ausüben wird. Aber es ist das scheinbar nicht so einfach, weil dieser große Kunde, die öffentliche Hand, sehr unkoordiniert, sehr eigennützig und ohne Rücksicht aufeinander auf dem großen Baumarkt auftritt. Und es ist daher nicht zu bestreiten, daß es in erster Linie die Schuld der öffentlichen Hand ist, wenn die Bauwirtschaft auch in Zeiten, wo andere Wirtschaftszweige sich einigermaßen ruhig und gleichmäßig entwickeln konnten, ununterbrochen von Krisen heimgesucht war. Einmal waren es die Auftragsballungen mit Überhitzungserscheinungen, dann war es wieder eklatante Unterbeschäftigung mit allen ihren Folgen und auch mit den Belastungen für die dort Beschäftigten. Ich gebe gerne zu, daß hier im Lande von der zuständigen Abteilung in Einzelaktionen immer wieder versucht wird und versucht wurde, zumindest manches zum Besseren zu wenden. Aber man konnte sich niemals dazu aufraffen, daß diese grundlegenden Änderungen vorgenommen werden, zu denen die öffentliche Hand auf Grund der Studie des Wirtschafts- und Sozialbeirates ausersehen war.

Meine Damen und Herren! Unsere steirische Landesregierung hat schon etwas getan, statt diese grundlegenden Änderungen in Angriff zu nehmen — das ist nicht nur hier in der Steiermark so, das ist in ganz Österreich so —, hat sie, ich glaube als erste, am 17. Mai 1971 der Bauwirtschaft einmal einen Schuß vor den Bug gegeben. Es wurde nämlich der Beschluß gefaßt, daß vorläufig keine Bauprojekte in Angriff genommen werden, sondern daß lediglich bereits begonnene fortgeführt werden sollen. Meine Damen und Herren, streng genommen ist das ein vorläufiger Baustopp oder, wenn Sie wollen, ein Käuferstreik, der hier proklamiert wurde und ich bin sofort von meinen Vertrauensleuten sehr massiv angegangen worden, „wir müßten doch etwas tun“, „das könnten wir uns nicht gefallen lassen“, und ich sagte „Nur ruhig Blut und abwarten, ihr werdet sehen, bald wird es sehr sehr viele Streikbrecher geben bei diesem Käuferstreik“ und ich war selbst ehrlich gespannt, und sehr, sehr neu-

gierig, wer nun bereit sein wird, auf sein Bauvorhaben zu verzichten und es tatsächlich zurückzustellen. Es ist ja so, daß immer alle dafür sind, daß andere etwas tun, aber selbst braucht man halt die Straße und das ist ja heute wieder zum Ausdruck gekommen. Es ist auch verständlich. Selbst braucht man halt die Straße, die Schule, die Wohnung, und was es da gibt, so dringend, daß man unter keinen Umständen warten kann. Und, meine Damen und Herren, verstehen Sie doch, wenn dieses Schiff „Bauwirtschaft“ nach jahrelanger Havarie endlich wieder einmal in voller Fahrt ist und keinen zwingenden Grund hat, zu stoppen oder beizudrehen, so wird sie das auch nicht tun. Und die Bauunternehmer denken halt auch so wie alle anderen, „man muß schneiden, wenn es Zeit ist“ oder „na net werde ichs nehmen, wenn ichs bekomme“, könnte man volkstümlich sagen.

Und die Preissteigerungen haben ein Ausmaß erreicht, insbesondere im Hochbau und im Wohnungsbau, zum Teil aber auch im Straßenbau, welches wirklich durch nichts mehr zu rechtfertigen war. Erklärlich allerdings dadurch, daß jeder Preis bezahlt wird oder wurde. Nun, meine Damen und Herren, im Sommer dieses Jahres hat unser Bundeskanzler seinen Schuß vor das so hurtig dahinfahrende Schiff gelegt. Und da gab es die riesigen Schlagzeilen — und jetzt komme ich auf den Baustopp, Herr Landesrat — „Baustopp in Österreich soll die Preise senken!“ Aber diesmal blieb es — und das ist der Unterschied —, diesmal blieb es nicht nur beim Schlagwort, sondern der Kanzler hat etwas getan, was vorher noch keiner tat, er holte sich die Bauunternehmer, er holte sich die Gewerkschaft zu sehr ausführlichen Beratungen, um darüber zu reden, was getan werden kann, um die Probleme von allen Seiten zu betrachten. Und ich glaube, meine Damen und Herren, man kann schon allmählich absehen, daß dieses Schiffchen nun beidreht, und man sah auch — und das sage ich mit aller Offenheit —, man sah auch sehr rasch ein, daß ein allgemeiner Baustopp nicht nur in der Praxis undurchführbar ist, sondern daß dadurch auch der entstehende Rückstau dann die Folgen noch katastrophaler werden ließe, als das schon der Fall ist. Eine Baubremse anzulegen oder, noch besser gesagt, Überhitzungserscheinungen zu dämpfen, ist allerdings realistisch und ich glaube, auch notwendig. Man muß sich aber die Frage stellen, meine Damen und Herren, sind es die Löhne der Bauarbeiter oder die Gewinne der Unternehmer, die die Ursache an den Preissteigerungen sind? Und ich sage, es ist richtig, daß die Bauarbeiter derzeit besser bezahlt werden als vorher, aber es ist noch immer zu wenig, um die Arbeit am Bau tatsächlich erstrebenswert zu machen. Es mag doch auch seinen Grund haben, daß der Berufsnachwuchs völlig versiegt, daß die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte wenn schon nicht mehr so sehr nach Deutschland, aber in andere Berufszweige weiter anhält und daß wir diese Lücken mit meist unqualifizierten Fremdarbeitern schließen müssen. Sie alle wissen, wie schäbig diese Menschen, die wir so dringend brauchen, vielfach behandelt werden, in welchen menschenunwürdigen Quartieren sie hausen und wie sie oft von Quartiergebern schamlos ausgenutzt

werden. Das einzige, was einigermaßen zufriedenstellend ist, ist die Tatsache, daß sie wenigstens arbeits- und sozialrechtlich den Österreichern gleichgestellt sind. Ich habe hier gesagt und ich wiederhole es, machen wir den Bauarbeiter zum bestbezahlten und wirklich hoch geachteten und auch so behandelten Arbeiter in unserem Land, dann wird sich das bald lohnen. Ich sage Ihnen, besser, schneller und billiger kann man nur bauen, wenn man genügend ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung hat. Die haben wir nicht und die werden wir bei den herrschenden Bedingungen auch nicht bekommen. Im Endeffekt ist es tatsächlich so, daß die Arbeitskosten viel höher steigen, als das die Löhne rechtfertigen würden, weil infolge von ungenügend geeigneten Arbeitskräften natürlich unrationell und zeitaufwendig gearbeitet wird. Fest steht auch, daß die Bauunternehmer vielfach horrend überhöhte Preise verlangen und so anbieten, daß auch die Billigstanbieter dann noch weitaus zu teuer sind. Ich kenne Bauunternehmer, deren Verdienstspanne, die früher mit 2 bis 3 Prozent durchaus als ausreichend bezeichnet wurde, sich auf 8 bis 10 Prozent steigern konnte. Sie argumentieren damit, wenn man mit ihnen redet, daß sie jetzt, wo es ihnen besser geht, aufholen wollen, was sie 1966 bis 1969 an Verlusten erlitten haben. Zusammengekommen ist es eine Tatsache, daß höhere Arbeitskosten und höhere Gewinne natürlich preisteigernd wirken. Es gibt noch eine Reihe anderer Gründe. Ich möchte das vielleicht so sagen. Solange wir noch notwendigerweise so viel Geld zahlen müssen, solange nicht — und das hat auch der Bürgermeister Dr. Götz gesagt — die Länder, die Gemeinden und allzu viele Genossenschaften sich mit ihren Aufträgen koordinieren, kann nicht rationell gebaut werden. Wir haben schon lange eine Koordinierungsstelle verlangt, damit es wirklich möglich ist, antizyklisch zu vergeben. Eine längerfristige, großflächigere Auftragsvergabe ist doch die Voraussetzung zum rationellen Einsatz von Baumaschinen und Baumethoden.

Auch viele Verteuerungseffekte gehen von der Struktur des Baugewerbes aus. Ich wiederhole mich nicht. Es sind die Bodenspekulationen und die horrenden Preise für die Grundstücke. Wer hier helfen will, der muß für ein wirksames Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz eintreten. Im übrigen können wir es uns nicht leisten, daß wir die Wohnungen immer noch in der alten konventionellen Weise bauen und daß jede Genossenschaft und jeder Mieter etwas anderes will. Auch das ist gesagt worden. Denn Rationalisierung und Typisierung sind nicht Uniformierung. Wenn wir nur fordern, die Wohnungen in Österreich in individueller Fertigung herzustellen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn das so teuer kommt.

Das vorliegende Budget ist der beste Beweis dafür, daß niemand auf die vielfältigen Leistungen der Bauwirtschaft verzichten will oder auch kann. Man muß der Bauwirtschaft einerseits ermöglichen und andererseits, wenn notwendig, mit Nachdruck sie veranlassen, daß die Leistungen zu vernünftigen Preisen erbracht werden. Die vorher angeführten Maßnahmen sind noch zu ergänzen durch das, was Dr. Götz gesagt hat. Ich scheue mich nicht,

das zu sagen, aber Aufträge, die zu überhöhten Preisen angeboten werden, sollten unnachsichtlich zurückgestellt werden. Es ist einfach nicht wahr, was immer behauptet wird, es sei äußerst schwierig festzustellen, welcher Preis überhöht ist. Eine ganz kleine Kommission unabhängiger Fachleute kann sehr rasch an Hand einiger Kennziffern, wie Quadratmeterpreis, Kubikmeterpreis und ähnliches, wohl beurteilen, was wirklich los ist. Ich behaupte, meine Damen und Herren, daß die Beamten in der Baudirektion z. B. bei einem Brückenbau, der sorgfältig geplant ist und genau ausgeschrieben ist, auf Anrieb sagen können, ob ein Quadratmeterpreis von 4000 Schilling angemessen ist oder ob die verlangten 6000 bis 8000 Schilling überhalten sind. So schmerzlich es auch sein mag, dann muß man dieses Bauvorhaben zurückstellen, weil es keine andere Möglichkeit gibt.

Noch ein konkretes Beispiel. Ich nenne es nicht, was es genau ist. Wir haben im Wohnbauförderungsbeirat ein Bauvorhaben mit 32 Millionen Schilling durchaus real eingeschätzt und dort sind die Mittel genehmigt worden. Dieses Bauvorhaben, es ist ein Wohnbauvorhaben, wurde ausgeschrieben und die Baumeisterarbeiten haben 24 Millionen Schilling ausgemacht. So kann das einfach nicht gehen. Es ist nur damit zu erklären, daß hier Firmen angeboten haben, die an diesem Bau gar nicht interessiert waren. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Bei welchem Projekt hat das 24 Millionen gekostet?“) Von einem 32-Millionen-Projekt die Baumeisterarbeiten allein 24 Millionen Schilling. Sie können sich selbst ausrechnen, wie die Gesamtbaukosten sein werden. Die würden dann wahrscheinlich weit über 40 Millionen Schilling liegen. Ein solches Bauvorhaben muß eben, so schlimm das auch sein mag, aufgeschoben werden. Es ist das eine sehr unerfreuliche Entwicklung.

Es gibt vielleicht noch einen einzigen Lichtblick, und der ist der, daß in der Steiermark in letzter Zeit, gemessen an anderen Bundesländern, die Preissteigerungen zurückbleiben und die zuletzt vergebenen Brücken- und Straßenbaulose sind durchaus günstig angeboten worden. Das soll ein Hinweis sein, daß man genau schauen muß, was im einzelnen der Konjunkturdämpfung geopfert werden soll und was nicht.

Auf eines möchte ich noch verweisen, weil es mir unverständlich ist. Man sollte meinen, daß die Länder und die Großauftraggeber eine preisdämpfende Konkurrenz fördern und wo sie nicht vorhanden ist, verlangen. Es war gestern von der Auslandskonkurrenz beim Abgeordneten Fuchs die Rede, daß wir Auslandskonkurrenz hereinlassen sollten. So weit brauchen wir gar nicht gehen. Es gibt Bundesländer, die schreiben in ihren Vergaberichtlinien vor, daß anbotsberechtigt nur Firmen und Betriebe sind, die ihren Sitz in diesem Bundesland haben. Weil sich diese Bundesländer nicht abbringen lassen, auf diese Bestimmungen zu verzichten, hat im Juli dieses Jahres auch unsere Landesregierung einen solchen Beschluß gefaßt. Es ist ein Glück, daß es keine Zollhoheit in den Ländern gibt, sonst könnte es ein Bundesland geben, das sich im Zeichen der EWG mit Zollmauern von den anderen abschließt. Ich glaube, daß die vielen Staatsbürger,

die schon nicht verstehen können, daß die ausländische Konkurrenz ausgeschlossen ist, so etwas nicht begreifen können. Die Firmen umgehen das übrigens so, daß sie Niederlassungen und Büros in den Ländern errichten, um sagen zu können, sie gehören auch zu diesem Bundesland. Wer Konkurrenz mit Gewalt ausschaltet, der darf sich nicht wundern, wenn er das dann sehr teuer bezahlen muß. Meine Damen und Herren, wir haben alle den Fortschritt auf unsere Fahnen geheftet, und wenn Sie den Fortschritt wollen, dann müssen die Bauleistungen erbracht werden immer und überall, aber die Bauwirtschaft weiß das natürlich auch, daß es von ihren Leistungen abhängt und daß sie kein geordnetes Leben führen können, wenn diese Leistungen nicht erbracht werden.

Sie soll aber auch wissen, daß sie nicht Selbstzweck ist, sondern daß sie, wie alle anderen Wirtschaftszweige eine Aufgabe zu erfüllen hat, eine Aufgabe, die zu 80 Prozent von den Steuerzahlern finanziert wird. Und daraus ergeben sich eben die Verpflichtungen, daß die Bauwirtschaft sich ruhig entwickeln kann, daß ihre Betriebe die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen können, daß sie sich's so ein- und ausrichten kann und daß der Steuerzahler für sein Geld eine entsprechende Leistung erhält. Meine Damen und Herren, die öffentliche Hand, die Genossenschaften als Sachwalter und vor allem wir alle, die die Vertreter dieser Bevölkerung sind, haben alles zu tun, alles zu unterstützen, daß dieses Ziel doch endlich einmal erreicht wird. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Krainer. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Dr. Krainer:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist fast auf den Tag genau ein Jahr, daß mich dieser Landtag zum Mitglied der Landesregierung gewählt hat und daß mich der Herr Landeshauptmann mit der Führung des Baureferates und des Landwirtschaftsreferates betraut hat. Ich habe mich gerade über diese „Zuteilung“ damals sehr gefreut, weil ich der Meinung war, daß es sich um ein Referat handelt, das mitten hineingreift in die notwendigen, fortschrittlichen technischen Entwicklungen in unserem Lande. Und man wäre sozusagen ein schlechter „Junger“, wenn man eine solche Arbeit nicht gerne anpackte.

Ich habe im Laufe dieses einen und ersten Jahres — und ich habe ja jetzt zum Baureferat zu sprechen — gemerkt und gesehen, daß die Hoffnung, mit einem solchen Referat arbeiten zu können, sich durchaus erfüllt insofern, als man es vor allem mit einer Kombination aus techn. Wissen und bestem, gewissenhaftestem Beamtenegeist zu tun hat, wenn man mit den Beamten unseres Landesbauamtes zusammenarbeitet. Ich möchte das nicht als eine billige *ceptatio benevolentiae* an die Spitze meiner Ausführungen stellen, sondern ich möchte das deshalb sagen, weil ich als Junger das Glück gehabt habe, erfahrene ältere Herren vorgefunden zu haben in diesem Referat, die seit vielen Jahren, zum Teil seit 27 Jahren, in diesem Landesbauamt gearbeitet haben, nicht verknöchert sind, jung geblieben sind,

auch wenn sie heute knapp vor der Pensionierung stehen, und in ihre Aufgaben voll und ganz hineingewachsen sind und mir auch die Hand geboten haben. Und die älteren Herren Regierungsmitglieder werden dieses Hochgefühl auch alle einmal gehabt haben (Landesrat Gruber: „Gegen den Ausdruck 'ältere Herren' möchte ich mich zur Wehr setzen!"), also die „länger dienenden Herren“, die „dienstälteren Herren“, um das ganz korrekt zu sagen, werden mir das durchaus nachfühlen können. Ich möchte das an die Spitze meiner Ausführungen auch deshalb stellen, weil ich gewohnt bin, mich bei denen zu bedanken, bei denen ich glaube, daß wir uns anständigerweise zuerst zu bedanken haben. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist aber auf diesem Hintergrund, also auf dem Hintergrund dieser einjährigen Erfahrung, für mich auch die Frage aufgetaucht, nach dem sozialistischen Parteitag und nach der Rede des Herrn Abg. Dr. Strenitz vorgestern, ob diese Herren nicht von etwas ganz anderem geredet haben, wenn sie bei jeweils verschiedenen Gelegenheiten, natürlich — da muß man ja auch differenzieren, Parteitag, Landtag —, wenn sie also bei jeweils verschiedenen Gelegenheiten doch immer über die gleiche Sache, meine Damen und Herren, in wörtlich ganz dem gleichen Ton und Inhalt geredet haben. Ob die da nicht von einer ganz anderen Wirklichkeit gesprochen haben? Das muß man sich fragen. Und ich für meinen Teil glaube, sie haben von etwas ganz anderem geredet. Und wir werden dazu ja im einzelnen Stellung nehmen, unmittelbar darnach. Ich habe mich aber auch gefragt, was etwa wohl der gesagt hätte — und Sie verstehen das auch nicht falsch —, der in diesem Lande immerhin 23 Jahre hauptverantwortlich für diese Probleme zuständig gewesen ist, zu dem, was da im Parteitag und zu dem, was da in der Generalkonferenz gesagt wurde. Zu einem hätte er per du geredet; ich bin ja nicht per du mit Ihrem Parteivorsitzenden. Ich glaube, er hätte ihm gesagt, wir verstehen ja, daß auf Parteitag manchmal der eine oder der andere so reden muß. Aber lassen wir es lieber. Und zum zweiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie kennen sicher die Story von jenem jungen Kaplan, der in eine Pfarre gekommen ist, sich dort eine Woche aufgehalten hatte und dann meinte, es sei alles, was dort bisher geschehen sei, eben eine sehr problematische Geschichte und er hat das dann dem Pfarrer folgendermaßen vorgehalten: „Und was haben Sie denn eigentlich in diesen 27 Jahren gemacht, Herr Pfarrer?“ Und da hat ihm der geantwortet: „Auf Sie gewartet, Herr Kaplan!“ (Heiterkeit.) Meine Damen und Herren, ich kann das nicht sagen, Herr Abg. Heidinger, vielleicht verstehen wir uns jetzt wieder besser! Ich kann das nicht sagen, denn ich bin nicht 27 Jahre, auch nicht 23 Jahre oder sonstwie lange Jahre hier gestanden. (Heidinger: „Aber ein Kaplan sind Sie?“) Aber, Herr Abg. Heidinger, wir können immerhin sagen, daß wir in diesem einen Jahr eine, wie wir meinen, wohlgeordnete Verwaltung gerade auf diesem Gebiete übernommen haben. Und gerade weil sie eine wohlgeordnete Verwaltung ist, haben wir die Möglichkeit gehabt, auch in diesem Jahr positive Entwick-

lungen vorantreiben zu können, sehr positive Entwicklungen. Und ich werde einzeln dazu Stellung nehmen. Wenn Sie aber gemeint haben, uns sagen zu müssen — und wörtlich sagen zu müssen —, ein „Rückstand“ sei im Lande; der Rückstand im Lande sei ein Planungsrückstand, für den die ÖVP-Fraktion voll verantwortlich ist; und das ist das wörtliche Zitat des Herrn Abg. Dr. Strenitz „... denn der Rückstand im Straßenbau in der Steiermark ist heute kein finanzieller Rückstand, weil ja seit zwei Jahren, in denen ein Steirer an der Spitze des Bau- und Verkehrsministeriums steht, die Steiermark beim Straßenbau Vorrang hat“ (Abg. Gratsch: „Das stimmt ja auch!“ — Abg. Buchberger: „Müssen wir alles zur Kenntnis nehmen, was Sie sagen?“), dann muß ich mich mit dieser Frage, meine Herren, im Detail auseinandersetzen. Und zwar ganz einfach und schlicht auf der Basis dessen, was wir von nüchternen Zahlen her feststellen: Wenn Sie die Jahreskreditraten für den Straßenbau seit dem Jahre 1965 hernehmen (Abg. Loidl: „Da waren Sie ein ungläubiger Thomas damals!“) — und das haben wir, Herr Abg. Loidl, in unserer letzten Diskussion schon als Unterlage gehabt —, dann hat sich gezeigt, daß das zitternde Glück eines Propheten auch dadurch sich erfüllt hat, daß wir nicht still gewesen sind, daß wir uns deutlich zu Wort gemeldet haben. (Abg. Loidl: „Das war ja schon versprochen, Herr Landesrat!“) Es war gar nichts versprochen, im Gegenteil. Unsere Herren Beamten haben bei den Verhandlungen damals genauso zu protestieren gehabt, wie sie diesmal protestieren mußten am 2. Dezember 1972. Und ich werde Ihnen auch diese Unterlagen zur Verfügung stellen. Wir haben eine Steigerung der Kreditmittel im Jahr 1971 auf 1972 in der Größenordnung von 15,7 Prozent, wenn wir jetzt das dazurechnen, was uns nachgegeben wurde. Wir haben von 1970 auf 1971 bekanntlich noch ein „Koren-Budget“, eine Kreditmittelzuteilung, gehabt, die um 26,5 Prozent höher gewesen ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es wiederum bei dem bleibt, was unsere Beamten bei den Verhandlungen am 2. Dezember in Wien erlebt haben, dann kann ich Ihnen sagen, daß wir sogar unter der Steigerungsrate dieses jetzt auslaufenden Jahres bleiben werden. Wenn wir uns nämlich das Jahr 1961 ansehen . . . (Zwischenruf des Abg. Loidl.) Hoffentlich, Abgeordneter Loidl, hoffentlich! Das tun wir gerne, wenn es dem Land dient. Dann haben wir 1,061 Milliarden zum Ende dieses Jahres zur Verfügung gehabt und werden nach den Vorstellungen, die jetzt vorliegen, 1,12 Milliarden bekommen, das sind um ganze 5,6 Prozent mehr.

Wenn ich, Herr Abgeordneter Loidl, auf Ihrer Linie argumentiere mit Ihren prophetischen Gaben — ich glaube schon, daß Sie sie gehabt haben und sie haben sich erfüllt —, die hoffentlich auch ins nächste Jahr hineinreichen (Abg. Loidl: „Ich habe sie weder vorher gehabt noch jetzt, ich habe es nur gewußt!“), wenn wir sie also unterstellen diese gleichen Entwicklungen wie 1972, dann müßten wir annehmen, daß wir weitere 107 Millionen Schilling bekommen müßten im Laufe des kommenden Jahres, damit wir wenigstens diese 15,7 Prozent erreichen, die wir heuer erreicht haben. Jetzt allerdings sind wir erst bei 5,6 Prozent plus.

Damit kein Irrtum und kein Mißverständnis entsteht: Wir haben uns auch öffentlich bedankt für die zusätzlichen Millionen, die in diesem Jahr ins Land gekommen sind. (Landesrat Gruber: „Es waren ja auch viel mehr, wie aus dem OVP-Bericht hervorgeht! Nachlesen, Herr Kollege, ich gebe Ihnen die Nummer gerne!“) Nur da gehen Sie in die Irre, Herr Landesrat Gruber.

Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen aus dieser Unterlage, die eine ganz realistische Unterlage dieses unseres Hauses ist, sagen, daß von 1966 auf 1967 die Kreditmittel um 39,6 Prozent angestiegen sind. Man soll eben nicht mit doppeltem Maß messen. Wir freuen uns über jede zusätzliche Million, die ins Land kommt. Wir können den einen loben und uns bei ihm bedanken, aber nicht bei derselben Gelegenheit den anderen mit jenen ganz gewiß nicht sehr fairen Worten bedenken, die darauf hinausgehen, daß man an einem sozialistischen Parteitag sagt: „Was war denn in diesen 27 Jahren? Verlorene Jahre für die Steiermark.“ „Das Argument liegt sozusagen auf der Straße.“ Eine wörtliche Diskussionswiedergabe aus diesem sozialistischen Parteitag. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sie haben es sehr genau gelesen!“ — Landesrat Gruber: „Von uns wurde das nicht gesagt!“ — Abg. Koiner: „Er hat es schon zugegeben, Herr Landesrat Gruber!“) Kein Anlaß, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Ihre Vorstellungen und Wünsche in dieser Weise deponiert zu haben. Mit aller Deutlichkeit gesagt. So liegen die Dinge. Sie liegen aber etwas anders, als sie von Ihnen dargestellt wurden.

Nicht genug damit und das ist der nächste Akt, um den wir nicht herumkommen. Der Herr Abgeordnete Loidl hat davon gesprochen, zugegebenermaßen in einem abgeklärten und wohl ausgewogenen Ton, nämlich über die Baupreisentwicklung in diesem Land. 15,7 Prozent mehr an Mitteln dieses Jahres für den Bundesstraßenbau in der Steiermark, rund 15 Prozent Steigerung des Baukostenindex in derselben Zeit. Wissen Sie, was das bedeutet? Das bedeutet, wie bei der letzten Diskussion in diesem Haus gesagt, nämlich, daß trotz dieser hinzugekommenen 81 Millionen im Jahre 1972 um nichts mehr gebaut werden konnte und daß daher selbstverständlich eine Kreditmittelzuteilung, wie man sie sich jetzt vorstellt, niemals ausreichen wird, um die Baukostensteigerung, die wir jetzt voraussehen können und die ja allein mit der Mehrwertsteuer wiederum bei 4 Prozent bedeuten wird, auszugleichen. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Die Mehrwertsteuer hat heuer noch nichts damit zu tun gehabt!“)

Keine Frage, daß wir damit nicht auskommen. Denn die Steigerung der Baukostenpreise wird in jedem Fall, selbst wenn wir die letzte positive Entwicklung bei den Anboten in der Steiermark in Rechnung stellen, jedenfalls keinesfalls kleiner sein als diese 5,6 Prozent, die wir an Kreditmittelzuteilung vom Bund her mehr zur Verfügung haben werden. Ich glaube, daß das mit aller Klarheit und Deutlichkeit auch aus dieser Gegenüberstellung hervorgeht. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Das sind die hausgemachten Preise unserer steirischen Bauunternehmer!“) Kein Anlaß, hier in große Freuden-

vorstellungen hinsichtlich dieser Möglichkeiten, die uns vom Bund geboten werden, auszubrechen.

Was ist für den Landesstraßenbau in diesem Zusammenhang zu sagen? Auch da, wenn wir uns die eigentlichen Auseinandersetzungen um das Budget 1973 noch einmal vergegenwärtigen, dann ist im Entwurf des Landesfinanzreferenten für die Landesstraßen insgesamt im ordentlichen und im außerordentlichen Haushalt, hören Sie und staunen Sie, ein Betrag eingesetzt gewesen, der ein Minus von 1 Prozent der Mittel des Landes für den Landesstraßenbau vorgesehen hatte. Ich habe dem Herrn Landesfinanzreferenten damals in der Regierungssitzung gesagt, nicht anzunehmen, daß dahinter irgendwelche andere Gründe stehen — etwa gar parteipolitischer Art —, sondern anzunehmen, daß es einfach die Not des jeweiligen Referenten ist, da und dort herunterzustreichen.

Wie sagte man doch auf dem sozialistischen Parteitag? „Prioritäten setzen, mittelfristige Finanzplanung.“ Seit sehr vielen Jahren hätte das längst geschehen können. Nur so nebenbei. Vom Spitalsplan ist ja gestern hier ausführlich die Rede gewesen. (Landesrat Gruber: „Das ist aber weit hergeholt, Herr Kollege!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sie waren noch nicht in der Regierung, aber Ihrem Vater habe ich den Spitalsplan vorgelegt!“) Planen sollen die anderen. Bei sich selber denkt man nicht daran.

Mittelfristige Finanzplanung hätte in einem solchen Fall natürlich auch in einer Prioritätenskala ganz klar gemacht, daß der Landesstraßenbau in der Steiermark vordringlich ist. (Beifall bei der OVP.)

Wir haben es dem Umstand zu verdanken, daß in dieser Landesregierung eine klare OVP-Mehrheit besteht (Abg. Heidinger: „Noch!“) und daß daher diese Priorität im Landesbudget 1973 auch ihren Niederschlag gefunden hat. (Beifall bei der OVP. — Gerhard Heidinger: „Das ist der neue Generalredner der OVP!“)

Wir haben 23,1 % mehr eingesetzt für die Landesstraßen. Wir haben also nichts streichen lassen, sondern wir haben ein beträchtliches Maß mehr an Mitteln für den Landesstraßenbau im nächsten Jahr. Die Baukostenerhöhung miteinkalkuliert. Wenn Sie an das denken, dann, Herr Abgeordneter Loidl, müßten Sie sich freuen, weil wir dafür sorgen, daß die Konjunktorentwicklung gerade in der Steiermark, besonders bei Baufirmen der Steiermark, bei denen wir sehr genau wissen, daß die Kapazitätsauslastung keine vollständige ist, die Möglichkeit haben werden, kontinuierlich fortgesetzt arbeiten zu können (Abg. Loidl: „Sagen Sie das nicht so laut, sonst kostet das noch mehr!“), und die Arbeitsplätze gerade auch der Herren, die Sie vertreten, absolut gesichert erscheinen. (Beifall bei der ÖVP.) Aber nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu einigen der konkreten Vorbringungen des Herrn Generalredners Ihrer Partei zu diesem Thema: Er hat uns eine Liste von acht Bauvorhaben vorgelegt, bei denen er der Meinung war, die Planung in diesem Lande hätte es verhindert, daß es heuer zu entsprechenden Realisierungen gekommen wäre. Und nun weiß ich nicht, wer dem Herrn Dr. Strenitz die Pfeile in den Köcher gesteckt hat. Jedenfalls schei-

nen es landesfremde Pfeile gewesen zu sein (Landesrat Bammer: „Das glaube ich nicht!“) und ich würde raten, sehr vorsichtig mit solchen landesfremden und am Ende gar branchenfremden Pfeilen umzugehen. Denn diese Pfeile, mein sehr geehrter Herr Kollege Strenitz, die sind schon angebrochen gewesen, bevor sie in Ihrem Köcher waren. (Abg. Dr. Strenitz: „Sie haben schon getroffen, die Pfeile, sehr gut getroffen!“) Denn wenn Sie genau hingesehen hätten, und wenn Sie sich im Lande erkundigten, dann hätten Sie wissen müssen, daß bei mindestens vier Vorhaben, von denen Sie gesprochen haben — und wenn Sie wollen, kann ich Sie Ihnen einzeln darlegen —, ganz konkrete Zusammenhänge — um das einmal so zu sagen — zwischen sozialistischen Ministerien (Landesrat Bammer: „Andere gibt es nicht, momentan!“) auf der einen Seite und der Stadtgemeinde Graz, in der Sie sogar beschäftigt sind, auf der anderen Seite, vorliegen. Wir können, was im übrigen die Planung anlangt, ganz klar und eindeutig sagen, Mariazell—Rasing—Wegscheid (1. Punkt) wurde am 15. Oktober 1969 genehmigt. Kalvarienbergbrücke—Grabenstraße (Grazer Ringstraße): Das Detailprojekt ist abgeschlossen dem Ministerium vorgelegt worden, bis zum heutigen Tag noch nicht zurückgekommen. Ganz genau und konkret am 3. Oktober 1972. Ich hoffe, daß Sie in der Zwischenzeit sich noch einmal erkundigt haben. (Abg. Dr. Strenitz: „Für die Kalvarienbergbrücke hat schon 1968 der Bürgermeister Stöffler 200 Millionen versprochen, er wollte sie vom Kotzina beschaffen!“ — Landesrat Bammer: „Oktober 1972 ist kein Termin zu einem neuen Anfang!“) B 112, Gesäusestraße: dem Bundesministerium vorgelegt, nicht genehmigt. Donawitzer Straße, ein ganz spezielles Problem, um das ich mich im übrigen auch persönlich bemüht habe. Und da erzähle ich Ihnen eine kurze Geschichte dann dazu. Am 15. Juli 1972 vom Bundesministerium für Bauten und Technik genehmigt. Wir haben dafür eisenbahnrechtliche Verfahren notwendig gehabt, die wir am 8. November 1971 eingebracht haben. Trotz mehrmaliger Urgezen und persönlicher Vorsprachen des Herrn Landesbaudirektors — auch ich habe mich selbst mehrmals in der Sache bemüht — ist diese eisenbahnrechtliche Genehmigung am 26. Juni 1972 erreicht worden. Die Ausschreibung haben wir am 18. August 1972 vorgenommen, und die ministerielle Genehmigung hierfür ist am 20. November gekommen. (Landesrat Gruber: „Erkundigen Sie sich, wie lange die ÖVP-Regierung für die eisenbahnrechtliche Genehmigung der Unterführung der Mariazeller Landesstraße gebraucht hat!“) Herr Kollege Gruber, sagen Sie das dem Herrn Dr. Strenitz; ich habe ihm ja geraten, er soll bei Vorhaben, die er hier präsentiert, sich besserer Quellen bedienen als derer, die er zur Verfügung hat. (Abg. Dr. Strenitz: „Bei der Schoberpaß-Bundesstraße waren die Mittel schon da, die Grundeinlösungen waren noch nicht gemacht. Ich habe gar nicht alles gesagt!“) Pyhrnstraße, Ortsdurchfahrt Liezen: Detailprojekt abgeschlossen am 16. November 1971, genehmigt. Und im Jahre 1971 waren, wie Sie wissen, die überaus schwierigen Grundeinlösungen im Bereich der Ortsdurchfahrt zur Gänze abgeschlossen. Eine Inangriffnahme der Bauarbeiten war nicht möglich, weil

wir Ersatzbauten durchzuführen hatten, die in diesem Bescheid drinnenstanden. Auch hier liegen die Genehmigungen des Ministeriums seit dem 13. Oktober 1972 vor. Für die Murtal-Schnellstraße ist im ganzen Abschnitt von Grünhübel bis Knittelfeld-Ost das generelle Projekt fertiggestellt und vom Ministerium am 10. Mai 1972 genehmigt. Die Detailprojektierung für die Umfahrung ist im Entwurf fertiggestellt und mit dem Bundesministerium abgesprochen. Auch das Brückenbauwerk. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zum letzten, zum Puntigamer Vorhaben, das von Ihrem Herrn Generalredner angezogen wurde. Vor zwei Tagen haben neuerlich Besprechungen mit den Herren des Magistrates stattgefunden. Ich habe, Herr Dr. Strenitz, nicht die Absicht, Ihnen zu sagen, mit welchen Herren Ihrer Fraktion die Besprechungen geführt wurden. Nur eines ist dabei klar geworden, daß die Planung, die dritte übrigens — Herr Abgeordneter Dr. Heidinger hat davon ausführlich gesprochen —, nun wiederum nicht den Vorstellungen Ihrer Herren entspricht. Ich habe bereits Ende September bei einer persönlichen Vorsprache mit dem Herrn Bautenminister darüber gesprochen, daß wir die Sache so rasch als möglich ausschreiben. Wir wollten sie sofort ausschreiben. Dann ist uns gesagt worden: „Ausschreibungen neuer Bauvorhaben im Hinblick auf die Mehrwertsteuer, im Hinblick gerade auch auf die Bautwicklung, die jetzt anhält, zurückstellen.“ Lieber erst per 1. Jänner 1973 ausschreiben. Wenn die Wünsche, die Sie äußern, berücksichtigt werden sollen, die Wünsche der Stadtgemeinde Graz, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann können wir es auch zum 1. Jänner 1973 noch nicht ausschreiben. Ich mache nur darauf aufmerksam. Es ist also gerade deshalb von mir auf diese Dinge im Detail eingegangen worden, weil ja mit der Darlegung von acht ganz konkreten entsprechenden Anschuldigungen klargestellt werden sollte, wie in diesem Lande geplant und wie in diesem Lande gearbeitet wird. (Landesrat Bammer: „Nur wie spät!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dazu muß man sich anderer Unterlagen bedienen! Ansonsten kann die Sache ins Auge gehen! (Abg. Dr. Strenitz: „Sie haben nämlich mit Ihren Ausführungen, was die Grazer Planungen betrifft, einem Ihrer Parteifreunde einen sehr schlechten Dienst erwiesen, denn für die Grazer Stadtplanung ist ein ÖVP-Mitglied zuständig und das ist heute noch Vizebürgermeister Stöffler! Jetzt können Sie sich aussuchen, wer schuld ist, Stöffler oder Krainer!“) Herr Dr. Strenitz, Ihr Zitat: „... ist die ÖVP-Fraktion voll und ganz verantwortlich“ haben Sie gesagt. Ich werde Ihnen den Namen Ihres sozialistischen Kollegen trotzdem nicht sagen, weil ich nichts von derlei — wie gestern gesagt wurde — Haxelbeißereien und Wadelbeißereien halte. (Beifall bei der ÖVP.) Es besteht ja auch gar kein Zweifel darüber, daß Ihre Herren und gerade auch Ihre Regierungsmitglieder in der Landesregierung sehr wohl wissen, daß in den Jahren seit 1945 sowohl am Bundesstraßensektor als auch am Landesstraßensektor vieles verwirklicht wurde. Sie wissen, daß die Ennstal-Bundesstraße, die Schoberpaß-Bundesstraße, die Salzkammergut-Bundesstraße, die Mariazeller Bundesstraße, die Triester Bundesstraße

im Mürztal von Bruck bis Sankt Michael, die Radlpaß-Bundesstraße, die Wechsel-Bundesstraße, die Sobother Bundesstraße, die Tauernstraße-Nordrampe ausgebaut wurde. Man sage doch jemandem, der von diesen Dingen etwas versteht, das sei eine Ansammlung von Versäumnissen, die in diesem Lande vorliegt. Oder denken Sie an die Landesstraßen! An die Gaberlstraße, die ja als Landesstraße so ausgebaut wurde. (Landesrat Bammer: „Eine totale Fehlplanung, diese Gaberlstraße!“) So können Sie das gerne sagen. Sie werden in Kürze, wenn Sie nach Knittelfeld fahren, jedenfalls viel lieber dort fahren! (Landesrat Bammer: „Alle wissen, daß die Trasse über Lankowitz billiger gewesen wäre, in der Sonne gelegen und besser zu fahren gewesen wäre!“) Das können Sie heute ohne weiters sagen und in der damaligen Zeit hat es viele, viele Trassenstudien gegeben, die letzten Endes gezeigt haben, daß es sich hier um das wirtschaftlichste Projekt gehandelt hat. (Landesrat Bammer: „Da war etwas anderes schuld! Fehlplanung ersten Ranges!“) Sankt Lambrecht, meine sehr geehrten Damen und Herren, die L 250, Stadl—Kaltwasser, Schladming—Ramsau, die Grundseer Straße, Buchauer Straße, Krieglach—Alpl—Sankt Kathrein, Rechberg—Passail—Weiz—Gleisdorf, Oberfeistritz—Söchau, die Pöllauer Straße, Kapfenstein—Sankt Anna, Graz—Hausmannstätten—Kirchbach—Mureck, Landscha—Perbersdorf—Mureck, die Sulmtalstraße bis Leibnitz, Seiersberg. (Abg. Gerhard Heidinger: „Die Pöllauer Straße ist alles andere als ausgebaut!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Ja natürlich, jetzt soll ich aufhören. Das kann ich mir lebhaft vorstellen, daß Ihnen die Dinge sehr unangenehm erscheinen. Das ist gar keine Frage. Denn sie stehen natürlich in einem eklatanten Widerspruch zu dem Versuch Ihrerseits, hier einen bösen Buben zu finden, der dafür gesorgt hat, daß in der Steiermark nichts weitergegangen ist in den letzten 27 Jahren. (Beifall bei der ÖVP. — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Wer nimmt das noch ernst? Es wurde keine Planung nach Prioritäten vorgenommen! So lange Ihr von uns geschätzter Vater hier war, haben wir das gesagt und das sagen wir auch jetzt, bei allem Respekt und bei aller Hochachtung!“) Das Gegenteil haben Sie behauptet. (Landesrat Bammer: „Wie viele Jahre sind denn versäumt worden auf der Bundesstraße 67?“) Das Gegenteil haben Sie hier behauptet. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Dann haben Sie Ihren Parteivorsitzenden zweimal in derselben Sache, allerdings mit einer anderen Aussage gehört. (Beifall bei der ÖVP.) Ich hoffe sehr, daß es bei dieser zweiten Aussage auch in Zukunft bleiben wird. Denn sie ist sicher die richtige Aussage. (Beifall bei der ÖVP. — Landesrat Bammer: „Wenn Sie wüßten, wie viele Aussagen wir über die steirischen Straßen von da gehört haben, die nicht gehalten haben seit 20 Jahren, würden Sie sich wundern!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sie haben so meine Rede!“) Eben! (Glockenzeichen des Präsidenten: „Am Wort ist der Herr Landesrat Doktor Krainer. Ich bitte ihn nicht ununterbrochen zu unterbrechen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich also, daß wir zu dieser Übereinstim-

mung in dieser Frage gekommen sind. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Freuen Sie sich weiter!“)

Woran liegt es, daß sich diese großen Fragen im steirischen Straßenverkehr im Autobahnnetz, im Schnellstraßennetz, im Bundesstraßennetz und auch im Landesstraßennetz stellen? Der Herr Abgeordnete Laurich hat hier einige Zahlen zum Vortrag gebracht im Hinblick auf die Pyhrnautobahn bezüglich der durchschnittlichen Krafftfahrzeugdichte, die in diesen Hauptstraßenzügen zu registrieren sind. Wir haben bei Hartberg eine Zunahme von 1290 Kfz-Einheiten innerhalb eines Jahres durch die Wechselbundesstraße, die jetzt auch über Rohrbach—Lafnitz voll ausgebaut ist. (Landesrat Bammer: „Das war aber zu erwarten!“) Dies war vor allem nicht in dieser Intensität zu erwarten, Herr Landesrat Bammer. (Landesrat Bammer: „Es fahren doch alle Grazer über den Wechsel!“) Wir haben uns selbstverständlich gerade deshalb immer wieder dafür stark gemacht, auch im letzten Jahr, daß die Südataubahn, nicht wie das der Abgeordnete Laurich gestern gemeint hat, nicht abgetauscht wurde gegen die Pyhrnautobahn. Wir können es uns als Steirer einfach nicht leisten, daß wir sagen entweder die eine oder die andere, sondern als Steirer können wir überhaupt nur sagen, sowohl die eine, als auch die andere und noch dazu die Mürz- und Murfurche. Selbstverständlich. (Beifall bei der ÖVP. — Zweiter Präsident Ileschitz: „Lackner, da hast du einen Fehler gemacht!“)

Ich kann Ihnen in diesem Zusammenhang auch sagen, daß die Verhandlungen, die unsere Herren und die ich selber die Ehre hatte zu führen, für die Prioritätenreihung in den Autobahnen und S-Straßen des Landes zu eben diesem Erfolg geführt haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang gar nicht die lange Zeit anführen, die vielen Stunden und Tage, die unsere Beamten dafür gekämpft haben, daß wir sowohl zu einer vorrangigen Behandlung der Pyhrnautobahn wie auch der Südataubahn und der Mürz- und Murschnellstraße gekommen sind. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Loidl: „Diese Besprechungen über Landesstraßen hat es früher überhaupt nicht gegeben!“)

Herr Abgeordneter Loidl, Sie sind ein sachlicher Herr dieses Hauses. Sie haben vielleicht auch diese Dringlichkeitsreihung der Autobahnen und Schnellstraßen schon in den Händen. Der Herr Minister Moser hat sie uns übersandt mit seiner eigenen Unterschrift. In diesem Werk finden Sie auf Seite 5 folgendes: „Aus dieser Erkenntnis heraus wurde im Jahre 1967 der Gedanke einer Neuordnung des hochrangigen Straßennetzes entwickelt und noch im selben Jahr die entsprechenden Vorbereitungen des Ministeriums für Bauten und Technik getroffen. Die Arbeiten der Neubewertung auf das Jahr 1980 wurden sofort in Angriff genommen.“ Das steht im Buch, das uns der Herr Bautenminister Moser zur Verfügung gestellt hat. Ich bin als Abgeordneter im Nationalrat gewesen, als dem Herrn Minister Moser anlässlich der Straßenübernahmen von gewisser Seite — und das ist nicht nur eine parteipolitische, sondern auch eine regionalpolitische Frage — Vorwürfe gemacht wurden über das hohe Maß der Übernahme von Straßen des Bundes

aus dem Bestand des Landes Steiermark. Da hat der Herr Minister angesichts des Herrn Exministers Kotzina gesagt: „Dieses Kompliment geht an meinen Vorgänger, der ist kein Steirer, sondern ein Oberösterreicher.“ So ist im Parlamentsauschuß objektiv und ehrlich zu dieser Frage gesprochen worden. (Abg. Ritzinger: „Hört, hört!“)

Das ist keine Entwicklung, die neu ist, nur dauert eine solche Planung eben außerordentlich lange. Wir haben im Zuge der Neubewertung auch die Neubewertung der Landesstraßen in Auftrag gegeben (Landesrat Bammer: „Sehr spät!“) und zwar dem Österreichischen Institut für Raumplanung, einem hochgeachteten Planungsinstitut. Wir haben die erste Runde der Erhebungen dieses Instituts jetzt zur Verfügung und wir werden vor dem Sommer noch diesem Haus eine klare Vorstellung präsentieren über die Neubewertung der Landesstraßen. Nur ist sie auch nicht früher möglich gewesen; wobei die auch hochrangigen Straßen bewertet und gereiht wurden. Dazu noch ein Wort.

Mit der Reihung der Bundesstraßen B wird überhaupt erst jetzt begonnen. Fragen Sie den Herrn Minister Moser, warum. Weil er selbstverständlich mit denselben Planungsvoraussetzungen arbeiten muß, mit denen wir arbeiten müssen. Auch da ist ein primitives Schwarzpeterspiel durchaus nicht am Platz, denn die Dinge brauchen ihre Zeit, wenn sie gründlich gemacht sein wollen. (Landesrat Peltzmann: „Was ist nun mit den fremden Federn, die ihr euch aufgesteckt habt?“) Sie alle hätten keine Freude, wenn wir eine Neubewertung vorlegen, die nicht sehr gründlich und genau vorgenommen worden wäre. (Landesrat Bammer: „Sehr spät, sehr spät!“)

Ich darf nun, um meine Zeit nicht zu überziehen, zu den Fragen kommen, die die Herren Abgeordneten in diesem Hohen Haus zur Gruppe 6 gestellt haben.

Lieber Herr Bammer, bis zum Jahr 1966 war die Bundesregierung eine Koalitionsregierung und bis zum Jahr 1972 ist die Steiermärkische Landesregierung auf Grund der Landesverfassung eine Proporzregierung. Machen Sie sich das nicht so einfach. (Landesrat Bammer: „Aber immer OVP-Minister für Straßenbau und OVP-Regierungsmitglieder für Landesstraßenbau!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Da waren Sie ja dabei!“) Wie ich Ihnen vorgelesen habe, was in der Steiermark schon geschehen ist, haben Sie gemeint, man soll damit aufhören. (Unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Der Abgeordnete Dr. Götz hat sich insbesondere bezogen auf die Katastrophenschäden in der Oststeiermark. Ich kann ihm sagen, daß das heurige Katastrophenjahr, das uns 742 Millionen Schäden gebracht hat, natürlich in den Rekultivierungsmaßnahmen, in den Wiederwohnbarmachungsmaßnahmen, aber auch bei den Entschädigungen so weit gediehen ist, daß wir über 70 Millionen Schilling einsetzen konnten. Wir haben über 10.000 Einzelschadensfälle bereits bearbeitet. Ich kann Ihnen sagen, daß wir wirklich dahinter waren, wir haben in keinem Katastrophenjahr bisher eine so große Zahl von Einzelentschädigungen auch schon auszahlen können und werden die 6000, die noch etwa

vorliegen, natürlich im raschesten Tempo zur Auszahlung bringen, weil uns ganz klar ist, daß die Schäden, die die Menschen erlitten, raschest auch wiedergutmacht werden müssen und dort, wo sie noch nicht wiedergutmacht werden konnten, wiedergutzumachen sein werden. Die Fragen des Herrn Abgeordneten Heidinger Gerhard im Zusammenhang mit der Raumordnung hat der Herr Landeshauptmann beantwortet. Er hat mir darüber hinaus ein Schreiben eines Abgeordneten aus der Oststeiermark auf den Tisch gelegt. Wünschen Sie, Herr Abgeordneter, daß ich dazu Stellung nehme? (Abg. Gerhard Heidinger: „Wenn Sie wollen!“) Ich kann Ihnen gerne daraufhin sagen, daß der Abgeordnete, den Sie angesprochen haben, genauso wie der Bürgermeister dieser Gemeinde, derselben Gemeinde, den Sie auch kennen, mehrmals vorgeprochen hat. Der Bürgermeister dieser Gemeinde übrigens auch in anderen Angelegenheiten. Wir haben selbstverständlich wie bei jeder Art von Intervention, bei jeder Art von Vorsprache, ob das Abgeordnete, Bürgermeister oder auch einfach Betroffene sind, wir haben in jedem dieser Fälle sofort geprüft und wir haben selbstverständlich versucht, rasch Abhilfe zu schaffen. Nichts anderes ist in diesem gleichen Falle geschehen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Aber etwas ganz anderes steht drinnen. Hier steht genau drinnen, ... daß nach Feststellung des gerichtlich beeedeten Sachverständigen über Antrag des Herrn Landesrates Dr. Josef Krainer und nach meiner Befürwortung ...“ usw.!) Nichts als die Wahrheit. So war es. Genau so. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist eine Protektionswirtschaft!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Solche Schreiben gibt es von jeder Partei!“ — Abg. Schrammel: „Du warst damals auf Urlaub am Meer!“ — Präsident: „Herr Landesrat, ich bitte fortzusetzen!“) Das ist nichts anderes als eine Wiedergabe des wirklichen Ablaufes. Schauen Sie, der Bürgermeister, von dem ich gesprochen habe, ist ein Kollege aus Ihrer Fraktion, der ist bei mir in der Sprechstunde gewesen und selbstverständlich haben wir uns der Sache angenommen. Was hat er denn gesagt dort? Das, was jeder sagt, der vorspricht, „Das ist ein Mensch, den es arg getroffen hat, bitte, schauen Sie dazu, daß die Sache so rasch als möglich in Ordnung geht.“ Gar nichts war sonst. Ich weiß ja nicht, was er sich denkt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie kriegen nur was, wenn ein Abgeordneter das befürwortet!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Präsident: „Herr Landesrat, ich bitte, sich nicht immer stören zu lassen!“) Meine Damen und Herren! Ich möchte nur wissen, Herr Abgeordneter Heidinger, was Sie jemandem schreiben, der Sie vorher gebeten hat, sich für eine Sache einzusetzen? Ich nehme an, daß Sie ihm auch das schreiben, was geschehen ist. (Abg. Gerhard Heidinger: „Da steht aber was anderes drinnen! Es dreht sich darum, daß hier steht, daß nach meiner Befürwortung die Landesregierung beschlossen hat“, das ist es. Denn ich glaube, daß die Landesregierung auch ohne ‚meine Befürwortung‘, wie es da drinnen steht, etwas beschließt!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Ein bisserl Weihrauch war das!“ — Glockenzeichen. — Präsident: „Meine Herren Abgeordneten, das zeitliche Ausmaß Ihrer Zwischen-

rufe geht über die gewöhnlichen Ausmaße hinaus. Ich bitte, die Zwischenrufe nicht in Zwischenreden ausarten zu lassen!“)

Die Landesregierung entscheidet nicht nach Befürwortung von Abgeordneten (Abg. Gerhard Heidinger: „Ach so?“) weder Ihrer noch dieser Fraktion, sondern die Landesregierung entscheidet nach dem Gutachten des gerichtlich beeedeten Sachverständigen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Strenitz: „Auf Grund der Gesetze muß sie entscheiden!“) Sie aber können in Zukunft genauso wie in der Vergangenheit jeden befürworten, den Sie befürworten wollen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Und Sie werden mir jeden meiner Wünsche erfüllen?“) Wenn er erfüllbar ist, Herr Abgeordneter Heidinger, dann wird er selbstverständlich erfüllt. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das war ein Eigentor, Herr Abgeordneter Heidinger!“) Ich könnte Ihnen dazu auch einige Unterlagen liefern. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ja, ich auch! Herr Landesrat, ich bitte Sie, daß Sie mir diesen Brief retournieren!“) Gerne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sache mit der Südautobahn haben wir schon angesprochen, die Abgeordnete Lind gemeint hat und die Regulierung der Hochwasserschäden in der Obersteiermark, die der Abgeordnete Pichler angezogen hat, wird selbstverständlich im Rahmen des Schwerpunktprogramms möglichst so durchgeführt, daß sowohl der Flußbau als auch die Wildbachverbauung dafür besorgt sein wird. Zügig, durchgehend, regulieren! Ja, gerade der von Ihnen angesprochene Fall Sankt Margarethen — den haben Sie vermutlich gemeint — beweist uns ja, daß die heurige Hochwassersituation in einer solchen Gegend einfach auch mit diesen guten Schutzbauten nicht bewältigt werden konnte. Das ist auch die Tragik jeglichen menschlichen Tuns, das auch dann, wenn es sehr vorsorglich geschieht und wenn also dort eine Verbauung vorgenommen wurde, die sich im Grund genommen für ein 50jähriges Hochwasser eignen müßte, nicht ausreicht.

Der Herr Abgeordnete Preamberger hat zum Problem des Stahlbaues beim Brückenbau gesprochen. Ich kann verstehen, daß ihn das besonders berührt, als Betriebsrat auch des großen Stahlbauunternehmens, dem er angehört. Ich möchte ihm nur folgendes dazu sagen: Das ist zunächst eine Frage der Kosten. Wir haben bei sechs Brücken der Bundesstraßenverwaltung-Autobahn Stahl verwendet, wir haben bei weiteren 14 Brücken, da ein Wahlangebot vorlag, jedoch die Anbotspreise der Betonbrücken zum Teil sehr wesentlich günstiger waren — in einem Fall lag sie bei 19 zu 26 Millionen —, natürlich dem Bestbieter den Vorzug zu geben gehabt.

Aber, Herr Abgeordneter, bei 24 Objekten — und ich glaube, Sie könnten das auch weitergeben — bei denen eine Stahlkonstruktion möglich gewesen wäre, ist von seiten der Stahlbauunternehmen gar kein Angebot gelegt worden. Es ist das natürlich auch eine Frage der konjunkturellen Situation. Zu gewissen Zeiten erscheint es den Stahlbauunternehmen durchaus sinnvoll anzubieten und zu anderen Zeiten ist das Interesse natürlich geringer und ich kann Ihnen das von Fall zu Fall zeigen. Wir haben im übrigen

gerade beim Stahlbeton und bei den Spannbetonbrücken eine enorme Menge an Betonstahl — Stabstahl — zum Einbau gebracht. Und das ist vorwiegend steirischer Stahl, wie sie wissen, während ja andere Stahlbaukonstruktionen nicht immer nur aus steirischem Stahl gebaut werden. Aber das nur am Rande in diesem Zusammenhang. (Abg. Preamberger: „Den Hochbau habe ich auch erwähnt; Feuerchutz und Hochbau!“) Durchaus. Und ich möchte Ihnen abschließend sagen, Herr Abgeordneter Preamberger, wir haben gerade auch bei der Eröffnung Ihres Labors Gelegenheit gehabt, mit den Herren Ihrer Direktion zu reden, und wir werden uns selbstverständlich immer um eine offene Diskussion dieser auch technischen Fragen bemühen, und wenn sich von der Vergabeordnung her die Möglichkeit ergibt, dann würden wir uns freuen, wenn es zu einer engeren Kooperation kommen kann. Das gilt ja nicht nur für Ihren Betrieb, sondern ganz allgemein.

Der Herr Abgeordnete Dr. Eberdorfer hat den Dank an den Landeshygieniker Professor Dr. Möse ausgesprochen, den man nur voll und ganz unterstreichen kann. Ich möchte in diesem Zusammenhang übrigens sagen, daß nun die Vorbereitungen — der Herr Abgeordnete Götz ist nicht anwesend — für das große Gutachten über das Grazer Straßennetz und die Fragen der Trassenführung der Pyhrnautobahn durch Graz oder in einer Umfahrungsvariante unter dem Vorsitz von Herrn Professor Möse im Hinblick auf die Umwelthygiene und auf den Umweltschutz getroffen sind, daß diese Fragen gewissenhaft geprüft werden und wir hoffen, daß mit diesem Gutachten eine weitere sachliche Unterlage zur Verfügung steht.

Der Herr Abgeordnete Laurich hat über die „Todesstraße“, die B 67, gesprochen und die einzelnen Zählstellen angeführt. Ich möchte ihm nur noch sagen, er hat Gott sei Dank keinen Anlaß, die Südautobahn gegen die Pyhrnautobahn auszuspielen. Wir werden beide gemäß den Prioritäten, die festgesetzt wurden, ausbauen. Und wir haben selbstverständlich gerade auch das, was den Pyhrntunnel anlangt, dieses Stück, das den Ennstalern und uns allen sehr am Herzen liegt, wir haben gerade darüber mit dem Bautenminister selber Gespräche geführt. Es hat der Abgeordnete Letmaier im vorigen Jahr im Nationalrat einen Antrag eingebracht und es hat unser Herr Landeshauptmann beim Spatenstich für den Gleinalmtunnel diese Frage neuerdings aufs Tapet gebracht. Schließlich ist jetzt auch ein gemeinsamer Antrag der Parteien dieses Hauses zustande gekommen.

Wollen wir hoffen, daß mit dieser Art der Sonderfinanzierung ähnlich wie beim Gleinalmtunnel auch da ein echter rascher Fortschritt gegeben sein kann.

Der Herr Abgeordnete Prenner, der über die allgemeinen Fragen des Flußbaues und des Hochwassers gesprochen hat, mag sich mit der Antwort bescheiden, die im Zusammenhang mit der Lafnitzregulierung auch der Abgeordnete Heidinger angesprochen hat, daß nämlich wir es waren, die die Gespräche mit der burgenländischen Landesregierung und dem Landwirtschaftsministerium in Gang gebracht haben, daß die gesamtwasserwirtschaftliche

Studie in Kürze vorliegen wird und daß es an den Ländern Burgenland und auch an uns liegen wird, mit den Realisierungen all dieser Projekte auch wirklich voranzukommen. Ganz allgemein kann man sagen, daß die Flußbaumittel ebenso wie die Mittel für die Wildbachverbauung ganz entscheidend aufgestockt werden müssen in der Zukunft, wenn wir mit dem Schwerpunktprogramm, das wir erarbeitet haben, auch in absehbarer Zeit zu einer Realisierung kommen wollen. Ich möchte auch dazu sagen, daß wir im heurigen Landesbudget beim Flußbau 24 Millionen Schilling mehr einsetzen konnten und ebenso bei der Wildbachverbauung um 25 % mehr Mittel zur Verfügung haben werden. Das wird uns die Möglichkeit geben, gerade auf diesem Gebiet um einige entscheidende Schritte voranzukommen.

Der Herr Abgeordnete Preitler hat über die Bahnunterführung bei Gratwein gesprochen. Sie wissen, daß wir eine Studie in Auftrag gegeben haben. Es handelt sich um ein sehr kompliziertes Bauwerk. Es ist auch die Frage, wo man es situieren soll, außerordentlich schwierig zu lösen, daher wird eine gründliche Vorarbeit notwendig sein. Auf jeden Fall ist sie in Angriff genommen. Hinsichtlich des Röttschbaches habe ich Ihnen schon im Finanz-Ausschuß geantwortet, daß auch hier zwei Varianten zur Diskussion stehen. Wir sind in dieser Frage dran, zu einer Absprache hinsichtlich der Realisierung zu kommen. Was die Brücke von Gratwein über die Mur anlangt, so möchte ich auf keinen Fall die berühmte steirische Geschichte wiederholen, die sich einmal abgespielt haben soll, nämlich eine Brücke dort versprochen zu haben, wo nicht einmal ein Bach war. Hier würde zweifellos eine Brücke sinnvoll sein. Aber es ist im gegenwärtigen Augenblick nicht damit zu rechnen, daß wir an die Realisierung einer solchen Brücke schreiten können. Wir werden auch diese Frage einer Studie zu unterziehen haben.

Die S-Straße von Thalheim ins obere Murtal hinüber zur Tauernautobahn, die der Abgeordnete Ritzinger angesprochen hat, wird ebenso studiert wie auch die Neumarkter Frage, die natürlich eine sehr wichtige Frage ist.

Der Herr Abgeordnete Hammerl, der über die Fragen des Straßenausbaues in Graz gesprochen hat, bekommt, wie ich hoffe, eine befriedigende Antwort. Wir bauen die Mariatroster Brücke, die Sie angesprochen haben. Der dritte Gürtel ist in der Neubewertung enthalten. Er wird auf Grund des besonderen Verkehrsverteilungsfalles vermutlich positiv zu bewerten sein. Sollte es im endgültigen Ergebnis so sein, dann kann ich Ihnen sagen, daß wir uns selbstverständlich dafür einsetzen werden, daß dieser Gürtel tatsächlich übernommen werden kann. Es hat mich übrigens der Herr Vizebürgermeister Stöffler gleich nach meinem Amtsantritt auf diese Frage aufmerksam gemacht. Wir haben darüber hinaus auch für Graz im heurigen Landesstraßenprogramm einige wichtige Bauten vorgesehen, so daß wir auch in diesem Zusammenhang, glaube ich, ein erfreuliches Ergebnis berichten können, nämlich eine Dotierung von 16,6 Millionen Schilling. Wir hoffen auch, mit den Schwarzdeckenerneuerungen so weit fortzuschreiten, daß bis zum Jahr 1978 in einem entsprechenden Ausbau auch eine 100 %ige

Fertigstellung auf diesem Sektor erfolgen kann. (Abg. Hammerl: „Notwendig wäre die Koordinierung mit der Stadt Graz wegen der Gehsteige und Verkehrsanlagen!“) Das ist keine Frage. Meine Herren sagen immer wieder, daß Gespräche auf diesem Gebiet geführt werden. Auch der Abgeordnete Prensberger hat im Ausschuß die Frage der Fußgängerunterführungen angesprochen. Sie wissen, daß es hier zu einer Aufteilung der Kosten kommt. Das ist immer wieder eine Frage, für die zunächst der Magistrat der Gemeinde Graz zuständig ist.

Der Abgeordnete Lackner hat die Ennstal S-Straße angesprochen. Wir haben eine ausführliche Diskussion in der vorigen Woche im Ennstal darüber geführt. Es ist durchaus verständlich, daß die Bauern bemüht sind, gewisse Trassenführungen abzuwenden, vor allem dann, wenn es sich um fruchtbaren Boden handelt. Wir haben aber die Korridorstudie jetzt einmal zur Verfügung. Es wird natürlich im Detail verhandelt werden und zunächst ist es in der Prioritätenreihung so, daß wir uns bemühen, die Planung so rasch als möglich fertigzustellen, insbesondere aber auch die Umfahrung Gröbming nach der jetzigen Bundesstraße in einem kleinen Umfahungsweg zu führen, damit wir die wichtigsten Verkehrsengpässe in diesem Tal zu beseitigen vermögen. Die Lahnsattelbundesstraße wird heuer mit 8 Millionen Schilling zur Ausschaltung der Flarnhoferhöhe dotiert sein.

Für die Ortsdurchfahrt in Neuberg sind 1,5 Millionen Schilling eingesetzt.

Hinsichtlich der Unterführung bei der Handelsakademie Bruck werden 1973 50 % der Bund und 50 % die Gemeinde Bruck zur Verfügung zu stellen haben. Derzeit wird über Wunsch der Gemeinde Bruck umgeplant, Herr Abgeordneter Professor Eichtinger. Die Umfahrung Kindberg ist im generellen Projekt fertig. Sie ist auch in der Prioritätenliste weit nach vorne gereiht, weil natürlich dort ein ganz schwieriges Problem vorliegt.

Dem Herrn Abgeordneten Schrammel kann ich sagen, daß wir die Unterführung beim Krankenhaus Hartberg heuer beginnen werden. Sie ist im wesentlichen fertiggeplant. Wir hoffen, daß damit auch eine wichtige Kreuzung gerade auf der Wechselbundesstraße bestens unterfahren werden kann.

Schließlich und endlich hat der Herr Abgeordnete Loidl noch einmal die Frage der Baupreise angesprochen, auf die wir kurz eingegangen sind. Natürlich ist das Hauptproblem, wie Sie wissen, neben der Bekämpfung der allgemeinen Teuerung durchaus auch darin zu suchen, daß rationalisiert werden kann. Das aber wiederum ist nur dann möglich, wenn rechtzeitig ausgeschrieben werden kann, wenn entsprechend große Baulose vergeben werden können und wenn auch die Kooperation unter den Firmen in einem optimalen Maß erfolgt. Zu diesem Punkt muß man sagen, daß der vom Bautenministerium ergangene Erlaß vom 5. Oktober dieses Jahres und die Umrechnung der Mehrwertsteuer es nicht möglich machen werden, daß wir im Jahr 1973 einem solchen Verfahren näher kommen werden. Im Gegenteil! Sie wissen ganz genau, daß mit einem Aufstau zu rechnen sein wird und daß wir daher in den Monaten, die nach dem März liegen, nicht unbedingt damit rechnen können, diesen Wünschen,

die wir alle miteinander hätten, sehr viel näher zu kommen.

Ich möchte abschließend — so wie das gestern vom Herrn Spitalsreferenten geschehen ist —, vor allem jenen Herren danken, die heuer die Pensionsgrenze erreichen. Es sind dies bei uns Herr Hofrat Dipl.-Ing. Pinter von der Brückenbauabteilung, Herr Hofrat Dipl.-Ing. Dub von der Flußbauabteilung, Herr Hofrat Dipl.-Ing. Bäumel vom Straßenbauamt Graz und Herr Hofrat Dipl.-Ing. Meischler von der Baubezirksleitung Feldbach. Mit ihnen zusammen treten auch viele weitere Bedienstete, Arbeiter und Beamte des Landesbauamtes in den Ruhestand. Ihnen allen möchten wir selbstverständlich unseren herzlichen Dank für die Arbeit sagen, die sie im Interesse des Landes und seiner Bürger erbracht haben und in diesen Dank alle jene einschließen, die dazu beigetragen haben, daß wir die Möglichkeit haben, gerade auch im Landesbudget im nächsten Jahr mit den vielen Arbeiten auf allen Gebieten des Hoch- und Tiefbaues und Flußbaues fortzufahren, nicht zuletzt dem steirischen Steuerzahler! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort zum Schlußwort.

**Abg. Seidl:** Meine Damen und Herren! Ich darf stellvertretend den ersten Antrag wiederholen und sie ersuchen, die Ansätze der Budgetgruppe 6 zu genehmigen.

**Präsident:** Wer den Ansätzen zu den Posten der Gruppe 6 zustimmt, möge ein Händezeichen geben. (Geschieht.) Die Gruppe 6 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 7 „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderungen“. Berichterstatter ist Abgeordneter Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ritzinger:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 7 „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“ umspannt einen sehr weiten Bogen der Förderungseinrichtungen, angefangen von unseren Feuerwehren, den Einrichtungen des Katastrophendienstes, der Förderung unserer Landwirtschaft, der Förderung der bäuerlichen Berufsschulen, der Förderung der Fachschulen bis zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Verkehrsförderung, der Förderung des Fremdenverkehrs und der Förderung der Industrie. Neue Ansätze in der Gruppe 7 gibt es im Unterabschnitt 731, und zwar „Förderung der Einrichtung von Telefonanschlüssen im ländlichen Raum“ mit 1 Million Schilling, im Unterabschnitt 751, „Allgemeine Förderung der gewerblichen Wirtschaft“, und zwar „Junge Unternehmer — Existenzgründungsaktion“ 3 Millionen Schilling, „Böhler-Umschulung“ 4 Millionen Schilling und im Unterabschnitt 779 „Förderungsbeiträge für die Bettenaktion“ in der Höhe von 3 Millionen Schilling.

Die Gruppe 7 „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“ weist auf: Einnahmen in der Höhe von 103,668.000 Schilling und Ausgaben in der Höhe von 450,290.000 Schilling. Das sind bei

den Ausgaben gegenüber dem Jahr 1972 um 83,033.000 mehr.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner Sitzung am 2. Dezember 1972 sehr eingehend mit der Gruppe 7 beschäftigt und ich ersuche um die Annahme der Ansätze für das Jahr 1973.

**Zweiter Präsident Heschitz:** Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, auch in der Gruppe 7 die Spezialdebatte zu unterteilen. Als erster Teil soll Land- und Forstwirtschaft behandelt werden, als zweiter Teil Fremdenverkehr, Wirtschaftsförderung und Feuerwehr.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Ich stelle fest, daß dies nicht der Fall ist.

Wir beginnen mit dem ersten Teil, „Land- und Forstwirtschaft“. Zu Worte gemeldet ist als erster der Abgeordnete Karrer, nach ihm der Abgeordnete Schön.

(Abg. Karrer und Schön nicht anwesend.)

Das Wort hat Abg. Koiner.

**Abg. Koiner:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Kapitel „Förderung der Land- und Forstwirtschaft“ umfaßt ja eine Reihe von Unterabschnitten und ich glaube, es ist angebracht, wenn man sich mit dieser Förderung durch das Landesbudget befaßt, um sich einige Gedanken über die Lage der Landwirtschaft zu machen. Wobei ich gerne eingestehe, daß dies nicht sehr leicht ist, deswegen nicht sehr leicht, weil es zwei Standpunkte gibt, die Landwirtschaft zu betrachten. Einen recht subjektiven, wenn man mitten in der Landwirtschaft steht und einen, wenn man außen steht. Und beide Betrachtungsweisen haben ihre Vor- und Nachteile. Und den Mittelweg nun zu finden, etwa die Übersicht von der Gesamtwirtschaft her zu haben, und auf der anderen Seite die Details auch zu kennen, die halt in der Land- und Forstwirtschaft notwendig sind, das ist ein sehr schwieriges Unterfangen.

Ich möchte nur versuchen, etwa einen Mittelweg hier zu finden und ich glaube, daß es eine gewisse Kontrollmöglichkeit war, vor drei Tagen in Brüssel zu sein, um nun auch zu sehen, wie in den anderen Ländern, vor allem im großen Wirtschaftsbereich der EWG mit ihren 250 Millionen Menschen, die Dinge betrachtet werden. Eines hat mich eigentlich überrascht, daß die Wege, die dort eingeschlagen werden, daß also die Möglichkeiten zur Lösung der ganzen Lage sich im wesentlichen nicht unterscheiden etwa von dem Weg, den man sich in Österreich vorstellt, und daß hier eine überraschend große Übereinstimmung zu erkennen ist. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen noch darauf zu sprechen kommen.

Und wenn man nach der Überschrift, nach dem Wesentlichen fragt, was die Landwirtschaft in der derzeitigen Situation am ehesten oder vordringlichsten kennzeichnet, so ist das, glaube ich — ohne jetzt auf Politik und derzeitige Regierung einzugehen —, de facto die Preisdisparität, also das Auseinanderklaffen der Preise für die erzeugten landwirtschaftlichen Produkte und für die Bedarfsgüter,

die die Land- und Forstwirtschaft einkaufen muß. Und auch das ist keine auf Österreich beschränkte Angelegenheit, sondern sie ist im ganzen EWG-Bereich festzustellen und es ist eine Zahl, die von seiten der EWG bekannt wird, die aber von Österreich nicht zu erreichen war, aber sie wird sich, glaube ich, doch realistischerweise ähnlich darstellen. Der stellvertretende Generaldirektor der Abteilung Landwirtschaft hat folgende Aussage gemacht: Im Preisvergleich 1964 zu 1972 ist bei Berücksichtigung der Geldwertverdünnung festzustellen, daß die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in der EWG real um 16% abgenommen haben. Es ist dies eine Zahl, die eigentlich sehr, sehr verblüfft, aber ich habe keine Zahlen für Österreich zur Verfügung. Ich glaube aber, daß sie sich in ähnlichen Bahnen oder Größenordnungen bewegen werden. Nun ist das ein Problem für die Landwirtschaft. Wir fragen uns oft nach den Ursachen. Was sind denn eigentlich die Ursachen dieser für die Landwirtschaft recht schmerzlichen Vorgangsweise? Ich glaube, es gibt einige Erklärungen dafür. Erstens: Die Forderung einer doch breiten Konsumentenschaft nach billigen Nahrungsmittelpreisen. Wobei ich oft der Meinung bin, daß man die Konsumentenpreise meint und daß man in der Realisierung dieser Tatsache dann leider Gottes nur auf die Erzeugerpreise Rücksicht nimmt. Eine Tatsache, die wir oft recht schmerzlich vermerken. Wir wissen, daß natürlich die Lebensmittelpreise in bestimmten Kategorien für den Konsumenten nicht niedrig sind. Aber wir müssen leider Gottes auch feststellen, daß die Erzeugerlöhne für die Land- und Forstwirtschaft oft in einem sehr ungünstigen Verhältnis zu diesen von den Konsumenten bezahlten Preisen liegen.

Eine zweite Begründung für die Tatsache der Disparität ist eine gewisse Überschusserzeugung in bestimmten Teilbereichen.

Eine dritte ist die Konkurrenzierung mit an und für sich nicht vergleichbaren Ländern. Ich meine etwa Länder, die nicht eine Marktwirtschaft in unserem westlichen Sinn haben oder auch mit Ländern aus den Entwicklungsgebieten, die ganz andere soziale Verhältnisse haben als wir in Österreich. Eine der Ursachen ist das Fehlen des Druckes der Arbeitnehmerseite in der Landwirtschaft. Schauen Sie, es ist halt oft so, daß auch der Druck der Arbeitnehmerseite in bestimmten Bereichen über die Paritätische Kommission leicht eine Anhebung des Preisniveaus bringt und unter solchen Aspekten ein solches Anheben zu erreichen ist. In der Land- und Forstwirtschaft haben wir im großen Bereich Familienbetriebe ohne wesentliche Fremdarbeitskräfte. (Landesrat Gruber: „Das mußt du halt gewerkschaftlich organisieren lassen!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Bei welcher Gewerkschaft soll er das denn tun?“) Herr Landesrat, diejenigen Betriebe, die auf diesem Gebiet auch gewerkschaftlich organisiert sind, werden ja auch von gewisser Seite immer wieder als ein Übel hingestellt, als die großen Betriebe und man will auf dieser Basis keine realen Kalkulationen aufbauen. (Landesrat Gruber: „Darüber müssen wir einmal reden, das wäre ein sehr interessantes Kapitel!“) Bin gerne bereit, Herr

Landesrat. (Abg. Schrammel: „Nur sind die Bauern besser organisiert!“ — Landesrat Gruber: „Sie haben jetzt nicht aufgepaßt, Herr Kollege Schrammel!“)

Das sind einige der Gründe, die zu diesem für die Landwirtschaft recht unangenehmen Ergebnis der Preisdisparität geführt haben. Leider Gottes ist folgendes zu bemerken. Länder, die mit uns nicht ganz vergleichbar sind, die ein Niedrigpreisniveau auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung haben, werden immer wieder auch dazu verwendet, um zu verdeutschen, daß die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte an und für sich in Österreich nicht niedrig sind. Während auf der anderen Seite, dort wo die echten Chancen bestehen hier Preise zu erzielen, etwa in der Verfolgung der Politik, wie sie in der Marktordnung festgelegt ist, natürlich auch eine Ausnützung der entsprechenden guten Lage der Landwirtschaft dann vorenthalten wird im Interesse des heimischen Konsumenten. Z. B. momentan auf der Rindfleischseite. Dazu möchte ich auch etwas sagen, wenn man in gewissen Bereichen von solchen Überschüssen redet. Die Aussage, die hier verblüffend ist, die aber stimmt, sagt folgendes: Wenn es gelingen würde, gar nicht auf die Entwicklungsländer abgestimmt, etwa auf die Tatsache, daß dort die Leute hungern. Man ist sich auch in den Bereichen des internationalen Sozialismus darüber einig, daß es niemand verkraften könnte, hier die überschüssigen Lebensmittel kostenlos hinzuliefern und dort letzten Endes die Bevölkerung nicht verhungern zu lassen. Das sind Größenordnungen, die auch dieses Maß übersteigen.

Wenn es gelingen würde, allein nur Indien zum Essen zu bringen, und wenn es gelingen würde, Japan davon zu überzeugen, daß nicht nur die Liberalisierung der Industrieproduktion und der Verkauf auf der Welt ein Problem sind, sondern daß es auch für die Landwirtschaft gilt und wenn drittens gewisse protektionistische Einstellungen etwa der USA gerade in bezug auf die Molkereiprodukte hier sich ändern würden, wo sie auf der anderen Seite gerade auf dem Futtergetreidesektor in der EWG die umgekehrte Haltung einnehmen, würde es keine Überschüsse mehr auf dieser Welt geben. Das muß man doch auch einmal sagen, um gerade die Überschussituation etwas besser und sachlicher zu beleuchten.

Eines ist dazu zu sagen. Sosehr der Preis einen Ausschlag gibt auf die Lage der Landwirtschaft, so sehr — und das möchte ich in aller Klarheit sagen — kann die Preispolitik allein die Lage der Landwirtschaft nicht wesentlich begünstigen. Daß sie dazu gehört, darüber besteht kein Zweifel. Der Preis in der Struktur, wie sie die steirische und österreichische Landwirtschaft hat, ist faktisch in weiten Bereichen nicht so sehr ein Entgelt für das Kapital, das eingesetzt wird, als für die Arbeitsleistung, die erbracht wird. Hier glaube ich, hat genauso der Arbeitnehmer einen Anspruch gerecht entlohnt zu werden, wie auch der Unternehmer oder sprich „Unternehmer“ im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Preis gehört dazu. Er ist aber allein nicht in der Lage, wie gesagt, die Landwirtschaft in der Grundkonzeption wesentlich zu verbessern. Das ist eine Erkenntnis, die heute über gesamt Westeuropa

verbreitet ist, wo wir uns in keinem Gegensatz befinden etwa zu den Auffassungen, die man sehr deutlich in der EWG hört.

Nun war es interessant, als man erkannt hat, daß die Preise allein nicht die Lage der Landwirtschaft beeinflussen, daß im Bereich der EWG zuerst die Meinung aufgekommen ist, man müßte das über die Struktur versuchen. Ich kann mich noch sehr genau erinnern, wie 1968 dieses Memorandum herausgekommen ist, eine Diskussionsgrundlage, wie weit man die Struktur der Landwirtschaft verändern müßte, um zu einer Verbesserung der Lage zu kommen. Da hat es dann große Meinungsunterschiede gegeben. Inzwischen ist man auch in der EWG sehr bald darauf gekommen, daß auch die Strukturänderung in der Landwirtschaft nicht ausreicht, in Verbindung mit der Preisgestaltung, um die Lage der Landwirtschaft in die Richtung zu lenken, in der man sie eigentlich haben will. Eine Tatsache, der Rechnung getragen worden ist durch die Richtlinien, die die EWG im Mai dieses Jahres erlassen hat, wo auf einmal herauskommt, ja Preis, ja Struktur, aber auch die Grenzen dieser Angelegenheit. Man ist z. B. der Meinung, daß Deutschland, das im Hinblick auf die natürlichen Gegebenheiten wesentlich günstiger vom landwirtschaftlichen Faktor zu beurteilen ist als das gebirgige Österreich, Gebiete nur hat im Ausmaß von 35 %, wo die Lage, die Änderung der Struktur, ein vergleichbares Einkommen ermöglichen würde. 65 % nicht in der Lage. Ich glaube, man ist Realist, wenn man diese Zahl für Österreich mit 20 bis 25 % vielleicht hinbringt. Wir haben einige Gebiete, wo das möglich wäre. Weite Bereiche in Österreich stellen sich so dar, daß das nicht möglich war. Nun interessant, daß man zu ganz gleichen Auffassungen gekommen ist, was dann noch notwendig wäre, um die Lage der Landwirtschaft in die gewünschte Richtung zu bringen. Es ist eindeutig, daß etwa die Bildungspolitik, die Ausbildung des Betriebsführers auch in der EWG der Faktor Nummer eins ist und daß man überzeugt davon ist, daß zur Führung eines Betriebes die entsprechende Ausbildung gehört und daß es einfach unumgänglich notwendig ist, daß dieser zukünftige Betriebsführer diese entsprechende Ausbildung erhält. Der weitere Bereich auch gleich. Die Sozialpolitik gehört dazu. Sie nimmt ja in weiten Bereichen eine fast günstigere Entwicklung auch in der Land- und Forstwirtschaft, nämlich die Einkommen aus diesen sozialpolitischen Maßnahmen, als wie das über die Preise möglich ist. Auch ein recht deutlicher Hinweis und einer der wichtigsten Faktoren, der zweifellos dazugekommen ist in der EWG — wir haben es seit längerem gesagt — ist also, daß die Regionalpolitik und die regionale Entwicklung der ländlichen Gebiete und des ländlichen Raumes einer der Faktoren ist, die es uns ermöglichen, etwa die Lage des Menschen in der Landwirtschaft zu verbessern. Wir glauben, wenn man eine Überschrift suchen würde, man ist lange Zeit der Meinung gewesen, das Wichtigste wäre die Förderung der Landwirtschaft und nun ist man zu der Überzeugung gekommen, daß es wesentlich ist, den Menschen in der Landwirtschaft zu fördern. Und das ergibt in weiten Bereichen ein gewisses Umdenken.

Wir möchten also von unserer Seite her mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir diese regionale Entwicklung als ein für die Landwirtschaft wesentliches Kapitel betrachten und wir die Beträge, die sowohl im Bundes- als auch im Landesbudget dafür vorgesehen sind, als eine echte Förderung der Land- und Forstwirtschaft, das heißt, des Menschen in der Land- und Forstwirtschaft betrachten, weil wir glauben, daß in diesen Bereichen ein entsprechend kombiniertes Einkommen erst die Äquivalente in der Einkommenslage ermöglichen wird.

Das Land hat hier an und für sich große Beträge vorgesehen und wir sind sehr froh, daß doch hier die Auffassung deutlich wird, in allen Kreisen dieses Landtages, daß es notwendig sein wird, die Zielsetzung, wo man diese Beträge hingeben wird, den einzelnen Regionen entsprechend auszubauen.

Nun, die EWG hat ja die Vorstellung, daß etwa ein vergleichbares Einkommen, das bei einer Arbeitsleistung von 2300 Arbeitsstunden je Jahr liegt, das Erstrebenswerte ist. Ich glaube, daß wir uns hier durchaus in der gleichen Richtung bewegen. Wir meinen, daß mit der Möglichkeit des Zu- und Nebenerwerbs in der Landwirtschaft in weiten Gebieten der Steiermark dadurch, daß der Mann einer anderen Arbeit nachgeht, die Frau nun nicht in der Lage ist, die gesamten Arbeiten zu übernehmen. Das ergibt keine entsprechenden Aussichten, hier muß also die Änderung in der Art der Landbewirtschaftung vor sich gehen, etwa durch eine Extensivierung oder ein Umschalten auf einen Betriebszweig, bei dem die zu Hause verbleibende Frau noch die Arbeit des Mannes, der nicht mehr da ist, zusätzlich leisten kann.

Soweit also ein allgemeiner Ausblick auf diese Angelegenheit, und nun möchte ich sagen, in der Realisierung dieser Vorstellungen, wie wir sie haben in diesen fünf Punkten, sind wir natürlich auf Bund und Land angewiesen. Die Zahlen, die das Land hier vorsieht, liegen Ihnen ja im Voranschlag vor. Sie bedeuten eine sehr schöne Summe von Schillingen und Millionen, die hier zur Verfügung gestellt werden, und auch im Bundesbudget — wie gesagt — sind namhafte Beträge vorgesehen. Wenn wir allerdings die Lage sehr realistisch beurteilen, dann müssen wir sagen, daß in den drei Kapiteln des Bundesbudgets, Förderung, Bergbau- und Sonderprogramm und Grüner Plan, gegenüber dem Jahr 1972 keine Erhöhung vorgenommen worden ist. Das ist also aus den Zahlen zu erkennen, und daß das natürlich bei der Geldwertverdünnung heißt, daß man real mit der gleichen Summe weniger machen kann als etwa im vergangenen Jahr, das ist ein Wermutstropfen, der uns in der Land- und Forstwirtschaft trifft.

Und nun ein paar Zahlen: Es sind die Studienbeihilfen und die Beratungen erhöht worden im Bundesbudget für die Land- und Forstwirtschaft und es ist besonders auffallend — mir besonders auffallend —, daß die forstlichen Maßnahmen doch eine sehr kräftige Verminderung erfahren haben und daß etwa für Schädlingsbekämpfung in diesen Dingen nichts vorgesehen ist.

Eine wesentliche Post scheint mir dann noch zu sein, daß im Regionalprogramm, im Grünen Plan und im Bergbauernprogramm insgesamt die Mittel

für die Verkehrserschließung leider Gottes wesentlich zurückgegangen sind. Es ist dies eine Summe von 15,3 Millionen Schilling und daß auch in der Regionalförderung um 25 Millionen Schilling weniger vorgesehen sind. Das ist schmerzlich, weil ich glaube, daß die moderne Entwicklung einfach bedingt, daß der Ausbau des ländlichen Wegenetzes so vorgenommen werden muß, daß der Mensch zu jeder Jahreszeit seinen Arbeitsplatz in der entsprechend günstigen Form erreicht.

Die Mittel sind dann praktisch umgeschichtet worden in die AIK-Zinsenzuschüsse, was sehr wesentlich ist, was uns dabei weh tut, ist, daß sie auf der anderen Seite — weil wir das auch als recht wichtig betrachten — wieder weggenommen worden sind. Es hat also insgesamt dann eine Erhöhung der Mittel für die Zinsenzuschüsse auf dem AIK-Sektor gegeben. Die Situation im nächsten Jahr auf dem AIK-Sektor ist allerdings eine scheußliche. Hier übertreibe ich nicht, wenn ich sage „scheußlich“. Wir haben für das heurige Jahr einen Überhang von etwa 500 bis 600 Millionen Schilling, wo also Anträge schon gestellt worden sind, die Mittel aber im Budget 1972 nicht vorhanden waren. Die werden also jetzt auf das Jahr 1973 übertragen und — was im Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung ja leider Gottes vorgesehen ist — eine Bindung von 15 Prozent der Ermessenskredite und eine Bindung von 20 Prozent der Ausgaben, die die Aufnahme von Krediten erleichtern, das wirkt sich natürlich gerade auf dem AIK-Sektor aus, so daß wir realistischere nach Abzug dieser 500 Millionen für das Jahr 1972 — wenn diese Bindungen bleiben — etwa ein Kreditvolumen von 700 bis 800 Millionen Schilling haben werden. Das heißt also, wir werden längstens im März oder April 1973 den Rahmen des AIK ausgeschöpft haben. Und das hängt sicherlich auch damit zusammen, daß noch vor einigen Jahren etwa die durchschnittliche Höhe der Agrarinvestitionskredite bei 30, 40, 45.000 Schilling gelegen ist und heuer bereits angestiegen ist — das ist eine Zahl, die ja in eurer Zeitung drinnen steht, zwar länderweise verschieden — auf 100.000 bis 200.000 Schilling, nur ein Land unter 100.000 Schilling, das letzte Land liegt eben bei 200.000 Schilling. Das gibt natürlich dann einen Rahmen, der nicht mehr befriedigt werden kann, wenn diese Mittel nicht erhöht werden.

Das sind also vielleicht doch die wesentlichen Dinge, die im Budget vorgesehen sind. Eine Reihe von Maßnahmen wird die Landwirtschaft im nächsten Jahr leider Gottes auch durch das sogenannte Stabilisierungspaket treffen. Ich glaube, ich bin richtig informiert, es steht heute in der Zeitung, daß das zweite Paket, das dazu gehört — Abkommen zwischen Bundeswirtschaftskammer und Gewerkschaftsbund —, noch nicht realisiert ist. Ich glaube, man hat die für gestern oder vorgestern vorgesehene Zusammenkunft verschoben. Ich habe das heute in der Zeitung gelesen. Aber der eine Teil des Paketes, den die Bundesregierung vorgelegt hat, sieht also, wie schon gesagt, diese Bindungen vor, die uns nicht angenehm sind, und man sieht vor allem natürlich auch eine Reihe von Maßnahmen vor auf dem Gebiete der Tarife und Gebühren, die uns wehtun. Gar keine Frage, daß etwa das Entgegen-

kommen des Bundes in bezug auf Tarife und Gebühren, wo auch die sich ergebenden Auswirkungen der Umsatzsteuerreform bei den Preisen von Tabak und Salz uns doch etwas dürrig erscheinen. Salz ist ein Artikel, der keine sehr große Bedeutung hat, daß aber andere Momente für uns sehr wesentlich sein werden. Das ist die Tatsache, daß die Mineralölangelegenheit nur auf kurze Zeit verschoben sein wird und daß im Paket der Regierung sich folgendes abzeichnet. Es ist gelungen, bis 31. Mai die Preise zu halten, daß aber das Ofenheizöl ab 1. Jänner 1973 sich um 15 Groschen verteuern wird. Am 1. Juni 1973 werden die Verbrauchspreise für Normalbenzin um 30 Groschen je Liter, für Superbenzin um 40 Groschen je Liter und für Dieselöl ebenfalls um 40 Groschen steigen bei einem Gleichbleiben der Höhe der Treibstoffverbilligung. Das heißt, wir haben momentan von der Landwirtschaft aus gesehen den weitaus höchsten Dieselölpreis in der westeuropäischen Welt und er wird um weitere 40 Groschen steigen. Die nächste Etappe wird am 1. Jänner 1974, diesmal für das Dieselöl nicht so hoch, eine weitere Verteuerung um 5 Groschen bringen, während Normal- und Superbenzin kräftiger steigen werden.

In der Sache der Wettbewerbspolitik sieht dieses Stabilisierungspaket die stärkere Einfuhr von Schweinen für die Zeit bis Jänner bzw. Schweinehälften bis März vor. Wir haben auch diesem Paket, selbstverständlich diesen Forderungen zugestimmt, weil wir die Lage auf diesem Sektor kennen. Es ist nicht unbekannt, daß wir bis Oktober im heurigen Jahr 400.000 Schweine eingeführt haben und daß nun bis Jänner noch zusätzlich 80.000 Schweine aus dem Ausland eingeführt werden sollen. Eine Forderung, die insbesondere die Vertreter der Arbeiterkammer sehr stark deponiert haben, weil sie wissen, daß die Lage auf dem internationalen Sektor nicht sehr günstig ist. Es ist nicht unbekannt, daß die Polen ihren Lieferverpflichtungen nicht nachgekommen sind, mit 1000 im Rückstand geblieben sind, weil sie von Rußland gezwungen werden, dorthin zu liefern; daß weiters die bulgarischen Schweine mit dem Preisniveau 23 Schilling je Kilogramm nach Portugal gegangen sind und daß die ganzen westlichen Länder von Rußland verhalten werden, stärkere Lieferungen nach dorthin vorzunehmen. Das Preisniveau steigt international sehr stark durch das Ansteigen des Fischmehls. Es ist nicht unbekannt, daß die Peruaner das Fangen von Fischen eingestellt haben, weil die zu klein waren. In kurzer Zeit sind die Preise für Fischmehl um über 100 Prozent gestiegen. Das wirkt sich weltweit aus. Die Nordländer sind bei einem Preisniveau von 28 Schilling angelangt bei den Schweinen. In Ungarn, auch nicht unbekannt den Vertretern der Arbeiterkammer, ist bereits in 7 Komitaten die Maul- und Klauenseuche, so daß man nicht weiß, wann man aus veterinärpolizeilichen Gründen die Lieferungen aus Ungarn wird sperren müssen. Deshalb von unserer Seite die Zustimmung mehr hereinzunehmen in der Zeit, wo wir es noch haben, als das für den österreichischen Markt unbedingt erforderlich ist, aber die Verpflichtung, dann im Preis zu intervenieren, wenn durch die Mehrereinnahme der Preis der einheimischen

Produktion unter das derzeitige Niveau fallen sollte. Hier hat es eine weitgehende Übereinstimmung gegeben. (Landesrat Gruber: „Fest steht, importierte Preissteigerungen!“) Ich muß sagen, auf dem Gebiet der Schweineerzeugung hat sich innerhalb von 2 Monaten die Lage wesentlich geändert. Wir sind froh, daß die einheimische Produktion praktisch bei diesem Preisniveau momentan hält, auf dem Wiener Markt sogar etwas gefallen ist. Ein deutlicher Hinweis darauf, daß es in manchen Zeiten ganz gut wäre, wenn man aus dem Ausland alles hereinnimmt, weil es billiger ist, aber dann, wenn die Krisensituation da ist, ist die verlässlichste und billigste Art Lebensmittel zu beschaffen, doch wieder die einheimische Produktion. (Landesrat Gruber: „Bestreiten wir nicht, Herr Präsident!“) Danke vielmals. Ich darf auch nicht über Gebühr die Zeit beanspruchen.

Ich möchte nur noch einen Hinweis geben auf das, was wir momentan übersehen können im Hinblick auf die Marktentwicklung. Die Milchmarktsituation stellt sich so dar, daß in weiten Bereichen der EWG ein namhafter Butterberg vorhanden ist, daß wir in Österreich keinen haben, daß uns aber die Auswirkungen des Eintritts Englands in die EWG auf der Bewertung unserer Exporte auf der Milchseite große Schwierigkeiten ab Februar machen werden. Hier ist kein sehr weites Entgegenkommen deswegen zu erwarten, weil die Haltung der alten EWG-Staaten sich nicht ändern wird. Sowohl Frankreich als auch Deutschland haben im Hinblick auf ihre eigene Situation nicht die Absicht, hier Österreich zu unterstützen, obwohl es kein halbes Prozent ausmacht von dem, was sie hier brauchen werden.

Einige Sorgen bereitet uns die Situation auf dem Sektor der Milchpreisstützung. Hier wird ein Kollege noch etwas näher darauf eingehen.

Die Rinder, soweit wir das voraussehen können zum derzeitigen Stand, werden im Jahr 1973 sehr rege gefragt werden. Dadurch, daß Irland und Dänemark als Hauptproduzenten hineinkommen, wird der Zuschußbedarf der EWG abermals im Jahr 1973 bei etwa 600.000 Tonnen Rindfleischimport liegen. Sie können das mit 4 oder 5 multiplizieren. Es werden zwischen 2½ und 3 Millionen benötigt für die Einfuhr. Das ist eine Größenordnung, die auch die Ausweitung der Rinderproduktion in Südafrika, in Südamerika und in Australien nicht aufzuholen in der Lage ist. Es wird das Jahr 1973 gekennzeichnet sein durch eine gute Nachfrage nach Rindfleisch.

Als Teilproblem der ganzen Angelegenheit in der Preiskalkulation für den Milchpreis ist von der amtlichen Preiskommission und dann durch Verordnung des derzeitigen Landwirtschaftsministers der Milchpreis festgesetzt worden. Er basiert auf einer Kalkulation, in der der Kälberpreis mit 45 Schilling eingesetzt war. Wir müssen nun in Anlehnung an diese Gegebenheiten, die der Herr Landwirtschaftsminister gesetzt hat, natürlich auch den Bauern sagen, daß ihnen je Kilogramm Kälber 45 Schilling in Rechnung gestellt würden und daß das den Ausfluß auf den Milchpreis gehabt hat. Eine Tatsache, die international da ist. Das ist ein Preisniveau, das man in Österreich durchschnittlich nicht gekannt hat.

Schweine, wie gesagt. Die Zwischenzählung im

September zeigt uns gegenüber dem Vorjahr eine Vermehrung um etwa 250.000 Ferkel. Die Hauptzählung kommt im Dezember. Sie wird uns Aufschluß geben über die Lage im kommenden Jahr. Wenn wir etwa 400.000 Sauen mehr erzeugen wie heuer, wird der einheimische Markt das spielend aufnehmen. Wir glauben, daß wir etwa dahin kommen werden. Über Getreide will ich nicht sehr viel sagen. Es ist nicht unbekannt, daß wir im heurigen Jahr auch sehr früh vorgenommen haben eine Einfuhr von 85.000 Tonnen Qualitätsweizen, da die heurige Ernte in Österreich das nicht ermöglicht hat, und daß wir ihn früh gekauft haben, weil auch auf dem Sektor des Weizens die Preise international von Woche zu Woche angezogen haben durch die Tatsache, daß Rußland für die Hälfte des künftigen Jahresbedarfes durch Auslandskäufe hat sorgen müssen. Sie haben bisher an die 18 Millionen Tonnen Weizen auf dem internationalen Markt gekauft, und das ist eine Größenordnung, die auch die Dimensionen der Vorratslager etwa in den USA bereits merklich angreift. Das ist ein Hinweis darauf, wie sehr es in Rußland im letzten Jahr zu einer echten Katastrophe auf diesem Gebiet gekommen ist. Für die Hälfte der Bevölkerung haben die Russen bereits ihren Jahresbedarf eingekauft.

Abschließend vielleicht etwas zum Holz: Wir werden auf dem Sektor des Sägegrundholzes eine gute Entwicklung haben. Es zeigt sich, daß die internationalen Kontingente auch von seiten Rußlands auch im Preis angehoben worden sind, während wir uns auf dem Schleifholzsektor nach wie vor einer nicht ganz günstigen Situation gegenübersehen, die aber ihre Begründung in vielen Dingen hat. Das zu erörtern, ginge über diesen Rahmen hinaus.

Ich komme also damit zum Schluß, meine sehr geehrten Damen und Herren, und möchte noch folgendes sagen: Wir meinen, daß wir mit dieser vorgezeigten Art, was alles zu beachten ist, wenn wir die Lage der Landwirtschaft den Notwendigkeiten anpassen, auch einen Beitrag geleistet haben zur Weiterentwicklung des Menschen auf dem Lande. Und wir meinen, daß wir für eine Zeit vorgesorgt haben, die mir persönlich näher zu sein scheint, als das im allgemeinen angenommen wird, nämlich für eine Zeit, für die die Grenzen und der Sinn einer Verbrauchsgesellschaft bereits erkennbar sind und die es oft so darzustellen versucht, als wäre es die erste Aufgabe des Menschen, eine Konsummaschine zu sein für Dinge, die er nicht unbedingt braucht und daß die Vorstellung deutlicher werden wird, daß die lebensnotwendigen Dinge ihren wahren Wert erhalten werden und erhalten müssen. Das ist meine Überzeugung. Der Tag ist näher, als wir glauben, und ich bin überzeugt davon, daß wir die Aufgaben, die daraus erwachsen, nur gemeinsam werden bewältigen können, nur gemeinsam, nicht die Landwirtschaft und nicht die Bauern allein, ich bin aber auch davon überzeugt, meine Damen und Herren, daß das Ziel auch ohne die Bauern nicht zu erreichen sein wird. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Abg. Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Buchberger:** Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner hat schon die agrarpolitischen Zusammenhänge auf internationaler Basis aufgezeigt und auch darauf verwiesen, daß wir seitens des Landes für die Kammer wieder beträchtliche Mittel zur Verfügung bekommen haben. Es ist hier zweckmäßig und scheinbar notwendig auch zu sagen, daß diese Mittel, die seitens des Landes der Kammer zur Verfügung gestellt werden, auch entsprechend den Notwendigkeiten der Landwirtschaft zugeführt werden.

Wir haben natürlich auch die Aufgabe, meine sehr verehrten Damen und Herren, als der verlängerte Arm des Landes, als Kammer dafür Sorge zu tragen, daß wir eine entsprechende zukunftssträchtige Agrarpolitik auch in der Steiermark betreiben.

Ich darf in dem Zusammenhang erwähnen, daß wir daran sind und auch weiterhin bemüht sein werden, die seinerzeit von Pirsch und Wallner begonnene Agrarpolitik in der Steiermark fortzusetzen. Und in diesem Zusammenhang wäre zu erwähnen, daß wir uns vor nicht allzulanger Zeit eine Strukturhebung zurechtgelegt haben, die natürlich für die agrarpolitische Situation in der Steiermark durchaus nicht als weiß Gott wie gut zu bezeichnen ist.

Ich darf in dem Zusammenhang nur einige Zahlen nennen: Bei uns in der Steiermark ist ja die Agrarstruktur so, daß 80 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe über weniger als 10 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche verfügen. Das verlangt von uns, daß wir uns im speziellen in der steirischen Agrarpolitik der kleineren und der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe anzunehmen haben. Und die weitere Strukturhebung besagt, daß nur mehr 54 Prozent in der gegenwärtigen Zeit als Vollerwerbslandwirte tätig sind und bereits 46 Prozent einem Neben- oder Zuerwerb nachgehen. Wir wissen aber auch, daß es in der westdeutschen Bundesrepublik so ist, daß dort die Zahl der Vollerwerbsbetriebe bereits auf 38 Prozent gesunken ist, und wir rechnen ja mit Sicherheit auch damit, daß das, was sich derzeit im westeuropäischen Raum abspielt, in der nächsten Zeit auch auf unsere Regionen zukommen wird.

Daher messen wir dem Nebenerwerb, meine sehr geehrten Damen und Herren, unser ganz besonderes Augenmerk zu. Und wir haben auch vom Präsidium der Kammer her — Herr Präsident Koiner an der Spitze — unsere Wirtschaftsberatungskräfte dahingehend angewiesen, sich beratungsmäßig speziell in der künftigen Zeit des Nebenerwerbs und der kleinen Betriebe anzunehmen. Unsere Grundthese in der Kammer ist die, daß jeder, der über mehr als 1 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche verfügt, als Mitglied bei uns einer besonderen aufmerksamen Behandlung in Zukunft bedarf. Wie gesagt, gilt im besonderen unser Augenmerk auch dem Nebenerwerb. Und ich darf in dem Zusammenhang erwähnen, daß wir natürlich alle Chancen nutzen, um dem Vollerwerb eine entsprechende Chance zu geben und in der weiteren Folge dem Nebenerwerb verschiedene Möglichkeiten einräumen. Es ist daher in der Steiermark nicht unbekannt, meine sehr Verehrten, daß gerade die Spezialisierung unserer steirischen Landwirtschaft in den letzten

Jahren schon entsprechend Fuß gefaßt hat und es wird unsere Aufgabe für die Zukunft sein, diese Bestrebungen weiter zu fördern.

Wenn ich hier die Spezialisierung in dem Sinne herausstreiche, sage ich, daß wir in verschiedenen Sparten eine echte Initiative bereits offensichtlich vor uns liegen haben. Wenn ich an einige Spezialkulturen denke, wie zum Beispiel an die Entwicklung des Intensivobstbaues, so hat er sich positiv entwickelt. Wir haben in der Steiermark 2880 Hektar Intensivobstanlagen, 165 Hektar Birnenanlagen, 220 Hektar Pfirsichanlagen und 325 Hektar Schwarze Ribisel. Und ich darf in dem Zusammenhang erwähnen, daß wir nicht, ohne uns mit der Marktsituation entsprechend auseinanderzusetzen, einfach gepflanzt und gefördert haben, sondern wir haben auch organisatorisch die einzelnen Betriebsführer zusammengefaßt, karteimäßig erfaßt, und wir können ungefähr abschätzen, wie groß die Produktion für die einzelnen Betriebsparten in der nächsten Zeit sein wird.

Wir können nur abschätzen. Genau festzulegen wird das kaum möglich sein, weil wir ja, was ja auch nicht unbekannt ist, weitgehend von der Witterung abhängig sind.

Und gerade diese Spezialisierung, meine sehr Verehrten, wird auch in Hinblick vielen jetzt noch Vollerwerbslandwirten die Möglichkeit geben, auch noch einem Nebenerwerb nachzugehen.

Ich darf vielleicht noch einige andere Spezialkulturen herausstreichen, die in der Steiermark eine besondere Förderung erfahren, das ist z. B. der Weinbau, der 2124 Hektar umfaßt, der Tabakbau mit ungefähr 140 Hektar, die Saatmaisproduktion mit 700 Hektar, also Spezialkulturen und Spezial-einheiten, bei denen wir der Meinung sind, daß es unsere Aufgabe sein wird, daraus in erster Linie den Bedarf im eigenen Land zu decken.

Wie gesagt, meine sehr Verehrten, wir werden im besonderen Maße unser Augenmerk dem Nebenerwerb zuwenden in beratungsmäßiger Hinsicht dahingehend, daß er in Zukunft vor verschiedensten Fehlinvestitionen auf seinem Betrieb bewahrt bleibt. Weil wir haben gerade auf Grund unserer Strukturhebung in der letzten Zeit feststellen müssen, daß es fast auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb in den letzten Jahrzehnten immer wieder bedauerlicherweise zu sehr wichtigen Fehlinvestitionen gekommen ist. Es soll auch der Nebenerwerbslandwirt dahingehend beraten werden, daß er nicht unbedingt eine beinharte Konkurrenz künftig gesehen für den Vollerwerbslandwirt sein soll. Es wäre zweckmäßig ihm zu raten, daß er extensiv seinen Betrieb betreibt, um auch arbeitsmäßig durchzustehen. Wir wissen, wenn einer, der einem Nebenerwerb nachgeht, der Meinung ist, in der bisherigen Form seinen Betrieb weiterführen zu können, daß er, seine Gattin und seine Kinder eine solche Belastung nicht durchstehen. In dieser Frage und in diesen Dingen wird unsere besondere Aufgabe in der Zukunft sein, allen unseren Bauern von seiten der Kammer mit Rat und Tat zur Verfügung zu stehen, ob er ein kleiner ist oder ein großer. Wir wollen in diesem Punkt wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft keinen Unterschied machen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Wimpler das Wort.

**Abg. Wimpler:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Präsident Koiner hat ausgeführt, daß es bei der Behandlung der Probleme der Landwirtschaft zwei Wege gibt. Einen für die, die in der Landwirtschaft stehen, einen anderen für die, die außerhalb stehen. Ich stehe außerhalb der Landwirtschaft, bin ihr aber nicht ganz fremd und hoffe daher, auch eine objektive, aber auch eine allgemeine Betrachtung anstellen zu können.

Ganz allgemein ist zur Landwirtschaft zu sagen, daß man heute unter Agrarpolitik nicht mehr einseitige Interessenpolitik für die Landwirtschaft sehen kann. Die industrielle Entwicklung, der technische Fortschritt und die beherrschende Stellung des Marktes haben den Wandel von der nationalen zur europäischen Agrarpolitik bewirkt und haben den Blick auf die Menschheitsernährung überhaupt geweitet. Wir verfolgen mit Sorge, daß die Lebensbedingungen der Bauern in unserem Gebiet, und in unserem Gebiet, glaube ich, kann man sie fast alle in irgendeiner Weise als Bergbauern bezeichnen, immer ungünstiger werden, so daß in vielen Fällen von einem Nachrücken der jungen Generation nicht mehr gesprochen werden kann. Durch Verkehrsmittel, Massenmedien werden die Vergleichsmöglichkeiten mit den Lebensbedingungen anderer Berufsgruppen erleichtert und sogar gefördert, die zur Abwanderung vor allem der jungen Menschen in die Industrie und andere Erwerbszweige verleitet.

Während bisher die Bearbeitung und Pflege der Landschaft zu den selbstverständlichen Aufgaben und Notwendigkeiten des Bauern gehört und zum Großteil die Erhaltung der Landschaft ausgemacht hat, ergibt sich aus der Abwanderung von Bauern eine Verminderung der Bearbeitung und der Pflege der Landschaft. Dazu kommt, daß in extremen Lagen Bergbauernhöfe weder in bezug auf Maschineneinsatz noch in bezug auf rationelle Bearbeitung ökonomisch geführt werden können, so daß letzten Endes auch aus diesem Grund eine Abwanderung erfolgt. Die Folge im gesamten ist daher ein höhenmäßiges Absinken der bearbeiteten und das ist gleich der gepflegten Landschaft, womit im gleichen Maß Erholungsraum für die Industriegesellschaft verlorengelht. Dasselbe trifft auch natürlich in Tal-lagen zu. Wir haben das heute in einem Beitrag schon gehört, daß dort Inanspruchnahmen von gutem landwirtschaftlichen Boden für Verkehrswege in größerem Maß vorkommen und Landwirtschaften einschränken oder unter Umständen auch zerstören. Diese Tatsache müßte unbedingt bei der Planung unserer Straßen berücksichtigt werden in einer Weise, meine ich, die nicht allein auf die Erfordernisse der Straßenführung, sondern auch auf die Notwendigkeiten der Erhaltung von landwirtschaftlichen Nutzflächen Bedacht nimmt. Ich teile damit die Auffassung meines Kollegen Lackner, nur nicht in der Weise, daß wir mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr nur Kriechspuren brauchen.

Es ist natürlich diese Entwicklung nicht allein auf Österreich bechränkt. Aber in Österreich wurde in den letzten Jahren diese Entwicklung noch durch den besonders starken Preisdruck beschleunigt, der

noch immer von der Wirtschafts-, Währungs- und Konjunkturpolitik bestimmt wird. Ich glaube, und das hat ebenfalls Präsident Koiner ausgeführt, daß kaum damit zu rechnen ist, daß das Agrarpreisniveau in absehbarer Zeit wesentlich steigen wird. Er hat ausgeführt, daß auch die Preise allein die Lage der Landwirtschaft nicht zu verbessern vermögen. Die Tauschkraft der Erzeugnisse für gewerbliche und industrielle Güter gerät immer weiter ins Hintertreffen, so daß die landwirtschaftliche Produktion nicht mehr rentabel ist. Vor allem dann nicht, wenn man den in der Landwirtschaft Beschäftigten annähernd gleichen Einkommensanspruch zubilligt wie den Beschäftigten in der übrigen Wirtschaft. Die Aufrechterhaltung der Landwirtschaft ist aber auch teilweise in Gebieten bedroht, die zwar auf Grund der natürlichen Verhältnisse eine landwirtschaftliche Produktion zulassen, in denen aber andere ungünstige Strukturverhältnisse herrschen oder Grundstücke z. B. für Siedlungszwecke verlorengelhen, also im Bereich der Umgebung von Ballungszentren. Alles das führt immer mehr zur Erkenntnis, daß das offene Land nicht nur die Aufgabe hat, Nahrungsmittel zu produzieren, sondern auch den immer spärlicher werdenden, dafür aber immer notwendiger werdenden Erholungsraum für die in Ballungszentren zusammengedrückte Bevölkerung zu bieten. Das Produkt Erholung war bisher ein Nebenprodukt der Landwirtschaft. Es war kein marktfähiges, sondern ein selbstverständlich in Anspruch zu nehmendes Allgemeingut. Diese Erholungsfunktion der Landwirtschaft müssen wir in Rechnung stellen, wenn wir die Ausgaben betrachten, die in dieser Gruppe vorgesehen sind. Wir wissen aus Beispielen, was eintreten würde, wenn eine Landschaft sich selbst überlassen wird. Die Erkenntnis, daß die Erhaltung der Landschaft dem Umweltschutz gleichzusetzen ist, wird uns immer mehr zwingen, sozialpolitische Maßnahmen zur Erhaltung landwirtschaftlicher Betriebe zu treffen, wenn wir wollen, daß das Land seine Erholungsfunktion behält.

Damit, meine Damen und Herren, ist Landwirtschaft nicht mehr das Anliegen eines einzelnen, sondern ein echtes gesellschaftspolitisches Anliegen aller. Darauf müssen alle unsere agrarpolitischen Maßnahmen Bedacht nehmen. Wir müssen uns bemühen, auf den Menschen, wie das Präsident Koiner ausgedrückt hat, Rücksicht zu nehmen, die Vielzahl der bäuerlichen Familienbetriebe erhalten und ihnen dort zu einem Nebenerwerb verhelfen, wo die Landwirtschaft allein nicht rentabel betrieben werden kann.

In der Steiermark bietet der Fremdenverkehr unter anderem solche Möglichkeiten, die noch ausgeschöpft werden können. Das wichtigste, meine Damen und Herren, scheint mir aber, daß in der gesamten Bevölkerung das Bewußtsein und auch das Verständnis geweckt werden müssen oder verstärkt werden müssen, daß die Landwirtschaft nicht allein für sich, sondern für die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit Aufgaben zu erfüllen hat. (Beifall.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Zinkanell. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Zinkanell:** Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte vorerst einmal feststellen, daß sich das Referat bzw. der Diskussionsbeitrag des Herrn Präsidenten, aber auch jener des Herrn Vizepräsidenten sehr beachtlich und wohlthuend von dem unterschieden haben, was die ganzen Wochen und Monate — es sind eigentlich schon zwei Jahre — hindurch in den Zeitungen des Bauernbundes zu lesen war.

Ich freue mich über diese Art der Diskussion und werde mich bemühen, obwohl ich eigentlich im Sinne gehabt habe, mich mit den sehr aggressiven Äußerungen des Bauernbundes auseinanderzusetzen, auf diese Äußerungen mehr oder weniger zu vergessen — heute vielleicht — und mich in ähnlicher Weise einer sachlichen Diskussion zu befleißigen. (Abg. Schrammel: „Bravo!“)

Darf ich zunächst darauf hinweisen, daß das Landesbudget für das nächste Jahr in den Abschnitten 73 und 74 einen Betrag von 246 Millionen Schilling vorsieht. Das sind immerhin 50 Millionen Schilling mehr als im vorigen Jahr und wir begrüßen diese Aufstockung, weil sie die Möglichkeit bietet, verschiedene wichtige Vorhaben besser zu dotieren. Zu diesen Vorhaben gehört beispielsweise auch die Ent- und Bewässerung, die von 13½ Millionen Schilling auf 15 Millionen aufgestockt wurde, also immerhin um 1½ Millionen. Dann gehört dazu die neue Post, über die wir bereits im Finanzausschuß gesprochen haben, nämlich 1 Million Schilling für die Förderung des Telefonausbaus in ländlichen Gebieten. Ich halte diese Post für besonders gut und sinnvoll und freue mich darüber. Dann auch die Post für die Güterwege und für die Elektrifizierung, aufgestockt um ungefähr 2 Millionen Schilling. Die Landwirtschaftskammer erhält im kommenden Jahr um rund 4½ Millionen Schilling mehr, erhöht von 37,7 Millionen auf 42,2 Millionen Schilling. Und für die Landwirtschaftslehrer sind plus 27 Millionen Schilling vorgesehen, insbesondere durch eine neue Regelung in den Finanzausgleichsbestimmungen.

Abgesehen von den Landwirtschaftsbeträgen erhält also vor allem die Landwirtschaftskammer einen beachtlichen Betrag mehr. Ich glaube, daß das die Abgeordneten des Hohen Hauses schon deswegen auch interessieren soll, weil sie das beschließen und weil es vielleicht auch nicht uninteressant ist, hineinzuhören oder hineinzuschauen, wie sich in der Kammer Eigenmittel und Fremdmittel gegenüberstehen.

Das Gesamtbudget der Kammer ist ja nicht unbeträchtlich mit einem Betrag von 282 Millionen Schilling. Demgegenüber ist der Ertrag der Kammerumlage mit 34 Millionen Schilling verhältnismäßig gering und auch die anderen Kammereinnahmen mit 70 Millionen Schilling machen nicht allzuviel aus. Mit den finanztechnischen Maßnahmen zusammen ergibt also das kammereigene Einkommen 106 Millionen Schilling.

Dem steht gegenüber die Ausgabenpost für die Personalkosten mit 96 Millionen Schilling und wenn man die Reisekosten und die Dienstfahrzeuge dazuzählt, dann sind das 107 Millionen Schilling. Das heißt also, daß die Personalkosten allein höher sind als die gesamten kammereigenen Einnahmen. Man muß vielleicht ergänzend sagen, daß auch die Zahl

der Bediensteten eben entsprechend groß ist. Sie beträgt zur Zeit bzw. ist für das kommende Jahr mit 720 Personen eingesetzt und es ist der Vergleich zu den Betrieben wiederum naheliegend, insbesondere deswegen, weil sich die Ziffern gewissermaßen ähneln, nämlich 72.000 Betriebe und 720 Bedienstete, ein Verhältnis also von 1:10. (Zwischenruf von der ÖVP: „Das ist aber ein Verhältnis von 1:100, mein Lieber! Algebra!“) Entschuldigen Sie, selbstverständlich 1:100. Man kann sich ja manchmal versprechen. Die Zahl der Betriebe allerdings — und das wollte ich dabei herausstellen —, die sinkt ständig, wie Sie ja wissen, aber die Zahl der Bediensteten, die steigt jetzt wiederum. Für den Landtag muß das deswegen interessant sein, weil ja von den 42 Millionen Schilling, die wir für die Kammer beschließen, immerhin 23 Millionen Schilling für die Personalerfordernisse der Kammer gegeben werden, und weil wir uns überlegen müssen: Je mehr Personal dort ist, desto mehr werden wir zu beschließen haben. Ich sage das auch deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil der Hauptausschuß anscheinend, wie mir das Anfang September ziemlich deutlich gesagt wurde, bei den Fremdmitteln nichts mitzuplaudern hat. Wir haben Anfang September eine Hauptausschußsitzung der Kammer gehabt, die sich mit den Interventionsmaßnahmen der Kammer befaßte und dort kritisierte ich, daß man den Hauptausschuß nicht vorher und zeitgerecht mit der Frage dieser Interventionsmaßnahmen befaßt hat. Mir ist gesagt worden, das ginge den Hauptausschuß nichts an, weil es sich nicht um kammereigene Mittel, sondern um Fremdmittel handle. Nur mußte ich damals — und ich sage es auch heute — dazusagen, daß man aber sehr wohl in der Kammervollversammlung im Rahmen des Voranschlages und des Rechnungsabschlusses selbstverständlich auch über die Fremdmittel mitbeschließt. Soviel mit ein paar Worten zur Kammer.

Weil ich aber gerade davon spreche, möchte ich auch ein paar Worte dem Kammermitteilungsblatt widmen. Das ist ein Kammerorgan und wird auch mit Kammergeldern bezahlt. Der Voranschlag sieht dafür rund 4 Millionen Schilling vor, davon sind 2½ Millionen Inserate. Es ist also das offizielle Kammerorgan. In der Praxis schaut es aber eher so aus, als ob dieses Kammerblatt eine zweite Zeitung des Bauernbundes wäre. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „O nein!“) Lieber Herr Landeshauptmann, vielleicht haben Sie nicht die Zeit, das zu lesen (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Sehr genau lese ich das! Ich ärgere mich immer darüber, daß sie der ÖVP so wenig Platz einräumen!“), aber ich muß es natürlich tun und ich lese es an und für sich gerne, weil sehr interessante Fachartikel drinnen sind, aber man kann fast bei jeder einzelnen Nummer eine reine parteipolitische — nicht agrarpolitische — Stellungnahme lesen. So schrieb man z. B. vor kurzem erst über ein „Verlustbudget“ des Bundes im Hinblick auf die Landwirtschaft und daß es „nur“ 15 Groschen für die Milchpreisregelung gegeben habe usw. Das sind nur ein paar Beispiele. Ich könnte Ihnen eine ganze Liste solcher Beispiele nennen, aber ich streiche sie im Hinblick auf das Klima, das der Herr Präsident heute hier in bezug